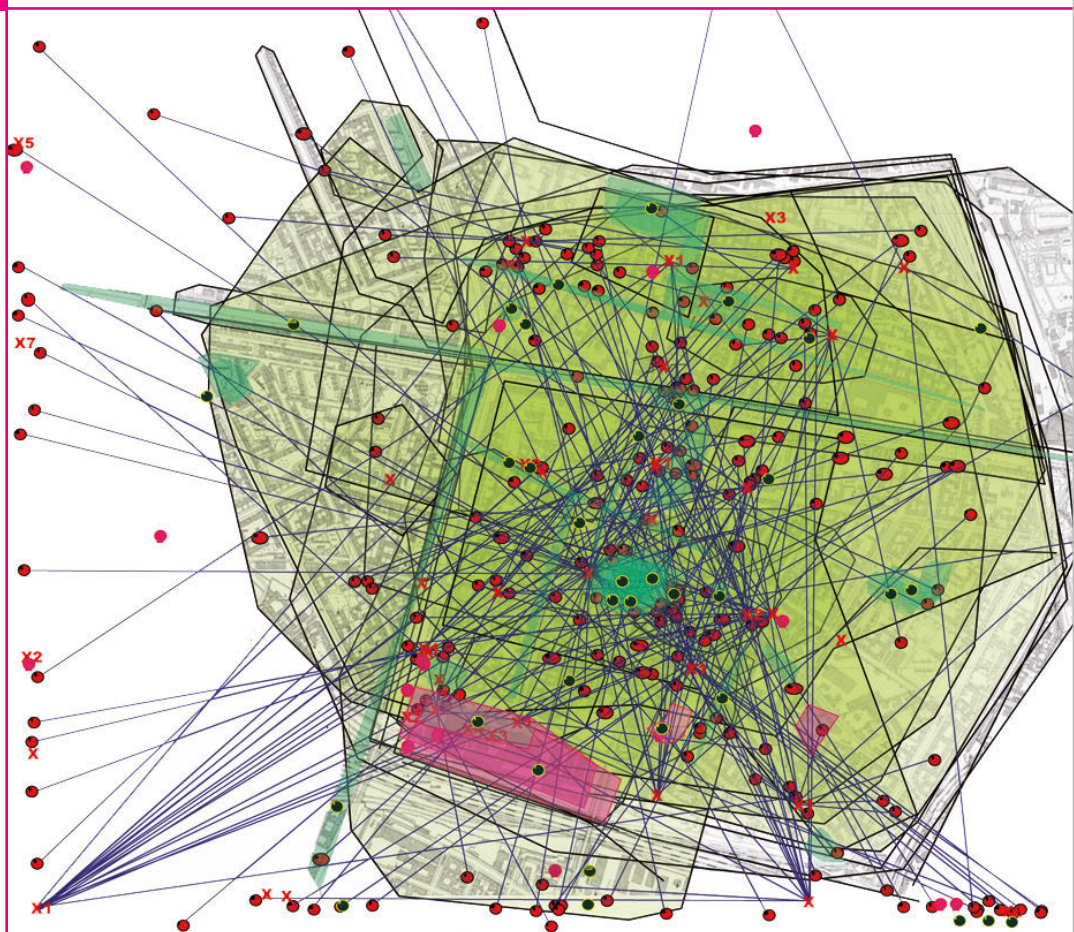


Daniel Dahm, Gerhard Scherhorn

URBANE SUBSISTENZ

Die zweite Quelle des Wohlstands

2. Auflage



natürlich oekom!

Mit diesem Buch halten Sie ein echtes Stück Nachhaltigkeit in den Händen. Durch Ihren Kauf unterstützen Sie eine Produktion mit hohen ökologischen Ansprüchen:

- 100 % Recyclingpapier
- mineralölfreie Druckfarben
- Verzicht auf Plastikfolie
- Kompensation aller CO₂-Emissionen
- kurze Transportwege – in Deutschland gedruckt

Weitere Informationen unter www.natürlich-oekom.de
und #natürlicheoekom



Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der
Stiftungsgemeinschaft anstiftung und ertomis (www.anstiftung-ertomis.de)
sowie der Vereinigung der Freunde des Wuppertal Instituts e.V.



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über www.dnb.de abrufbar.

© 2021 oekom verlag, München
oekom – Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH
Waltherstraße 29, 80337 München

2. Auflage

Satz: VisLab, Wuppertal Institut - gesetzt in Minion Pro, 10 pt
Umschlaggestaltung: Mirjam Höschl, oekom verlag
Umschlagabbildung: © Daniel Dahm
Druck: EsserDruck Solutions GmbH



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Lizenz: Namensnennung –
Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International (CC BY-NC-ND 4.0).
Diese Lizenz erlaubt die private Nutzung, gestattet aber keine Bearbeitung
und keine kommerzielle Nutzung. Weitere Informationen finden Sie unter:
creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0

Alle Rechte vorbehalten

ISBN: 978-3-96238-335-0

E-ISBN: 978-3-96238-882-9

<https://doi.org/10.14512/9783962388829>



Daniel Dahm, Gerhard Scherhorn

Urbane Subsistenz

Die zweite Quelle des Wohlstands

2. Auflage

Inhalt

Vorwort	9
Zu den empirischen Erhebungen	12

Erster Teil: Die unsichtbare Wirtschaft

Kapitel 1: Subsistenz, die Grundlage des Erwerbs	16
1.1 Zur Bedeutung der Subsistenz	16
<i>Anpassung an die Natur</i>	16
<i>Wider den Vorrang des Produkts</i>	19
<i>Einsatz für marktfreie Güter</i>	21
<i>Auf dem Weg in die Tätigkeitsgesellschaft?</i>	24
1.2 Bürgerschaftliches Engagement in der Zivilgesellschaft	27
<i>Subsidiarität und Solidarität</i>	28
<i>Die Infrastruktur der urbanen Subsistenz</i>	30
1.3 Der blinde Fleck auf der Wirtschafts-Landkarte	34
<i>Komplementäre Wirtschaftstätigkeiten: ausgeklammert</i>	34
<i>Komplementäre Infrastrukturen: unbeachtet</i>	36
1.4 Modernisierung der Subsistenz	39
<i>Subsistenzorientierung in privaten Entscheidungen</i>	39
<i>Subsistenzorientierung der Gesellschaft</i>	41
Kapitel 2: Bezeichnungen und Größenverhältnisse	46
2.1 Bereiche des informellen Wirtschaftens	46
<i>Das Nebeneinander informeller und formeller Arbeit</i>	46
<i>Kriminelle Ökonomie und Schattenwirtschaft</i>	49
<i>Die private und die öffentliche Subsistenzarbeit</i>	50

2.2	Bezeichnungen für öffentliche Subsistenzarbeit	51
	<i>Soziale Arbeit, Gemeinwesenarbeit?</i>	51
	<i>Freiwillige Arbeit, Bürgerarbeit, Engagement</i>	52
2.3	Die quantitative Bedeutung der Subsistenzökonomie	54
	<i>Beziehungen der informellen zur formellen Arbeit</i>	54
	<i>Empirische Größenverhältnisse</i>	55

Zweiter Teil: Das bürgerschaftliche Engagement

Kapitel 3:	Die Mühen des Sichtbarmachens	60
3.1	Hypothesen	60
3.2	Recherchen	62
3.3	Kartierung	69
3.4	Quantitative Befragungen	71
3.5	Qualitative Befragungen	73
3.6	Mental Maps	76
Kapitel 4:	Die Einrichtungen der Bürgerarbeit	78
4.1	Übersicht	78
4.2	Räumliche Verbreitung	83
4.3	Mischung der Funktionen	91
Kapitel 5:	Die bürgerschaftlichen Tätigkeiten	98
5.1	Das Miteinander der Systeme	98
5.2	Die Vielfalt der Bürgerarbeit	103
5.3	Der Beitrag zur Infrastruktur	109
5.4	Ein Beispiel: ‚Das Haus – Begegnungsstätte für Kindheit‘	114
5.5	Zur Vernetzung bürgerschaftlicher Einrichtungen	120
5.6	Einzugsgebiete und Wirkungsebenen	123
5.7	Die Infrastruktur der urbanen Subsistenz: unverzichtbar	128

Dritter Teil: Das Besondere der informellen Arbeit

Kapitel 6: Qualitätsorientierte Produktivität	136
6.1 Umdenken beim Produktivitätsbegriff	136
<i>Produktivitätssteigerung nicht auf Kosten der Qualität</i>	136
<i>Qualitätsmanagement ist keine Garantie</i>	137
<i>Produktivität in der Subsistenzarbeit</i>	138
6.2 Zur Finanzierung der informellen Arbeit	140
<i>Was finanziert werden muss</i>	140
<i>Die Finanzierungsquellen</i>	141
6.3 Zur Rentabilität der öffentlichen Zuschüsse	143
<i>Eine Modellrechnung</i>	143
<i>Vervielfachung durch Engagement</i>	145
 Kapitel 7: Intrinsische Motivation	 148
7.1 Erwerbsarbeit wird extern stimuliert	148
<i>Unterminierung der Autonomie</i>	148
<i>Der fordistische Gesellschaftsvertrag</i>	150
<i>Veränderte Machtrelationen</i>	151
<i>Veralterte Vorstellungen – neue Bedingungen</i>	152
7.2 Bürgerarbeit ist selbstbestimmt oder gar nicht	154
<i>Zum Begriff der intrinsischen Motivation</i>	154
<i>Zur Motivation des bürgerschaftlichen Engagements</i>	155
<i>Selbstbestimmtheit und Produktivität</i>	157
7.3 Intrinsische Motivation in der Eigenarbeit	158
<i>Erhebungen zur privaten Subsistenz</i>	158
<i>Häufigkeit und Wertschätzung der Eigenarbeit</i>	161
<i>Zum wirtschaftlichen Ertrag der Eigenarbeit</i>	164
<i>Ausgleich für Einkommensrückgang?</i>	166
7.4 Der Beitrag zur Lebensqualität	168

<i>Nicht der materielle Nutzen ist das Befriedigende</i>	168
<i>Zur Messung des Wohlbefindens</i>	169
<i>Zur Bedeutung des selbstbestimmten Handelns</i>	172
<i>Das Unbefriedigende an sozialer Eigenarbeit</i>	176
<i>Warum sollte die Erwerbsarbeit nicht selbstbestimmt sein?</i>	179

Vierter Teil: Ein Modell für Nachhaltigkeit

Kapitel 8: Subsistenz in den Zeiten nachhaltiger Entwicklung	186
8.1 Nachhaltigkeit braucht Subsistenz	186
<i>Von der defensiven zur kultivierenden Subsistenzarbeit</i>	186
<i>Von der ökologischen zur gesellschaftlichen Subsistenzarbeit</i>	189
<i>Vom Überkonsum zum nachhaltigen Konsum</i>	193
<i>Vom Zeitalter der Produktion zu dem der Verteilung</i>	195
8.2 Rahmenbedingungen für nachhaltige Entwicklung	197
<i>Zähmung des Finanzkapitals</i>	197
<i>Regeln für nachhaltigen Wettbewerb</i>	202
8.3 Das Miteinander von Erwerb und Subsistenz	206
<i>Was bleibt von der Subsistenzarbeit?</i>	206
<i>Grundeinkommen oder Tätigkeitsgesellschaft</i>	209
8.4 Unterstützung für die Subsistenzökonomie	214
<i>Wahrnehmung und Würdigung</i>	214
<i>Grundfinanzierung und Einzelfallhilfen</i>	217
<i>Räume und Mitarbeiter</i>	219
Literatur	222
Sachregister	236

Vorwort

Hautnäher als die Verluste an biologischer und ökologischer Vielfalt oder das Sterben von Landschaften, Waldflächen und Meeren, die so weit weg erscheinen, kann der Klimawandel den Blick dafür schärfen, dass die heutigen Formen der industriellen Güterproduktion und des Konsums ihre *natürlichen* Grundlagen aufzehren. Sie beuten die Ökosysteme aus, auf denen sie beruhen, ohne deren Schöpfungs- und Regenerationskraft wiederherzustellen. Der Klimawandel ist insofern sichtbarer, fühlbarer und messbarer Ausdruck nicht nachhaltiger Produktions- und Konsummuster.

Das ist aber nur der eine Teil der Lektion, der die ökologische Dimension von Nachhaltigkeit thematisiert. Der andere Teil betrifft die *gesellschaftlichen* Grundlagen der Produktion, die Sozialsysteme, doch diese Lektion wird bisher noch weniger verstanden: Sozialsysteme werden ausgehöhlt, wenn ihre Funktion allein darin gesehen wird, der Vermehrung der Warenproduktion zu dienen.

Denn die soziale Dimension von Nachhaltigkeit erschließt sich auch in der Bereitstellung von *marktfreien* Gütern – von selbstbestimmter Entfaltung und guter, gesunder Lebensführung; von menschlicher Zuwendung und sozialer Eingebundenheit; von Unabhängigkeit und Sicherheit; von gemeinschafts-bezogenem Handeln und gemeinnützigem Einsatz für Angelegenheiten der Öffentlichkeit, der Regionen, Kommunen, Schulen und sozialen Gruppen, für Chancen- und Verteilungsgerechtigkeit in der eigenen Gesellschaft und gegenüber anderen Gesellschaften. Ohne die marktfreie Produktion und Reproduktion von Gütern und Dienstleistungen stünde die soziale Kohärenz und die nachhaltige Funktionsfähigkeit von Gesellschaften in Frage.

Solche Güter und Dienstleistungen sind nicht zu kaufen, sie werden in Sozialsystemen – in Familie, Freundeskreis und Haushalt, Verein und Initiative, Nachbarschaft und Kommune – vom selbsttätigen Handeln der Menschen hervorgebracht. Es sind immaterielle Produkte moderner Formen von *Subsistenz*, gemeinsamer Selbstversorgung, und sie sind nötiger denn je, zumal in den städtischen Räumen.

Immer mehr Menschen, schon jetzt über die Hälfte der Weltbevölkerung, leben in Städten, in Deutschland sogar weit über achtzig Prozent. Für die

Funktionsfähigkeit der Städte ist die Selbstversorgung mit marktfreien Gütern ebenso wichtig wie für den ländlichen Raum, und mit der Größe der Stadt wächst der Bedarf an den Leistungen bürgerschaftlichen Engagements sogar überproportional; dennoch werden die urbanen Ausprägungen der Subsistenz relativ wenig beachtet, in ihrer Eigenart nicht recht gewürdigt und jedenfalls zu wenig gefördert.

Auch das Wechselverhältnis und die Übergangsformen zwischen diesen modernen Formen von Subsistenz und der scheinbaren Normalität der Erwerbsarbeit sind bisher wenig erforscht. Denn einerseits erzwingt Arbeitslosigkeit subsistenzähnliche Formen der Selbst- und Nachbarschaftshilfe, andererseits sind selbstbestimmtere Formen von Eigenarbeit auch Quellen von Lebensqualität und Voraussetzungen bzw. Übergangsformen für Erwerbsarbeit.

Dem besseren Verständnis der *urbanen* Subsistenz ist dieses Buch gewidmet. Es ist aus mehrjähriger Beschäftigung beider Autoren mit der freiwilligen, unbezahlten Arbeit hervorgegangen. Daniel Dahm hat das Phänomen der Subsistenz und ihrer Beziehung zu Wohlstandsvorstellungen seit seiner Feldforschung in Gambia 1998 nicht mehr losgelassen; der städtischen Subsistenz widmete er seine Dissertation. Gerhard Scherhorn unternahm zur gleichen Zeit eine erste empirische Erkundung des subjektiven Wohlbefindens bei der häuslichen, handwerklichen, sozialen und nachbarschaftlichen Selbsttätigkeit, die dem Haus der Eigenarbeit in München viele Anregungen verdankte.

Seitdem haben beide am Thema der urbanen Subsistenz zusammengearbeitet, als erstes in einem Projekt des Wuppertal Instituts zur Bestandsaufnahme des bürgerschaftlichen Engagements in Köln. Der dafür von Daniel Dahm entwickelte methodische Ansatz wurde dann, inhaltlich erweitert, in einer dreijährigen Studie auf Berlin, Köln und Stuttgart angewandt. Die Ergebnisse werden hier zum ersten Mal breiter veröffentlicht; sie sind vor allem im 3. bis 5. Kapitel dargestellt. Ergebnisse der Studie über die Eigenarbeit sind in das 7. Kapitel eingeflossen.

Doch geht es in diesem Buch nicht allein um die Darstellung der empirischen Erhebungen. Es soll das Verständnis für eine mögliche neue Form der Subsistenzorientierung vertiefen, die in den Zeiten der Industrialisierung als überholt betrachtet wurde, durch die Notwendigkeit nachhaltiger Ent-

wicklung aber in ein neues Licht rückt. Damit könnte sich der Blick dafür öffnen, dass wir die Erhaltung der natürlichen und der soziokulturellen Grundlagen des Lebens nicht vom technischen Fortschritt in der Warenproduktion allein erwarten können, sondern erst von einer zeitgemäßen Verbindung des Schutzes öffentlicher Güter mit individueller Eigentätigkeit und bürgerschaftlicher Netzwerkarbeit. Das Buch soll das Verständnis dafür wecken, wie weit das komplementäre Verhältnis von Erwerb und Subsistenz als ein unverzichtbarer Beitrag zur Nachhaltigkeit verstanden und gestaltet werden kann.

Peter Hennicke
Wuppertal Institut für
Klima, Umwelt, Energie GmbH

Jens Mittelsten Scheid
Stiftungsgemeinschaft
anstiftung & ertomis

Zu den empirischen Erhebungen

Wie erwähnt, beruhen die Kapitel 3 bis 5 und der Abschnitt 8.4 auf zwei Erhebungen zum bürgerschaftlichen Engagement. Die erste war Bestandteil des Verbundprojekts „Zukunft der Arbeit II“ des Wuppertal Instituts für Klima Umwelt Energie und des Instituts für Arbeit und Technik in Gelsenkirchen (zu den Ergebnissen vgl. Bosch et al. 2002). Sie hatte den Titel „Förderung formeller Beschäftigung durch informelle Arbeit.“ Daniel Dahm hat sie im Jahr 2000 unter der Leitung von Gerhard Scherhorn durchgeführt (vgl. Dahm et al. 2002).

Die zweite schloss daran an; sie wurde 2001 bis 2004 unter dem Titel „Urbane Subsistenz als Infrastruktur der Stadt“ vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert, und zwar im Rahmen des Verbundprojekts Evalo (Eröffnung von Anpassungsfähigkeit für lebendige Orte) im Forschungsprogramm „Bauen und Wohnen im 21. Jahrhundert.“ Der Abschlussbericht über das Verbundprojekt (Evalo 2004) ist unter www.uni-kassel.de/fb13/evalo abrufbar. Der Abschlussbericht des Teilprojekts wurde 2005, als Manuskript vervielfältigt, dem BMBF vorgelegt. Administrativ betreut wurde sie in der Universität Hohenheim, Stuttgart, in Zusammenarbeit mit dem Wuppertal Institut. Die Projektleitung hatte Gerhard Scherhorn. Verantwortlich für die empirischen Erhebungen in Berlin und Köln war Daniel Dahm, in Stuttgart Anja Siebentritt-Schüle. Unterstützt wurde das Forschungsprojekt durch die Arbeit von studentischen Hilfskräften: in Berlin Britta Gauckler, Katja Friedrich, Stefanie Sixt, Christian Borchers, Philip Elsner, Andreas Kahler und als Praktikantinnen Johanna Jäger und Melanie Menge; in Köln Walter Jansen sowie Egbert Bichler, David Dahlmann, Britta von Drewitz, Maria Entierres und Insa Kümmel; in Stuttgart Christina Balbach, Torsten Frary, Manuel Hoffmann, Alexandra Janson und als Interviewer Hanna Fischinger, Stefanie Kraut, Lian Liu, Sabine Metzger, Dominik Schwaibold.

Aus der Kooperation mit den Teilprojekten des Forschungsverbundes EVALO (eine Übersicht über die Teilprojekte in Evalo 2004, 3) sind im Kontext dieses Buches vor allem zwei Beiträge relevant: „Zivilgesellschaft und anpassungsfähige Stadtquartiere“ (Dahm et al. 2004a) und „Nahversorgung und Tätigkeitsgesellschaft“ (Dahm et al. 2004b).

Über den gesamten Projektverlauf wurden intensive und regelmäßige Kontakte mit in Berlin ansässigen bürgerschaftlichen Einrichtungen unterhalten,

und die Ergebnisse des Projektes im laufenden Prozess rückgekoppelt. Im Rahmen der Kölner Befragungen trat das Büro für Bürgerengagement der Arbeiterwohlfahrt hilfreich im Bereich der Adressrecherche hervor. Im Rahmen der vorausgegangenen Dissertation von Daniel Dahm mit der Fallstudie Köln ist die beratende Zusammenarbeit mit Herrn Pfarrer Franz Decker, Direktor des Caritasverbandes für die Stadt Köln e.V., und mit der Geschäftsführerin des Kölner Arbeitskreises Bürgerschaftliches Engagement (KA:BE!), Frau Cornelia Harrer besonders hervorzuheben. Die Dissertation wurde von dem Betreuer Prof. Dr. Bernd Wiese an der Universität zu Köln, Geographisches Institut, engagiert unterstützt. In Berlin war das Forschungsprojekt über Daniel Dahm im Fachforum ‚Zukunft der Arbeit‘ des Runden Tisches Agenda21 der Stadt Berlin repräsentiert. Über diese Kooperation wurden die Zwischenergebnisse des Projektes und einige politische Empfehlungen kommuniziert, die u.a. darin mündeten, dass für Berlin der stadtweite Aufbau einer bezirklichen Infrastruktur von „Häusern und Gärten der Eigenarbeit“ als Agenda21-Leitprojekt dem Abgeordnetenhaus vorgeschlagen, aber leider nicht verwirklicht wurde.

In Stuttgart hat uns die Stadtverwaltung z.B. mit Auskünften über die stadträumlichen und städtebaulichen Merkmale der einzelnen Quartiere geholfen, Kartenmaterial vermittelt und Veröffentlichungen im Amtsblatt Stuttgart über das Projekt veranlasst. Der Ehrenamtsbeauftragte der Stadt hat eine Informationsveranstaltung organisiert, in der wir über die Ergebnisse der Studie berichtet haben. Die Bürgerstiftung Stuttgart hat dafür den Veranstaltungsort bereitgestellt, das Generationenhaus Stuttgart-West. Der Gemeinderat hat einen schriftlichen Bericht entgegengenommen und sich in einer Arbeitsgruppensitzung mündlich erläutern lassen.

Im Projektverlauf entstanden darüber hinaus zwei Diplomarbeiten: Im Fachbereich Geographie der Humboldt-Universität zu Berlin 2003 die Diplomarbeit „Der Beitrag Bürgerschaftlichen Engagements zur lokalen Standortqualität – exemplarische Betrachtung eines Quartiers in Berlin-Friedrichshain“ von Melanie Menge. Und an der Fakultät Raumplanung der Universität Dortmund 2004 die Diplomarbeit von Olaf Quiring „Urbane Subsistenz als Chance für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung?“

Die im 7. Kapitel dargestellten empirischen Befunde zur Eigenarbeit sind einer von der Hans Böckler Stiftung geförderten Erhebung des Instituts für angewandte Verbraucherbeforschung und zwei Diplomarbeiten am Lehrstuhl für Konsumtheorie und Verbraucherpolitik der Universität Hohenheim zu

verdanken (Fink-Bezner 1997; Herbst 1998). Die Erhebung wurde von Gerhard Scherhorn geleitet und von Patricia Dahm im Institut für angewandte Verbraucherforschung, Köln, durchgeführt (Scherhorn & Dahm 1999; Scherhorn 2000). Bei der Auswertung der Daten und der Betreuung der beiden Diplomarbeiten half Michael Neuner, Universität Hohenheim. Über den Begriff der Eigenarbeit (Weizsäcker & Weizsäcker 1979) konnte Gerhard Scherhorn mit Christine von Weizsäcker, Bonn und Ernst Ulrich von Weizsäcker, Wuppertal Institut, sowie Jens Mittelsten Scheid und Elisabeth Redler, *anstiftung*, Gespräche führen. Lucia Reisch, Universität Hohenheim, hat den Berichtsentwurf kritisch durchgesehen. Gudrun Linne, Düsseldorf, Eckart Hildebrandt, Berlin und andere Teilnehmer der HBS-Arbeitsgruppe „Reflexive Lebensführung“ haben mehrere Zwischenberichte mit Anregungen und Einwänden begleitet.

Die Verantwortung für die hier vorgelegte Darstellung der Ergebnisse aller drei Erhebungen und die daraus gezogenen Folgerungen liegt allein, und zu gleichen Teilen, bei den beiden Autoren.

Erster Teil:
Die unsichtbare
Wirtschaft

Kapitel 1: Subsistenz, die Grundlage des Erwerbs

1.1 Zur Bedeutung der Subsistenz

Zugegeben, das Wort ist mit einem Vorurteil belastet. Es erinnert an die nomadische und später agrarische Selbstversorgungswirtschaft. Sie hat die den allergrößten Teil der menschlichen Geschichte geprägt, doch seit das Wirtschaftsbild vom Markt dominiert ist, glaubt man gern, man habe sie endgültig hinter sich gelassen. Richtig ist daran nur, dass wir heute mehr Produkte und Dienste über den Markt beziehen und weniger selbst produzieren als in der Vorzeit. Doch es hat immer auch Marktbeziehungen gegeben, und der Anteil der Selbstversorgung ist heute zwar geringer, aber keineswegs unerheblich, und nur wenig davon kann durch den Markt ersetzt werden.

Denn mögen sich auch die Formen von Subsistenz und Markt gewandelt und die Relationen zwischen ihnen verschoben haben, ihre Funktionen sind geblieben. Die Funktion der Subsistenz ist weder an die nomadische noch an die bäuerliche Existenzweise gebunden, sondern an die eigentliche Wortbedeutung, das Standhalten.

Anpassung an die Natur

„Der prinzipielle Unterschied zwischen einer Subsistenzwirtschaft und ihrem Gegenteil sowie historischen Nachfolger, der Marktökonomie, liegt darin, dass letztere sich auf die Bildung von ‚Überschuss‘ (Surplus), also auf das Prinzip der ‚Maximierung‘ orientiert. Der Subsistenzwirtschaft dagegen wird als Grundstrategie die ‚Risikominimierung‘ zugerechnet, womit gemeint ist, dass sie auf eine stationäre Einnischung in einen bestimmten Lebensraum zielt.“ Mit dem „bestimmten Lebensraum“ ist eine Umwelt gemeint, die auch unter günstigen Umständen nur eine begrenzte Anzahl von Menschen tragen kann, in schwierigeren Zeiten aber noch weniger. Deshalb reagiert die Subsistenzwirtschaft auf ein vorübergehend vermehrtes Angebot von Ressourcen „nicht mit vermehrtem Konsum oder gar mit Bevölkerungswachstum, sondern mit einer Einschränkung des Beschaffungsaufwandes, also mit Erhöhung des immateriellen Luxus“ (Sieferle 1997, 23; vgl. auch Groh 1992).

Wie Sieferle schildert, kann man *Subsistenzorientierung* nennen. Der Begriff ist gleichermaßen in modernen Gesellschaften anwendbar. Baier, Bennholdt-Thomsen und Holzer haben diese Lebenshaltung bestimmter bäuerlicher Familien so beschrieben: „Sie betreiben einen Gelderwerb mit Subsistenzorientierung, sie halten gerade so viele Kühe, so viele Schweine, dass sie ihr Auskommen haben, mehr nicht. Sie müssen nicht jede Subvention mitnehmen, wichtiger ist ihnen, Herr ihrer eigenen Ökonomie zu bleiben“ (2005, 55).

In diesem Beispiel ist die Subsistenzorientierung eine Strategie, die Erwerbswirtschaft komplementär zu nutzen, sich aber von ihr nicht oder möglichst wenig abhängig zu machen, von ihren konjunkturellen Schwankungen, ihren Produktions- und Lieferzwängen, ihren Vereinnahmungstendenzen. Hier deuten sich die „modernen“ Beweggründe der Subsistenzorientierung an, die die paläolithischen Jäger- und Sammlergesellschaften noch nicht kannten.

Bei diesen war sie eine Strategie der Anpassung an die schwankende Menge der nachhaltig verfügbaren naturgegebenen Ressourcen: Man orientierte sich an den auch in schlechten Zeiten erreichbaren Mindesterträgen und gab sich damit zufrieden, so dass die besseren Zeiten nicht zu mehr Nahrung, sondern zu weniger Arbeit und mehr „Luxus“ genutzt wurden. Der Luxus bestand darin, dass auf die Pflege und den Genuss der menschlichen Fähigkeiten und Beziehungen in Anleitung und Übung, Gespräch und Muße, Spiel und Ritus viel Zeit verwendet wurde. Sahlins (1972) hat deshalb von „ursprünglichen Überflussesgesellschaften“ gesprochen. Sie lebten im Überfluss, weil ihre materiellen Ansprüche gleichblieben, wenn die verfügbaren Mittel zunahmen.

Mit dem sesshaftwerden und dem Landbau wurden die Schwankungen der Erträge durch Vorratshaltung und Handel verringert, so dass das Niveau der Lebenshaltung stieg; der Luxus verlagerte sich von der Muße auf die materiellen Güter, war aber nun den Reichen vorbehalten. Denn mit der Produktion nahm die Bevölkerung zu, so dass die gestiegene Produktion nicht nur mit viel mehr Arbeit erkauft werden, sondern auch auf mehr Menschen verteilt werden musste; so war für die Masse der Menschen weiterhin nur ein karges Leben möglich, aber mit mehr Mühe verbunden.

Erst der technische Fortschritt hat in den Industriegesellschaften so etwas wie einen Überfluss an materiellen Gütern *für alle* hervorgebracht – allerdings nur vorübergehend. Denn dieser entstand durch Raubbau an der natürlichen Mitwelt, deren Belastungsgrenzen schon jetzt weit überschritten sind, also durch *Überproduktion*, gemessen an der Tragfähigkeit unseres Planeten. Der

Überfluss ist aus drei Gründen nicht aufrechtzuerhalten: Erstens wollen auch die weniger entwickelten Gesellschaften mit Recht an den schrumpfenden Ressourcen teilhaben. Zweitens hat der medizinische Fortschritt die Bevölkerungszahlen auf ein beängstigendes Niveau ansteigen lassen, drittens hat der Fortschritt des Wissens eine Marginalisierung der einfachen Arbeitskräfte mit sich gebracht, so dass in der digitalisierten Produktion zusehends weniger von ihnen gebraucht werden. So „kann man damit rechnen, dass sich der materielle Konsum für die Mehrzahl der Menschen wieder auf einem niedrigeren Niveau einpendeln wird, wie es für die älteren Hochkulturen üblich war“ (Sieferle 1997, 26).

Den Beginn dieses Einpendelns erleben wir heute. Weltweit hat eine Angleichung der Einkommen begonnen, in den aufsteigenden Industrieländern nach oben, in den reifen Industrieländern nach unten. Sie werden sich auf einem mittleren Niveau treffen, das sicher noch lange eine beträchtliche Bandbreite haben, jedenfalls aber deutlich niedriger sein wird als es die reicheren Länder in den letzten Jahrzehnten gewöhnt waren. Der Überfluss an materiellen Gütern pro Kopf wird sich verringern, denn Produktion und Konsum müssen sich an die Begrenztheit der Mittel – der Ökosysteme, der erneuerbaren Energien und Stoffe und der wiederverwendbaren nichtnachwachsenden Ressourcen – anpassen, und die erzeugten Güter müssen auf mehr Menschen verteilt werden.

Der Prozess würde sich zwar reibungsloser vollziehen, wenn die ökonomische Globalisierung, die ihn vorantreibt, von Anfang an unter das Gebot eines ökologisch und sozial „nachhaltigen Wettbewerbs“ (Scherhorn 2005b) gestellt worden wäre, so dass sie ohne Öffnung der Verteilungsschere und mit rückläufiger statt immer noch zunehmender Naturzerstörung und Aufheizung des Weltklimas vor sich ginge. Das Einpendeln des materiellen Konsums auf ein – für die Industriegesellschaften – deutlich niedrigeres Niveau wäre dann für die Betroffenen plausibler, gerechter und humaner; erspart würde es ihnen nicht.

Denn die erneute Anpassung an die Natur erzwingt eine Reduktion des *materiellen* Konsums, also mehr der Waren als der Dienste, wie sie schon länger vorhergesehen wird (vgl. z.B. Durning 1992). Der nachhaltige Konsum wird eine andere Struktur haben: Auf den Märkten werden die Käufe von Waren im Anteil abnehmen und die von Dienstleistungen zunehmen, zugleich aber werden an der Gesamtwirtschaft die Eigenproduktion privater Versor-

gung, der marktfreie Austausch eigenproduzierter Leistungen und nicht zuletzt die in bürgerschaftlichem Engagement erbrachten öffentlichen Dienste einen größeren und vor allem geachteteren Anteil einnehmen als heute. Mit anderen Worten: Die überwunden geglaubte Subsistenzorientierung wird nicht nur erhalten, sondern gestärkt, weil sie uns dabei hilft, unsere Ansprüche besser an die Natur anzupassen.

Wider den Vorrang des Produkts

Doch scheint es eine schier unlösbare Aufgabe zu sein, von der Priorität des materiellen Konsums Abstand zu gewinnen. Die Industriegesellschaft hat sich seit dem Kommerzialisierungsprozess, der mit der Industriellen Revolution des 18. Jahrhunderts einherging (McKendrick, Brewer & Plumb 1982), so sehr daran gewöhnt, durch das Haben materieller Konsumgüter das Sein zu symbolisieren oder zu ersetzen, dass das „Haben wollen“ (Ulrich 2006) zum Motor dieser Gesellschaft geworden ist. Voller Zähigkeit klammert man sich an den Glauben, mit der Subsistenzgesellschaft auch die Notwendigkeit hinter sich gelassen zu haben, die eigenen Vorstellungen und Ansprüche an die naturgegebene Begrenztheit des „Raumschiffs Erde“ (Boulding 1966) anzupassen.

Dahinter steht die Verheißung des Industriezeitalters, die Lösung aller menschlichen Probleme sei von der *Verbesserung* der äußeren Lebensbedingungen zu erwarten (Polanyi 1978, 59 ff.), und diese vom Fortschritt der technischen Verfahren und Produkte. Der Erfolg des Technischen Fortschritts hat einen Vorrang der technischen Innovation vor der sozialen begründet, der geradezu mythischen Charakter angenommen hat. Aus der Physik kam die Verheißung, die Nutzung der Atomkraft durch Kernspaltung und Kernfusion werde unerschöpfliche, beherrschbare Energiequellen liefern. Ökonomen bestehen darauf, der freie Wettbewerb werde immer neue Lösungen für die Substitution der nichterneuerbaren Ressourcen finden. Biologen und Mediziner verkünden, „die transgene Revolution werde den Ausbruch von Krankheiten verhindern“ (Testart 2006, 13).

So muss nicht nur das Vertrauen in die Erfüllungskraft des Konsums revidiert werden, sondern das ihm zugrundeliegende rationalistische Vertrauen in technische Produkte, das seit der Industriellen Revolution die Köpfe beherrscht hat (Brödner 1997). Wo es heute noch wirksam ist, da betrachtet man Produktion und Konsum nach dem Muster des Uhrwerks als program-

mierbar, sieht auch im Menschen nicht mehr als eine Maschine und strebt unablässig danach, ihn in der Produktion durch Maschinen zu ersetzen – weil diese zu dem, was Maschinen können, fähiger sind als er – und ihn auch im Konsum nach Möglichkeit zum programmierbaren Abnehmer der Produkte zu machen.

Das erweist sich mehr und mehr als Anachronismus, denn seit den 1980er Jahren tritt „an die Stelle des Newtonschen Verständnisses der Natur als Uhrwerk und des Credo vom cartesianischen Subjekt, das sich die Natur aufgrund sorgfältiger Analyse zu unterwerfen vermag, das Paradigma der Selbstorganisation,“ die Vorstellung einer „Organisation von Organisation, die sich spontan selbst hervorbringt“ (Brödner 1997, 29 f.).

Zur Selbstorganisation ist weder die Maschine noch der Computer in der Lage, sondern nur der Mensch; statt ihn zu ersetzen oder der jeweiligen Technik zu unterwerfen, wäre es schon den hochkomplexen und schnell wechselnden Ordnungen der modernen Marktproduktion angemessen, ihm Arbeitsbedingungen zu schaffen, in denen er eigenverantwortliche Handlungskompetenz entfalten kann. Denn „anders als bei der toten Arbeit, vergegenständlicht in den Kapitalgütern, die sich im Gebrauch verzehren, nimmt die Kompetenz der lebendigen Arbeit durch Nutzung nicht ab, sondern zu (unter ausreichenden Bedingungen, versteht sich). Handlungskompetenz wächst mit jeder Aufgabe, die neue Herausforderungen stellt“ (Brödner 1997, 26).

An neuen Herausforderungen mangelt es nicht. Sie bestehen zum Beispiel darin, die Produktivität der naturgegebenen Ressourcen, die Öko-Effizienz, soweit zu erhöhen, dass die Herstellung der materiellen Güter, der Transportleistungen und der sonstigen Dienste, die für 7 Milliarden Menschen gebraucht werden, die begrenzten Rohstoffe und Ökosysteme nicht aufzehrt, sondern regeneriert. Diese Aufgabe ist schon schwierig genug; bisher wird sie nicht gelöst, wie das Abschmelzen der Polkappen, die Verknappung des Erdöls, die Überfischung der Meere oder die zunehmende Wüstenbildung beweisen.

Aber das ist noch nicht alles. Neue Herausforderungen bestehen auch darin, den Rebound-Effekt der Öko-Effizienz zu vermeiden. „Rebound, zu deutsch ‚Abprall‘, ist z.B. aus dem Basketball bekannt. Rebound ist, wenn der Ball sein Ziel, den Korb, nicht erreicht, etwa vom Ring abspringt. Auch die Medizin kennt den Rebound-Effekt. Hier bedeutet er, dass ein Medikament seine Wirkung nicht erreicht“, etwa, wenn man durch das Einnehmen eines Magensäure bindenden Mittels erst recht Magensäure produziert. Auch in der

Ökologienpolitik „verursacht der Rebound-Effekt eine Überkompensation ... Öko-Effizienz steht in so hohem Ansehen, weil sich mit ihr die Hoffnung verbindet: Wenn wir aus Energie und Stoffen genug Leistung herausholen, kann alles so bleiben wie bisher. Das freilich ist ein Trugschluss.“ Die Einsparung verführt zum Mehrverbrauch. „Weltproduktion und Welthandel wachsen so stark, dass sie die Einsparung von Energie und Stoffen durch Öko-Effizienz weit übersteigen“ (Luhmann 2006).

Das kann man auch anders sagen: Der technische Genius hat die Menschheit mit so rasant zunehmendem Schwung aus den Beschränkungen der ursprünglichen Subsistenzwirtschaft herausgeführt, dass sie nun auf erhöhtem Niveau wieder in einer Situation angekommen ist, in der sie zur Subsistenzorientierung zurückkehren, d.h. sich an die bedrohlich nahe gerückten Naturgrenzen anpassen muss, und das ähnlich wie vorzeiten mit einer Beschränkung der materiellen Güterproduktion. Dies zwar auf bedeutend höherem Niveau, aber erneut in dem Bemühen, die Abhängigkeit von einer nicht durchzuhaltenden Überproduktion zu minimieren.

Einsatz für marktfreie Güter

Das kann nicht schwer sein, sollte man denken, wenn man sich an das Vorbild der Sammler und Jäger erinnert, die dafür immateriellen Luxus eintauschten, indem sie die Pflege und den Genuss menschlicher und sozialer Fähigkeiten und Beziehungen kultivierten. Aber noch ist die Bereitschaft schwach, im Maßhalten bei materiellen Gütern den doppelten Gewinn zu sehen, den es mit sich bringen kann: Stabilisierung der materiellen Produktionschancen und immateriellen Luxus. Denn die Gefährdung der Produktionschancen wird noch immer unterschätzt, Luxus wird noch immer mit materiellem Reichtum assoziiert, und die Anpassung an die Naturgrenzen erscheint als Verzicht, nicht als Gewinn.

So wissen wir zwar längst, was zu tun ist; man kann es immer wieder in den Zeitungen lesen (als ein Beispiel: Vorholz 2006). Aber wie wir uns selbst dazu bringen können, Subsistenzorientierung zu praktizieren, das wissen wir nicht. Eines scheint sicher: Mit der Einsicht ist es nicht getan. Umweltbewusstsein im Denken führt noch nicht zum umweltbewussten, verantwortlichen Handeln. Zu tief eingewurzelt ist „die Konsumentenmentalität, die Unwilligkeit zur Teilhabe an Verantwortung“ (C.F. vonWeizsäcker 1978, 76). Gebraucht

werden Systemregeln, die die Individuen und Organisationen durch Anreize und Gebote auf den richtigen Weg bringen. Das können die bisherigen Regeln nicht sein, denn sie haben uns dazu angehalten, auf Kosten der natürlichen und der sozialen Mitwelt zu leben.

Es müssen Regeln sein, die nicht etwa einen statischen Gleichgewichtszustand sichern, sondern eher die Aufrechterhaltung eines Potentials, das in ständiger evolutorischer Entwicklung ist (vgl. Küster 2005). Dieses variable Ziel ist erreicht, wenn es keine die Tragfähigkeit der Erde übersteigende Abwälzung privater Kosten auf Umwelt und Gesellschaft (*Externalisierung*) mehr gibt. Aber das ist eine theoretische Zielvorstellung. In der Praxis wird sie noch lange nicht konsequent befolgt; in ihren aktuellen Handlungen haben sich weder die Regierungen noch die einzelnen Menschen aus der oben erwähnten Verheißung der Verbesserung und des Überflusses gelöst, die das Industriezeitalter ihrem Bewusstsein eingeprägt hat.

Diese Verheißung hat von Anfang an ignoriert, dass der industrielle Fortschritt sich der Externalisierung bedient. Die Verheißung findet nichts dabei, dass die Verbesserung auf Kosten der Mitwelt erreicht wird, auf Kosten der natürlichen Mitwelt bis hin zur eigenen leibseelischen Gesundheit, auf Kosten der sozialen Mitwelt bis hin zu den eigenen Frauen und Kindern. Sie vernachlässigt beide, weil sie die Verbesserung allein von dem wachsenden Überfluss an *marktgängigen Gütern* erwartet, in der Annahme, dass mit diesen alle Bedürfnisse des Menschen abgedeckt würden.

Diese Annahme konnte Adam Smith noch vertreten (Hirschman 1980, 116 ff.), weil im 18. Jahrhundert nicht erkennbar war, in welchem Ausmaß die Externalisierung privater Kosten den kulturellen Prozess der *Commodifizierung*, der Verwandlung von sozialen Beziehungen in Waren (commodities), über die naturgegebenen Grenzen der Umwelt und des Menschen hinaus treiben würde, indem sie die Waren subventionierte, also billiger machte als sie sein müssten, wenn alle Kosten in Rechnung gestellt würden. Inzwischen aber wissen wir es besser. Denn die überfließende Zunahme der Marktgüter drängt die nichtsubventionierten Bedürfnisse nach *marktfreien Gütern* zurück:

- Bedürfnisse der Menschen nach selbstbestimmter Entfaltung, gesunder Lebensführung, menschlicher Zuwendung, sozialer Eingebundenheit, gemeinschaftsbezogenem Handeln werden von der Expansion der Markt-

güter an den Rand gedrängt, weil der Stress der Berufsarbeit und die Fülle der gütergebundenen Beschäftigungen in der restlichen Zeit, allen voran das Fernsehen, immer weniger Raum für sie lassen.

- Bedürfnisse der Öffentlichkeit, der Regionen, Kommunen und sozialen Gruppen nach gemeinnützigem Einsatz für ihre Interessen werden zum Teil nicht erfüllt, weil sie nicht bezahlt werden können, und finden selbst dort, wo sie freiwillig und ehrenamtlich erfüllt werden, keine angemessene Beachtung, weil das Verständnis für informelle, unbezahlte Arbeit geschwunden ist.
- Bedürfnisse der eigenen Gesellschaft nach Chancen- und Verteilungsgerechtigkeit sind durch die sich immer weiter öffnende Schere zwischen den Verteilungsansprüchen des Kapitals und den verbleibenden Arbeits-einkommen gefährdet.
- Bedürfnisse künftiger Generationen nach Erhaltung des Potentials von Natur- und Sozialkapital werden hinter dem heutigen Wirtschaftswachstum zurückgestellt.
- Bedürfnisse gering industrialisierter Länder nach gerechter Teilhabe am Welthandel, Schutz vor der Auslagerung industrieller Umweltschäden, Respekt für den eigenen Entwicklungsweg usw. werden vom Eigeninteresse der Industrieländer überspielt.

Generell werden marktfreie Güter deshalb verdrängt, weil die Marktgüter durch Externalisierung von Kosten *verbilligt* sind, die marktfreien Güter aber nicht. Das lässt diese, die ja von den Menschen selbst „hergestellt“ werden müssen, aufwendiger erscheinen als die Marktgüter, die man kaufen kann. Von den Marktgütern können die Produzenten mehr absetzen und die Konsumenten mehr kaufen als wenn sie für die vollen Kosten aufkommen müssten, deshalb entsteht die *Überproduktion* an Marktgütern, der Substanzverzehr (Scherhorn 2007).

Marktfreie Güter aber sind doppelt benachteiligt – nicht nur dass sie in der Relation zu den Marktgütern als aufwendiger empfunden werden, überdies ist ein großer Teil von ihnen, die Haus- und Familienarbeit, einer gesellschaftlichen Gruppe zugewiesen, die zur Herstellung der Marktgüter nur hilfsweise und mit geringeren Funktionen und Einkommen zugelassen ist, nämlich den Frauen.

Das kommt einer zweiten Externalisierung gleich, denn die unentgeltliche Sorge für Haus und Familie ist eine Bedingung dafür, dass die Männer sich

voll der Erwerbsarbeit widmen können. Sie stellt in diesem Sinn Kosten der Erwerbsarbeit dar, die nun aber auf die billigere Frauenarbeit abgewälzt werden, was die marktfreien Güter abwertet – die häusliche und familienbezogene Tätigkeit wäre weit angesehener, wenn sie zu gleichen Teilen von der „wertvolleren“ Männerarbeit besorgt würde. Die Abwertung färbt auch auf andere Bereiche der unentgeltlichen, informellen Arbeit ab (nicht auf alle, z.B. nicht auf manche Hobbys), so dass die informellen Tätigkeiten in ihrer Relation zu den Marktgütern zugleich als *aufwendigere* und als *niedrigere* Dienste angesehen werden.

Diese Abwertung der marktfreien Güter ist für das städtische Leben kontraproduktiv. Das zentrale Merkmal der urbanen Subsistenz ist nicht die Eigenproduktion land- und hauswirtschaftlicher materieller Güter, sondern eine selbsttätige Versorgung mit – privaten oder öffentlichen – marktfreien Gütern, die die dabei nötigen Marktgüter subsidiär heranzieht, sich aber nicht vom Markt abhängig macht.

Auf dem Weg in die Tätigkeitsgesellschaft?

Das steht nur zum Teil im Gegensatz zu der Erwartung, dass die häuslichen Dienste im Verlauf des wirtschaftlichen Fortschritts vom Markt übernommen werden würden. Denn natürlich gibt es im häuslichen Bereich noch manche Dienstleistung, die nicht im Prinzip marktfrei ist und auch über den Markt gehen könnte. Derzeit allerdings steht dem die sich öffnende Schere der steigenden oberen Einkommen und der zurückbleibenden unteren entgegen. „Je ungleicher die Einkommensverteilung, desto geringer ist das Arbeitsvolumen in [sozialen und persönlichen] Dienstleistungen: je egalitärer die Einkommensstrukturen, desto größer ist die Nachfrage nach sozialen und persönlichen Dienstleistungen und das entsprechende Arbeitsvolumen“ (Bosch & Wagner 2002, 490). Genauer: Damit mehr häusliche Dienste bezahlt werden könnten, müssten vor allem die mittleren Erwerbseinkommen zunehmen. Doch der arbeitsparende technische Fortschritt lässt die Erwerbseinkünfte der unteren drei Viertel der Einkommenspyramide eher schrumpfen, und diese Tendenz erweist sich einstweilen als stärker.

Mehr denn je scheinen, wie Carl Friedrich von Weizsäcker (1978, 110) feststellte, „drei Zwänge fast unabänderlich: 1. Die Rationalisierung schreitet fort. 2. Damit ist der Zwang unausweichlich, entweder das Wirtschaftswachstum

zu verstärken oder die Arbeitszeit zu reduzieren. 3. Faktisch bleibt das Wirtschaftswachstum (bei uns, d.h. in den [reifen, GS] Industrieländern) langsam, und die strukturelle Arbeitslosigkeit wächst solange, als andere Verteilungsschlüssel der Arbeitszeit nicht gefunden sind.“

Zu 1: Die Rationalisierung der Erwerbsarbeit hat sich seit damals noch um ein Vielfaches gesteigert, weil sie sich immer stärker darauf stützt, „dass das formale Wissen, losgelöst von jeglichem Produkt, in das es eingegangen ist oder eingehen wird, in Form von Software von selbst produktiv wirken kann ... Anders gesagt, es erspart Unmengen von bezahlter gesellschaftlicher Arbeit und verkleinert folglich den (monetären) Tauschwert einer wachsenden Anzahl von Produkten und Dienstleistungen“ (Gorz 2004, 49). Für die wegfallende Erwerbsarbeit aber gibt es in einem reifen Industrieland auf halbwegs zumutbarem Lohnniveau nicht so viel an anderen Verwendungen, dass Vollbeschäftigung bei Vollzeitarbeit wieder erreichbar wäre. Im besten Fall wird die Arbeitslosigkeit auf etwa 5 Prozent reduziert, wie in anderen Industrieländern Europas, doch das darf man nicht Vollbeschäftigung nennen.

Zu 3: Denn das Sozialprodukt der Bundesrepublik wächst linear, nicht exponentiell. Es ist seit 1950 in jedem Jahrzehnt um rd. 500 Mrd. DM gewachsen, aber 1950 lag das Anfangsprodukt noch bei knapp 500 Mrd. DM, während es 1990 schon rd. 2 500 Mrd. DM betrug. In Relation zum jeweiligen Anfangsbetrag wird also das Wachstum immer langsamer, der Trend der jährlichen Wachstumsraten 1950 bis heute ist von über 10 Prozent auf 1,6 Prozent gesunken (Afheldt 2003, 15). Mit dem gleichbleibenden absoluten Zuwachs kann man zwar ganz zufrieden sein, er betrug früher im Jahresdurchschnitt 50 Mrd. DM und liegt heute im Mittel bei 36 Mrd. EUR, aber was damit an Nachfrage zuwächst, braucht keine zusätzlichen Produktionskapazitäten, es kann durch Nutzung und Erneuerung der vorhandenen bequem bestritten werden.

Zu 2: Also wird das Arbeitsvolumen reduziert, allerdings vorerst auf dem denkbar schlechtesten Weg, nämlich durch Arbeitslosigkeit. Doch da dieser Weg nicht längere Zeit durchzuhalten ist, wird er in einen anderen einmünden, in die Verkürzung der Arbeitszeit. Rechnerisch genügt bei 10 Prozent Arbeitslosen schon eine zehnprozentige Verkürzung, um wieder Vollbeschäftigung – bei geringerer Durchschnitts-Arbeitszeit – zu erreichen. Dazu braucht niemand gezwungen werden, weniger zu arbeiten und zu verdienen; es genügt die

Reduktion bei denjenigen, die ohnehin den Wunsch haben, auf Teilzeitarbeit zurückzugehen, ein Sabbatjahr einzulegen oder ähnliches, und die Abfederung dieser Wünsche bei den Arbeitgebern, damit deren Kosten für zwei Halbtage nicht höher sind als für einen Ganztage.

Nötig ist also eine „Liberalisierung des Arbeitsmarktes ... im Sinne einer größeren Freiheit für den einzelnen, ob und wann er seine Zeit für sich, ob und wann er sie für bezahlte Arbeit verwenden will („Zeitsouveränität“)“ (Weizsäcker 1978, 113). Das ist keine Beschäftigungspolitik, die je nach der konjunkturellen Lage variiert, sondern eine ordnungspolitische Neujustierung der Relation zwischen Erwerb und Subsistenz, die den Präferenzen der Menschen auch früher schon entsprochen hätte (Scherhorn 1978), nun aber auch im Interesse der nachhaltigen Entwicklung geboten erscheint. Hohe und langdauernde Arbeitslosigkeit bedeutet Marginalisierung, und diese bewirkt Apathie einerseits und Polarisierung, Radikalisierung, Kriminalität andererseits. Beides zusammen gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Entwicklung.

Man muss sich vor Augen halten, dass das Ziel der Industrialisierung nicht nur in der Mehrung des materiellen Wohlstands, sondern immer auch darin gesehen wurde, dass die Menschen das, was sie an Marktgütern brauchen, mit weniger Arbeit – und schließlich in einer menschenwürdigen Zeitspanne – hervorbringen können. „Der Klassenkampf der Arbeitsgesellschaft ging immer um die Verringerung der Arbeit. Vom Verbot der Kinderarbeit über den Acht-studentag bis zum Urlaubsgeld für zwanzig und mehr Tage ging es immer darum, Arbeit zurückzudrängen“ (Dahrendorf 1983, 91). Die tatsächliche Entwicklung hat diesem Ziel entsprochen, denn das Arbeitsvolumen in den Industrieländern hat seit dem 19. Jahrhundert kontinuierlich abgenommen (Schildt 2006). Den Sinn dieser Reduktion kann man nicht allein im Zuwachs an Ablenkung, Zerstreuung, Belustigung sehen. Menschen brauchen berufs-freie Zeit

- zur eigenen Regeneration und Weiterentwicklung: Essen, Spielen, Kneipen-besuch; Lesen, Informieren, Lernen; körperliche Bewegung wie Wandern und Sport; kreative Tätigkeiten (Musik, Werken, Kunst); Pflege menschlicher Beziehungen.
- für die Eigenproduktion in Hauswirtschaft und Kindererziehung, in der Pflege Kranker und Alter, beim Kochen, Ausbessern, Reparieren, Renovieren,

Werken, Gärtnern, also für Tätigkeiten, die das Realeinkommen erhöhen, denn man müsste die Leistungen sonst kaufen;

- und nicht zuletzt brauchen sie Zeit für das Gemeinwesen: Nachbarschaftshilfe, Stadtteilarbeit, bürgerschaftliches Engagement.

Das sind Zeitverwendungen, die zwar auch mit dem Konsum von Marktgütern verbunden sein können, im Ganzen aber eher den Charakter von marktfreien Gütern haben. Wenn sie zunehmen, weil der Beruf und die Konsumgüter nicht mehr ganz so viel von der verfügbaren Zeit absorbieren, nützt das der Gesundheit, dem Wohlbefinden, der Lebenshaltung, dem Gemeinwesen, der nachhaltigen Entwicklung.

Zugleich sind es eher selbstbestimmte Zeitverwendungen. Mögen sie auch nicht immer beliebt sein, so kann man doch weitgehend selbst entscheiden, wann und wie man sie verrichtet. Weil man sie selbst gestalten kann, erhöhen sie die Lebensqualität oft mehr als die Berufsarbeit. Dahrendorf (1983) hat sie als *Tätigkeiten* bezeichnet, um sie von der eher fremdbestimmten Arbeit zu unterscheiden.

Von ihm stammt die Vorstellung von der *Tätigkeitsgesellschaft*, in der „ein Leben autonomer Tätigkeit als Modell gilt, als Hoffnung für viele, Chance für manche, Realität schon heute für nicht ganz wenige;“ in der Bildung „immer einen Überschuss über das von der Berufswelt Verlangte“ enthält; in der „der Versuch vieler Menschen, ihr eigenes Leben nach ihren eigenen Vorstellungen zu gestalten, Unterstützung verdient“ (a.a.O., 95). Es wird noch vieler Unterstützung bedürfen, bis diese Vorstellung allgemeine Geltung erlangt; dennoch ist die Tätigkeitsgesellschaft in Ansätzen „schon unter uns“ (a.a.O., 96).

1.2 Bürgerschaftliches Engagement in der Zivilgesellschaft

Das soll in der Untersuchung des bürgerschaftlichen Engagements deutlich werden, deren Ergebnisse wir im zweiten Teil dieses Buches vorlegen. Die Anpassungsfähigkeit der Städte an sich ändernde Nutzungs-, Versorgungs- und Gestaltungsanforderungen hängt zu einem guten Teil davon ab, dass der Stadtraum und die Infrastruktur ausreichende Möglichkeiten für die *zivilgesellschaftliche* Beteiligung von Bürgern an der Produktion von Gemeinschaftsgütern bieten. Die informellen Selbstversorgungsstrukturen unserer

Großstädte bilden einen unverzichtbaren Bestandteil der städtischen Infrastruktur, und ohne die strukturelle Fundierung bürgerschaftlicher Selbsttätigkeit ist eine zukunftsfähige Stadt nicht denkbar.

Subsidiarität und Solidarität

Der Begriff der Zivilgesellschaft wird umgangssprachlich sowohl deskriptiv als auch normativ verwendet, sowohl für einen bestimmten Teilbereich der Gesellschaft als auch als Leitbild für die Gesellschaft insgesamt. Wir finden es für unsere Zwecke hilfreich, den Begriff durch das Merkmal der *zivilen Auseinandersetzung* zu definieren. *Zivil* soll heißen, dass konträre Positionen und Interessen nicht mit politischer Gewalt ausagiert, sondern mit friedlichen Mitteln austariert werden.

Das bringt nicht automatisch gerechte Lösungen hervor. Aber das Prinzip der Zivilität macht gerechte Lösungen wahrscheinlicher, und das umso mehr, je stärker die ergänzenden Prinzipien der Subsidiarität und der Solidarität ausgeprägt sind. *Subsidiarität* bringt zum Ausdruck, dass die Wahrung von Gruppen- und Gemeinschafts-Interessen auch ohne Unterwerfung unter obrigkeitliche Gewalt aus der Gesellschaft heraus möglich ist, durch Eigenständigkeit, Diskurs und Aushandeln. *Solidarität* bedeutet in diesem Zusammenhang, dass die Interessenwahrung kooperatives Handeln erfordert.

Zivil und im Ansatz subsidiär und solidarisch kann auch ein Ständestaat verfasst sein, aber es ist klar, dass das Prinzip der Subsidiarität in einer demokratischen Gesellschaft sehr viel weiter ausgebaut ist, weil es dort nicht auf die Vermittlung durch Standesvertretungen angewiesen ist, sondern direkt für die Bürger und ihre spontanen Gruppierungen gilt. Deshalb kann man von einer fortgeschrittenen Form der Zivilgesellschaft sprechen, wenn dem bürgerschaftlichen Engagement selbst die Möglichkeit eingeräumt ist, Funktionen der Zivilgesellschaft subsidiär in eigene Regie zu nehmen. Es sind insbesondere zwei Funktionen, die zweite ist der engere Gegenstand unserer Untersuchung:

- Das *Austragen* gesellschaftlicher Konflikte um die Befriedigung von Ansprüchen bzw. die Berücksichtigung von Vorstellungen gesellschaftlicher Gruppen, die sich vernachlässigt oder übergangen fühlen.

- Die *Versorgung* mit privaten und Gemeinschaftsgütern, die von den zentralen und intermediären staatlichen oder kommunalen Organen nicht zur Verfügung gestellt werden und auch vom Markt, genauer: den Produktions- und Handelsunternehmen, nicht bedient werden oder durch bürgerschaftliche Initiative besser oder erschwinglicher hergestellt werden.

Zivilgesellschaft ist also der Begriff für das Ganze einer zivil, subsidiär und solidarisch verfassten Gesellschaft, er umfasst die Organe der staatlichen und kommunalen Gewaltenteilung, die intermediären Organisationen wie Kirchen, Universitäten, Wohlfahrtsverbände, die Markt- und Wirtschaftsinstitutionen – Unternehmen, Verbände, Börsen usw., Konsumenten – und nicht zuletzt die Gruppen, Vereine und Initiativen, in denen sich Menschen mehr oder weniger spontan und ehrenamtlich zu bürgerschaftlichem Engagement zusammenfinden.

Daran zeigt sich, wie interaktiv miteinander verflochten die Akteure der Zivilgesellschaft sind. Bei der Feuerwehr etwa wird eine staatliche Pflichtaufgabe, jedenfalls in kleineren und mittleren Städten, noch überwiegend bürgerschaftlich getragen. Schulen sind als ausführende Organe eines von der Politik festgelegten Curriculums zunächst einmal Institutionen der staatlich-administrativen Sphäre. Gleichzeitig befinden sich Schulen in konkreten Stadtteilen, engagiert sich eine an der Ausbildung der eigenen Kinder interessierte Elternschaft für die Schule, gibt es zahlreiche Querverbindungen, „wirkt“ die Schule und ihr heimlicher Lehrplan im Quartier etc. und ist Schule deshalb in dieser Rolle ein bürgerschaftlicher Akteur.

Ähnliches gilt für kommunale Entscheidungsinstanzen: Als Organe der Verwaltung sind sie Teil der staatlichen Hierarchie, aber als Akteure vor Ort, die durchaus auch mit (teil-)autonomen Interessen agieren, sind beispielsweise die Mitglieder in einem Stadtteilbeirat auch Akteure der Zivilgesellschaft. Ein Geschäft kann auch in bürgerschaftlicher Trägerschaft, z.B. zur Versorgung mit Bioprodukten, geführt werden. Ein Laden, eine Werkstatt im Stadtteil sind marktwirtschaftliche Unternehmen, die aber durch ihr Engagement z.B. zur Beschäftigung Jugendlicher im Stadtteilleben auch einen zivilgesellschaftlichen „Mehrwert“ erzeugen können. Ein Copy-Shop dient gleichzeitig als Umschlagplatz wichtiger kultureller Informationen und als Begegnungsplattform verschiedener Nationalitäten u.s.f.

Es sind diese sich überlappenden Übergänge, die die Wirksamkeit von Zivilgesellschaft im Kern ausmachen und zu einer Selbststabilisierungsfähigkeit der bürgerlichen Gesellschaft oder aber auch zu neuen Hegemoniekonstellationen führen.

Während die *staatliche* Regelung von Konflikten und Ansprüchen durch ein eher starres, formalisiertes Regelsystem, formale Voraussetzungen, feste Zuständigkeiten, Sanktionsmöglichkeiten und Hierarchien geprägt ist und die *marktökonomische* durch den formellen Austausch von Leistungen und Waren, die Verpflichtung zu monetären Zahlungen und geldwerten Gegenleistungen, zeichnet sich das *zivilgesellschaftliche* Vorgehen durch ein komplexes, ständig sich veränderndes, von allen Beteiligten anerkanntes stillschweigendes ziviles Reglement aus, das es ermöglicht, Interessen zu formulieren und zu erfüllen bzw. Partikularinteressen ohne physische Gewaltanwendung durchzusetzen.

Ziviler Interessenausgleich und zivile Selbsttätigkeit beginnen beim nicht-organisierten, spontanen Handeln im Alltag, etwa wenn Konflikte im öffentlichen Raum ohne Einschalten der Polizei oder eines Rechtsanwalts gelöst werden oder wenn eine Gruppe oder Nachbarschaft notwendige Dienste leistet, ohne Geld zu verlangen, auf öffentliche Zuschüsse zu warten oder auf ihre formale Nichtzuständigkeit hinzuweisen.

Die bürgerschaftlichen Akteure können sich zur Bündelung von Interessen aber auch zusammenschließen und dazu unterschiedliche Organisationsformen wählen – von nicht hierarchisch aufgebauten, nicht professionalisierten, spontan oder auch regelmäßig handelnden Bündnissen oder Initiativen bis hin zu überlokal agierenden Großorganisationen. Gemeinsam ist ihnen, dass nicht staatlicher oder ökonomischer Zwang, sondern ein Thema oder ein Interesse die Gruppe verbindet und dass die jeweilige Gruppe darin eine Möglichkeit sieht, das gesellschaftliche Zusammenleben in bestimmter Richtung (durch bestimmte Akteure, in bestimmten Räumen) zu gestalten.

Die Infrastruktur der urbanen Subsistenz

Im *ersten* Teil des Buches wird dieses produktive Engagement in den größeren Zusammenhang der informellen Wertschöpfung eingeordnet, zu der sie beiträgt; wie die informelle Bürgerarbeit die informelle Eigenarbeit in den privaten Haushalten ergänzt, so ergänzt die Gesamtheit der informellen Tätigkeiten in Bürgerarbeit und privater Eigenarbeit die Gesamtheit der formellen,

erwerbswirtschaftlichen Wertschöpfung. Noch ist nur die Erwerbsarbeit im Sozialprodukt sichtbar, doch immer deutlicher zeichnet sich ab, dass eine zukunftsfähige Gesellschaft nicht mehr denkbar sein wird ohne Würdigung und Förderung der zweiten Säule des Wohlstands, der informellen Arbeit.

Das ist vorerst noch schwer zu verstehen, weil man sich nicht vorstellen kann, wie informelle, freiwillige und unbezahlte Tätigkeiten unter Wahrung ihrer Besonderheit in ein System integriert werden könnten, das auf formell geregelter und unter den Zwang des Einkommenserwerbs gestellter Arbeit beruht. Um das Besondere der informellen Arbeit geht es im *dritten* Teil, um ein Verständnis für ihre andere, aber nicht geringere Motivation und Produktivität. Denn sie trägt zum Wohlstand bei, *weil* sie anders motiviert und anders produktiv ist als die Erwerbsarbeit. In der Untersuchung der bürgerschaftlichen Wertschöpfung haben wir die folgenden Fragen untersucht:

- Schafft bürgerschaftliches Engagement eine eigenständige Infrastruktur? Werden städtische Räume dadurch bereichert?
- Welcher Art ist diese Infrastruktur, wie ist ihre räumliche Verortung und Anordnung? Wie ist sie intern vernetzt, und in welcher Beziehung steht sie zum Markt und zur Kommunalpolitik?
- Welchen Beitrag zur alltäglichen Erfüllung von Gemeinschaftsaufgaben, zur funktionellen Vielfalt und zur Anpassungsfähigkeit einer Stadt leistet die unbezahlte, freiwillige, nichterwerbswirtschaftliche – und deshalb meist unsichtbare – Arbeit der Bürger?
- Wieweit kann sie die öffentlichen Haushalte entlasten?

Als wir mit der Untersuchung begannen, hatten wir zwar bereits eine hohe Meinung von der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung all der selbstversorgerischen Tätigkeiten, die ohne Geld geleistet werden, aber die Ergebnisse haben unsere Erwartungen noch übertroffen. Dabei konnten wir nur einen Teil der unsichtbaren Arbeit untersuchen; das Thema ist so komplex und seine Erforschung wegen des Fehlens belastbarer Daten so aufwendig, dass man seine begrenzten Mittel auf einen Ausschnitt konzentrieren muss.

Das Segment, das wir ausgewählt haben, ist die selbstbestimmte, ehrenamtliche, gemeinschaftsorientierte *Tätigkeit in bürgerschaftlichen Einrichtungen*. Es umfasst nicht die Gesamtheit des zivilgesellschaftlichen Engagements, denn wir mussten vieles ausklammern, was Bürger spontan und

unorganisiert, einzeln oder in vorübergehenden Gruppierungen, für die Gemeinschaft leisten.

Mit „bürgerschaftlichen Einrichtungen“ sind Initiativen, Arbeitskreise, Vereine, NGOs gemeint, die sich sozialen und soziokulturellen Bedürfnissen widmen, wie der Linderung sozialer Probleme, der Bereitstellung kultureller Angebote für den Alltagsbedarf von Bürgern oder der Gemeinwesenarbeit. Die erbrachten Leistungen beruhen wesentlich auf der ehrenamtlichen Arbeit, auch dort, wo diese von hauptamtlich Tätigen unterstützt wird.

Einrichtungen mit anderer Zielsetzung, z.B. Sportvereine oder Karnevalsgesellschaften, wurden nicht einbezogen. Auch in ihnen gibt es ehrenamtliche Arbeit; sie wird überwiegend von den Freizeit-Zielen der Einrichtungen bestimmt und steht oftmals der Eigenarbeit näher als der Bürgerarbeit. Wir haben auch auf die Untersuchung von ehrenamtlichen Tätigkeiten in Pfarreien verzichtet, so verdienstvoll diese sind, weil die Kirchen einen hohen Formalisierungsgrad haben und wir der Subsistenz eine hohe Informalität der Leistungen und Organisationsstrukturen zuordnen. Mit dieser Begründung wurden auch Parteien, Berufsverbände, Schulen, Stiftungen und die großen Wohlfahrtsverbände aus der Untersuchung ausgeklammert.

In den ausgewählten bürgerschaftlichen Einrichtungen stellt sich die Infrastruktur der urbanen Subsistenz gleichsam in reiner Form dar. Sie sind stadträumlich verortete Plattformen für Bürgerarbeit, sie stellen quasi Unternehmen der Zivilgesellschaft dar und sind deshalb wesentlich stärker von stadtplanerischen und stadtpolitischen Prozessen betroffen als jene Einrichtungen, die einen finanziellen Rückhalt in öffentlichen Haushalten, intermediären Korporationen oder im Markt haben. Gewiss reicht der Kreis der bürgerschaftlichen Selbsttätigkeit über den von uns untersuchten Kern hinaus, aber die Problematik der urbanen Subsistenz tritt in diesem Kern sehr klar zutage.

Sie zeigt sich z.B. darin, dass man in der Kommunalpolitik durchaus hohe Erwartungen an das bürgerschaftliche Engagement stellt, sich aber wenig Gedanken darüber macht, welche sozialräumlichen, wirtschafts- und kommunalpolitischen Strukturen und Vorgaben die Bürgerarbeit ermöglichen und auf welche Förderung sie angewiesen ist. Das hängt auch damit zusammen, dass das Besondere, Unersetzliche an den bürgerschaftlichen Leistungen wohl erst dann gewürdigt werden kann, wenn es nicht durch die Brille geld- und erwerbswirtschaftlicher Vorstellungen und monetärer Wertschöpfungsketten gesehen wird.

In der Untersuchung ist uns immer wieder bewusst geworden, in welchem hohem Maß die ‚Unsichtbarkeit‘ der informellen, nichtmonetären, bedarfsorientierten Tätigkeiten darauf beruht, dass der Blick für die besondere Qualität dieser Tätigkeiten versperrt ist. *Besonders* sind sie ja nicht immer im Sinne der *besseren*, sondern der *eigenen* Qualität: Sie dienen der selbsttätigen Versorgung mit privaten und öffentlichen, materiellen und immateriellen Gütern, sie sind komplementär zur Erwerbswirtschaft und zugleich mit dieser verwoben, sie brauchen und schaffen ihre eigene Infrastruktur, die die erwerbswirtschaftliche ergänzt und bereichert. Deshalb wollen wir die Ergebnisse unserer Untersuchung auch daran messen, wieweit es uns gelingt, das Besondere, Unverwechselbare und Unersetzbare dieser Tätigkeiten deutlich zu machen.

Weder über das Ausmaß noch die Ausprägungen von Bürgerarbeit gibt es bisher valide Zahlen und Erhebungen, die für unsere Untersuchung eine befriedigende Grundlage liefern konnten; so mussten wir mit unseren Untersuchungen nahezu bei Null beginnen. Um dennoch im Rahmen der verfügbaren Forschungsmittel möglichst zu allgemeingültigen Aussagen zu kommen, haben wir die drei sehr unterschiedlichen Städte Berlin, Stuttgart und Köln vergleichend untersucht.

Dabei war als *erstes* zu recherchieren, wie viele Einrichtungen der selbstbestimmten Bürgerarbeit es in den drei Städten überhaupt gibt; verlässliche Adresslisten existieren nicht, und schon nach wenigen Jahren müssen die bereits gesammelten Adressen auf den neuesten Stand gebracht werden.

Als *zweites* folgte der Schritt, diese Einrichtungen stadträumlich zu verorten, zu kartieren und ihre Verteilung zu analysieren. *Drittens* galt es das Vorkommen der bürgerschaftlichen Einrichtungen in Beziehung zur Verteilung marktlicher und öffentlich-kommunaler Institutionen zu setzen, um Synergien und Komplementaritäten zwischen den Sektoren zu erkennen.

Viertens war zu ermitteln, welchen Zielgruppen und Themen bürgerschaftliche Einrichtungen gewidmet sind, welche Leistungen und Angebote sie erbringen, wie sie sich finanzieren bzw. arbeitsfähig erhalten und was ihre Arbeit behindert oder befördert. Und *fünftens* musste herausgefunden werden, wie die bürgerschaftlichen Einrichtungen interagieren, wie sie vernetzt sind und auf welche Weise sie im Stadtraum sozial, aber auch politisch wirksam werden, wie sie den Standort prägen und verändern.

Erst auf diesem Set von quantitativen und qualitativen Informationen konnte die Frage nach der Bedeutung der Bürgerarbeit für die Funktions- und

Anpassungsfähigkeit der Stadt untersucht und beantwortet werden. Einige Antworten gingen aus den durchgeführten Befragungen und Interviews hervor, andere wurden durch Erhebung und Visualisierung der Kommunikations- und Arbeitsbeziehungen zwischen den Einrichtungen gewonnen, wieder andere durch die Einordnung dieser Beziehungen in das Geflecht der marktlichen und kommunalen Einrichtungen und in den Stadtraum.

1.3 Der blinde Fleck auf der Wirtschafts-Landkarte

Komplementäre Wirtschaftstätigkeiten: ausgeklammert

Trotz ihrer unzweifelhaften Bedeutung für Wohlstand und Lebensqualität findet die Subsistenzarbeit bisher in den Theorien des wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen *mainstream* keine angemessene Berücksichtigung. Diese Theorien sind der industriegesellschaftlichen Tendenz verpflichtet, die früher am Bedarf orientierte Herstellung von überwiegend naturalwirtschaftlichen Gütern und Diensten mehr und mehr durch erwerbswirtschaftliche Produktion zu ersetzen (Scherhorn 1997, 169).

Auch die bedarfswirtschaftliche Produktion hat zwar Werte geschaffen, aber die erwerbswirtschaftliche brachte Geldeinkommen hervor, von denen monetäre Abgaben in Gestalt von Zinsen und Steuern erhoben werden konnten. Um die Geldwirtschaft auszubreiten, ist die naturalwirtschaftliche Land- und Hauswirtschaft seit dem 16. Jahrhundert durch die Allianz von Kapital und Staat systematisch zurückgedrängt worden. Als die Ökonomie als Wissenschaft entstand, im 18. Jahrhundert, galt die geldwirtschaftliche Verfassung der Volkswirtschaft schon als der erstrebenswerte Normalzustand; als wertschaffend betrachtete man vor allem die erwerbswirtschaftlichen, monetär entgoltenen Tätigkeiten. So wurde ein bedeutender Teil der realen Wirtschaft ausgeklammert.

Eine Alternative hätte darin bestanden, sich die Wirtschaft aus komplementären Segmenten zusammengesetzt vorzustellen und diese als ineinandergreifend aufzufassen. Solche Segmente wären die erwerbswirtschaftlichen und die bedarfswirtschaftlichen Wirtschaftstätigkeiten, die ersteren auf den Erwerb von Geldeinkommen gerichtet und im Prinzip expansiv, die letzteren an jeweils gegebenen Bedarfen orientiert und durch sie begrenzt.

Eine Integration der Segmente wäre auch bei Dominanz der Geldwirtschaft denk- und realisierbar, wie z.B. Lietars Analyse komplementärer Währungen verdeutlicht (Lietar 1999; vgl. auch Hubert 2004). Sie würde es ermöglichen, die Unterscheidung zwischen monetären und nichtmonetären Transaktionen und auch die zwischen formell und informell organisierten Tätigkeiten quer zu den beiden Segmenten zu legen.

So könnte man der Bedarfswirtschaft z.B. die Staatstätigkeiten oder die Unternehmen des Handwerks oder auch die von Sassen (2000) beschriebenen informellen Unternehmenstätigkeiten zurechnen, so dass alle diese zwar auch unter dem Effizienzaspekt betrachtet würden, aber weniger leicht in den Bann des erwerbswirtschaftlichen Denkens gerieten als es heute der Fall ist. Umgekehrt wäre es für Unternehmen leichter, nichtmonetär bewertete Leistungen von Mitarbeitern angemessen zu würdigen (*corporate citizenship*).

Stattdessen hat man sich nach Kräften bemüht, die bedarfswirtschaftlichen Tätigkeiten auszublenden, weil man sich von ihrer Betrachtung keinen zusätzlichen Beitrag zur Erklärung des modernen Wirtschaftens versprach und überdies erwartete, dass sie nach und nach zur Bedeutungslosigkeit zusammenschrumpfen würden. Beispielsweise kennt das Vahlen-Lexikon der Wirtschaftswissenschaften Subsistenz ausschließlich als eine „zu überwindende ländliche Subsistenzwirtschaft unterentwickelter Regionen;“ Subsistenz ist in der neoklassischen Sicht ein „Sumpf, der ausgetrocknet werden muss“ (Serries 1995, 49).

Diese Erwartung hat sich, wie die in Kapitel 2.3 mitgeteilten Zahlen andeuten, nur zu einem Teil erfüllt. Gewiss wurde die Herstellung privater materieller Güter weitgehend von der Geldwirtschaft übernommen, heute wird sie nur noch zu einem Siebtel in den Haushalten selbst besorgt, und dieser Anteil wird sich vermutlich weiter verringern. Doch beanspruchen die subsistenzwirtschaftlichen Tätigkeiten in den privaten Haushalten – der versorgungs- und familienbezogene Teil der Eigenarbeit – noch immer 50 Prozent mehr Arbeitsstunden als die Erwerbsarbeit in den Unternehmen. Auch wenn sich in den kommenden Jahrzehnten sicher noch weitere Dienstleistungen aus den Haushalten in die Unternehmen verlagern (Bosch & Wagner 2002), so wird das am Umfang der Eigenarbeit doch nichts Entscheidendes ändern. Und was die Bürgerarbeit betrifft, die heute schon einen größeren Umfang hat als die Erwerbsarbeit im öffentlichen Dienst, so wird sie nach aller Voraussicht sogar weiter zunehmen (vgl. etwa BMFSJ, Freiwilligensurvey 1999–2004, 15 ff.).

Komplementäre Infrastrukturen: unbeachtet

Auch in der siedlungs- und wirtschaftsgeographischen Analyse wie in der städteplanerischen Betrachtung der funktionalen wie infrastrukturellen Aufteilung des Wirtschafts- und Sozialraumes Stadt finden die subsistenzwirtschaftliche Wertschöpfung und deren Institutionen und Infrastruktur bislang kaum Aufmerksamkeit.

In den Standardwerken zur Wirtschaftsgeographie finden sie keine Beachtung (etwa Reichart 1999, Kulke 2004, Schätzl 2003, Dicken & Lloyd 1999, Bathelt & Glückler 2003), oder werden als periphere Erscheinungen abgetan. Originell verweisen Knox und Marston im Handbuch Humangeographie kurz auf die Bedeutung des informellen Sektors in „peripheren Volkswirtschaften“ (Knox & Marston 2001, 577). Dabei handle es sich jedoch um eine „vor allem seit der Verbreitung des Eisenbahnwesens im Schwinden begriffene, noch in den Randregionen der Erde praktizierte Form der Landwirtschaft für den Eigenbedarf“ (ebenda, 393).

Indem Heineberg die Stadt als „sozialen Lebensraum (mit einem sozialen Interaktionsnetz, mit lokaler Ortsbezogenheit etc.) und aus Sozialräumen zusammengesetzt“ (Heineberg 2001, 25) bezeichnet, unterstreicht er die Bedeutung soziokultureller und -ökonomischer Untersuchungen im urbanen Raum: „Die Stadt wird zur universellen Lebensform, alle sozialen Phänomene sind zugleich auch Stadtphänomene“ (Hamm 1982, 21). Der erweiterte Blick auf solche ‚Stadtphänomene‘ erfolgt aber nicht.

Eine Ausnahme stellt Werner Hennings dar, der beim Geographentag 1999 konstatierte: „Erfolgreich im Sinne von Entwicklung ist nicht das Marktmodell, sondern zunächst einmal das Subsistenzmodell: Eine intakte Subsistenzproduktion ‚subventioniert‘ gewissermaßen die Marktproduktionen, indem sie ganz grundsätzlich und für alle Mitglieder die Reproduktion absichert und erst auf dieser Basis Markttätigkeit ohne existenzielles Risiko zulässt – der moderne Sektor ist vom vor-modernen abhängig“ (Blotevogel et al. 2000, 343).

Knox und Pinch widmen sich in „Urban Social Geography“ u.a. Fragen urbaner Lebensqualität („social well-being“) und Wechselbeziehungen zwischen Staat und Zivilgesellschaft im urbanen Raum. Hier wird das geringe Wissen über bürgerschaftliche Einrichtungen als tragende Elemente demokratischer Infrastruktur bemängelt: „Relatively little is actually known about the number of citizen organizations of different kinds in cities“ (Knox & Pinch

2000, 150–152). Es habe zwar einige spezifische Untersuchungen zu bürger-schaftlichen Bewegungen mit Themen wie Stadterneuerung, Transportsysteme und Organisation der Schulen gegeben, die aber höchstens die Spitze des Eisbergs andeuteten. Neun Zehntel der großen Vielfalt und Dimension bürger-schaftlicher Einrichtungen, von Wohlfahrtsverbänden und ähnlichen Organi-sationen und ihrer stadträumlichen wie infrastrukturellen Wirkungen seien bisher unerforscht.

Die Wahrnehmungsdefizite bezüglich der raum- und strukturprägenden Einflussgröße der Zivilgesellschaft und bürger-schaftlichen Handelns und ihren Komplementaritäten zur „klassischen“ Perspektive charakterisieren weiterhin die Stadtgeographie, Stadtentwicklung und Stadtökonomie der Gegenwart. Die erste umfassendere Untersuchung zu diesen Zusammenhängen in der Geographie ist erst vor kurzem erschienen (Dahm 2003). Insgesamt ist in der Wissenschaftslandschaft die Erforschung des Bereiches der Subsistenz höchst defizitär. „Kein einziges voll ausgebautes Hochschulinstitut hat den Dritten Sektor als Schwerpunkt, von einem interdisziplinären Forschungs-zentrum ganz zu schweigen. [...] Die großen Forschungsfördereinrichtungen wie die DFG, die Volkswagenstiftung oder der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft haben bisher keine Forschungsschwerpunkte in diesem Bereich aufgelegt. Forschungsergebnisse entstehen aus dem Engagement einzelner Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler oder als Nebeneffekte in anderen Zusammenhängen“ (Enquete Kommission „Zukunft des Bürger-schaftlichen Engagements“ 2002, Band 4, 611).

Auch in der Soziologie werden diese Zusammenhänge erst jüngst vertieft. Schmals (1997) skizzierte erstmals für die Stadtsoziologie im Abschnitt „Von der ‚Charta von Athen‘ zum ‚differentiellen Milieu‘“ Zusammenhänge zwi-schen stadträumlichen Strukturen und Entwicklungen der Zivilgesellschaft. Rödel (2001) beschrieb funktional und sozial gemischte öffentliche Räume als Voraussetzung und Foren lokalen zivilgesellschaftlichen Handelns. Durch weiterhin zunehmende gesamtstädtische Funktionstrennung und Ausdün-nung von Stadtquartieren mit Einrichtungen für den täglichen Bedarf verlieren die Siedlungsstrukturen ihre eigene sozial-kulturelle Regenerationsfähigkeit (Läpple 1996, 133), ihre Standortqualität sinkt. Sie können damit nicht mehr als anpassungsfähig bezeichnet werden. Gleichmaßen sind mit dem Ver-lust des Öffentlichen soziokulturelle Funktionsverluste in Städten verbunden, die nicht über eine entsprechende Versorgungsstruktur im kommunalen und

marktlichen Bereich gedeckt werden könnten. Hier kommt bürgerschaftlichem Engagement und bürgerschaftlichen Institutionen wesentliche Bedeutung zu.

Konfrontiert mit massiven Dezentralisierungen und Reduzierung von Erwerbsarbeitsplätzen, sowie einer zunehmenden Entkopplung lokaler und regionaler Wirtschaftsunternehmen von kommunalen Verbindlichkeiten, wird lokale städtische Politik gegenüber der staatlichen Ebene immer schwächer. In dieser Folge werden zunehmend ehemals kommunale Funktionen und Verantwortungsbereiche privatisiert – oder nicht mehr ausreichend erbracht (vgl. Knox und Pinch 2000). Die städtische Lebensqualität nimmt ab (ebenda, 206), und urbaner Wohlstand in Innenstädten und Wohngebieten schwindet für immer größere Bevölkerungsanteile zusehends. Die Kommunen sind von den Anforderungen ihrer sozialen, integrativen und partizipativen Aufgaben gegenüber der Bevölkerung überfordert (vgl. BUND & Misereor 1996; Hall & Pfeiffer 2000; Eberling, Henckel & Grabow 1999), und diese Tendenz steigt, denn die Ursachen der Handlungsschwäche verstärken sich rapide.

Die Fähigkeit von Städten, Menschen und unterschiedliche Lebensstile sozial zu integrieren und sozioökonomische Sicherungssysteme kommunal wie regional neu zu konzipieren, bildet eine Voraussetzung dafür, dass eine ökologisch und sozial nachhaltige Entwicklung weltweit gewährleistet werden kann. Auf keinem anderen Weg – außer über massive Repression – kann den zunehmenden Konflikten soziokultureller und -ökonomischer Segregation entgegengewirkt werden. Es erscheint dementsprechend unumgänglich, einen umfassenden sozioökonomischen wie planerisch-strategischen Paradigmenwechsel einzuleiten, um die notwendigen Veränderungen für zukunftsfähige städtische Entwicklungen zu ermöglichen (vgl. Lloyd-Evans & Potter 1998).

Die strategische Integration sozialer und kultureller Leistungen, die über bürgerschaftliche Einrichtungen erbracht werden und soziales Kapital kanalisieren, ist hierbei von entscheidender Bedeutung, denn: „Cities are formed through the geographic concentration of a social surplus product“ (Harvey 1973, 216 lt. Lloyd-Evans & Potter 1998, 33). Urbanisierung ist ebenso ein sozialer wie struktureller Prozess. „Unsere Produktions- und Konsummuster sowie unsere Lebensstile sind städtischer Art und ohne Stadt als Produktions- und Gewerbestandort, als Marktplatz und kulturelles Zentrum, als Ausbildungs- und Qualifikationsort nicht vorstellbar“ (BUND & Misereor 1996, 252).

Um für konkretes stadtplanerisches, stadtökonomisches und politisches Handeln wirksame Orte und Institutionen zu identifizieren, ist das Verständnis

und Wissen über die Verteilung, Funktionsweise und Potenziale der sozialökonomischen Infrastrukturen und institutionellen Beziehungen von unverzichtbarer Bedeutung. Stefan Krätke stellte 1995 die hohe Bedeutung von Netzwerkanalysen für die geographische Raumforschung und für zukünftige Politik- und Planungsprozesse heraus. Dabei ordnet er „regionalen Produktions-Milieus und endogenen Potenzialen große Bedeutung“ zu (Krätke 1995, 2).

Wirtschafts- und Sozialgeographie nützten ihr Potenzial „zur Analyse der Raumbezogenheit gesellschaftlicher Strukturen und Prozesse und ihrer regionalen Differenzierung [...] als Analyse der gesellschaftlichen Produktion“ (ebenda, 5) nicht ausreichend. Die Zersplitterung geographischer Analysen in Teilfachdisziplinen sei kontraproduktiv für die gesellschaftsbezogene Raumforschung (ebenda, 9). Auch hebt Krätke die Bedeutung sozialökologischer Analysen hervor, nach denen bioökologische Konzepte auf Sozial- und Kulturräume übertragbar seien (ebenda, 8). Stadtentwicklung müsse als sozialökonomischer Prozeß begriffen werden, der im Kontext eines globalen gesellschaftlichen Strukturwandels abläuft. Dabei stellen Städte eine „funktional heterogene Agglomeration von Wirtschaftsaktivitäten“ dar. „In bedeutenden städtischen Versorgungsbereichen ist der Marktmechanismus überhaupt funktionsunfähig; hier werden Infrastrukturen nach vom Marktmechanismus abweichenden Prinzipien erstellt und bewirtschaftet“ (ebenda, 11).

1.4 Modernisierung der Subsistenz

Subsistenzorientierung in privaten Entscheidungen

Subsistenzorientierung ist, wie in 1.1 dargelegt, der Name für eine Strategie, die erwerbswirtschaftliche Produktion einerseits zu unterstützen und andererseits zu nutzen, sich aber von ihr möglichst wenig abhängig zu machen, um sich auch der Produktion marktfreier Güter widmen zu können. Die Erwerbswirtschaft wird *unterstützt*, denn die unbezahlte Arbeit bildet die Grundlage der bezahlten. In der Fabrik, im Büro oder im Laden kann die Arbeit nur funktionieren, weil für die persönlichen und gesellschaftlichen Bedürfnisse informell gesorgt wird: Familienleben, Kindererziehung, das Netz sozialer Beziehungen, ein funktionierendes Gemeinwesen kommen ohne nichtentlohnte Arbeit nicht zustande.

Die Erwerbswirtschaft wird *genutzt*, denn in modernen Gesellschaften könnte und wollte kaum jemand seinen Lebensunterhalt allein mit Subsistenzarbeit bestreiten, weil man sich dazu allzuweit von der modernen Lebensweise isolieren müsste. Zudem ist die informelle Arbeit, um auf dem „Stand der Technik“ ausgeführt zu werden, auf Marktgüter angewiesen, auf Räume, Werkzeuge, Unterweisungen u.a.

Aber auch und gerade der moderne Stand des Wissens, der Technik und der Lebensgewohnheiten erlaubt es, die *Abhängigkeit* von der Erwerbswirtschaft in Grenzen zu halten. Auf dem Land kann man einen Teil seines Bedarfs selbst produzieren; selbst eine aufgelockerte städtische Bauweise erlaubt in kleinerem Umfang Obst- und Gemüseanbau, Kleintierzucht oder handwerkliche Eigenproduktion.

Bei manchen kann das so weit gehen, dass sie gerade so viel selbst produzieren, um vom Verkauf auskömmlich leben zu können. Andere bestreiten nur ihren Eigenbedarf oder Teile davon aus der eigenen Produktion. Und da immer die Produktion von Dienstleistungen mitgedacht werden muss, die häusliche Arbeit und die Kinderbetreuung zum Beispiel, kann der Spielraum dessen beträchtlich sein, was man selbst herstellen kann und was folglich die Abhängigkeit vom Markt verringert.

Die Bandbreite der *marktfreien Güter*, für die man dadurch frei wird, reicht von selbstbestimmter Entfaltung und menschlichen Beziehungen über das Engagement für kommunale Aufgaben bis zur Sorge für Entwicklungsländer oder künftige Generationen. Wenn wir sie als marktfrei bezeichnen, so nicht weil sie von der Erwerbsarbeit prinzipiell vernachlässigt werden, denn man kann sich durchaus vorstellen, dass sie – etwa in einer umfassend dem Nachhaltigkeitsziel verpflichteten Wirtschaft – mit dem Gelderwerb vereinbar sein können. Doch in der industriellen Wirtschaft der Gegenwart ist das nur ausnahmsweise der Fall. Heute nehmen sich vor allem die Subsistenztätigkeiten der marktfreien Güter an; solange sie in Konkurrenz zur Erwerbsarbeit stehen, braucht man Spielraum, um sich ihnen widmen zu können.

Modernisierung der Subsistenz verlangt nicht, dass man den Spielraum jederzeit voll ausnutzt, sondern sich jederzeit seiner bewusst ist. Denn dieses Bewusstsein ist es, was die innere Abhängigkeit von der Erwerbsarbeit gering hält, weil die Alternativen der Subsistenzarbeit wünschenswert erscheinen und man sie bei Bedarf aktivieren kann.

Dazu müssen sie als wirkliche Alternativen empfunden werden. Es geht ja nicht um Subsistenz *oder* Erwerb, sondern je nach der Lebenssituation um mehr Subsistenz und weniger Erwerb oder mehr Erwerb und weniger Subsistenz. Damit diese Wahlmöglichkeiten jederzeit in Erwägung gezogen werden können, müssen die Formen der Subsistenzarbeit von gleicher Attraktivität sein wie die der Erwerbsarbeit. Sie sind heute bereits attraktiver als in den vergangenen Jahrzehnten, auch wenn sie wohl den Gleichstand noch nicht erreicht haben.

Ihre Attraktivität wird beispielsweise durch das Bestreben gefördert, Nachteile der Erwerbsarbeit zu verringern, wie den Stress der Produktivitätszwänge, die Fremdbestimmtheit am Arbeitsplatz, die Abhängigkeit von Lieferterminen; oder durch die Verfügbarkeit variabler Erwerbsmöglichkeiten etwa durch Einrichtung eines Heimarbeitsplatzes; durch die Änderung des Geschlechterverhältnisses, namentlich die zunehmende Bereitschaft junger Väter, sich mit der Mutter in den täglichen Umgang mit kleinen Kindern zu teilen; durch die stärker wahrgenommene Notwendigkeit nachhaltigen Konsums und die Erkenntnis „Weniger ist mehr“; durch die Erkenntnis, dass die eigene Teilzeitarbeit dazu beiträgt, die Anzahl der Arbeitsplätze zu erhöhen; durch das persönliche Engagement für bürgerschaftliche Aufgaben, die nur in öffentlicher Subsistenzarbeit erfüllt werden können; nicht zuletzt auch durch die Freude am Umgang mit Menschen, den diese Arbeit mit sich bringt.

Subsistenzorientierung der Gesellschaft

Bestrebungen dieser Art führen zu gleichartigen individuellen Entscheidungen, wenn sie von Veränderungen angestoßen werden, die nicht nur die Situation des einzelnen betreffen, sondern die Gesellschaft, die Region, die Gemeinde, die Gruppe. Das ist heute der Fall, und deshalb kann man es für wahrscheinlich halten, dass sich nicht nur bei einigen Individuen, sondern auch in der Gesellschaft moderne Formen der Subsistenzorientierung ausbreiten. Der zunehmende Sinn für Geschlechtergerechtigkeit deutet auf eine solche Veränderung, ebenso die dominante Rolle des Wissens für die wirtschaftliche Produktion, die egalisierende Funktion der digitalen Kommunikationstechnik, das sich ausbreitende Verständnis für nachhaltige Entwicklung.

Der resultierende Wertewandel kann dazu beitragen, dass sich z.B. in einer ländlichen Region ein Bewusstsein davon ausbreitet, dass die Region der Auszehrung durch die Globalisierung nur widersteht, wenn die internen

Austauschbeziehungen gestärkt werden, auch wenn das die Exporterlöse des einzelnen schmälert oder seine Umsätze mit preiswerten Importprodukten verringert (Baier, Bennholdt-Thomsen & Holzer 2005).

Und er kann in den Städten bewirken, dass sich bei den Bürgern eine Bereitschaft durchsetzt, vernachlässigte Bedarfe z.B. nach Kommunikation, Selbsthilfe, Partizipation, Integration oder Fürsorge informell, also in bürgerschaftlichem Engagement zu befriedigen, und dass sich in der Stadtverwaltung ein Verständnis für die besonderen Bedingungen dieses Engagements einstellt, beispielsweise dafür, dass es selbstbestimmt handeln will und Freiraum braucht.

Beides ist gleichermaßen notwendig. Die Städte müssen realisieren, dass der Zusammenhalt und die Anpassungsfähigkeit der Stadt nicht durch die Förderung der Erwerbswirtschaft allein zu sichern sind, sondern wesentlich von den immateriellen Gemeinschaftsgütern abhängen; dass diese nicht weniger zur Lebensqualität in der Stadt beitragen als die Erwerbseinkünfte; dass sie ohne die engagierte und verantwortliche Tätigkeit der Bürger nicht in ausreichendem Umfang bereitgestellt werden können; und dass gerade die Vielfalt und Spontaneität des bürgerschaftlichen Engagements das Klima lebendigen Zusammenhalts schafft, das die Stadt anziehend macht.

In den Regionen muss sich die Einsicht durchsetzen, dass die Globalisierung eine gefährliche Kehrseite hat. Sie macht die Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit international mobiler, was einerseits den Austausch fördert, es andererseits aber möglich macht, dass alle Kostenvorteile sich in einzelnen Regionen versammeln, und das werden eher Industrie- als Agrarregionen sein (Daly 1993). Folglich werden die ländlichen Regionen wirtschaftlich ausbluten, wenn sie einseitig auf die Produktion für den Export setzen, denn im Zeitverlauf gewinnen die Industrieregionen einen größeren Vorsprung, weil die Agrarprodukte nicht so hohe Preise erzielen wie Industrieprodukte und folglich die ländlichen Regionen im Austauschverhältnis immer weiter zurückbleiben, wenn sie ihren Bedarf und ihre Produktion nicht auf Industrieprodukte ausdehnen. Schon Aristoteles beharrte darauf, „dass der Sinn des Wirtschaftens die Produktion für den Gebrauch und nicht die Produktion für den Gewinn“ sei. Der Export darf die Selbstversorgung nicht gefährden, also dürfen nur die Überschüsse exportiert werden, die bei der Produktion für den heimischen Bedarf anfallen; die Produktion für den Export dagegen würde die Grundlage einer Volkswirtschaft zerstören, die mit Agrarprodukten gegen eine Industrieregion konkurriert (Polanyi 1978, 85).

Die Parallele liegt auf der Hand. Für die ländliche Region bedeutet Subsistenzorientierung, die erwerbswirtschaftliche Produktion so zu steuern, dass die regionale Selbstversorgung mit lebenswichtigen Marktgütern, der selbsttragende interne Güterkreislauf, gesichert ist. Das bewahrt die Region vor dem „Verdrängungshandel“ (Jenner 1999), der Güter importiert, aber in der Region keine Arbeitsplätze schafft. Für die Städte dagegen bedeutet Subsistenzorientierung, die Selbstversorgung mit marktfreien Gütern zuzulassen und zu fördern, denn die urbane Ballung und Dynamik bringt die Kumulation einer Vielzahl von Bedarfen nach unterstützenden und integrierenden Leistungen hervor, deren Vernachlässigung das Bild der Stadt trübt, während ihre Bewältigung es anziehend macht, die Standortqualität erhöht und so indirekt für Arbeitsplätze sorgt.

Das soll nicht heißen, dass es in der ländlichen Region keinen Bedarf nach marktfreien Gütern gäbe. Aber dort verteilen sie sich so im Raum, dass sie, solange die Traditionen intakt sind, im Rahmen der kleinräumigen Sozialbeziehungen subsistenzorientiert erfüllt werden können, ohne dass dies die einzelnen Nachbarschaften, Gruppen und Kommunen überfordert. In größeren Städten dagegen konzentrieren sie sich, weshalb ihre Bewältigung besonderer Organisation bedarf.

Inbegriff der Subsistenz ist deshalb nicht die Autarkie oder *self-sufficiency*, sondern die an die Grenzen der verfügbaren Mittel angepasste Eigenständigkeit oder *self-reliance*; und diese Vorstellung gilt keineswegs nur für die Versorgung mit Agrarprodukten (Tudge 2004, 88), sondern ist auf die städtische Wirtschaft übertragbar. Das Wesen der *urbanen Subsistenz* sehen wir darin, dass Bürger sich selbständig und eigenverantwortlich für die Selbstversorgung mit jenen marktfreien Gütern einsetzen, die das städtische Leben ermöglichen, aber von der Kommune nicht hergestellt werden können.

Modernisierung der urbanen Subsistenz bedeutet dann die strategische Integration subsistenzwirtschaftlicher Methoden und Prozesse in ein plurales Management der Stadt, ihr Zusammenwirken mit staatswirtschaftlichen und marktwirtschaftlichen Ansätzen zu einem Ganzen, das den Möglichkeiten und Grenzen moderner Stadtgesellschaften gerecht wird.

So ist urbane Subsistenz überwiegend der Herstellung und der Vermittlung immaterieller Güter gewidmet, und sie ist nicht weniger lebenswichtig als die Erwerbsarbeit. Diese Auffassung finden wir in der psychologischen Bedürfnis- und Materialismusforschung bestätigt. Die Frustration der marktfreien

Bedürfnisse nach menschlichen Beziehungen, Einsatz für die Gemeinschaft, selbstbestimmter Entfaltung macht krank, wenn bei steigendem Wohlstand die Wünsche einseitig auf materielle Güter fixiert bleiben.

Das ist inzwischen eine durch internationale Forschung gesicherte Erkenntnis (Kasser 2002). Auf materialistische Ziele – Reichtum, Ansehen, Attraktivität – fixierte Menschen haben ein *weniger* sicheres Selbstwertgefühl und sind weniger vital, ihr psychisches Wohlbefinden ist geringer, sie sind weniger zufrieden mit ihrem Leben, ihrer Familie, ihren Freunden, ihrem Einkommen, haben *mehr* Depressionen und Ängste, zeigen häufiger gestörtes Sozialverhalten, destruktive Einstellungen, Stress-Symptome und Suchterscheinungen. Das sind Symptome einer Selbstentfremdung, die daraus resultiert, dass Menschen von der Lust an der momentan reizvollen Befriedigung der marktgängigen Wünsche des *Habens* dazu verleitet werden, die marktfreien Bedürfnisse des *Seins* auf Dauer zurückzustellen (Scherhorn 2007c).

Für seelische Gesundheit kommt es auf die Balance der Werte des Habens mit denen des Seins an, und in Analogie dazu hängt die volle Funktionsfähigkeit, d.h. die Lebendigkeit und Integrationskraft der Stadt davon ab, dass in ihr die erwerbswirtschaftlichen Tätigkeiten mit den subsistenzwirtschaftlichen in Balance sind. Deshalb erfordert Modernisierung der urbanen Subsistenz, die Bedingungen für die Produktivität der bedarfsorientierten subsistenzwirtschaftlichen Tätigkeiten zu verstehen und zu verbessern. Was dazu im einzelnen nötig ist, und worauf bereits heute aufgebaut werden kann, das ist der Gegenstand dieser Untersuchung.

Generell ist nötig, dass in Städten (und nicht nur dort) die Subsistenzwirtschaft als Komplement der Erwerbswirtschaft anerkannt und in einer Weise gefördert und alimentiert wird, die es ihr ermöglicht, ihren selbstbestimmten, gemeinschaftsbezogenen Charakter zu bewahren und so ihre komplementären Potentiale zu entfalten. Der Gedanke taucht sowohl in haushaltswissenschaftlichen sowie in feministischen Analysen auf, die eine theoretische und politische Würdigung der derzeit ökonomisch ‚unsichtbaren‘ Haus-, Familien- und Versorgungsarbeit fordern (Biesecker 2000a,b), als auch in beschäftigungspolitischen Analysen, die die Bürger- oder Gemeinschaftsarbeit als komplementär zur Erwerbsarbeit betrachten (Hildebrandt 2004). In der Auseinandersetzung mit der Beschäftigungsproblematik gewinnt der Gedanke des Wohlfahrtspluralismus an Gewicht (Evers & Olk 1996; Dahm et al. 2002), der besagt, dass das individuelle Wohlergehen ebenso wie die Funktionsfähigkeit

des Gemeinwesens nicht von den Leistungen des Marktes allein abhängt, auch nicht von ihrem Zusammenwirken mit der Staatstätigkeit allein, sondern von der Balance beider mit der Bedarfs- oder Subsistenzwirtschaft.

Damit diese Balance in einer auf Erwerbsarbeit fixierten Gesellschaft erreichbar wird, müssen zwei Aufgaben lösbar werden, eine politische und eine sozialökonomische. Die Politik muss für die Subsistenzarbeit einen Status finden, der der Beschäftigung in der Erwerbswirtschaft sozial äquivalent ist. Und die Sozialökonomik muss für die Produktivität der Subsistenzarbeit ein eigenes Konzept entwickeln, das der Selbstbestimmtheit und sozialen Sensibilität dieser Arbeit gerecht wird und eine Komplementarität zur erwerbswirtschaftlichen Produktion gewährleistet. Wenn unsere Untersuchung zur Lösung dieser Aufgaben beiträgt, hat sich der Aufwand gelohnt.

Kapitel 2: Bezeichnungen und Größenverhältnisse

2.1 Bereiche des informellen Wirtschaftens

Das Nebeneinander informeller und formeller Arbeit

Vorausgesetzt wird in dieser Untersuchung, dass es in modernen Gesellschaften eine formelle und eine informelle Wirtschaft gibt. Allerdings ist dies keine strikte Zweiteilung mehr, wie noch vor einigen Jahrzehnten. Vielmehr entwickeln sich in einem Wandlungsprozess Formen der komplementären Zusammenarbeit, die den Bedürfnissen der Menschen und der Gesellschaft besser entsprechen. In Abb. 1 sind die verschiedenen Tätigkeitsfelder den beiden Sektoren zugeordnet.

Die *formelle* Arbeit wird in Organisationen (verfasste Unternehmen, Verbände, Behörden, Parlamente, Regierungen) geleistet und innerhalb der Organisationen durch Hierarchien, Eigentumsverhältnisse, Arbeitsverträge, Käufe und Einkommenstransfers formell geregelt. Die Zusammenfassung der aus dieser Arbeit entstehenden monetären Transfers, das Sozialprodukt, gilt als *der* Indikator der gesamtwirtschaftlichen Leistung.

Die Produktion der informellen Wirtschaft kommt in diesem Indikator nicht vor. Man nennt wirtschaftliche Tätigkeiten *informell*, wenn sie nicht im Rahmen einer formell-vertraglich geregelten und entlohten Berufstätigkeit stattfinden, sondern im informellen Bereich von Familien, Nachbarschaften, Vereinen, Initiativen. Hier ist die Arbeit zwar nicht minder notwendig und auch nicht weniger bedeutsam – zwei Drittel aller Arbeitsstunden werden informell geleistet (Bierter 1995, S. 45). Aber sie wird eben nicht auf Grund formeller Verträge verrichtet wie die berufliche Arbeit, und sie wird nicht wie diese entlohnt, sondern allenfalls *alimentiert*, d.h. mit einem Unterhaltszuschuß versehen – einem Taschengeld, Stipendium o.ä.

Die Tätigkeiten der privaten, d.h. für private Zwecke – im Haushalt, in der Familie – ausgeübten Subsistenzarbeit werden gern als *Eigenarbeit* bezeichnet. Den Begriff *Eigenarbeit* haben Christine und Ernst Ulrich v. Weizsäcker geprägt (Weizsäcker & Weizsäcker 1978). Er war gemeint als Oberbegriff für das, was nicht vermarktet, sondern selbst geleistet wird, für die gern ausgeübte Familienarbeit, Eigenproduktion, Nachbarschaftshilfe usw. auf der einen und

die ungeliebte, aber notwendige Versorgungs- oder Reproduktionsarbeit auf der anderen Seite, die man auf sich nimmt, weil sie nun einmal die Voraussetzung für die Berufsarbeit und notwendiger Bestandteil der alltäglichen Lebensführung ist. Der Begriff ist zum Kristallisationskern für eine Vielzahl von Versuchen geworden, die gesellschaftliche Fixierung auf die Erwerbsarbeit konzeptionell aufzubrechen (Möller 1997). Aber auch der Begriff der Versorgungsarbeit wird verwendet, weil er genauer auf den Zweck der Tätigkeit hinweist.

Für die öffentlichen Subsistenztätigkeiten hat Ulrich Beck den Begriff der *Bürgerarbeit* eingeführt. Er bezeichnet die Mitarbeit an Gemeinschaftsgütern, das nichtentlohnte, manchmal aber alimentierte Engagement für mitmenschliche, nachbarschaftliche, kommunale, regionale oder überregionale bürger-schaftliche Angelegenheiten, das öffentlichen Charakter hat, wenn es „unter der Regie eines Gemeinwohlunternehmers“ (Beck 1997, S. 146) steht. Es vollzieht sich meist in allgemein zugänglichen Einrichtungen, in Vereinen, Bürgerinitiativen, Foren der Lokalen Agenda 21 u.ä., und unterliegt überdies oft einer staatlichen oder kommunalen Willensbildung oder ist mit ihr abgestimmt.

Mit einem Wort: *Formell* ist die einkommensorientierte Beschäftigung in Unternehmen, Behörden, Verbänden, *informell* die bedarfsorientierte Tätigkeit außerhalb der Erwerbswirtschaft. Diese Vorstellung galt noch in den 1990er Jahren.

Inzwischen aber zeichnet sich in der Realität „ein qualitativer Wandel ab, in dessen Verlauf Markt, Staat und informelle Arbeit immer enger miteinander verflochten werden. Die Frage nach einem Wachstum des so genannten informellen Sektors zu Lasten des formellen macht immer weniger Sinn, weil im Zuge der Integration von Markt, Staat und informeller Ökonomie diese ihren Charakter als getrennte Sektoren verlieren.“ (Häußermann & Siebel 1987, 176.).

Diese grundsätzlich richtige Beobachtung setzt jedoch voraus, dass die beiden Tätigkeitsarten auch weiterhin voneinander unterschieden werden, da sie nach divergierenden Logiken und Motivationen funktionieren:

- Die formelle Arbeit ist auf Markt und Staat, also Unternehmen und Behörden verteilt und folgt in beiden Bereichen – bei Unterschieden in der Rentabilitätsorientierung – den Prinzipien der hierarchischen Entscheidungslogik und der monetären Erwerbsmotivation.

- Die informellen Tätigkeiten teilen sich in mindestens drei verschiedene Sphären auf (Dahm 2003, 111–149), die zwar in Logik und Motivation von den formellen abweichen, sich aber auch voneinander unterscheiden. Sie werden in den beiden folgenden Abschnitten beschrieben.

Kriminelle Ökonomie und Schattenwirtschaft

Erstens die *kriminelle Ökonomie*. Sie umfasst alle Erwerbstätigkeiten krimineller Natur, also Einbruch, Diebstahl, gedungener Mord, Drogenschmuggel und -handel, illegaler Waffenhandel und Waffenschmuggel, Kinderprostitution, Korruption, Hehlerei u.a.m. Die kriminelle Ökonomie mag ihrer eigenen wirtschaftlichen Logik folgen (vgl. Dahm 2003; Enquete-Kommission 2002), aber sie hat anarchischen Charakter und fügt sich weder in den gesellschaftlichen Zusammenhalt noch in politische wie marktwirtschaftliche Zusammenhänge, zumal sie auch formelle Strukturen infiltriert, wenn nicht sogar kriminalisiert. So haben wir es hier mit einer Form der Wirtschaftstätigkeit zu tun, die prinzipiell nicht legalisiert werden kann.

Zweitens die *informelle Wirtschaft*, auch als *Schattenwirtschaft* bezeichnet (Schmölders 1980). Beide Begriffe bezeichnen illegale erwerbswirtschaftliche Aktivitäten wie die Schwarzarbeit, die zum formellen Sektor gerechnet würden, wenn sie dort steuerlich und statistisch erfasst werden könnten (vgl. Gretschmann & Ulrich 1980).

Die Illegalität geht aber nicht so weit, dass auch Strafrechtsverstöße im Sinne der kriminellen Ökonomie eingeschlossen wären. Die Schattenwirtschaft verstößt lediglich gegen steuer- und wirtschaftsrechtliche Vorschriften, die aus diskutablen Gründen geändert werden könnten; und sie tut dies meist aus einer Notlage heraus, die deshalb entsteht, weil in der formellen Wirtschaft kein Platz für sie ist. Das Ausweichen in die Schattenwirtschaft wird meist mit der Höhe der Steuern und Sozialabgaben sowie dem Umfang bürokratischer Hemmnisse erklärt, vor der Unternehmen und Einzelpersonen kapitulieren (Schneider 2000).

Sassen (2000a) deutet die in den *global cities* beobachtete Zunahme der informellen Wirtschaft so, dass die Globalisierung eine Öffnung der Schere zwischen hohen und geringen Einkommen hervorruft. Diese Polarisierung führt dazu, dass die unteren Einkommen zunehmend auf informellen Erwerb und auf den Kauf informell hergestellter Produkte angewiesen sind; aber auch

die Bezieher höherer Einkommen profitieren zunehmend davon, dass sie die billigen informellen Leistungen nachfragen können. Der informelle Erwerb findet im Rahmen formeller, wenn auch nur schwach formalisierter Unternehmen statt, in denen z.B. Familienangehörige oder unregelmäßig eingesetzte Hilfskräfte informell beschäftigt werden. „Tatsache [ist], dass Aktivitäten informalisiert werden, die eigentlich innerhalb der offiziellen Wirtschaft stattfinden“ (Sassen 2000, 45).

Die private und die öffentliche Subsistenzarbeit

Drittens der Gegenstand dieser Untersuchung, die *Subsistenzarbeit*, die informellen Tätigkeiten des privaten und des bürgerschaftlichen Engagements. Beide finden in der berufsfreien Zeit statt. Die Verwendung der von Erwerbsarbeit freien Zeit wird heute vollständig zum *Konsum* gerechnet, weil die Unterscheidung zwischen Konsum und Freizeit obsolet geworden ist; auch in der Freizeit wird konsumiert. Dagegen erscheint es sinnvoll, den Konsum in Freizeitbeschäftigungen und informelle Arbeit aufzuteilen.

Als *Freizeitbeschäftigungen* betrachten wir Tätigkeiten mit überwiegend unterhaltendem oder entspannendem Charakter wie Kinogang und Fernsehen, Theater- und Museumsbesuch, Spaziergehen und Wandern, Wochenendausfahrten und Urlaubsreisen, sportliche Tätigkeiten wie das Tennisspielen, Liebhabereien wie das Musizieren, Fotografieren oder das Briefmarkensammeln, das Beobachten von Käfern oder von Sternen, die Unterhaltung mit Freunden, das Zusammensein in der Familie, der Besuch geselliger Veranstaltungen, das Tanzen, Singen und Spielen, und nicht zuletzt die verschiedenen Formen der Meditation.

All das sind Tätigkeiten, die mehr den Charakter des Spiels als den der Arbeit haben. Sie haben selbstzweckhafte Bedeutung, sie bringen nur sich selbst und die mit ihnen einhergehende Befriedigung hervor. Trotzdem können sie „produktiv“ sein; insoweit sind unsere Ergebnisse auch auf sie übertragbar. Schließlich gehören sie zu den marktfreien Gütern (vgl. Kap. 1.1). Doch wollen wir uns hier nicht mit der Frage aufhalten, für welche Freizeitbeschäftigungen das zutreffen mag und für welche nicht.

Im Gegensatz zur monetären Motivation in der kriminellen und der informellen Ökonomie ist die Subsistenzarbeit meist intrinsisch motiviert und auf selbsttätige Versorgung mit privaten und öffentlichen Gütern gerichtet. Den-

noch kann sie mit den formellen Wirtschaftstätigkeiten in mancher Weise verbunden sein.

Eigenarbeit schafft Realeinkommen, ergänzt die formelle Wirtschaftstätigkeit und kann zum Teil durch diese ersetzt werden, zum anderen Teil aber ist sie zur Erwerbsarbeit komplementär (Kap. 7.3).

Für die *Bürgerarbeit* beobachtet man in der Realität ebenfalls Komplementarität, nämlich „nicht eine schroffe Gegenüberstellung, sondern eine Verbindung von klassischer Gemeinderatstätigkeit und moderner Protestpolitik in Bürgerinitiativen, von religiös motiviertem lebenslangem Engagement in einer Kirchengemeinde und projektorientierter, mit hohen Selbstverwirklichungsansprüchen aufgeladener, neuer Ehrenamtlichkeit, von hundertjährigen Genossenschaften und selbstverwalteten Betrieben der Alternativszene ... Ein Beispiel gibt die Debatte über Selbsthilfe-Initiativen im Gesundheitsbereich. Galten sie vielen Beobachtern noch vor kurzem als Inbegriff eines unpolitischen und selbstbezogenen Privatinteresses, so haben sich ... die Perspektiven verschoben. Als Koproduzenten gesünderer Lebensverhältnisse entlasten Selbsthilfeinitiativen nicht nur Krankenkassen, sondern sie haben die von einer professionellen, naturwissenschaftlich und kurativ orientierten Medizin geprägten Gesundheitsvorstellungen verändert (programmatisch in der ‚Ottawa-Charta‘ der WHO). Ihre fördernde Anerkennung gehört längst zum kommunalpolitischen Alltag“ (Roth 1999).

2.2 Bezeichnungen für öffentliche Subsistenzarbeit

Soziale Arbeit, Gemeinwesenarbeit?

Für den Gegenstand dieser Studie, die gemeinschaftsbezogene Subsistenzarbeit, gibt es bisher keine allgemein anerkannte Bezeichnung. Deshalb fühlen wir uns frei, eine eigene Bezeichnung zu verwenden, die hier noch einmal kurz begründet werden soll.

Man könnte an „soziale Arbeit“ denken, doch das würde nur Verwirrung schaffen. *Soziales Handeln* ist nach Max Weber „seinem von dem oder den Handelnden gemeinten Sinn nach auf das Verhalten anderer bezogen“ (Weber 1994, § 1). *Soziale Arbeit* aber gilt als „ein Instrument moderner Gesellschaften, um Problem- und Mangellagen von Personen auszugleichen, die

weder durch den Markt und private Unternehmungen noch im informellen Bereich der Familien, Nachbarschaften oder ähnlich privaten Formen ausgeglichen werden. Der Versuch des Ausgleichs solcher Problem- und Mangel-lagen obliegt in der Bundesrepublik Deutschland dem Staat und dem so genannten Dritten Sektor, den freien Trägern der Wohlfahrtspflege, so dass mit der Rede über Soziale Arbeit das sozialarbeiterische und sozialpädagogische Handeln dieser beiden gesellschaftlichen Bereiche gemeint ist” (Klatetzki & Wedel-Parlow 2001, 358).

Bürgererschaftliches Engagement kann zwar auch einer Problem- oder Mangel-lage benachteiligter Personen (z.B. Mitbürgern mit Migrationshintergrund) gelten, vollzieht sich dann aber nicht in den formellen Organisationen des Dritten Sektors, sondern neben und ergänzend zu diesen.

Freiwillige Arbeit, Bürgerarbeit, Engagement

Besser geeignet erscheint der von Ulrich Beck (1997) vorgeschlagene Begriff „Bürgerarbeit“ (vgl. Enquete-Kommission 2002, Bd. 4, 441 ff.). Das Wort selbst ist wegen seiner Prägnanz und wegen der komplementären Beziehung zum Begriff der Eigenarbeit attraktiv, auch wenn sein Erfinder es mit Nebenbedeutungen beladen hat, die die Verwendung einengen sollten. In Becks „Modell Bürgerarbeit“ ist es an ein monetäres Anerkennungssystem gekoppelt und vom Bürgerengagement abgegrenzt. Dies war ein zentraler Aufhänger der umfangreichen Kritik, die ihm entgegen schlug. Auch wenn sich Beck dagegen verwahrt, Bürgergeld mit dem Zwang zu verwechseln, „dem Sozialhilfeempfänger bei der Übernahme kommunaler Arbeit jetzt überall ausgesetzt werden“ (Beck 1999, 129), sehen Kritiker des Beckschen Bürgergelds darin doch einen Rückschritt im Sinne einer Quasi-Verstaatlichung zivilgesellschaftlichen Engagements oder das Anliegen einer Arbeitspflicht für Empfänger staatlicher Unterstützung: Öffentliche Leistungen für Nichterwerbstätige sollen staatlich an individuelle Gegenleistungen geknüpft werden, was faktisch den Grundsatz des bedingungslosen Bürgerstatus aufkündigen würde (Klatetzki und Wedel-Parlow 2001; Schenk 2000).

Verunklarend ist hier vor allem, dass *Entlohnung* mit *Alimentation* vermennt wird. „Anders als Bürgerengagement, das seinen Status aus der Unentgeltlichkeit empfängt, wird Bürgerarbeit durch Bürgergeld zwar nicht entlohnt, aber belohnt und auf diese Weise sozial anerkannt und aufgewertet. Geld ist in

der Geldgesellschaft nun einmal der Maßstab dafür, was gilt. Das Bürgergeld meint eine auszuhandelnde Höhe, die mindestens das geltende Niveau der Arbeitslosen- und Sozialhilfe beinhaltet“ (Beck 1999, 128). Die Sozialhilfe kann aber weder als Ent- noch als Belohnung gelten, sie stellt ein Unterhaltsgeld auf Minimalstandard dar, eine Alimentation.

Sicher kann man Becks Argument zustimmen, dass mit der Einführung von Bürgergeld der bestehende „Mittelschicht-Bias des bürgerschaftlichen Engagements“ gebrochen werden könnte (Beck 2001). Wir folgen auch seiner Vorstellung, dass Bürgerarbeit „materiell und immateriell“ mit „Qualifikationen, Anerkennung von Rentenansprüchen und Sozialzeiten, Favor Credits“ verbunden werden sollte, dass die Bezieher von Bürgergeld nicht als „Empfänger von Sozial- und Arbeitslosenhilfe“ aufgefasst werden dürfen, „da sie in Freiwilligeninitiativen gemeinnützig tätig sind“ (Beck 1999, 133), und dass durch Förderung der gemeinschaftsorientierten Tätigkeiten eine „Gesellschaft politischer Bürgerarbeit als Nichtmarktgesellschaft“ (ebenda, 144) als europäisches Vorbild erreicht werden könnte.

Doch Geldzahlungen für bürgerschaftliches Engagement können nichts anderes sein als Aufwandsentschädigungen oder Unterhaltszuschüsse, sie können das selbstverständliche Minimum bereitstellen, um Einkommensschwachen die bürgerschaftliche Tätigkeit zu ermöglichen, dürfen aber nicht mit der Entlohnung für Erwerbsarbeit verwechselt werden und können auch nicht dazu dienen, die Arbeitslosigkeit zu verringern. Die primär auf den Gelderwerb gerichteten Interessen kann man mit minimalen Unterhaltszahlungen nicht auf Tätigkeiten umlenken, die nun einmal keinen Mehrwert haben, sondern ihren Lohn in sich tragen (vgl. Enquete-Kommission 2002, Bd. 4, 423 ff.).

Kritisch sehen wir auch, dass Beck den Begriff der Bürgerarbeit auf reglementierte Tätigkeiten einengt, die „unter der Regie eines Gemeinwohl-Unternehmers“ und „abgestimmt mit dem (kommunalen) Ausschuss für Bürgerarbeit“ durchgeführt werden. Das kann dazu verleiten, den großen Bereich des spontanen bürgerschaftlichen Engagements auszuschließen, das individuell oder in lockeren Gruppierungen stattfindet, die (noch) keine Abstimmung mit dem kommunalen Ausschuss, falls es ihn gibt, gefunden haben. Die Bindung an einen Gemeinwohl-Unternehmer liegt zwar im behördlichen Interesse an koordiniertem, an eine kommunale Hierarchie angepasstem Vorgehen, läuft aber Gefahr, das spontane Engagement zu unterdrücken, das ohne strikte

Organisation auskommen möchte oder dessen Thematik noch gar nicht im Blickfeld des Ausschusses angelangt ist.

Bürgerschaftliches Engagement mag früher „mit dem klassischen Ehrenamt gleichgesetzt“ worden sein, „wie es sich bis heute in bestehenden politischen Institutionen und Organisationen, auch der Arbeiterwohlfahrt, konzentriert. Mit der Zunahme unkonventioneller Beteiligungsformen seit den siebziger und achtziger Jahren sowie der Entwicklung neuer Engagementbereiche (z.B. der Selbsthilfe) hat sich indes auch die Diskussion um die Struktur und Entwicklung des Ehrenamts verändert. Neben den nach wie vor sehr wichtigen traditionellen Formen freiwilligen Engagements formulieren sich auch andere Motivations- und Handlungsansprüche. Der engagierte Bürger sucht nicht mehr nur die feste, freiwillige Mitarbeit in einer Organisation, sondern möchte vielmehr frei – und am besten spontan – über den zeitlichen Umfang und thematischen Zuschnitt seines Engagements bestimmen. Wichtig ist in erster Linie der Selbstverwirklichungsgedanke und nicht so sehr das altruistische Motiv“ (Schmidt 2002).

Deshalb verwenden wir den Begriff Bürgerarbeit in der gleichen Bedeutung wie den Begriff des bürgerschaftlichen Engagements, und subsumieren beide zusammen mit der Eigenarbeit unter den Begriff der Subsistenzarbeit, der dem in dieser Studie untersuchten Phänomen am ehesten gerechtwird. Bürgerarbeit ist dann gleichbedeutend mit öffentlicher, Eigenarbeit mit privater Subsistenzarbeit.

2.3 Die quantitative Bedeutung der Subsistenzökonomie

Beziehungen der informellen zur formellen Arbeit

Jede der drei Arten informeller Wirtschaftstätigkeit steht auf ihre eigene Art mit der formellen Wirtschaft in Beziehung. Sowohl die kriminelle als auch die informelle Ökonomie finden zum Teil in formellen Wirtschaftsstrukturen statt. Die kriminelle Ökonomie bildet einen destruktiven Widerspruch zur formellen Wirtschaft, die informelle Ökonomie gehört der formellen gleichsam wie eine nicht legalisierte Sonderwirtschaftszone am Rande an, weil sie durch Schwächen der formellen Wirtschaft verursacht ist und, soweit diese nicht behoben werden, geduldet werden muss. Die Subsistenzökonomie dagegen,

sowohl die private (Eigenarbeit) als auch die öffentliche (Bürgerarbeit), ist zur formellen Wirtschaftstätigkeit *komplementär*. Zugleich ist sie mit ihr verwoben, denn wie wir sehen werden, gibt es informelle Arbeit auch in formellen Organisationen, formelle Arbeit auch in informellen Gruppierungen, wie z.B. in vielen bürgerschaftlichen Einrichtungen.

Beide, Erwerbsarbeit und Subsistenzarbeit, tragen dazu bei, dass das formell gemessene Sozialprodukt entsteht, beide wirken auch am informellen, nicht gemessenen Sozialprodukt mit. Um die Komplexität der Wirtschaftstätigkeiten zu begreifen, muss man nicht nur nach ihrer *formellen* oder informellen Verfasstheit fragen, sondern auch danach, ob sie *mit Geldeinkommen entlohnt* werden oder nicht. Auch Tätigkeiten, auf die keines von beiden zutrifft, haben den Charakter von Arbeit, wenn sie Güter und Dienste hervorbringen, die sonst entweder gar nicht entstünden oder formell organisiert und bezahlt werden müssten. Im offiziellen Sprachgebrauch kommt das noch nicht zum Ausdruck. Wenn in Ökonomie und Politik das Wort ‚Arbeit‘ fällt, dann ist allein die formelle, durch Geldeinkommen entlohnte und auch weitgehend dadurch motivierte Arbeit, kurz: die Erwerbsarbeit gemeint, nur sie wird zur ‚Beschäftigung‘ gerechnet. Die anderen Formen der Arbeit sind kaum im offiziellen Bewusstsein. Tatsächlich werden aber, wie im folgenden näher ausgeführt, in Deutschland *mehr als drei Fünftel aller Arbeitsstunden ohne formelles Einkommen geleistet*, während die durch formelle Arbeitsverträge abgesegnete Erwerbsarbeit weniger als zwei Fünftel aller Arbeitsstunden ausmacht.

Empirische Größenverhältnisse

Wie erwähnt hat die informelle Tätigkeit zum einen private Formen. Man bezeichnet sie als Eigenarbeit oder Versorgungsarbeit (Haushalts- und Familienarbeit, Gartenarbeit und private Kleintierzucht, Eigenproduktion von Gebrauchsgütern und Reparaturarbeiten bis hin zum Selbstbau des eigenen Hauses); im Begriff Eigenarbeit ist der selbstbestimmte, im Begriff Versorgungsarbeit der selbstversorgende Charakter der nichterwerbswirtschaftlichen Arbeit betont.

Zum anderen tritt sie in öffentlicher oder kollektiver Form auf. Dafür verwendet man Begriffe wie *Bürgerarbeit* und *Gemeinschaftsarbeit* oder auch *Freiwilligenarbeit* (Nachbarschaftshilfe, freiwillige Betreuung von Kranken, Alten, Behinderten, ehrenamtliche Tätigkeiten in der Kommune, in Kirchen-

gemeinden, Vereinen, Initiativen). Im Begriff Gemeinschaftsarbeit kommt das Gemeinsame, im Begriff Bürgerarbeit das Verantwortliche dieser Arbeit zum Ausdruck, Freiwilligenarbeit entspricht dem angloamerikanischen Begriff *voluntary work* und wird von den bürgerschaftlich Engagierten selbst präferiert (nach BMFSFJ, 2001a/Freiwilligensurvey 1999), zumal er das Gewicht auf den freiwilligen, intrinsisch motivierten Charakter der Arbeit legt.

Um die Größenverhältnisse zu verdeutlichen, fassen wir die verfügbaren statistischen Daten (Teichert 2000) wie folgt zusammen (Kristof & Scherhorn 2002, 521): Die informelle Arbeit insgesamt verhält sich zur formellen Arbeit – gemessen an der Anzahl der geleisteten Stunden – etwa wie 98 zu 60 Milliarden. Das liegt vor allem an den informellen Diensten in Haushalt und Familie, denn das Verhältnis von Hausarbeit zu Berufsarbeit ist circa 83 zu 60 Mrd. Stunden. Die Eigenproduktion materieller Güter im Haushalt (Eigenbau, Reparatur, Gartenarbeit) dagegen verhält sich zur Erwerbsarbeit etwa wie 10 zu 60 Mrd. Das kann nicht überraschen, schließlich hat die Industriegesellschaft die Güterproduktion in die Unternehmen verlagert. Das Bemerkenswerte daran ist, *wie viel dennoch im informellen Bereich verblieben ist.*

Die Arbeitsstunden für Bürgerarbeit schließlich verhalten sich zu den Erwerbsarbeitsstunden wie 5 zu 60 Mrd. Das sieht nach wenig aus, aber der angemessene Vergleichsmaßstab ist der Anteil derer, die gegen berufliches Entgelt gemeinschaftsbezogene Tätigkeiten verrichten, der öffentlich Bediensteten, an der Gesamtheit der formell Beschäftigten. Er liegt, der amtlichen Statistik zufolge, bei knapp 3 Millionen, das sind etwa 7 Prozent von insgesamt 38 Mill. Beschäftigten. Man darf den Schluss ziehen, dass von den im staatlichen und kommunalen Bereich Beschäftigten etwa 7 Prozent der insgesamt 60 Mrd. bezahlten Arbeitsstunden erbracht werden, das sind maximal 4,5 Mrd. Stunden. *Durch die unbezahlte Bürgerarbeit kommt mehr als das hinzu, nämlich rund 5 Mrd. Arbeitsstunden.* Folgt man den Erhebungen des Freiwilligen-surveys 2005, so tragen zu dieser Arbeitsleistung bundesweit über zwei Drittel der Bürger bei (alte Bundesländer 72 Prozent, neue Bundesländer 62 Prozent, vgl. BMFSFJ, 2005b, S. 49) und die Beteiligung nimmt weiterhin zu.

Die Eigen- und Versorgungsarbeit hat also mit 83 Mrd. Stunden einen anderthalbmal so großen Zeitbedarf wie die privatwirtschaftliche Berufsarbeit mit 55,5 (60–4,5) Mrd., die Bürger- und Gemeinschaftsarbeit hat mit 5 Mrd. mehr als den gleichen Umfang wie die Berufsarbeit im öffentlichen Bereich mit 4,5 Mrd. Stunden. Führt man sich diese Relationen vor Augen, so kann man ein

erstes Gefühl dafür entwickeln, dass die informell hervorgebrachten Güter und Dienste schwerlich in ihrer Gesamtheit von der formellen Produktion übernommen werden können. In unserer Untersuchung wird deutlich werden,

- dass das nicht allein an ihrem Umfang liegt oder daran, dass der Großteil der bürgerschaftlich erbrachten Leistungen keinen monetär direkt bemessbaren Wert hat,
- sondern vor allem daran, dass sich ein großer Teil der Subsistenzarbeit nicht durch Erwerbsarbeit ersetzen ließe, selbst wenn ausreichende Gelder vorhanden wären, denn dann ginge ihre besondere, andere Qualität verloren.

Zweiter Teil:
Das bürgerschaftliche
Engagement

Kapitel 3: Die Mühen des Sichtbarmachens

3.1 Hypothesen

Zu Beginn des Projekts war über die Verbreitung des Bürgerschaftlichen Engagements in den Städten, über ihren Beitrag zur Versorgung der Bürger, ihre Abhängigkeit von den städtischen Räumen und Strukturen und ihre Verankerung in Kommunalpolitik und Stadtplanung nur wenig bekannt, und noch weniger über die wechselseitige Beziehung der Bürgerarbeit zur sozial- und wirtschaftsräumlichen Gestalt der Städte. Die Beziehung ist wechselseitig, weil die urbane Subsistenz auf der einen Seite von den gestalteten stadträumlichen Rahmenbedingungen, den sozialen, politischen und baulichen Infrastrukturen abhängt, auf der anderen Seite aber auch selbst die Infrastruktur der Bürgergesellschaft prägt und bereichert, die städtische Funktionsvielfalt und institutionelle Landschaft erweitert und auf diese Weise wesentliche Beiträge zur städtischen Standort- und Lebensqualität liefert (vgl. Dahm 2003; 2004b). Die Hypothesen, die der Untersuchung des bürgerschaftlichen Engagements zugrunde liegen, sind aus dieser Wechselbeziehung abgeleitet:

- Die *Wirkungshypothese* besagt, dass ein besonderer Beitrag der öffentlichen Subsistenzarbeit darin liegt, das Versorgung und Wohlbefinden sichernde Netzwerk sozialer Institutionen und Beziehungen – die soziale Infrastruktur der Stadt – zu bereichern.
- Nach der *Strukturhypothese* ist die öffentliche Subsistenz auf der anderen Seite von den gestalteten städtebaulichen und räumlichen Gegebenheiten – der materiellen Infrastruktur – abhängig. Worin die Abhängigkeit besteht, das lesen wir ab an der räumlichen Verteilung und den räumlichen Ausprägungen der bürgerschaftlichen Einrichtungen und ihrer Wirkungsräume und Einzugsgebiete, sowie an den Aussagen derer, die diese Arbeiten leisten.

Mit der *Wirkungshypothese* stellte sich die zentrale Aufgabe, den Beitrag der Bürgerarbeit zu Versorgung und Wohlbefinden zu ermitteln und zu beschreiben. Diesen Beitrag haben wir durch eingehende Analyse der bürgerschaftlichen Einrichtungen und ihrer Leistungen ermittelt. Eine zusätzliche Befragung der Nutzer hätte die verfügbaren Mittel weit überschritten, denn schon für das

Ausfindigmachen und Befragen der bürgerschaftlichen Einrichtungen und die Analyse der Befunde hatten wir mit den verfügbaren Kräften – Stellen für zwei Halbtagsmitarbeiter und vier studentische Hilfskräfte – die drei Projektjahre hindurch voll zu tun.

Der Hypothese gemäß kommen die Einrichtungen der öffentlichen Subsistenz in Städten zahlreich vor, stoßen auf großen Bedarf, erbringen eine große Vielfalt an Leistungen besonderer Qualität und sind auf die freiwillige Mitarbeit vieler gegründet. In einer ersten Vollerhebung, die in Köln stattfand und zum Teil schon vor Projektbeginn vorlag (siehe 4.2.1), wurde diese an sich schon hohe Erwartung noch weit übertroffen. In der zweiten Vollerhebung in Stuttgart haben wir geprüft, ob es sich bei dem sehr positiven Ergebnis in Köln um einen ‚Ausreißer‘ handeln könnte. Tatsächlich aber sind auch in Stuttgart Umfang und Verbreitung der öffentlichen Subsistenz sehr hoch, und die Gesamtheit der Einrichtungen ist in den beiden Städten nach Einrichtungstypen, Zielgruppen, Angeboten und Leistungen ähnlich zusammengesetzt, ebenso in Berlin, wo wir zwei Quartiere in Friedrichshain und Pankow untersucht haben. Schon dies zeigt, wie interessant, aufschlussreich und weiterführend eine deskriptive Analyse sein kann.

Die *Strukturhypothese* gilt dem interdependenten Zusammenhang mit den sozial- und wirtschaftsräumlichen Gegebenheiten der Stadt. Wir gingen zum einen davon aus, dass die Stadtplanung einen großen Einfluss darauf hat, ob sich in einem Quartier Einrichtungen der öffentlichen Subsistenz ansiedeln können oder nicht. Einrichtungen der öffentlichen Subsistenz werden weder in reinen Wohnsiedlungen noch in reinen Industriegebieten gedeihen; nur wo die Funktionen der Erwerbsarbeit, des Wohnens und des Einkaufens sich mischen, werden sie sich ansiedeln, und am dichtesten dort, wo die Bevölkerung auch sozial gemischt ist. Zum anderen leitete sich aus dem komplementären Charakter der Subsistenz die Erwartung ab, dass die Einrichtungen des bürgerschaftlichen Engagements auch selbst zur Infrastruktur – und damit zur Lebendigkeit und Anpassungsfähigkeit – der Stadt beitragen. Und wenn man beiden Vermutungen weiter nachgeht, wird das deskriptive Material sich zu der in 2.3 skizzierten Idee verdichten, dass die Bürgerarbeit sich in die städtischen Funktionen einreicht, auf deren Mischung die Funktionsfähigkeit der Stadt und die Wohlfahrt ihrer Bewohner beruht.

Im Projektverlauf ist es uns mehrfach gelungen, die Deskription zu verfeinern. So wurde für die Strukturhypothese ein besonderes Analyseinstrument,

die Erhebung von institutionellen Netzwerkbeziehungen mittels Mental Maps, entwickelt und eingesetzt (Kap. 3.6, 5.4–6). Im Zusammenhang mit der Politikhypothese erprobten wir die Idee, die kommunale Effizienz der Bürgerarbeit mit einem ‚Wohlfahrtsmultiplikator‘ zu messen (Kap. 6.3).

3.2 Recherchen

In *Köln* und *Stuttgart* haben wir je eine Vollerhebung des bürgerschaftlichen Subsistenzsektors in der Gesamtstadt durchgeführt, in *Berlin* je eine in zwei Stadtteilen, Friedrichshain und Pankow. In Stuttgart wurden zudem die Einrichtungen in einem Stadtteil, dem Stuttgarter Westen, eingehender untersucht. Weder in Köln noch in Stuttgart und Berlin stand eine vollständige und aktuelle Adresssammlung bürgerschaftlicher Institutionen zur Verfügung. Für Köln war zwar in einem vorangegangenen Forschungsprojekt des Wuppertal Instituts („Förderung formeller Beschäftigung durch informelle Arbeit“ im Verbundprojekt „Zukunft der Arbeit II“, vgl. Bosch et al. 2002) eine Adressliste bürgerschaftlicher Einrichtungen erstellt worden, doch sie erwies sich als aktualisierungsbedürftig.

Untersucht wurden Einrichtungen (Organisationen, Initiativen, Arbeitskreise, Vereine), die ihren Schwerpunkt in der ehrenamtlichen bürgerschaftlichen Arbeit haben und weitgehend selbstbestimmt und selbstorganisiert arbeiten. Einrichtungen mit anderem Schwerpunkt, z.B. Sportvereine, wurden nicht einbezogen. Auch in ihnen gibt es ehrenamtliche Arbeit, doch wird diese von den Freizeit-Zielen der Einrichtungen bestimmt. Ebenso wurden kirchliche Träger und die großen Wohlfahrtsverbände nicht aufgenommen, da sie hoch formalisiert sind und ihr Schwerpunkt in der hauptamtlichen, finanziell abgesicherten Tätigkeit liegt, vgl. Abb. 3.

Die Auswahl erklärt sich daraus, dass das Untersuchungsinteresse auf dem Kernbereich bürgerschaftlich getragener Formationen lag, auf Einrichtungen mit hohem Informalitätsgrad und mit gemeinschaftsbezogener Orientierung sowohl in der Arbeit wie der Produktion. Konkret verlangte dies die Suche nach informell initialisierten Einrichtungen mit einem deutlich überwiegenden Anteil unbezahlter, ehrenamtlicher MitarbeiterInnen, selbstbestimmten und selbstorganisierten Arbeitsstrukturen, flachen Hierarchien, ehrenamtlicher Steuerung der institutionellen Entscheidungen und Zielsetzungen und –

von besonderer Relevanz – mit Gemeinschaftsorientierung der Produktion und des Angebots ohne Gewinnerzielungsabsicht. Überschusserzielung zum Zwecke des Einrichtungserhaltes oder der Erweiterung und Verbesserung der Arbeitsfähigkeit und des Angebotes war von der letzteren Einschränkung ausgenommen.

Jedenfalls war ein Begleitumstand dieser Wahl und Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes, dass ein großer Anteil der zu erfassenden Einrichtungen weder über Telefonbücher noch über frei zugängliche Adresssammlungen und -verzeichnisse ermittelbar war. Es gab und gibt auch nach Projektabschluss in den wenigsten Kommunen eine Erfassung der bürgerschaftlichen Institutionen, die im Stadtraum aktiv sind. Dies liegt einerseits an der unzureichenden Kenntnis, Wahrnehmung und Wertschätzung ihrer infrastrukturellen und standortbezogenen (Dienst-)Leistungen in den Bereichen Kultur und Soziales seitens der Kommunen. Andererseits liegt dies auch an den bürgerschaftlichen Einrichtungen selbst, die eine Transparenz gegenüber öffentlichen Behörden häufig nicht wünschen, um administrative und politische Hemmnisse zu umgehen, die ihre Arbeitsfähigkeit beeinträchtigen würden.

Schon dies zog einen erheblichen, fast detektivischen Rechercheaufwand nach sich, um zu verlässlichen und vollständigen Angaben über Umfang und Art der Einrichtungen innerhalb einer Kommune zu gelangen. Hinzu kam erschwerend die hohe räumliche und zeitliche Fluktuation und Wandlung der bürgerschaftlichen Institutionen, die es notwendig machten, die Datengrundlage der ermittelten Einrichtungen permanent aktuell zu halten – besonders kleinere Einrichtungen änderten häufig ihre Adresse, Telefonnummer, Internetadressen, manchmal ihren Namen, erweiterten oder verringerten ihre Angebote, etc. Jeder Untersuchungsort hatte dabei seine eigenen Vorzüge wie Schwierigkeiten, so dass für Köln, Stuttgart und Berlin jeweils andere Verfahren der Recherche und Adresssammlung verwendet wurden.

In *Köln* hat sich die Erhebung der bürgerschaftlichen Einrichtungen als sehr zeitaufwendig erwiesen. Ein Teil davon war von uns bereits in den Jahren 1999 und 2000 geleistet worden, im Rahmen des Projekts ‚Förderung formeller Beschäftigung durch informelle Arbeit‘ im Forschungsverbund ‚Zukunft der Arbeit II‘ des Wuppertal Instituts und des Instituts für Arbeit und Technik, Gelsenkirchen. Zuvor hatte es für Köln keine umfassende Adressensammlung dieser Einrichtungen, keinen Ehrenamtsführer, keine Internetseite oder ähnliches gegeben.

Der einzige Weg, an die Adressen zu gelangen, war das bottom-up-Verfahren, bei den bereits bekannten Einrichtungen zu beginnen und über eine Vielzahl von persönlichen und Telefon-Gesprächen an weitere Adressen zu kommen. Manche Einrichtungen gaben Einblick in ihre Adressverteiler, andere stellten Broschüren zur Verfügung, wo beispielsweise für Obdachlose Adressen von Einrichtungen zusammengestellt waren, die Notschlafstellen, Essensausgaben, Beratung und medizinische Betreuung vermitteln oder anbieten.

Nützlich erwies sich die Adressensammlung der ‚Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfe‘ (KISS), die einen Selbsthilfeführer herausgibt, in dem eine recht große Zahl von Adressen verzeichnet sind. Über den ‚Katalyse e.V.‘ wird der ökologische Stadtführer Köln heraus gegeben, der einige Adressen zu Umwelt- und Naturschutzgruppen für Köln enthält. Hilfreich waren auch die Adresssammlungen von ‚Köln-Appell e.V.‘, die viele aktuelle Adressen zu Einrichtungen und Gruppen, die sich der Thematik Ausländer, Asylanten, Immigranten, politisch Verfolgte, kulturelle Identitäten und ähnliches enthielten. Eine weitere nützliche Quelle war die Sammlung von Adressen von ‚SchuLz e.V.‘ (Schwulen- und Lesbenzentrum Köln), die einen wichtigen Teil der Adressen von Einrichtungen vor allem zur Homo- und Bisexuellenthematik enthielt.

Als wir aber 2002 mit dem Projekt „Urbane Subsistenz als Infrastruktur der Stadt“ an die Erhebung in Köln anknüpfen wollten, war ca. ein Drittel der früher gesammelten Adressen und Telefonnummern schon nicht mehr aktuell. Und dieses Drittel zu aktualisieren, war nicht gerade einfach, denn viele Einrichtungen sind nicht im Telefonbuch verzeichnet, manchmal nur unter dem Namen und der Adresse eines oder mehrerer (Vorstands-)Mitglieder, manchmal gar nicht. So musste die Liste von rd. 900 Adressen, die 1999 gesammelt worden waren, im Projekt noch einmal überprüft, korrigiert und ergänzt werden, weil sich inzwischen so vieles schon wieder verändert hatte. Bei der Aktualisierung konnten wir von Daniel Dahms Dissertation profitieren, der auch die Kartierung der Kölner Einrichtungen entnommen ist.

Ein wesentlicher Arbeitsschritt war die Entwicklung einer Datenbank, die Adressen, Telefonnummern, E-Mail, Ansprechpartner, Untereinrichtungen und -abteilungen der betreffenden Einrichtungen erfassen konnte. Ein wichtiges Element dieser Datenbank ist die Codierung der Einrichtungen nach Angebot, Zielgruppe und Einrichtungstyp, sowie verschiedene ergänzende Kommentierungen. Diese lassen sich über verschiedene miteinander kombinierbare Suchfunktionen anzeigen und in Gruppen zusammenfassen. Die

Angleichung der Systematisierungskriterien (nach Einrichtungstypen, Zielgruppen, Angebotskategorien) und der notwendigen Datenbankeigenschaften erfolgte laufend über den gesamten Projektzeitraum.

Parallel wurde für die empirische Auswertung der erfassten bürgerschaftlichen Einrichtungen eine Verknüpfung mit einer Excel-Tabellenkalkulation erstellt und diese ebenso laufend angepasst. Die resultierenden Excel- und File-Maker-Datenbanken haben wir dann auch für Stuttgart und Berlin verwendet. Über Zielgruppen- und Angebotsorientierung wurden auf diesen Grundlagen Überblicksdiagramme zum inhaltlichen Spektrum des bürgerschaftlichen Subsistenzsektors der Vergleichsstädte erstellt. Auf diese Weise wurde eine optimale Vergleichbarkeit der Ergebnisse wie auch der Arbeitseffizienz erreicht.

Auch in *Stuttgart* haben wir als erstes recherchiert, wie viele Einrichtungen der selbstbestimmten Bürgerarbeit es gibt und welchen Aufgaben und Problemen sie gewidmet sind. Adressen und sonstige Auskünfte wurden in der Datenbank festgehalten, die sämtliche Organisationen, Gruppen und Initiativen Stuttgarts enthält, in denen sich Menschen bürgerschaftlich engagieren. Wir begannen mit der Auswertung des Ehrenamtsführers für Stuttgart, der von der Stadtverwaltung aufgrund von Selbstauskünften der Einrichtungen angelegt worden war, aber keine Adressen enthielt und in zeitraubender Arbeit aktualisiert und ergänzt werden musste. Zur Vervollständigung der Daten diente eine intensive und ausführliche Internetrecherche nach Vereinen, Gruppen, Initiativen und Selbsthilfegruppen in Stuttgart sowie die Kontaktaufnahme mit Politikern, Verwaltungsangestellten und Koordinationsstellen. Die räumliche Verteilung der Einrichtungen wurde kartiert.

Als zweites war zu ermitteln, welche Leistungen die Einrichtungen erbringen, wie sie sich finanzieren und welche Probleme sie haben. Um die Einrichtungen nach Inhalt, Zielgruppe, Organisationstyp, Stadtbezirk und Leistungsspektrum kategorisieren zu können, wurden sie telefonisch kontaktiert. Dies war sehr zeitraubend, weil die Mitarbeiter oft nicht zu erreichen oder zu beschäftigt sind, um Fragen zu beantworten, weshalb mehrmals nachgefasst werden musste. Am Ende hatten wir aus einer Gesamtheit von ca. 3 000 Einrichtungen (Initiativen, Arbeitskreise, Vereine) 606 Einrichtungen ermittelt, die ihren Schwerpunkt in der ehrenamtlichen gemeinschaftsorientierten Arbeit von Bürgern haben, deren ehrenamtliche Mitarbeiter weitgehend selbstbestimmt und selbstorganisiert arbeiten und die einen hohen Anteil ehrenamtlicher Mitarbeiter aufwiesen.

Darunter waren 109 Einrichtungen im Stuttgarter Westen. Sie wurden gefragt, ob sie sich uns für weitere Auskünfte zur Verfügung stellen würden. Aus 39 auskunftswilligen Einrichtungen haben wir 10 ausgewählt, um sie in Intensivinterviews näher kennen zu lernen. Dabei haben wir darauf geachtet, ein möglichst breites Spektrum von Schwerpunktthemen abzudecken: Alle wichtigen Zielgruppen, Leistungsangebote und Einrichtungstypen sollten enthalten sein, Themen wie Kultur, Frauen, Kinder, Gesundheit, Umwelt, Familie und lokale Initiativen sollten abgedeckt werden.

In *Berlin* begannen wir mit einer allgemeinen Bestandsaufnahme und Sichtung der spezifischen Berliner Situation. Die Exploration der urbanen Infrastruktur der Subsistenz erfolgte zunächst breitgefächert auf gesamtstädtischer Ebene. Es wurden stadtweit Adressen bürgerschaftlicher Einrichtungen gesammelt und bezüglich ihrer inhaltlichen Schwerpunkte gesichtet. Diese wurden in die erstmals für Köln entworfene Datenbank eingegeben und inhaltlich katalogisiert.

Das Projekt stellte sich auf verschiedenen Tagungen und Workshops im Berliner Raum mit seinem Untersuchungsanliegen vor und war im engen Austausch mit Vorständen, Schlüsselpersonen, bürgerschaftlich Engagierten, hauptamtlichen Mitarbeitern, Nutzern bürgerschaftlicher Einrichtungen, Lokalpolitikern, Unternehmern und Berliner WissenschaftlerInnen. Es wurden eine Reihe von vorbereitenden Kurzinterviews zur Ermittlung der Rahmenbedingungen und Situation des subsistenzwirtschaftlichen Sektors in Berlin geführt. Das Projekt war im ständigen Dialog mit lokaler Landes-, Kommunal- und Bezirkspolitik.

Eine Vielzahl der Gespräche mit VertreterInnen der Einrichtungen behandelte sozioökonomische Rahmenbedingungen und institutionelle Anbindungen der Einrichtungen, Motivationen und Bedarfslagen für und nach informeller Arbeit, fördernde und hemmende Faktoren für die Entwicklung, Ausbildung, Etablierung und Funktionsfähigkeit urbaner Subsistenz. Im Mittelpunkt vieler Gespräche mit VertreterInnen von Politik und Wirtschaft wurden die Komplementaritäten zwischen Markt und Subsistenz thematisiert und deren Beiträge zur Entwicklungsfähigkeit der Stadt diskutiert. Hier tauchten auch immer wieder die Fragen nach Finanzierungsoptionen und -alternativen für das zivilgesellschaftliche Spektrum Berlins auf.

Die Auswahl der Untersuchungsquartiere gestaltete sich wegen der Größe Berlins als sehr aufwendig. Hier kollidierte der Anspruch auf Repräsen-

tativität und Übertragbarkeit der Gesamtprojektergebnisse mit der teilweise sehr speziellen Sonderrolle, die Berlin als größte deutsche Metropole in neuer Hauptstadtfunction und in der Rolle des *Gateway* zwischen Ost und West zukommt. Die desolate Haushaltslage und die politischen Umwälzungen der jüngsten Zeit trugen auch nicht dazu bei, der stadträumlichen, politischen und funktionalen Heterogenität zu mehr Struktur zu verhelfen. Gleichzeitig hob die Relevanz innovativer sozioökonomischer und stadtplanerischer Ansätze für einen lebendigen und kreativen Standort Berlins als Wissens- und Kulturmetropole die Bedeutung des Untersuchungsfokus ‚Urbane Subsistenz‘ hervor.

In der ersten Projektphase wurden deshalb zunächst sechs Berliner Quartiere (Buckower Quartier/Berlin-Marzahn; Boxhagener Quartier/Berlin-Friedrichshain; Schlosspark Quartier/Berlin-Pankow; Bergmannkiez/Berlin-Kreuzberg; Victoria-Luise Quartier/Berlin-Schöneberg; Brannitzer Quartier/Berlin-Westend) für die Auswahl genauer betrachtet und gegeneinander abgewogen. Für alle sechs Quartiere, drei im Osten der Stadt und drei im Westen, wurden Steckbriefe mit sozial-, wirtschafts- und weiteren stadträumlichen Parametern erstellt und ausgewertet. Weiterhin wurden verschiedene bürgerschaftliche Einrichtungen in den Auswahlquartieren mehrfach besucht. In diesem Rahmen wurden Haus- und Geländebegehungen durchgeführt, die Verfügbarkeit von Flächen und Nutzgebäuden, sowie technischer und administrativer Infrastruktur ermittelt.

Die Wahl fiel schließlich auf zwei Quartiere im Osten der Stadt, Friedrichshain und Pankow. Die Gründe hierfür lagen in der Einsicht, dass nicht ohne weiteres zwei Stadtteile aus Osten und Westen des ehemals geteilten Berlins miteinander verglichen werden können, da die unterschiedlichen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen zu unterschiedlichen Ausprägungen zivilgesellschaftlicher Zusammenhänge geführt haben könnten. Um eine generellere Aussage über Ost-West-Unterschiede im Zusammenhang städtischer Subsistenz treffen zu können, hätten wir mehrere Stadtteile parallel untersuchen müssen. Das war im Rahmen dieses Projektes nicht finanzierbar, weshalb wir uns dafür entschieden, entweder zwei Quartiere im Westen oder zwei im Osten einander gegenüber zu stellen. Letztlich ausgewählt wurden Friedrichshain und Pankow im Berliner Osten, wegen des hohen infrastrukturellen und sozioökonomischen Aufbaubedarfes und der, im Vergleich zum Westen, noch etwas höheren stadträumlichen Gestaltbarkeit. Nicht alle sozialen und ökonomischen Nischen sind bereits von Markteinrichtungen

okkupiert, und die soziale und kulturelle Mischung befindet sich in einem sehr dynamischen Prozess. Die Steckbriefe aller ursprünglich diskutierten sechs Quartiere sind in einem Materialband des Meilenstein-Berichts zur Halbzeit der Projektlaufzeit zu finden. Mit der Quartierserhebung wurde in Friedrichshain begonnen, in Berlin-Pankow wurde anschließend analog verfahren.

Für Berlin-Friedrichshain wurden in einem aufwendigen Prozess alle bürgerschaftlichen Einrichtungen recherchiert. Was die Übersicht über die bürgerschaftlichen Einrichtungen betrifft, so trafen wir in Friedrichshain eine ähnlich intransparente Situation an wie in Köln. So mussten die bürgerschaftlichen Einrichtungen auch hier im aufwendigen bottom-up-Verfahren recherchiert werden. Über eine Vielzahl von Flyern, lokalen Stadtteilzeitungen, Programmheften und Informationsbroschüren wurden Adressen von Einrichtungen im Quartier gesammelt. Die Einrichtungen wurden kontaktiert und nach weiteren ihnen bekannten Einrichtungen befragt. Ergänzt wurde die Recherche mit einer Quartiersbegehung und der Sichtung sämtlicher Klingelschilder, Hausbriefkästen, Hinterhöfe, Hinter- und Seitenhäuser.

Aussortiert wurden hieraus, soweit dies bei angemessenem Aufwand möglich erschien, 35 Einrichtungen kirchlicher Träger, 31 Einrichtungen der großen Wohlfahrtsverbände, die Berufsverbände sowie Parteien und sonstige stark formalisierten Organisationen und Thematiken. Ebenso umfasst diese Zahl nicht den Bereich von Hobby-, Muße- und im weiteren Sinne Freizeiteinrichtungen sowie Einrichtungen, die sich ausschließlich dem Bereich Kunst und Kultur widmen.

Zum Abschluss der Recherchen im Mai 2003 wurden im Ergebnis für das Auswahlquartier Boxhagener Platz/Samariterstraße in Friedrichshain 295 bürgerschaftliche Einrichtungen ermittelt. Diese wurden nach Zielgruppen- und Angebotstypen in der Datenbank codiert und komplett hausnummerngenau kartiert. Während der Recherche der bürgerschaftlichen Einrichtungen wurde die Erhebungen ausgeweitet. So wurden sämtliche Gewerbe- und Teilgewerbe-leerstände über Quartiersbegehungen und, wo möglich, Befragungen recherchiert. Außerdem wurden sämtliche Stadtbrachen im Quartier in die Datenbank eingetragen.

Darüber hinaus wurden die marktlichen Einrichtungen des Alltagsbedarfes für das Quartier erhoben. Hier unterschieden wir zwischen Einzelhandel, Dienstleistungen und Gastronomie. Weiterhin wurden alle städtischen Einrichtungen in der Datenbank erfasst. Diese städtisch-öffentlichen Einrich-

tungen, ebenso wie (Teil-) Gewerbeleerstände, Bracheflächen, Einzelhandelsgeschäfte und marktlichen Dienstleistungseinrichtungen des Alltagsbedarfes wurden mitkartiert.

3.3 Kartierung

Im Rahmen des Forschungsprojektes wurde erstmalig der städtische bürgerschaftliche Subsistenzsektor vergleichend kartiert. Auf der Grundlage der Adressdatenbanken wurden ortsgenaue gesamtstädtische Kartierungen der bürgerschaftlichen Einrichtungen für Köln und Stuttgart durchgeführt.

Für *Köln* wurde die räumliche Verteilung der bürgerschaftlichen Einrichtungen in der Dissertation von Daniel Dahm erstmals kartographisch dargestellt (siehe Abb. 6 und 7). Die kartographische Darstellung der stadträumlichen Verteilung und Dichteanalyse bürgerschaftlicher Subsistenzeinrichtungen für eine Großstadt war in Deutschland bisher nicht erfolgt, auch in Europa ist keine solche Kartierung bekannt. Unterschieden wurde in der Kartierung zwischen bürgerschaftlichen Einrichtungen und Bürger- bzw. Kulturzentren, welche in der Regel mehrere bürgerschaftliche Einrichtungen unter ihrem Dach vereinigen und meist überwiegend städtisch getragen sind.

Zum Vergleich mit den formellen Strukturen wurden die öffentlichen kommunalen Einrichtungen, die äquivalente oder zumindest ähnliche Angebote im sozialen Bereich wie aus bürgerschaftlicher Subsistenz erbringen (und ein weites Spektrum administrativer Dienste), mitkartiert. Die einzelnen Einrichtungen wurden in einem umfassenden Index numerisch gelistet, so dass sie in den Karten identifizierbar sind. Insgesamt wurden 1028 recherchierte bürgerschaftliche Einrichtungen im Maßstab 1 : 25 000 auf dem Kölner Schwarzplan weitgehend ortsgenau kartiert (soweit dies der Maßstab zulässt), wobei besonders im innerstädtischen Bereich einige Einrichtungen aus Maßstabsgründen übereinander liegen. Die Karte basiert auf dem digitalisierten Kölner Stadtplan 1 : 25 000 von 2001 des Amtes für Liegenschaften, Vermessung und Kartaster der Stadt Köln. Die Methoden für Köln bildeten das Vorbild für die Stuttgarter Kartierung.

Der Kartierung lag der Recherchestand von März 2002 zugrunde, bis Frühjahr 2004 wurde die Zahl von 1028 Subsistenzeinrichtungen aufgrund verschiedener Kriterien auf 996 reduziert, die raumanalytischen und theoretischen Folgerungen werden hiervon jedoch nicht berührt. Auf Grundlage

der Kartierung wurden in der Dissertation von Dahm noch Cluster gebildet, soweit dies bei der flächigen Verteilung möglich war, und kartographisch in Form einer Dichtedarstellung umgesetzt (vgl. Dahm 2003, 333–347).

Für *Stuttgart Gesamtstadt* haben wir die in der Datenbank registrierten 606 bürgerschaftlichen sowie einschlägige öffentliche Einrichtungen in die digitale Karte Stuttgarts (Abb. 8) übertragen, um deren stadträumliche Verteilung in Vergleich zu Köln interpretieren und auf Korrelationen überprüfen zu können.

Für die *Berliner Auswahlquartiere Pankow und Friedrichshain* (siehe Abb. 10 und 11) und das *Stuttgarter Auswahlquartier Stuttgart-West* (siehe Abb. 9) wurden die bürgerschaftlichen Einrichtungen komplett und hausnummerngenau kartiert, außerdem sämtliche öffentlichen Einrichtungen. Zusätzlich wurden anhand repräsentativer Kartenausschnitte pro Quartier sämtliche gewerblichen Einrichtungen, unterteilt nach Gastronomie, Einzelhandel, Dienstleistungen, sowie Gewerbeleerstände und städtische Branchen kartiert. Für die Berliner Auswahlquartiere mussten hierfür die Kartengrundlagen angeglichen werden (da teilweise noch auf Grundlage alter DDR-Schwarzpläne, Straßennamen und Hausnummern stimmten teilweise nicht mehr). In Stuttgart und Berlin waren diese Ausschnittskartierungen mit detaillierten Quartiersbegehungen verbunden, um die Kartierungselemente und stadträumlichen Spezifika im Untersuchungsgebiet umfassend zu identifizieren, auf dieser Grundlage repräsentative Auswahl Ausschnitte zu wählen und diese dann exakt und vollständig kartografisch zu erfassen.

Es wurden sämtliche Gewerbe- und Teilgewerbeleerstände über Quartiersbegehungen und, wo möglich, Befragungen recherchiert. Außerdem wurden sämtliche Stadtbranchen im Quartier in die Datenbank eingetragen. Darüber hinaus wurden die marktlichen Einrichtungen des Alltagsbedarfes für das Quartier erhoben. Hier unterschieden wir zwischen Einzelhandel, Dienstleistungen und Gastronomie. Weiterhin wurden alle städtischen Einrichtungen in der Datenbank erfasst.

Der Kartierungsprozess erwies sich als arbeitsintensiver als erwartet, ging es doch darum, z.B. in den Berliner Quartieren allein für Friedrichshain insgesamt über 1200 und für Pankow über 550 erfasste Raumeinheiten ortsgenau mit unterschiedlichen Signaturen zu kartieren und zudem noch über eine Legende namentlich im Kartenblatt nummeriert zuzuordnen, um so die Benutzerfreundlichkeit und weitere Anwendbarkeit der Kartenblätter zu optimieren

(zu diesem Zeitpunkt im Projektverlauf hätten die ProjektmitarbeiterInnen es nicht für möglich gehalten, dass die Publikation der Forschungsergebnisse durch das BMBF nicht ergänzend gestützt werden würde. Dies stellte sich erst bei Projektabschluss als faktisch gegeben heraus). So sind alle bürgerschaftlichen Einrichtungen in der Karte nummeriert und über einen ergänzenden Index identifizierbar. Ebenso wurde mit den städtischen Einrichtungen verfahren.

3.4 Quantitative Befragungen

In Köln wurde eine quantitative Befragung in den bürgerschaftlichen Einrichtungen durchgeführt. Hierzu wurde ein erster Fragebogen entwickelt, der in Pretests überprüft, angepasst und verbessert wurde. Mit dem resultierenden Fragebogen wurden postalisch, per Fax, telefonisch und persönlich detaillierte Befragungen durchgeführt. Der inhaltliche Schwerpunkt des Fragebogens lag einerseits in der flankierenden Unterstützung der Empirie, die über die qualitativen Interviews und Mental Maps generiert werden sollte (s.u.). So wurden beispielsweise Fragen nach den räumlichen Wirkungsebenen der bürgerschaftlichen Einrichtungen gefragt und deren Einzugsgebieten. Hauptschwerpunkte der quantitativen Befragungen lagen auf dem Spektrum gemeinschaftsbezogener Angebote und der inhaltlichen Ausrichtung der Einrichtungen, sowie fördernden und hemmenden Faktoren für deren Leistungsfähigkeit. Weiterhin wurde grosses Gewicht auf die Ermittlung des Verhältnisses von bezahlter zu unbezahlter Arbeitsleistung in bürgerschaftlichen Einrichtungen, deren Finanzierung und Finanzierungsquellen gelegt.

Die quantitative Befragung erwies sich als äußerst problematisch. Die Faktoren, die bereits die reine Recherche und Adressermittlung der bürgerschaftlichen Einrichtungen erschwerten, liessen die Fragebogenerhebung zur reinsten Sisypusarbeit werden. *Erstens* war die schlichte Kontaktaufnahme häufig bereits ausgesprochen schwierig, da viele Einrichtungen nicht regelmäßig besetzte Büros haben oder diese häufig außerhalb der normalen Erwerbsarbeitszeiten geöffnet sind, aus der Sicht von Ehrenamtlern durchaus logisch, sind diese ja meist außerdem noch erwerbstätig. Dies verlangte oft unkonventionelle Arbeitszeiten der ProjektmitarbeiterInnen, und ständig wiederholtes Neukontaktieren.

Zweitens stellte sich schon während der Kontaktaufnahme immer wieder heraus, dass doch wesentliche Informationen aus der Adressdatenbank nicht mehr aktuell oder ergänzungsbedürftig waren, was eine laufende Korrektur der Adressdatenbank während oder nach der Kontaktaufnahme verlangte, was viele Arbeitsprozesse verlangsamte.

Drittens sind die bürgerschaftlichen Einrichtungen und deren MitarbeiterInnen oftmals derart von der Erbringung ihrer gemeinschaftsbezogenen Dienstleistungen, der Deckung des Bedarfs nach ihren Angeboten, in Anspruch genommen, dass weder Lust noch Zeit bleibt, einen umfangreichen Fragebogen zu beantworten, zumal dieser als sehr abstrakt und wenig praxisorientiert wahrgenommen wurde. So blieb der Fragebogen einfach liegen oder verschwand in Papierbergen, und musste teilweise vier-, fünfmal versandt werden, bis er beantwortet wurde.

Viertens besteht ein erhebliches Misstrauen gegenüber öffentlichen Institutionen, unter denen auch Universitäten und Forschungseinrichtungen subsummiert werden. Da über den Fragebogen auch eine Zahl durchaus sensibler Informationen erfragt wurden, waren häufig größere Überredungskünste vonnöten, um die Schlüsselpersonen der Einrichtungen zur vollständigen Beantwortung des Fragebogens zu bewegen.

Fünftens kamen die üblichen Schwierigkeiten im Rahmen von quantitativen Befragungen hinzu, im Sinne von Verständnisschwierigkeiten, Falschantworten, logischen Unstimmigkeiten etc., welche viele Befragungen unbrauchbar machten.

Sechstens stellte sich heraus, dass in der Summe dieser Schwierigkeiten ein Zeitaufwand mit den Befragungen verbunden war, der den Projektrahmen weit überforderte. Um damit fertig zu werden, haben die verantwortlichen Projektmitarbeiter in erheblichem Umfang unbezahlte Mehrarbeit geleistet; dennoch mussten wir an einigen Stellen Abstriche vom ursprünglichen Plan machen. So konnte die quantitative Befragung in Stuttgart und Berlin nicht im selben Umfang durchgeführt werden. Doch haben unsere Erhebungen über Angebots- und Zielgruppenorientierung der Einrichtungen aus der gesamtstädtischen Recherche für Stuttgart und den Quartiererhebungen für Berlin die Allgemeingültigkeit der Befragungsergebnisse von Köln und deren Übertragbarkeit auf andere Städte bestätigt.

3.5 Qualitative Befragungen

In Ergänzung und Vertiefung zu den quantitativen Erhebungen wurden in Stuttgart und Berlin qualitative Erhebungen in Form von leitfadengestützten qualitativen Interviews in ausgewählten bürgerschaftlichen Einrichtungen durchgeführt. Diese folgten einer neuen, für dieses Forschungsprojekt erstmalig entwickelten und in dessen Rahmen erprobten Methodik. Die ProbandInnen waren RepräsentantInnen der Einrichtungen, also Schlüsselpersonen, die über die Einrichtung gut Bescheid wussten und in derselben schon länger aktiv waren.

In *Stuttgart* wurde als ein näher zu untersuchender Stadtteil der Stuttgarter Westen ausgesucht, da er im Vergleich zu den anderen Stadtteilen die höchste Zahl von bürgerschaftlichen Einrichtungen aufweist (Abb. 2). Den Einrichtungen im Stuttgarter Westen wurde im Vergleich zu Gesamt-Stuttgart ein etwas umfangreicherer Fragebogen per Post zugesandt, synonym dem Kölner Fragebogen. Hier wurden entsprechend nicht nur Einrichtungstyp, Zielgruppe, Angebot und Probleme abgefragt, sondern gezielter nach vergleichbaren Leistungen, Infrastruktur, Voraussetzungen der informellen Arbeit und dem Einsatz informell Beschäftigter/Ehrenamtlicher gefragt.

Das Ziel, möglichst alle 88 Einrichtungen im Westen zu befragen, hat sich angesichts der Arbeitsüberlastung der Einrichtungen als unerreichbar erwiesen. Sie wurden alle mehrfach telefonisch und schriftlich angesprochen, aber nur 39 haben unsere Fragen schriftlich beantwortet. Doch wurde das dadurch ausgeglichen, dass wir durch Vergleich mit den Ergebnissen in Köln die Verlässlichkeit der Stuttgarter Befunde nachprüfen konnten. In 10 Einrichtungen wurden Intensivinterviews durchgeführt.

Für *Berlin-Friedrichshain* wurden über eine Reihe von telefonischen und persönlichen Vorgesprächen 25 repräsentative bürgerschaftliche Einrichtungen ausgewählt. Die Einrichtungen sollten einerseits Kriterien von thematischer Repräsentanz bezüglich Einrichtungs- und Angebotstypen und Zielgruppen erfüllen, die nicht nur ‚Berlin-spezifisch‘ sind, und andererseits Kriterien wie ‚räumliche Verteilung‘ und ‚Lage im Quartier‘ repräsentativ wiedergeben. Sie sollten möglichst das Gesamtspektrum der lokalen bürgerschaftlichen Einrichtungen repräsentativ vertreten können. Über die Vorgespräche wurde das Einverständnis von Schlüsselpersonen aus den Einrichtungen zu einem etwas aufwendigeren Interviewprozess eingeholt und Zielsetzung und Verlauf der qualitativen Befragung vermittelt.

URBANE SUBSISTENZ IN STUTTGART

STADTRÄUMLICHE VERTEILUNG BÜRGERSCHAFTLICHER EINRICHTUNGEN



Gesamtzahl: 603



Abb. 2: Urbane Subsistenz in Stuttgart

Die Anzahl der bürgerschaftlichen Einrichtungen in den Stuttgarter Stadtteilen.

In einem zweiten Schritt wurde den ausgewählten Einrichtungen ein für diese Befragung etwas verkürzter (auf der Kölner gesamtstädtischen Befragung basierender) quantitativer Fragebogen zugesendet. Über diesen wurden Grunddaten und allgemeine Informationen zu den Einrichtungen abgefragt, die nicht spezifisch Gegenstand des Interviews sein sollten, z.B. in welchem Verhältnis Erwerbsarbeit und Subsistenzarbeit zueinander stehen, wie viele Mitglieder die

Einrichtung hat, welche Angebote und Leistungen sie im Detail erbringt und einiges mehr. Der Verschickung des Fragebogens an die Einrichtungen gingen jeweils mehrere vertiefende Telefonate voran, über die das Forschungsanliegen vermittelt, Misstrauen abgebaut und Fragen zu Fragebogen und Interview geklärt wurden. Auf dieser Grundlage wurde dann ein Termin für das Interview abgestimmt, teilweise wurde das Interview wegen des Zeitaufwandes auf zwei Termine verteilt.

Die Interviews wurden leitfadengestützt durchgeführt und mittels Mitschrift und Tonaufnahmen festgehalten. Es ging dabei um die Erfassung der sozialräumlichen Wirkungen, Vernetzungen und Verortungen der bürgerschaftlichen Einrichtungen in ihrem Stadtquartier. Weiterhin geht aus den Interviews umfassend hervor, welche spezifischen Mangelsituationen auf administrativer, politischer, ökonomischer und städtebaulicher Ebene wahrgenommen werden und wieweit und auf welche Weise diese Mängel die Arbeit und die Leistungen der Einrichtungen beeinträchtigen. Insbesondere wurden die Einzugsbereiche ihrer NutzerInnen erfasst, sowie Kooperationsbeziehungen mit anderen bürgerschaftlichen, aber auch marktlichen und öffentlich-kommunalen Institutionen. Ein besonderes Gewicht lag auf genutzten und aktivierten städtischen Strukturen im öffentlichen Raum. Weiterhin wurden Wünsche zur zukünftigen Nutzung von Gebäuden und Freiflächen erfasst.

Die Interviews wurden mit dem Mental Map-Verfahren kombiniert, das eine Ergänzung zu den Interviews und didaktisches Mittel darstellt. Im Verlauf der zweieinhalb- bis fünfstündigen Interviews wurden von den Probanden Mental Maps angefertigt, welche unter anderem die lokalen Kooperationen und Vernetzungen visualisieren. Im Interview dienten sie als Medium, um einen engeren Bezug zur Raumebene zu erreichen. In der Auswertung veranschaulichen sie die infrastrukturellen Leistungen bürgerschaftlicher Einrichtungen für das Quartier. Von den Interviews wurden auf Grundlage der Tonaufzeichnungen und Mitschriften neu gegliederte Interviewprotokolle angefertigt und redaktionell überarbeitet. Die Protokolle erläutern und ergänzen auch die zugehörigen Mental Maps, wo diese nicht schon für sich sprechen.

3.6 Mental Maps

Im Rahmen der qualitativen Interviews wurden auf einer dafür erstellten laminierten Kartengrundlage des Stadtteiles, mit dem Untersuchungsquartier im Zentrum, Mental Maps erstellt und diese erläutert. *Mental Maps* stellen subjektive Karten sozialräumlicher Handlungsmuster, Interaktionen und Wahrnehmungen dar. Traditionell wurden Mental Map-Verfahren besonders für den Bereich der Wahrnehmungsgeographie verwandt. Für unsere Zwecke haben wir das Mental Map-Verfahren verändert und neu entwickelt. Im Vorfeld wurde entschieden, was Sinn macht, von den InterviewpartnerInnen in einer Quartierskarte einzeichnen zu lassen und was nicht. Da eine Mental Map immer eine subjektive Karte darstellt, also erst über die Erläuterungen aus den Interviewmitschriften wirklich Sinn erhält und verständlich wird, musste der Leitfaden für die mündlichen Interviews eng an das Mental Map-Verfahren angelehnt sein.

In den Interviews wurden die verschiedenen infrastrukturellen Mängel erfragt, von den administrativ-politischen Voraussetzungen über die marktökonomischen Voraussetzungen, Kooperationen bis hin zu den städtebaulichen und räumlichen Voraussetzungen. Dem standen Fragen zu Verbesserungsoptionen gegenüber, die je nach Bereich differenziert erläutert werden. Die Mental Maps ergänzten diese Fragen. Auf ihnen zeichneten die InterviewerInnen nach den Angaben der Befragten das jeweilige Einzugsgebiet der NutzerInnen der betreffenden Einrichtung ein, ferner Regionen besonderer Aktivitäten im Quartier, institutionelle Kooperationspartner und das Kooperationsnetz, die weitere genutzte Infrastruktur im Stadtraum sowie erwünschte Nutzungen, die gegenwärtig nicht möglich sind. Parallel zum Prozess des Zeichnens wurde erläutert, was dargestellt wird, und welche Bedeutungen und Funktionen mit dem Dargestellten verbunden sind.

Die Mental Maps erwiesen sich als wichtiges und sehr hilfreiches Medium für die Interviews, da sie den Raumbezug der ProbandInnen erhöhten und als Anregung für den Interviewprozess dienten. Außerdem visualisieren sie sehr gut die subjektiven Kooperationsnetze und Interaktionsmuster im Quartiersraum. Das Mental Map-Verfahren wurde von den InterviewpartnerInnen sehr positiv aufgenommen, und häufig musste die zunächst geplante Interviewzeit von ca. 2 Stunden vom Interviewer stark überzogen werden.

Für die kombinierte Auswertung von Interviews und Mental Maps wurde zunächst eine eigene Digitalisierungsmethode erarbeitet, die es möglich macht, die Mental-Maps übersichtlich darzustellen und gleichzeitig wieder verschiedene Ebenen in der Darstellung ein- und auszublenden. Abschließend wurden sie grafisch nachbearbeitet und miteinander kombiniert. Über die Kombination von mehreren Mental Maps zueinander kommt man dann zu sozialräumliche Korrelationen, Synchronizitäten und Netzwerkbeziehungen, welche die infrastrukturelle und räumliche Analyse der Quartiere empirisch und visuell unterstützen.

Jede Mental Map ist ein subjektiver Stadtplan. Er stellt eine dokumentarische Ergänzung der Interviews dar und muss in diesem Kontext betrachtet und interpretiert werden. In Stuttgart haben wir 10, in Berlin 25 Mental Maps angefertigt.

Kapitel 4: Die Einrichtungen der Bürgerarbeit

4.1 Übersicht

Bürgerschaftliche Einrichtungen stellen Plattformen für gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit dar. Sie werden auf der Grundlage eines gemeinsamen, zivilgesellschaftlich getragenen Interesses gegründet und sind Umsetzungs-orte für gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit und Anlaufstellen für interessierte und beteiligungswillige Menschen. So bilden sie Institutionen der Bürgergesellschaft und sind über vielfältige Aktivitäten Produktionsstellen von sozialem Kapital.

Gleichsam sind sie auch Kernzellen kooperativer und kommunikativer Netzwerke von der lokalen bis zur globalen Ebene, wie in den anschließenden Kapiteln noch deutlicher werden wird. Sie sichern über ihre Reproduktionsleistungen partizipative und solidarische zivile Strukturen, sie ermöglichen und gewährleisten Demokratie, soziale Sicherheit und Lebensqualität. Über die Bündelung von Einzelinteressen innerhalb eines organisatorischen Rahmens und die Umsetzung und den Transport künstlerischer, schöpferischer, kreativer und innovativer Leistungen, Ideen und Impulse werden soziale Partizipation und kulturelle Entwicklungsfähigkeit dynamisiert und kanalisiert. Sie stellen und vermitteln Information, bieten und ermöglichen Bildung und schaffen auf diese Weise die vitalen Grundlagen einer wohlständigen und zukunftsfähigen Gesellschaft. Dies wird im folgenden noch exemplarisch verdeutlicht.

Bürgerschaftliche Einrichtungen stellen ein Phänomen des 20. und 21. Jahrhunderts dar, sie prägen zivilgesellschaftliche Strukturen mittlerweile in allen post-industriellen Gesellschaften ebenso wie auch in den Entwicklungsländern. Nach Rifkin erfüllen bürgerschaftliche Einrichtungen ein breites Spektrum an Funktionen: „Sie sind Brutkästen für neue Ideen und bieten Foren, auf denen soziale Missstände angeprangert werden können. Sie haben zur Integration der Einwandererströme beigetragen. Sie reichen den Armen und Hilflosen eine helfende Hand. [...] Viele Menschen lernen im Dritten Sektor die Spielregeln der Demokratie kennen und handhaben. Hier sucht man Gesellschaft und findet Freunde. Hier gibt es Raum und Zeit für spirituelle Erfahrungen. Religiöse und therapeutische Organisationen bieten Millionen Menschen die

Gelegenheit, die weltlichen Belange des Alltagslebens hinter sich zu lassen" (Rifkin 1997, 185 ff.). Bürgerschaftliche Einrichtungen lassen sich über folgende Hauptkriterien gut eingrenzen:

- Informelle Initialisierung auf Grundlage von Eigenmotivation und Selbstorganisation;
- das Übergewicht informeller Subsistenzarbeit gegenüber formeller Arbeit;
- die Zweckorientierung überwiegt gegenüber den institutionellen Wirtschaftsinteressen;
- sie sind überwiegend informell, bürgerschaftlich getragen, weisen kooperative und hoch partizipative Entscheidungs- und Arbeitsstrukturen auf;
- sämtliche Gewinne und Überschüsse fließen in die Zweckbestimmung zurück;
- sie stellen einen aktiven und integrativen Bestandteil der Bürgergesellschaft dar, und verfolgen gemeinschaftsorientierte Interessen.

Nach dieser Definition gehören also weder Kirchen und kirchliche Wohlfahrts-träger zu bürgerschaftlichen Einrichtungen, da sie streng hierarchisch organisiert und hoch formalisiert sind (es gibt eine Kirchensteuer; die Konfession steht in Geburtsurkunde und Pass; Mitbestimmungsstrukturen sind gering ausgeprägt). Und auch die großen Wohlfahrtsverbände zählen im strengen Sinne nicht zu den bürgerschaftlichen Einrichtungen. Diese so genannten ‚freien Träger‘ sind in Form von Wohlfahrtsverbänden zusammengeschlossen und nehmen wesentliche tragende Aufgaben in der Erbringung sozialer Dienste wahr; die Entscheidung, ob Leistungen zu erbringen sind, liegt dagegen allein in der Verantwortung der öffentlichen Instanzen (in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege sind folgende Spitzenverbände: Diakonisches Werk der Ev. Kirche in Deutschland, Deutscher Caritasverband, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Deutsches Rotes Kreuz, Arbeiterwohlfahrt und die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland).

In Abgrenzung gegenüber den bürgerschaftlichen Einrichtungen gelten die freien Träger als intermediäre Hilfs- und Dienstleistungsorganisationen zwischen Markt, Staat und Zivilgesellschaft, jedoch in einem deutlich stärker formalisierten Rahmen. Die Organisationsstrukturen sind stark formalisiert und meist sehr hierarchisch, ähnlich wie Marktunternehmen, und institutionell wenig flexibel. Sie stellen mit den Kirchen die klassischen Domänen der ehrenamtlichen Arbeit dar, verlieren aber zunehmend freiwillig Engagierte an

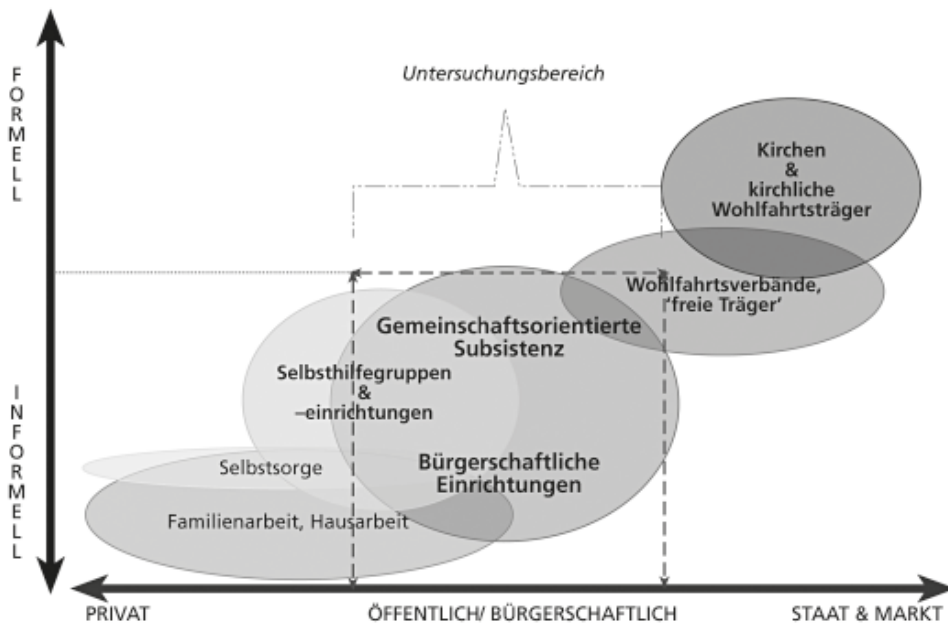


Abb. 3: Untersuchungsbereich

Die untersuchten bürgerschaftlichen Einrichtungen haben einen eher geringen Formalitätsgrad (y-Achse) und agieren primär im Bereich der öffentlichen Subsistenz (x-Achse). Freie Wohlfahrtsträger, ebenso wie Kirchen, sind demgegenüber wesentlich formeller. Quelle: Dahm 2003

die wesentlich informeller und partizipativer gestalteten bürgerschaftlichen Einrichtungen (vgl. Pott 2002, 4).

In den großen Wohlfahrtsverbänden stehen Restrukturierungen an, denn die Engagementformen befinden sich im Wandel und richten sich nun eher auf die informelleren und selbstbestimmteren bürgerschaftlichen Einrichtungen (so wird im Sozialbericht des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt 2001 angesichts des Attraktivitätsverlustes für EhrenamtlerInnen ein Wandel in den großen Wohlfahrtsverbänden hin zu demokratischeren, etwas weniger formalisierten Beteiligungsstrukturen gefordert). Folgerichtig zählen wir zu den bürgerschaftlichen Einrichtungen nur die öffentlichen, vorwiegend informellen und durch gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit geprägten bürgerlichen Gruppen, Organisationen und Institutionen (vgl. Abb. 3), dies entspricht ca. 54 Prozent der Organisationen innerhalb derer ehrenamtliche Tätigkeiten erbracht werden (vgl. Abb. 4). Man hat es also keineswegs, wie oft vermutet

Organisationsform der freiwilligen Tätigkeiten (1999 und 2004)

Alle freiwilligen Tätigkeiten (Angaben in %)

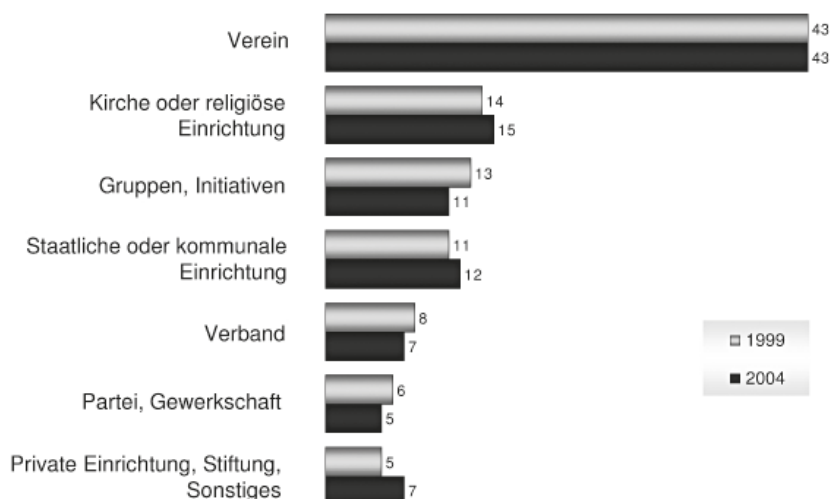


Abb. 4: Organisationsform der freiwilligen Tätigkeiten

1999 wurden 43 Prozent der freiwilligen Tätigkeiten in Vereinen erbracht, 13 Prozent in Initiativen. Eine Differenz zwischen formellen und informelleren Einrichtungen wird hier nicht vorgenommen. Quelle: Freiwilligensurveys 1999 und 2003.

wird, mit kleinen Zusammenschlüssen am gesellschaftlichen Rande zu tun, wenn man die bürgerschaftlichen Einrichtungen untersucht.

Hier einmal Stuttgart als Beispiel: Der Größe nach sind die erfassten 665 Stuttgarter Einrichtungen breit gestreut, es gibt gleich viel kleine, mittlere und große. 8 Prozent haben 1 bis 10 Mitglieder, 11 Prozent mehr als 500, und auch die Größenordnungen dazwischen sind annähernd gleich besetzt. Zusammen genommen haben sie in Stuttgart rd. 44 500 passive und rd. 10 500 aktive Mitglieder, insgesamt etwa 57 000. Das ist ein Zehntel der Stadtbevölkerung. Hierüber wird unmissverständlich, welche soziale Relevanz diesen zivilen Organisationen zukommt. Organisiert sind die meisten Einrichtungen in Stuttgart als Bürgerinitiativen oder Bürgervereine (30 Prozent), als soziale Treffpunkte (20 Prozent) und als Arbeitskreise (20 Prozent). 13 Prozent sind Selbsthilfegruppen, 11 Prozent Kulturvereine von EmigrantInnen.

Einrichtungstypen bürgerschaftlicher Einrichtungen in Stuttgart

N = 665 / alle für Stuttgart erfassten bürgerschaftlichen Einrichtungen

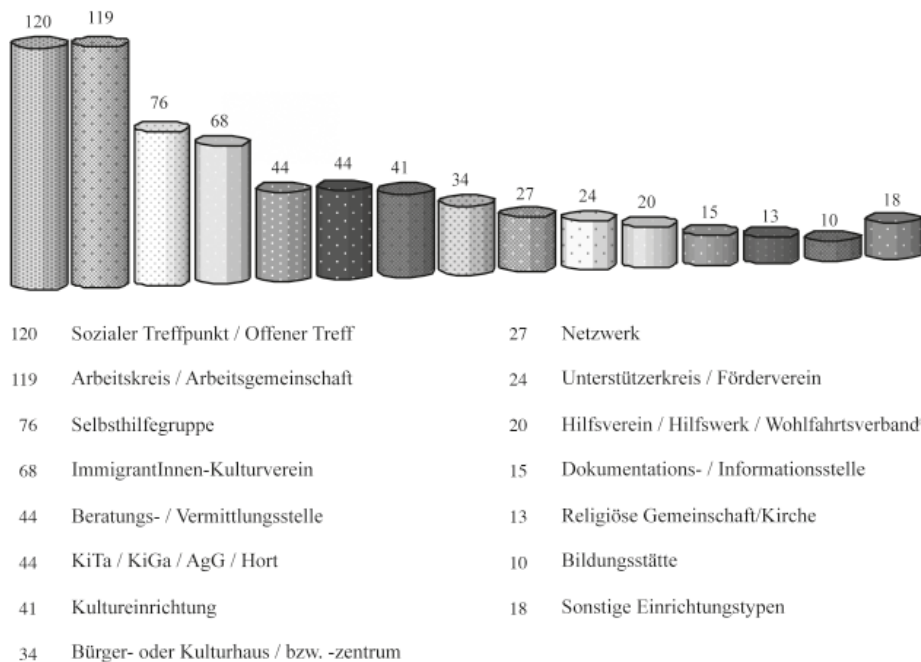


Abb. 5: Typen bürgerschaftlicher Einrichtungen

Typisierung bürgerschaftlicher Einrichtungen nach ihren Hauptfunktionen am Beispiel Stuttgarts.

Es folgen mit abnehmender Häufigkeit von 7 bis 2 Prozent: Beratungsstellen, Kindergruppen, Kultureinrichtungen, Bürgerhäuser, Netzwerke, Fördervereine, Hilfswerke, Informationsstellen, Religiöse Gemeinschaften, Bildungsstätten (Abb. 5). Hier zeigen sich beträchtliche Unterschiede zwischen den Stadtteilen; im Stuttgarter Westen z.B. gibt es relativ mehr Bürgerinitiativen und Bürgervereine und Beratungsstellen als in der Gesamtstadt. Es macht es nicht einfacher, dass die Vielfalt und Unterschiedlichkeit der institutionellen Formen der urbanen Subsistenz sehr hoch ist. Planung wie Politik verlangen zu häufig immer noch nach mechanistischen starren Strukturmerkmalen um

oftmals ebenso starren und mechanistischen Förderstrukturen entsprechende Anknüpfungsstellen bieten zu können.

Auf den folgenden Seiten werden die bürgerschaftlichen Einrichtungen als Initialzellen und Motoren gemeinschaftsorientierter Subsistenz, ihre Leistungen und räumlichen Ausbreitungsmuster weiter beleuchtet und analysiert.

4.2 Räumliche Verbreitung

Weil sich die Befunde in den untersuchten Städten gleichen, wollen wir die gesamtstädtische Verbreitung der bürgerschaftlichen Einrichtungen am Beispiel Kölns behandeln.

Insgesamt wurden in Köln 1097 Einrichtungen ermittelt. Das ist etwas mehr als eine Einrichtung pro 1 000 Einwohner. Betrachtet man die Karten Köln und Köln Innenstadt (Abb. 6 und 7) fällt zunächst das ungleiche Verhältnis von bürgerschaftlichen Einrichtungen gegenüber den öffentlichen Einrichtungen ins Auge.

Allein 18 von den 40 öffentlich-kommunalen Einrichtungen liegen im direkten Einzugsbereich des Kölner Innenstadtringes, also nahezu die Hälfte der öffentlichen Einrichtungen. Hier spiegelt sich die funktionale Entmischung der Stadt. Von öffentlich-kommunaler Seite werden Dienstleistungen für die Bürger Kölns primär in der Innenstadt zentralisiert angeboten. Das erscheint unproblematisch, weil die Leistungen aus kommunalen Einrichtungen im Vergleich zu den bürgerschaftlichen ein relativ enges Spektrum umfassen und nicht so häufig pro BürgerIn in Anspruch genommen werden. Die restlichen 22 kommunalen Einrichtungen finden sich in den Subzentren der verschiedenen Stadtteile.

Demgegenüber sind die bürgerschaftlichen Einrichtungen weit über das Stadtgebiet verstreut. Auch hier gibt es Ballungen im innerstädtischen Raum, doch ist die eigentliche City wohl wegen der hohen Mieten nicht sehr dicht besetzt; die Einrichtungen der Bürgerarbeit ballen sich eher auf der äußeren Seite der die City begrenzenden Ringstraße. Weitere Verdichtungen liegen entlang der größeren Ausfallstrassen und Einkaufsstrassen in den innenstadtnahen Wohngebieten im Nippeser Teil der Neusser Straße, entlang der Venloer Straße in Ehrenfeld bis kurz vor die Äußere Kanalstraße, und zwischen Zülpicher Straße und Berrenrather Straße in Sülz bis etwa zum Sülzgürtel.



Abb. 6: Urbane Subsistenz in Köln
Die Kartierung bürgerschaftlicher sowie öffentlicher/kommunaler sozialer Einrichtungen zeigt die unterschiedliche Dichte und stadträumliche Verteilung von 1097 bürgerschaftlichen Einrichtungen. Sie ermöglicht die sozial- und wirtschaftsräumliche Analyse der Lage der Einrichtungen urbaner Subsistenz, ihrer funktionalen und räumlichen Mischung mit marktlichen und öffentlichen Institutionen.
Quelle: Dahm 2003

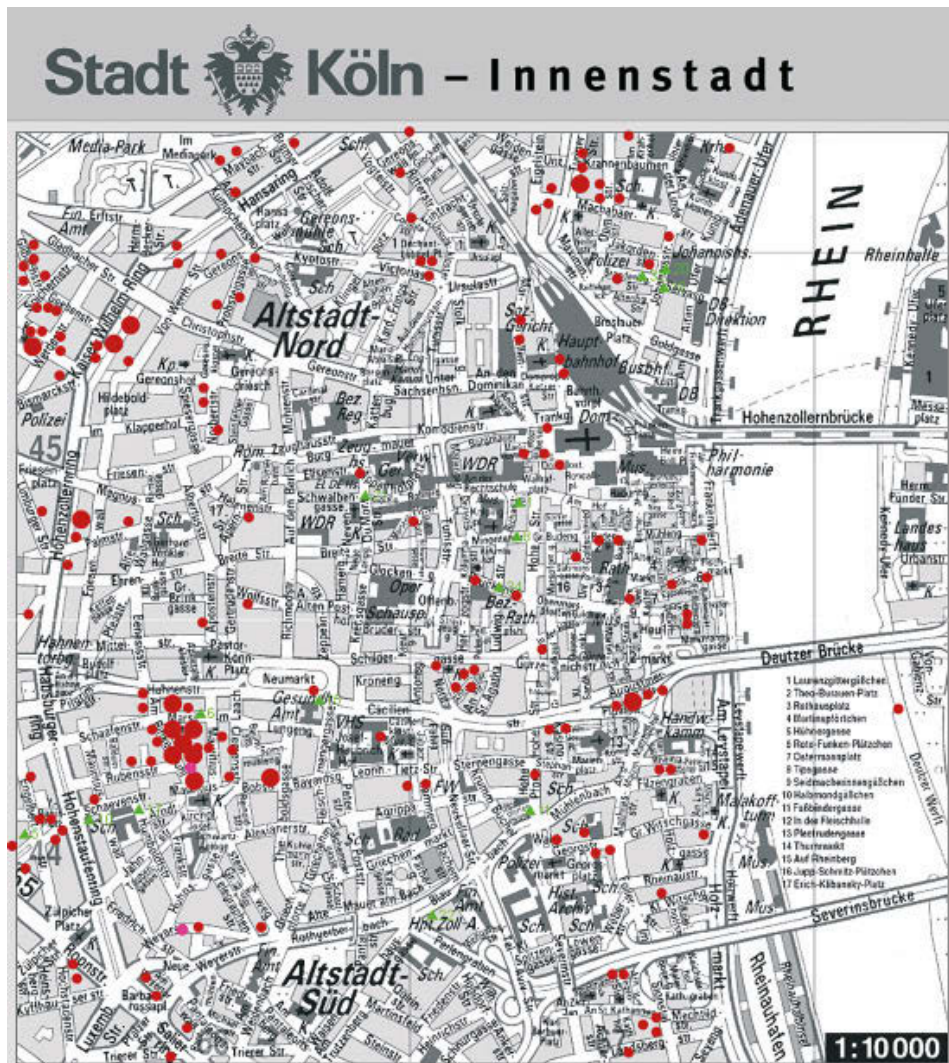


Abb. 7: Urbane Subsistenz in Köln-Innenstadt

Der Ausschnitt der Kölner Innenstadt, in dem die funktionale Mischung besonders hoch ist. Quelle: Dahm 2003

Weitere Verdichtungen finden sich im Bereich des Agnesviertel und des Eigelsteins in der Neustadt Nord und auch in der Altstadt Süd. Im rechtsrheinischen innenstadtnahen Bereich bzw. in Innenstadttrandlage ist eine Ansammlung von Einrichtungen um die Deutzer Altstadt festzustellen sowie – schon weiter außerhalb – um den Clevischen Ring, nahe des Wiener Platzes in Mühlheim. Weiter entfernt sind kleinere ‚Subsistenz-Subzentren‘ in Chorweiler um den Pariser Platz identifizierbar, in Kalk nördlich und südlich der Kalker Hauptstraße, in Ostheim und weiter nach Süden in Gremberghoven im Bereich Humboldtstraße/Bergerstraße, in Porz in der Umgebung des Friedrich-Ebert-Platzes. Die restlichen Einrichtungen sind über das gesamte Stadtgebiet verstreut; es gibt wenige Wohngebiete, die nahezu keine bürgerschaftlichen Einrichtungen in ihrer Nachbarschaft haben.

So wird anschaulich, dass nahezu das gesamte Stadtgebiet flächendeckend mit bürgerschaftlichen Einrichtungen besetzt ist, und das naturgemäß mit von innen nach außen abnehmender Dichte. Dies deckt sich mit Kartierungen zu Flächennutzungen in Köln (vgl. Blenck et al. 2002). Überall dort, wo der überwiegende Anteil funktionsgemischter Gebiete liegt, sind auch die höchsten Dichten von bürgerschaftlichen Subsistenzeinrichtungen zu finden.

Vielleicht kann man darin eine Bestätigung der These sehen, das Zusammenspiel von Arbeiten und Wohnen werde besonders ausgeprägt über gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit gefördert (Dahm et al. 2004b) denn Subsistenzarbeitsmöglichkeiten für bürgerschaftlich Engagierte entstehen an den Lebensorten der Menschen, weil bürgerschaftliches Engagement sich primär im nachbarschaftlichen Kontext entfaltet – allerdings nicht so sehr in reinen Wohngebieten als vielmehr dort, wo sich wenigstens zwei der drei Funktionen Arbeiten, Kaufen, Wohnen mischen. Nachfrage und Angebot kommen dort am leichtesten zusammen, wohin die Menschen ihr Weg auch aus anderen Gründen führt.

Eine Ausnahme bilden die Einrichtungen, die Minoritäten im Stadtraum ansprechen, und für deren NutzerInnen die Inkaufnahme längerer Wege akzeptabel erscheint, denn ein wichtiger Teil bürgerschaftlicher Einrichtungen wendet sich an sehr spezifische Bevölkerungsgruppen. Beispielsweise ist derjenige, welcher einer kulturellen Randgruppe angehört, etwa aus Kiribati stammt, sicherlich ohne weiteres bereit, dafür zum kiribatischen Kulturverein nach Porz zu fahren. Oder eine Selbsthilfegruppe, die sich Betroffenen von Schuhgrößen über 52 widmet, kann auch mal in Chorweiler liegen. Bei Themen

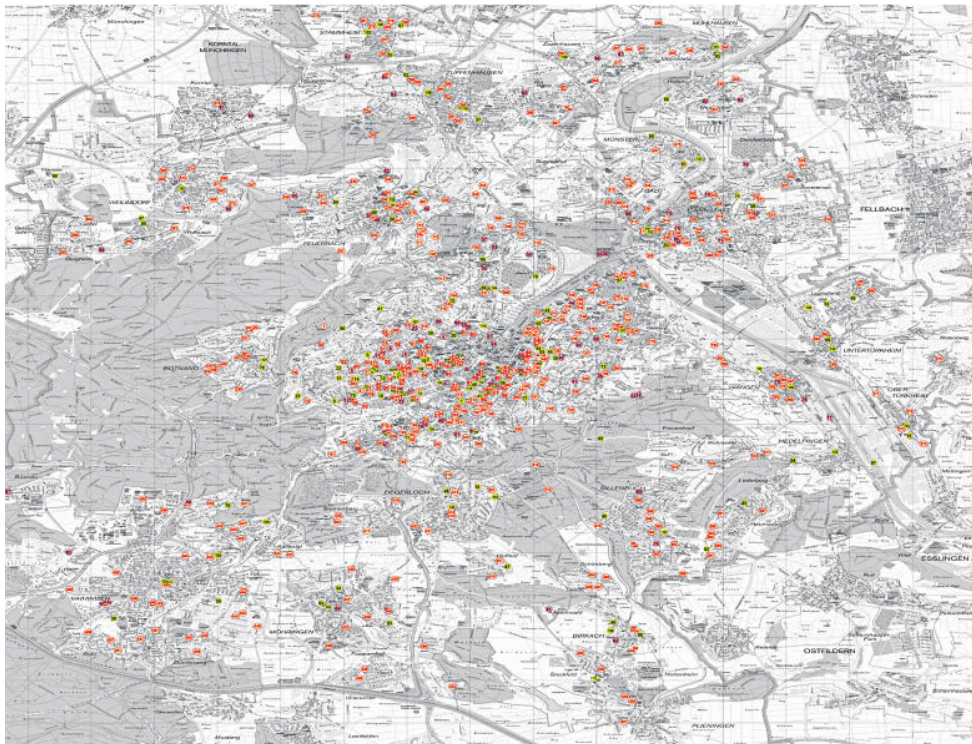
zu Eltern-Kind-Beziehungen, zu Integrationsfragen bei Ausländern, Homosexuellen, Menschen unterschiedlicher Lebensentwürfe und -stile handelt es sich dagegen um Bereiche, die große Teile der Zivilgesellschaft betreffen. Erst recht trifft dies auf soziale Leistungen für Kranke und Behinderte zu, für Alte und Jugendliche oder bei Betreuungen von Kindern, welche in allen Bevölkerungsgruppen und Sozialräumen von unersetzbarer Bedeutung sind.

Vergleicht man die Verteilung bürgerschaftlicher Einrichtungen mit der sozialräumlichen Gliederung Kölns von Zehner (in Blenck et al. 2002, vgl. Wirtschafts- und Arbeitsmarktbericht Köln 2000), ist ein Zusammenhang der stadträumlichen Verteilung der Arbeitslosenquoten mit der urbanen Subsistenz nicht erkennbar. Dies verwundert wenig, denn bürgerschaftliches Engagement wird vorwiegend von Personen in Erwerbstätigkeit erbracht, weniger von Erwerbslosen (BMFSJ/Freiwilligensurvey 2001b, 42 ff.). Deren Motivationen zu Arbeit sind, aufgrund der prekären Einkommenssituation, weitgehend monetär fixiert, und deren bürgergesellschaftliche Integration ist meist schlechter als die derer, die über das Erwerbsparadigma mehr soziale Anerkennung erfahren und so auch mehr Lust haben, sich bürgerschaftlich zu engagieren und außerdem mehr Glauben an ihre eigenen Fähigkeiten, ihren eigenen gesellschaftlichen Nutzen haben.

So ist in einigen Stadtteilen mit der höchsten Arbeitslosigkeit eher wenig bürgerschaftliche Subsistenz festzustellen, doch finden sich auch Stadtteile wie Altstadt-Nord und Altstadt-Süd oder Ehrenfeld mit relativ hohen Arbeitslosenquoten von 12 bis 16 Prozent, in denen zugleich auch viele bürgerschaftliche Einrichtungen liegen. Ebenso ist die räumliche Verteilung der ausländischen Mitbürger zwar positiv mit der Verteilung der Arbeitslosigkeit korreliert, aber nicht mit der Verteilung urbaner Subsistenz.

Im innerstädtischen Raum sind zwei von drei Haushalten Ein-Personen-Haushalte (Blenck et al. 2001, 54) unterschiedlichster Alters-, Herkunfts- und Einkommensgruppen. Diese nehmen zum Stadtrand hin anteilmäßig ab. Hier ist eine deutliche Übereinstimmung mit der Verteilung der bürgerschaftlichen Einrichtungen zu erkennen. Möglicherweise äußert sich die hohe Pluralität von Lebensstilen in einer sich zunehmend individualisierenden Gesellschaft auch in der räumlichen Verteilung von Subsistenzeinrichtungen, die ja häufig Interessenvertretungen unterschiedlichster gesellschaftlicher Akteure darstellen. In ihnen bilden sich Gemeinschaften, und Menschen werden gesellschaftlich integriert, besonders für Einzelpersonen sehr bedeutsam. Außerdem sind sie

Urbane Subsistenz:
Bürgerschaftliche Einrichtungen im Quartier
und ihre stadträumliche Einbettung
Stuttgart: Gesamtstadt



LEGENDE:

- bürgerschaftliche Einrichtungen:**
- ① Einrichtung mit primär sozialer Orientierung
 - ② Einrichtung mit anderer Orientierung
 - ⑤ öffentliche Einrichtung



"Urbane Subsistenz als Infrastruktur der Stadt"
 Universität Hohenheim
 Institut für Haus- und Konsumökonomik
 Projektgruppe Stuttgart
 Stand: 31.12.2003

Abb. 8: Urbane Subsistenz in Stuttgart
 Wie Abbildung 6 für Stuttgart.

Urbane Subsistenz:
*Bürgerschaftliche Einrichtungen im Quartier
und ihre stadträumliche Einbettung*
Stuttgart: Stuttgart-West



LEGENDE:

bürgerschaftliche Einrichtungen:

- ① Einrichtung mit primär sozialer Orientierung
- ② Einrichtung mit anderer Orientierung

- ⑤ öffentliche Einrichtung



'Urbane Subsistenz als Infrastruktur der Stadt'

Universität Hohenheim
Institut für Haushalt- und Konsumökonomik

Projektgruppe Stuttgart

Stand: 31.12.2003

Abb. 9 Urbane Subsistenz im Stuttgarter Westen
Wie Abbildung 6, hier für den Stuttgarter Westen.

Anlaufstellen in der erwerbsfreien Zeit, bieten Kommunikation und Kooperation, was gerade für Menschen wertvoll ist, die keine enge familiäre Anbindung haben oder über diese nicht alltäglich verfügen können.

Vergleicht man die Karte der bürgerschaftlichen Subsistenz mit dem Zentrengefüge Kölns (Blenck et al. 2002), liegen die Ansammlungen bürgerschaftlicher Einrichtungen weitgehend im Umfeld der Geschäftscity, als auch in den Mittelbereichszentren. Teilweise trifft dies auch auf die Nahbereichszentren zu, obwohl die Kartierung des Zentrengefüges die Einzelzentren recht grob verortet. Die Bezirkszentren und Bezirksteilzentren decken sich nicht klar mit den Verdichtungen bürgerschaftlicher Einrichtungen.

Ob dies an der vergrößernden Mitteilung der Bezirkszentren liegt, ist nicht eindeutig, aber die Einrichtungcluster liegen überwiegend in ihrer unmittelbaren Nähe, seltener genau in ihnen. Das ist wenig verwunderlich, denn in den Geschäftszentren sind eben vorwiegend Geschäfte angesiedelt, es sind Marktorte und die Mieten sind hoch. Im nahen Umfeld, in Laufweite, liegen dann die bürgerschaftlichen Einrichtungen häufig in kleineren Seitenstrassen oder in ruhigeren Strassenabschnitten. Insgesamt ist jedoch die größte Ballung entlang des Kölner Innenstadtringes festzustellen, also nicht direkt in der im Zentrengefüge verzeichneten Geschäftscity.

Es ist bemerkenswert, dass offensichtliche Übereinstimmungen in der sozial- und wirtschaftsräumlichen Lage von Subsistenzeinrichtungen und marktwirtschaftlichen Einrichtungen bestehen, obwohl doch die ökonomischen Ausgangsvoraussetzungen für bürgerschaftliche Einrichtungen, zumindest was die finanzielle Ausstattung betrifft, deutlich ungünstiger sind. Dennoch weichen die Einrichtungen nicht in die sozial- und wirtschaftsräumliche Peripherie aus, sondern siedeln sich dort an, wo die städtischen Funktionen zusammenfließen.

Diese Befunde werden durch die stadtweite Kartierung bürgerschaftlicher Einrichtungen in Stuttgart bestätigt und differenziert (Abb. 8). Verteilungsmuster, wirtschaftsräumliche Komplementaritäten und funktionelle Vergesellschaftungen subsistenzwirtschaftlicher, marktlicher und öffentlich-kommunaler Institutionen entsprechen den Kölner Ergebnissen (vgl. Abb. 6, 7 und 8).

Auch in Stuttgart ist die selbstbestimmte Bürgerarbeit viel weiter verbreitet als meist angenommen wird. Hier haben wir über 600 bürgerschaftliche Einrichtungen identifiziert, das ist mindestens eine pro 1000 Einwohner, wie in Köln. Vermutlich gilt diese Faustregel auch für andere Städte. Die räum-

liche Verteilung der Einrichtungen gibt die Karte der Stuttgarter Stadtbezirke (Abb. 2) wieder; sie zeigt wie in Köln, dass die inneren Stadtbezirke Stuttgart West, Mitte und Ost dichter besetzt sind als die äußeren, dass aber auch die cityfernen Stadtteile mit eigenen Einrichtungen der Bürgerarbeit versehen sind. Genauer kann man in Abb. 8 verfolgen, wie mit der Entfernung von der City die Ballung dünner wird, die Streuung aber gleichmäßig bleibt.

Bei kleinräumlicher Betrachtung öffentlicher urbaner Subsistenz finden wir diese Zusammenhänge differenziert und unterstrichen, wie sich über die Quartiersbetrachtungen in Stuttgart und Berlin zeigt, vergleiche auch hierzu die Kartierungen für Stuttgart-West (Abb. 9) sowie für Berlin-Friedrichshain und Berlin-Pankow (Abb. 10 und 11). Für Friedrichshain wie für Pankow wurden die bürgerschaftlichen Einrichtungen in den Auswahlquartieren Boxhagener Platz/Samariterstraße und Schlosspark/Vinetastrasse kartografisch dargestellt. Die Verteilungsmuster der Einrichtungen, ihre quartiersräumliche Einbindung und Clusterbildungen entsprechen den bereits für Köln und Stuttgart dargestellten gesamtstädtischen Ergebnissen und – offensichtlich – Regeln. Die Berliner Quartiere sind im folgenden exemplarisch beschrieben.

4.3 Mischung der Funktionen

Im Berlin-Friedrichshainer Quartier haben wir es mit der bemerkenswerten Zahl von 295 bürgerschaftlichen Einrichtungen öffentlicher Subsistenz zu tun. Diesen Einrichtungen stehen 445 gewerbliche Unternehmen im Bereich Dienstleistung, Gastronomie und Einzelhandel gegenüber, die sich Themen des alltäglichen Bedarfs widmen. Bemerkenswert ist hierbei der hohe Anteil von 197 Gastronomieunternehmen. Weiterhin wurden 104 Einrichtungen von 38 städtischen Trägern und ihren Unterabteilungen erhoben. Vervollständigt wurde die Erhebung durch 358 (Teil)Gewerbeleerstände und 29 Bracheflächen. Allein dieses Zahlenverhältnis zeigt sehr prägnant, welche schon allein quantitative Bedeutung den öffentlichen Institutionen urbaner Subsistenz für das Quartier zukommt.

Wie für Friedrichshain wurde auch für das Auswahlquartier im Pankower Quartier verfahren. Hier wurden 117 bürgerschaftliche Einrichtungen ermittelt, codiert und kartiert. Diesen stehen 244 gewerbliche Einrichtungen gegenüber, davon 48 der Gastronomie. 74 Einrichtungen stehen in Pankow



Abb. 10: Urbane Subsistenz im Quartier Berlin-Friedrichshain, Boxhagener Platz / Samariterstrasse

Stadträumliche Verteilung bürgerschaftlicher und öffentlicher Einrichtungen im Quartier Berlin-Friedrichshain, Boxhagener Platz / Samariterstrasse. Zwei Kiezausschnitte stellen die funktionale Mischung mit Markteinrichtungen (Einzelhandel, Dienstleistungen und Gastronomie) dar. An einigen Ballungsorten teilen sich mehrere Einrichtungen ein Haus oder Gelände. Zusätzlich sind Gewerbeleerstände und Bracheflächen gezeigt, die teilweise zur Nutzung für öffentliche Subsistenzarbeit attraktiv wären, aber überwiegend nicht verfügbar sind.



Abb. 11: Urbane Subsistenz im Quartier Berlin-Pankow, Am Schlosspark / Vinetastrasse
 Wie Abbildung 10, aber für das Quartier Berlin-Pankow, Am Schlosspark / Vinetastrasse.
 Wegen der heterogeneren Bau- und Sozialstruktur sind vier Kiezausschnitte dargestellt. Einige Einrichtungen stehen in enger Kooperation und Nutzungsteilung mit Einrichtungen, die im Gemeindehaus Buch außerhalb von Pankow lokalisiert sind.

unter öffentlich-kommunaler Trägerschaft. Weiterhin finden sich in Pankow 100 (Teil)Gewerbeleerstände und nur 9 Bracheflächen. Aussortiert wurden 17 Einrichtungen unter kirchlicher Trägerschaft und 26 Einrichtungen der großen Wohlfahrtsverbände.

Bei erster vergleichender Betrachtung beider Berliner Kartierungen ist der enorme Leerstand und der verhältnismäßig geringe Anteil marktlicher Einrichtungen augenfällig. Es wird prägnant deutlich, wie dicht die Verteilung von öffentlichen Subsistenzeinrichtungen in beiden Berliner Auswahlquartieren, insbesondere im Boxhagener/Samariter-Quartier ist. Weiterhin ist das sehr ungleiche Verhältnis öffentlich-kommunaler zu bürgerschaftlichen Einrichtungen auffallend. Schaut man auf die Verteilungsmuster, sind auch hier deutliche Korrelationen zwischen Clustern bürgerschaftlicher Institutionen und gewerblicher Unternehmen unabweisbar, es bestehen funktionale Abhängigkeiten bzw. zumindest Vergesellschaftungen. Während sich die öffentlich-kommunalen Institutionen an wenigen zentral gelegenen Orten bündeln, z.B. im Bezirksamt Friedrichshain an der Frankfurter Allee, siedeln sich bürgerschaftliche und gewerbliche Einrichtungen in naher Nachbarschaft zueinander an.

Dies wird besonders in Friedrichshain um den Boxhagener Platz deutlich, in der Nachbarschaft zur Simon-Dach-, Boxhagener- und Grünberger Straße ebenso wie entlang der Kopernikus-/Wühlischstraße. Im Norden zeigt sich dies im Umfeld von Samariter- sowie im Bereich Schreiner- und Rigaer Straße.

Auch in Pankow finden sich diese Signifikanzen zwischen funktionaler Vielfalt und urbaner Subsistenz wieder, die die Komplementarität und wechselseitige Abhängigkeit zwischen marktlichen und subsistenzwirtschaftlichen Aktivitäten und Einrichtungen anhand ihrer räumlichen Verteilungen und Vergesellschaftungen zeigen. Hier finden sich die überwiegende Zahl bürgerschaftlicher Einrichtungen zwischen Breite Straße und Wolfshagener Straße. Weder in den reinen Wohngebieten, noch direkt im Bereich der Einkaufsstraßen sind die Mehrzahl der Einrichtungen lokalisiert. Auch die Karte des Stuttgarter Westens (Abb. 9) veranschaulicht, dass reine Wohngebiete und reine Industriegebiete so gut wie keine bürgerschaftlichen Einrichtungen aufweisen, und zeigt damit noch einmal auf, wie wichtig die Mischung der städtischen Funktionen für das Gedeihen der Zivilgesellschaft ist.

Bezieht man die Ergebnisse der Vielzahl von telefonischen und persönlichen Einzelgesprächen wie auch der Interviews im Rahmen der Mental

Map-Erstellungen mit in die Analyse ein, kann davon ausgegangen werden, dass *erstens* gewerbliche wie bürgerschaftliche Einrichtungen sehr häufig ähnliche Standortfaktoren schätzen, so z.B. günstige Verkehrsanbindungen, hohe Laufdichten, unmittelbare Anbindung an öffentliche Plätze und belebte Straßen.

Zweitens scheint es – zumindest in Pankow und Friedrichshain, eine zeitliche Reihenfolge der Quartierserschließung zu geben (insbesondere nach dem Mauerfall 1989). Aus der großen Zahl von themenbezogenen Gesprächen und Recherchen ist davon auszugehen, dass zu Beginn der 1990er Jahre die bürgerschaftlichen Institutionen – nicht nur, aber auch im Gefolge der zuziehenden ehemaligen Westdeutschen – Pionierfunktion für viele Kieze hatten. Friedrichshain ist bis heute von der ‚alternativen Szene‘ geprägt, die in den frühen 1990ern ganze fast leerstehende Straßenzüge als HausbesetzerInnen eroberte und so das lokale Leben vitalisierte und bis heute wesentlich mit gestaltet. So entstanden in diesem Umfeld eine Vielzahl von informellen Bars, Clubs, kleinen Konzerthallen, aber auch Ateliers, Theater und gemeinnützigen – bürgerschaftlichen – Institutionen. Bis heute finden unangemeldete Konzerte und Feste im öffentlichen Raum statt, die wesentlich zur Standortattraktivität beitragen, so dass Friedrichshain 2003 den höchsten Zuzug von JungakademikerInnen in ganz Berlin verzeichnen konnte. So waren die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten, die sich zunehmend in bürgerschaftlichen Einrichtungen bündelten und kristallisierten, die Wegbereiter für viele Standorte und Quartiere Ostberlins. In ihrem Gefolge rückten Imbissbuden und gastronomische Einrichtungen nach, und dann zögerlicher auch der Einzelhandel. Die Dichte von Einzelhändlern ist – verglichen mit den Westberliner Stadtteilen noch relativ gering, nimmt aber infolge der Konsumgewohnheiten der nachziehenden Bevölkerung langsam weiter zu.

Als *dritter* Faktor, der auf die Standortentscheidungen wichtigen Einfluss hat, wirkt die Entwicklung der Mieten. Mit der steigenden Attraktivität der Quartiere haben in den letzten Jahren die Mietpreise stark angezogen, was wiederum zur Verdrängung ansässiger besonders Ostberliner Bevölkerung führt, aber auch dazu, dass viele Räumlichkeiten und Lagen für bürgerschaftliche Einrichtungen immer unerschwinglicher und diese in die Peripherie der Quartiere abgedrängt werden. Dass hier natürlich auch gegenwärtige konjunkturelle Bedingungen bremsende Wirkungen haben, und so diesen Prozess entschleunigen, ändert am Sachverhalt nichts.

Nimmt man den in Berlin außergewöhnlich hohen Leerstand vor allem im Bereich gewerblicher Flächen hinzu, und bezieht mit ein, dass gerade diese Leerstände häufig eine ausgesprochen günstige Lage mit Straßenanbindung haben, muss die Frage gestellt werden, weshalb ein Großteil dieser ungenutzten Flächen eher jahrelang leer bleiben und zunehmend verkommen, als dass diese für gemeinnützige kulturelle und soziale Einrichtungen verfügbar gemacht werden, die offensichtlich zur Stärkung des Standortes wesentliche Beiträge leisten.

Diese Problematik stellt auch die immer häufiger thematisierte Frage nach dem Umgang mit und zwischen privaten und gemeinschaftlichen Gütern in den Vordergrund. Denn die Qualität vieler öffentlicher Wege und Räume wird durch verwahrloste Leerstände von meist nicht vor Ort lebenden Privateigentümern und Bauspekulanten deutlich herabgesetzt. Es kann in Berlin eindeutig, und auf Grundlage der hier dargestellten Kartierungen ganz anschaulich diagnostiziert werden, dass es nicht an Raum für zivilgesellschaftliche Aktivitäten und auch nicht an der Bereitschaft zu gemeinschaftsorientierten Handeln fehlt, sondern dass über die bestehenden Besitzverhältnisse und Schutzmechanismen für Privateigentum die soziale, kulturelle und auch die Standortqualität verringert wird. Dass dabei noch viele Flächen im kommunalen Besitz sind, zeigt, wie unverstanden das Wechselspiel zwischen Zivilgesellschaft und Standortqualität im politischen und wirtschaftlichen Bewusstsein unserer Gesellschaft ist.

Auffällig ist bei zusammenfassender Interpretation der Kartierungen, dass die bürgerschaftlichen Einrichtungen sich zwar meist im nahen Umfeld von auch gewerblichen Einrichtungen finden, sie sich jedoch fast nie in unmittelbarer Nachbarschaft zu Zentren marktlicher Aktivitäten verorten. Auch in reinen Wohngebieten sind bürgerschaftliche Einrichtungen kaum vorhanden – wenn überhaupt, so sind sie überwiegend auf den häuslichen Bedarf und die Nachbarschaftshilfe ausgerichtet. Sie siedeln sich vor allem in funktionsgemischten Gebieten an, was sich aufgrund räumlicher Verteilung als auch der Analyse von Stadtteilen und Postleitzahlen erschließt. Bürgerschaftliche Einrichtungen liegen eigentlich fast immer in Bereichen höchster funktionaler Vielfalt im städtischen Raum, nämlich in den Schnittstellen und Übergangsbereichen zwischen Wohnen, Versorgen und Arbeiten, selten in monofunktional strukturierten Gebieten und erhöhen auf diese Weise die funktionelle Vielfalt der Stadt.

In Mischgebieten finden sich auch überwiegend die Einrichtungen mit stadtteilübergreifendem Einzugsbereich. Fast ausschließlich in gemischten Gebieten finden sich bürgerschaftliche Einrichtungen von Migranten als auch Nutzungen, die gemeinhin als problematisch gelten oder auch auf Anonymität angewiesen sind (z.B. Aids-Hilfe, Drogenkontaktladen, Wohnprojekte für Straffällige, Asylbewerber). Manche sehr spezialisierte Nutzungen (z.B. Moscheen) siedeln sich abseits in Gewerbegebieten an, ohne in einen stadträumlichen Zusammenhang eingebunden zu sein. Die Quartierskartierungen in Berlin und Stuttgart können diese Ergebnisse auch kleinräumlich für die Lage entlang bestimmter Straßenabschnitte und Häuserblocks bestätigen. Stadtentwicklungspolitisch wäre es eine wirksame Förderung urbaner Subsistenz, in den Flächennutzungsplänen eine Vielfalt von Nutzungsoptionen auszuweisen.

Urbane Subsistenz ist für die Vielfalt von Alltagsversorgung und Wohlfahrtsangeboten unerlässlich. Ohne sie ist die zukunftsfähige Stadt nicht mehr denkbar. Bürgerschaftliche Einrichtungen erhöhen massiv, wie auch noch in den folgenden Kapitel deutlicher werden wird, die funktionale Vielfalt des Quartiers. Die lokale Lebensqualität wird durch die Angebote und Leistungen aus den Einrichtungen bereichert. Im Alltag sind die bürgerschaftlichen Aktivitäten in den Quartieren ständig präsent, durch Kultur- und Straßenfeste, durch Bildungsveranstaltungen, soziale Fürsorge, Existenzgründerhilfen, Infostände, Faltblätter, Plakate, politische Arbeit, Hundekotsammelaktionen, Lesungen, Vorträge, Kunst und Musik, Stadtteilgestaltungen und vieles mehr.

Bürgerschaftliche Einrichtungen prägen im hohen Maße städtische Sozial- und auch Wirtschaftsräume, dies wird über die Kartierung der urbanen Subsistenz prägnant ersichtlich. Sie bilden einen eigenen infrastrukturellen Bereich der Stadt – *die Infrastruktur der urbanen Subsistenz*. Vor allem räumlich-funktional gibt es zwei auffällige Korrelationen. Einerseits siedeln sich Subsistenzeinrichtungen im näheren Wohnumfeld an, andererseits liegen ihre genauen Standorte meistens zugleich im nahen, wenn auch nicht unmittelbaren Umfeld zu Geschäftszentren, städtischen Subzentren, Zonen stärkerer Mobilität und öffentlicher Virilität. Lebensnähe und funktionelle Vielfalt sind Standortfaktoren für urbane Subsistenz– und umgekehrt erhöht urbane Subsistenz lokal und regional die Lebensqualität und die funktionale Vielfalt. Dies entspricht der aufgestellten Strukturhypothese und wird in den anschließenden Kapiteln noch weiter verdeutlicht.

Kapitel 5: Die bürgerschaftlichen Tätigkeiten

5.1 Das Miteinander der Systeme

In urbaner Subsistenz werden zivilgesellschaftliche Kräfte gebündelt, eine eigenverantwortliche Selbstversorgung mit Wohlfahrtsleistungen wird organisiert. Die erbrachten Leistungen werden direkt wieder in die Zivilgesellschaft eingebracht, und so werden rückwirkend Solidargemeinschaften gestützt und Kooperationsnetze gefördert. Das sind wichtige Beiträge zum Gemeinschaftsleben.

Manche von ihnen werden zwar teilweise auch am Markt angeboten oder von Staat und Kommune besorgt. Doch reicht das, was der Markt und die öffentliche Hand übernehmen können, bei weitem nicht aus, denn es könnte von den Konsumenten bzw. den Steuerzahlern nicht finanziert werden, schon gar nicht in guter Qualität. Vielmehr wird der größere Teil des Bedarfs von der öffentlichen Subsistenzarbeit gedeckt, und das zu günstigeren und vielfach auch zu angemesseneren Bedingungen. Dies wird deutlicher, wenn wir unseren Blick auf die Funktionen und Mechanismen der Zivilgesellschaft lenken. Die Zivilgesellschaft hat ihre stillschweigenden Eigengesetzlichkeit, welche auch die ihr eigene ökonomische Ordnung – eine „zivile Ökonomie“ – prägt: Sie folgt nicht der Logik des Geldkapitals, der Konkurrenz und des Wettbewerbsdrucks, und sie ist in der Regel nicht angebotsgesteuert, sondern bedarfsorientiert. Ihre Triebkräfte gründen sich auf die Kooperation, das solidarische Miteinander und die innere Motivation der Beteiligten.

Das Spektrum bürgerschaftlicher Einrichtungen und ihre ökonomische und soziokulturelle Dimension sind gewaltig – sie braucht sich in ihrer Bedeutung keinesfalls hinter marktlichen und staatlichen Versorgungssystemen verstecken. Die selbst gestellten Aufgabe werden entweder durch Sachprobleme wie z.B. den Umweltschutz oder durch das Interesse einer Gruppe definiert. Die Gruppe, das ist eine Nachbarschaft, das sind Menschen mit gleichen Merkmalen (z.B. Alter) oder Problemen (z.B. Krankheit), das ist der Stadtteil oder die Gemeinde; nicht selten ist die öffentliche Subsistenz noch größeren Gruppierungen gewidmet, etwa wenn sie politischen Interessen oder Nord-Süd-Beziehungen gilt.

Die Menschen, die die Leistungen erbringen, gehören meist, aber nicht immer der Gruppe an, für deren Wohl sie arbeiten; Obdachlosenhilfe z.B. wird auch von Menschen geleistet, die nicht obdachlos sind. Die Leistungen werden freiwillig und ohne Entlohnung erbracht. Das schließt nicht aus, dass Kosten erstattet oder Unterhaltszuschüsse gezahlt werden. Es schließt auch nicht aus, dass die ehrenamtlichen Leistungen durch hauptamtliche Mitarbeiter koordiniert werden; in größeren Einrichtungen der öffentlichen Subsistenz werden fortlaufende Arbeiten wie Terminplanung oder Buchführung meist regulär entlohnt.

Hier ein Beispiel aus Stuttgart: Von den aktiven Mitgliedern in Stuttgart arbeiten über 9 000 ehrenamtlich; sie werden von über 1 500 hauptamtlich Tätigen unterstützt, die die ehrenamtliche Arbeit organisieren und ergänzen. Die hauptamtlichen Mitarbeiter haben Voll- oder Halbtagsstellen, die ehrenamtlichen sind jeweils mehrere Stunden pro Woche tätig. In Stuttgart-West sind 86 Prozent der aktiven Mitarbeiter ehrenamtlich, 14 Prozent hauptamtlich tätig. Nicht alle, sondern 60 Prozent der Einrichtungen können sich einen oder mehrere – im Durchschnitt 4 – hauptamtliche Mitarbeiter leisten, die im Durchschnitt 25 Wochenstunden arbeiten, zusammen also 100 Wochenstunden, und von 22 ehrenamtlichen Mitarbeitern mit je 2 Wochenstunden unterstützt werden, zusammen also 88 Wochenstunden. Die übrigen 40 Prozent der Einrichtungen sind vollständig auf ehrenamtliche Arbeit aufgebaut, was nur in kleineren Gruppierungen möglich ist. In ihnen arbeiten durchschnittlich 7 ehrenamtliche Kräfte je 5 Wochenstunden, zusammen leisten sie also 35 Wochenstunden.

Gemeinschaftsorientierte Subsistenz ist nicht allein in der Lage, ihre positiven gesellschaftlichen Wirkungen zu entfalten. Dies findet sich auch in der „klassischen“ traditionell verstandenen Subsistenz wieder, so z.B. bei den alaskischen Inuiten: „Participation in the market sector of the economy through the commercial sale of fish and furs and through remunerative employment enables the hunter to participate in subsistence activities“ (Wolfe 1986, 109). Dettling hebt hervor, dass der Sozialstaat einerseits wesentlich abhängig von einer leistungsfähigen Bürgergesellschaft, diese aber umgekehrt auf seine fördernde und aktivierende Funktion angewiesen ist: „So wie es Grenzen des Staates und Grenzen des Marktes gibt, so gibt es auch Grenzen der Bürgergesellschaft. Sie ist kein Ersatz für den Sozialstaat. Sie kann, ja sie muss zum einen den Sozialstaat ergänzen, und es lassen sich zum anderen aus

dem normativen Konzept der Bürgergesellschaft Leitlinien für eine Reform des Sozialstaates ableiten: Wie muss er sich verändern, damit er zur Aktivierung der Menschen beiträgt und nicht gegen seine Absicht in eine Kultur der Abhängigkeit führt?“ (Dettling 2000, 21).

Urbane Subsistenz ist auf die Verbundenheit und Vernetzung mit den Leistungen von Markt und Staat angewiesen, braucht die Unterstützung und Förderung beider Sektoren ebenso, wie diese auf eine stabile, kooperative und innovative Bürgergesellschaft angewiesen sind. So kann die Bürgergesellschaft auf Dauer nicht die ausfallenden sozialen und monetären Leistungen kompensieren, ohne in ihrer eigenen besonderen Qualität geschwächt zu werden. Evers macht darauf aufmerksam, dass gerade in der Übernahme (städtischer) Versorgungsfunktionen durch die bürgerschaftlichen Einrichtungen Quellen für deren ‚Wert und Potenzial‘ zu finden sind; selbst in den bislang staatlich dominierten Kernbereichen wie Schulen und Universitäten müssten mehr Gelegenheiten für freies Engagement geschaffen werden, um auch die gesellschaftliche Bedeutung dieser öffentlichen Einrichtungen wachsen zu lassen.

Die Vorbedingungen hierfür liegen in einer höheren politischen Kooperationsbereitschaft sowie gestärkten gegenseitigen Vertrauen. Eine wichtige Voraussetzung erkennt Evers darin, dass für einen ‚mixed welfare‘ die Rolle der Zivilgesellschaft nicht rein ‚versorgungstechnisch‘ verengt werden darf (dies bezieht Evers auf einen marktlich-staatlichen Versorgungsbegriff, nicht auf den in dieser Studie von den Autoren kontrastierten erweiterten Versorgungsbereich besonders auch immaterieller, nichtkäuflicher Güter), also die Leistungen der Bürgergesellschaft nicht dafür missbraucht werden dürfen, ausfallende Leistungen aus staatlichen oder marktlichen Quellen zu ersetzen. Die gesellschaftliche Bedeutung und die erbrachten Qualitäten der bürgerschaftlichen Subsistenzproduktion reichen weit über ein eingegrenztes, marktlich determiniertes Versorgungsverständnis hinaus (vgl. Evers 1998, 18).

Genausowenig ist es möglich, von Seiten staatlicher oder marktlicher Institutionen zu erwarten, dass soziale Leistungs- und Einkommensausfälle dauerhaft über soziokulturelle Systeme abgefangen werden können, ohne dass dadurch die soziokulturelle Grundlage der Gemeinschaft geschädigt würde (siehe hierzu auch Enquete Kommission 2002, 579 ff.), was sich dann beispielsweise im Absinken von Bildungsniveaus, Verlust von Standortattraktivitäten für international nomadisierende Wissenseliten, in mangelnder Innovationsfähigkeit und soziopolitischer Reformschwäche äußert. Denn „das Ehrenamt

kann [...] kein Ersatz für die Einbettung des Einzelnen in den Raum privater Beziehungen und für seine Partizipation am wirtschaftlichen und am politischen Leben der Gesellschaft sein; vielmehr bedingen sich diese Elemente wechselseitig“ (Eberling, Grabow und Henckel 1999, 144). Es muss für eine zukunftsfähige Gesellschaft also darauf ankommen, ihre gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Anforderungen und Bedarfslagen über eine Mischökonomie zwischen staatlicher, marktlicher und zivilgesellschaftlicher Produktion zu decken. In der Debatte der letzten Jahre zur Zukunft des ‚Wohlfahrtsstaates‘ wurde immer wieder, teilweise sehr kontrovers, die Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements zur Wohlfahrtsproduktion diskutiert.

Im Gegensatz zum staatlichen Wohlfahrtsmonopol und der damit einhergehenden Überforderung der staatlichen Institutionen in quantitativer wie besonders auch qualitativer Hinsicht – bedingt durch die desolate Finanzsituation der staatlichen wie kommunalen Kassen – wird in einer gemischten Wohlfahrtsproduktion die Subsistenzproduktion prinzipiell einbezogen. Evers sieht in einer „neuen Sensibilität für den Wert sozialer Bezüge und Assoziationsformen“ (Evers 1998, 2) das Argument für die Zivilgesellschaft und fordert eine stärkere Zuwendung zu gemeinschaftlichen Bezügen und „gesellschaftlichen Assoziations- und Solidarformen“ (ebenda). Wenn die Zivilgesellschaft im Grunde ein gleichrangiger Akteur der Wohlfahrtsproduktion ist, so sei in Bezug auf die reale „*mixed economy of welfare*“ die Rede vom „*Wohlfahrtspluralismus*“ (Evers 1998, 11) berechtigt.

Zu Anteilen geschieht die strategische Nutzung gemeinschaftsorientierter Subsistenzarbeit bereits gezielt. Vor allem im sozial-fürsorgenden und -pflegerischen Bereich der klassischen großen Wohlfahrtsverbänden sind die wechselseitigen Synergien zwischen ehrenamtlich und hauptamtlich Beschäftigten schon länger bekannt. Die engere Kooperation zwischen Staat, Markt und Bürgerarbeit – beispielsweise im Pflegebereich – „hat die Bedeutung von Eigenarbeit und informeller Ökonomie jedoch keineswegs geschmälert, zum Teil sind dadurch ihre Voraussetzungen sogar verbessert worden. Nach wie vor ermöglicht die informelle Ökonomie einen höheren Lebensstandard, der nicht erreichbar wäre, wenn die Haushalte ihre Wohnungs- und Güterversorgung allein mit dem Geld bestreiten müssten, das ihnen aus der Lohnarbeit ... zur Verfügung steht. Eigenproduktion und selbstorganisierte Dienstleistungen tragen also durchaus, trotz allen Wandels, zur Erhöhung der Wohlfahrt bei. Und, was besonders wichtig ist, die Eigenarbeit hat humane Qualitäten, die

in der durchrationalisierten und fremdkontrollierten Lohnarbeit selten sind. Gerade auf diese Qualität setzten solche Strategien, die in der Förderung von informeller Ökonomie den Ansatz für den Aufbau einer anderen Gesellschaft sehen" (Häußermann und Siebel 1997, 178).

Der Wandel vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft (in der Literatur z.B. bei Hasse und Michels 1998 mit Begriffen wie Ende oder Umbau der Arbeitsgesellschaft, verändertes Geschlechterverhältnis, Individualisierung, Heterogenisierung sozialer Milieus, demographischer Wandel, defizitäre öffentliche Haushalte usw. verknüpft) birgt freilich auch die Gefahr, dass der Subsistenzsektor, wie schon oft, als Ziel, bzw. als ‚Senke‘ sozialer Folgekosten der ‚Emissionsquelle‘ Markt missbraucht wird.

Denn dass die Kompensationsleistungen des bürgerschaftlichen Subsistenzsektors bzw. des bürgerschaftlichen Engagements so oft als alleiniges Argument für dessen Förderung hervorgehoben werden, deutet schon darauf hin, dass hier die Idee eines billigen ‚Sozialkostenendlagers‘ wohl in einigen Politiker-, Wirtschafts- und Wissenschaftshirnen herumspukt. „Die heutige, vor allem soziologische Renaissance derartiger Vorstellungen unter Begriffen wie ‚Eigen-/Bürgerarbeit‘, ‚Neue Ehrenamtlichkeit‘ und Wohlfahrtsgesellschaft wird von den Themen eines in die Krise geratenen Sozialstaates bestimmt“ (Nullmeier 1998, 51 ff.).

All dies zeigt, dass wir es in der Realität mit einer Mischung von Versorgungssystemen zu tun haben. Die Subsistenzwirtschaft tritt neben die Marktwirtschaft und die Staatswirtschaft, sie bildet soziales Kapital und nährt sich aus ihm und stärkt so die bürgergesellschaftliche Basis. Und alle drei durchdringen sich gegenseitig – formelle und informelle Tätigkeitsbereiche überschneiden sich und es bestehen enge wechselseitige Abhängigkeiten und Funktionsteilungen zwischen ihnen. In der Markt- und Staatswirtschaft werden Leistungen im Rahmen formeller Arbeitsverträge erbracht und formell entlohnt, in der Subsistenzwirtschaft nur ausnahmsweise. Die Leistungen der Marktwirtschaft werden über den Preis finanziert, in der Staatswirtschaft über Steuern und Anleihen, in der Subsistenzwirtschaft über freiwillige Beiträge. Welche das sind, wie diese gestaltet sind und an wen sie sich richten, wird über die Stadtbeispiele Köln, Stuttgart und Berlin transparent.

5.2 Die Vielfalt der Bürgerarbeit

Bürgerschaftliches Engagement entfaltet sich in einer grossen Vielfalt und Unterschiedlichkeit von Arbeitsformen, Institutionen und erbrachten Arbeitsleistungen und erhöht die breite Vielfalt städtischer Lebensformen und Versorgungsleistungen. Besonders die gemeinschaftsorientierte Subsistenz ist wegen der Heterogenität ihrer Erscheinungen und ihrer Integrationsleistungen interessant. Die Vielfalt an Leistungen und deren hohe Qualitäten, die aus bürgerschaftlicher Subsistenzarbeit hervorgehen, reichen weit über das hinaus, was hauswirtschaftliche Eigenarbeit leisten kann. *„Bürgerschaftliches Engagement ist ein konstitutives Element im Kulturbereich“* (Enquete-Kommission 2002a, 167 ff.).

Vor allem die komplexen Kooperations- und Partizipationsstrukturen, die bürgerschaftliche Arbeit wesentlich prägen, ermöglichen umfassende Arbeits- und Funktionsteilung. So können sehr hochwertige arbeits- und kapitalintensive Dienstleistungen und Aktivitäten über längere Zeiträume hinweg auch für größere Personengruppen erbracht werden, was private bzw. häusliche informelle Tätigkeiten nicht leisten können. Geleistete Arbeiten, die dem öffentlichen Wohl dienen (z.B. im sozialen Bereich wie der Altenpflege) sind weiterhin dazu dienlich, das eigene soziale Prestige in der Gemeinschaft und das Vertrauen in der Bürgergesellschaft als Ganzes zu erhöhen (was wiederum auch die individuelle Altersvorsorge sichern zu helfen vermag). Über Arbeitsteilung, Kooperation und ein weites Spektrum unterschiedlicher, sich ergänzender Kompetenzen wird eine hohe Effizienz der eingesetzten Arbeitszeit erreicht. Während auf der hauswirtschaftlichen Ebene der direkte private, familiäre und häusliche Bereich angesprochen wird und erst in zweiter Linie die nachbarschaftlichen kommunalen Belange eine Rolle spielen, wird auf der bürgerschaftlichen Ebene gerade der Bereich des Gemeinschaftlichen gefördert.

Neben der bürgerschaftlichen Subsistenzarbeit, die in Gruppen und Organisationen geleistet wird, und die in dieser Studie im Zentrum des Interesses steht, gibt es auch gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit, die von Einzelnen völlig eigenmotiviert und selbstbestimmt verrichtet wird, sei es, dass jemand sich regelmäßig um Obdachlose zu Weihnachten kümmert, in dem sie oder er Kekse oder Punsch zubereitet und diese verteilt, oder sei es, dass Einzelne anderweitig institutionslos gemeinschaftsorientiert arbeiten, indem

sie beispielsweise das Klettergerüst auf dem Nachbarspielplatz reparieren. Das Ausmaß dieser gemeinschaftsorientierten Tätigkeiten von Einzelpersonen ist erheblich, aber bisher nicht erfasst und erhoben. Hier besteht noch hoher Forschungsbedarf.

Für unseren Forschungsprozess war es bedeutsam, dass die gemeinschaftsorientierte, kooperative Subsistenzarbeit der Erwerbsarbeit ähnlicher ist als die Eigenarbeit, weil sie wie diese in (wenn auch minder formalisierten) Organisationen angesiedelt ist und ein höheres Maß an verbindlicher Selbstverpflichtung und Kooperation benötigt. So lassen sich Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit vergleichend gegenüberstellen und in ihren komplementären Aspekten herausarbeiten. Außerdem hat ‚soziale Bürgerarbeit‘ eine wichtige mittelbare Funktion bei der Bewältigung der strukturellen Arbeitslosigkeit, indem sie nicht nur sinnvolle Arbeit bietet und leistet, sondern auch dazu beiträgt „Menschen Sinn und Integration zu vermitteln und die Pluralisierung der sozialen Sicherung zu fördern“ (Hradil 2001, 649). Bürgerarbeit prägt den städtischen Sozialraum durch Kooperation und organisiert sich in Institutionen – bürgerschaftlichen Einrichtungen – die damit eine eigenständige Subsistenzinfrastruktur der Stadt bilden.

Der Aufbau von Solidaritätsnetzwerken, Kooperations-, Kommunikations- und Partizipationsstrukturen ist dabei ein zentrales Anliegen bürgerschaftlicher Aktivitäten. „Subsistence activities, with their emphasis upon local production and consumption, enhance social relationships within a local community“ (Government of Japan 1992, 2). Die Zweckbestimmung richtet sich in der Regel auf größere Personengruppen, und es findet sich meist eine themen- bzw. gruppenspezifische Angebotsorientierung, häufig mit lokalem Bezug – gegenüber dem Bereich der Eigenarbeit, der sich häufig in einem eher engeren orts- und personen(gruppen)spezifischen Bezug findet – wie z.B. der Lebensraum und die soziale und räumliche Mobilität einer Person oder Kleingruppe (wie einer Familie).

Die selbstbestimmte Bürgerarbeit ist gemeinschaftsorientierte Arbeit für die Probleme und Bedarfslagen der Bürger, die diese allein nicht befriedigen bzw. lösen können. Die bürgerschaftlichen Einrichtungen schaffen vor allem Gelegenheiten zu Erfahrungsaustausch und Selbsthilfe, Kommunikation und Vernetzung, Beratung und Information, Begleitung, Betreuung und Pflege, Bildung und Qualifikation, Integrationshilfe und kulturelle Identität, wie das Verteilungsbild aus der Kölner Gesamterhebung anschaulich macht:

In welchem Sinn sie dadurch die allgemeine Wohlfahrt erhöhen, wird in Kapitel 2.2.3 vertieft behandelt. Die Einrichtungen bieten den Nutzern Räume, Kommunikation, Kooperation, Information, Partizipation, Soziale Sicherung, Fürsorge. Hier noch einmal das Stuttgarter Beispiel:

- *Räume:* Von 23 Prozent der Einrichtungen im Stuttgarter Westen werden Räume für Veranstaltungen zur Verfügung gestellt, von 15 Prozent Cafés, Gemeinschaftsräume, Treffpunkte, von 10 Prozent Werkstätten, von 8 Prozent Gesprächs- und Arbeitsräume, von 8 Prozent Räume für Kinder, von 4 Prozent Spielplätze, von 4 Prozent Proberäume, von 3 Prozent Wohn- und Schlafräume, von 3 Prozent Ausstellungsräume, von 2 Prozent Ateliers.
- *Kommunikation:* 25 Prozent der Einrichtungen ermöglichen Erfahrungsaustausch, 21 Prozent Vorträge und Lesungen, 20 Prozent Gesprächskreise und Diskussionsrunden, 17 Prozent Konferenzen, Tagungen, Workshops, 13 Prozent Rundbriefe und 2 Prozent Telefonketten.
- *Kooperation:* 19 Prozent fördern in Selbsthilfe in besonderem Maß, 18 Prozent Netzwerke, 13 Prozent Arbeitsgruppen, 6 Prozent vermitteln Kooperation, 6 Prozent dienen Nachbarschaftsprojekten, 3 Prozent sind Nahrungsmittelkooperative.
- *Information und Bildung:* 29 Prozent erstellen und verteilen Informationsbroschüren und andere Publikationen, 22 Prozent machen Informationsveranstaltungen, 19 Prozent Plakataktionen und Informationsstände, 19 Prozent gewähren Beratung, 11 Prozent sind besonders in der Kinder- und Jugendförderung tätig, 10 Prozent veranstalten Ausstellungen und Dokumentationen, 9 Prozent Aus- und Weiterbildungskurse, 7 Prozent bieten ein Infotelefon, 5 Prozent Recherchedienste.
- *Partizipation:* 10 Prozent veranstalten Bürger- und Nachbarschaftsfeste, 8 Prozent Theater, Kunst, Musik, Literatur, 7 Prozent interkulturelle Projekte und Aktionen, 5 Prozent versenden Bürgerbriefe und Unterschriftenlisten, 4 Prozent widmen sich dem Tierschutz oder Umweltschutz, 2 Prozent Friedensinitiativen.
- *Fürsorge:* 12 Prozent bieten Betreuung und Begleitung, 4 Prozent Pflege, 4 Prozent Suchtberatung und -prävention, 3 Prozent geben Kleider und Sachmittel, 2 Prozent Schlaf- und Waschgelegenheit, 1 Prozent Essensausgabe, 1 Prozent Nord-Süd-Kooperation.

Angebote bürgerschaftlicher Einrichtungen in Köln

100 % = alle für Köln erfassten bürgerschaftlichen Einrichtungen

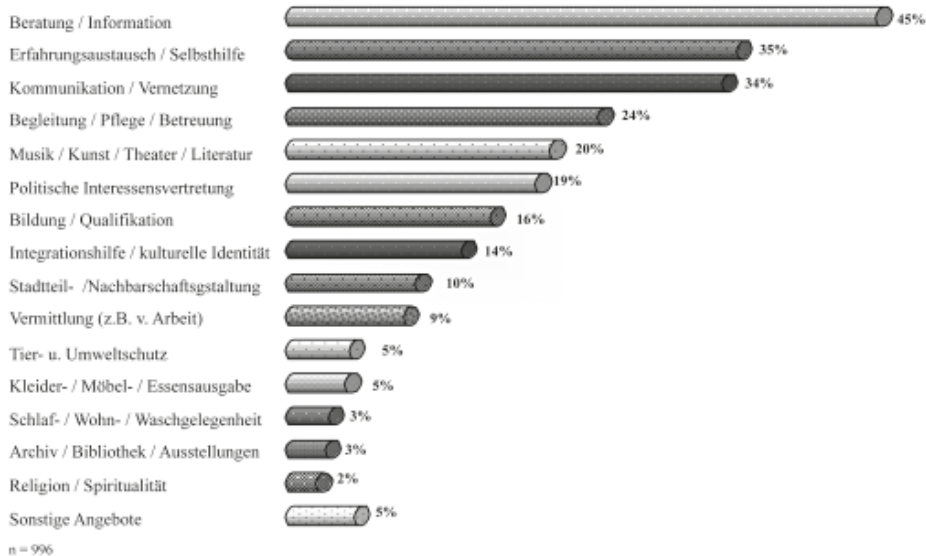


Abb. 12: Leistungen bürgerschaftlicher Einrichtungen in Köln

Verteilung der Leistungsangebote bürgerschaftlicher Einrichtungen in Köln in Prozent. Der überwiegende Anteil der Einrichtungen bietet verschiedene Angebotstypen gleichzeitig an, Mehrfachnennungen waren möglich.

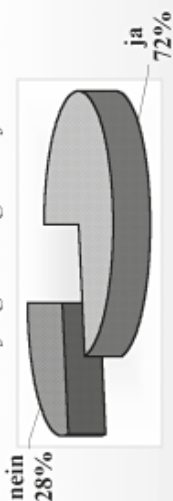
Man ersieht aus dieser bunten Aufzählung vor allem eines: Bereitgestellt werden soziale Dienste und Gelegenheiten, und sie alle erfüllen Bedarfe, die vom Markt nicht oder nicht zu erschwinglichen Preisen gedeckt werden. Das geht auch aus den Antworten auf gezielte Fragen hervor.

Gefragt, ob vergleichbare Leistungen auch von anderen Einrichtungen erbracht werden als der ihren, sagten 58 Prozent ja, aber von diesen meinten nur 14 Prozent marktwirtschaftliche Angebote, die übrigen bezogen sich auf andere bürgerschaftliche oder kommunale Einrichtungen, und wenn sie an Marktleistungen dachten, so betrachteten sie diese nicht als Konkurrenz.

Das wird durch die Kölner Erhebungen bestätigt (Abb. 13). In Frage 8 des Fragebogens wurde danach gefragt, ob vergleichbare Leistungen auch von anderen Einrichtungen erbracht werden. In 192 Fällen wurde dies bejaht. In 44 Fällen wurde angegeben, dass eine Konkurrenzsituation zwischen der eigenen

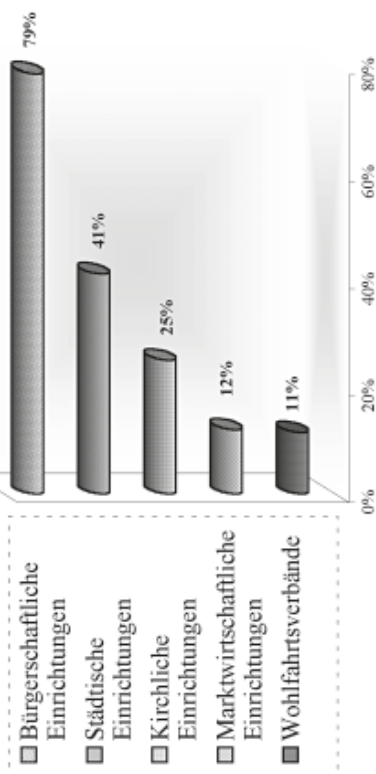
Werden vergleichbare Leistungen auch von anderen Einrichtungen erbracht?

100 % = alle befragten bürgerschaftlichen Einrichtungen



Die Prozentangaben in den unteren beiden Grafiken beziehen sich auf die Anteile derjenigen, die angegeben haben, dass vergleichbare Leistungen auch von anderen Einrichtungen erbracht werden (100% entsprechen 72% aller befragten Einrichtungen).

Durch welche Art Einrichtungen?



n = 271

Werden die anderen Anbieter als Konkurrenz empfunden?

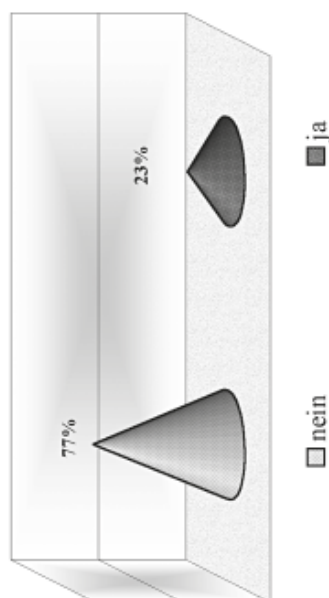


Abb. 13: Relationen bürgerschaftlicher Leistungsangebote zu marktlichen und öffentlichen Anbietern

Einrichtung und einem Alternativenanbieter besteht. Näher erläutert wurde die bestehende Konkurrenzsituation in 38 Fällen. Danach beruhen bestehende Konkurrenzverhältnisse im wesentlichen auf der Konkurrenz um Finanzierungen und Fördergelder (26 Nennungen). Nur 10 Nennungen lassen auf eine Konkurrenz um die NutzerInnen schließen.

Insgesamt weisen die Untersuchungsergebnisse darauf hin, dass das Thema Konkurrenz für den größten Teil der befragten Einrichtungen keine oder nur eine untergeordnete Rolle zu spielen scheint. Wenn, dann wird vor allem um die Akquisition von Fördergeldern konkurriert (auch das Konkurrieren um Nutzer und Besucher, die ja unter anderem benötigt werden um Fördergelder akquirieren zu können, lässt sich in diesem Kontext verstehen). Dieses ist vor dem Hintergrund der immer knapper werden den öffentlichen Mittel und des engen finanziellen Rahmens, in dem die meisten Subsistenzeinrichtungen wirtschaften müssen, nicht weiter verwunderlich. Im Verhältnis zu den anderen Einrichtungen, die gleiche oder ähnliche Angebote und Leistungen anbieten, überwiegen demgegenüber eher Kooperationsverhältnisse. Lediglich im Verhältnis der kleinen zu den großen Institutionen scheint Konkurrenz ein Thema zu sein. So wurde mehrmals erwähnt, dass die größeren Institutionen nicht kooperativ seien und von daher eine ‚künstliche‘ Konkurrenzsituation schafften.

Über den Markt sind die Leistungen, um die es hier geht, für einen großen Teil der Stadtbevölkerung zu teuer, und wenn sie durch Rationalisierung verbilligt würden, so verlören sie ihr wichtigstes Qualitätsmerkmal, die Zeit für Zuwendung, die bei marktwirtschaftlich kalkulierenden Anbietern sehr teuer bezahlt werden muss.

Vor allem aber zeichnet sich die Qualität der bürgerschaftlich erbrachten Leistungen durch ihren Ursprung aus intrinsischer Motivation aus, welche sich nicht durch die extrinsische Entlohnung mit Geld ersetzen lässt (Kap. 7.1). Im Gegenteil, nur die Freiwilligkeit der Leistungen ermöglicht die personenbezogene Qualität der Arbeit. Auch ist bei einem grossen Anteil der Leistungen der offene Zugang, ohne monetäre Inwertsetzung und damit verbundener ‚Bezahlungskultur‘ für das NutzerInnenverhalten relevant. Die Spontanität der Inanspruchnahme der Leistungen führt zu einem völlig anderem NutzerInnenverhalten, als dies beim Einkaufen im Supermarkt geschieht, wo die Leistung direkt durch den Verkauf abgegolten wird. So kommt es aber im bürgerschaftlichen Bereich zu mittelbaren Tauschbeziehungen, und soziale

Verbindlichkeiten und Kooperationsbindungen werden erzeugt, eine Integration der NutzerInnen ebenso wie der Anbietenden im gemeinschaftlichen Subsistenzsektor erfolgt im Geleit.

5.3 Der Beitrag zur Infrastruktur

Insgesamt ist das Spektrum der erbrachten Leistungen aus dem bürgerschaftlichen öffentlichen Subsistenzbereich enorm. Es werden eigentlich alle Bevölkerungsgruppen erreicht, besonders auch jene, welche sonst häufig unter Randgruppen und Minoritäten subsummiert und gesellschaftlich wenig wahrgenommen werden. Dies wird deutlich, wenn man sich die Zielgruppenorientierung der Einrichtungen vor Augen führt, siehe Abb. 14.

Schaut man dann noch einmal auf die Angebotspalette (Abb. 12), wird unabweisbar, dass besonders dort, wo die marktlichen Versorgungsstrukturen aus mangelndem ökonomischen Interesse gar nicht erst auf den Plan treten, die Versorgungsinfrastruktur der urbanen Subsistenz zum Tragen kommt. Eine besondere Leistung des städtischen Selbstversorgungssektors ist dabei, dass quartiersräumliche Spezifika wie Alters- und Sozialstruktur der Bewohner deren besondere Interessen, Probleme und Bedürfnisse sich in den Angeboten der bürgerschaftlichen Einrichtungen direkt widerspiegeln. Dementsprechend hat jedes Quartier sein eigenes Profil an selbstbestimmter Bürgerarbeit. Im Stuttgarter Westen finden sich z.B. relativ mehr Einrichtungen für Kinder, Jugendliche und Eltern und es werden relativ häufiger Beratung, Betreuung, Qualifikation und Selbsthilfe in kulturellen und künstlerischen Fragen angeboten als in der Gesamtstadt. In Berlin-Friedrichshain sind die Angebote besonders auch an Alleinerziehende gerichtet, kulturelle und politisch-partizipative Einrichtungen sind hier relativ häufiger, was dem hohen Anteil von StudentInnen und jungen Erwachsenen entspricht.

Dass auf diese Weise die Attraktivität innerstädtischer gemischter Quartiere zunimmt, was sich z.B. in den relativ hohen Zuzugsraten der Ostberliner Stadtteile Friedrichshain, Mitte und Prenzlauer Berg zeigt, wird über die Stadtentwicklungspolitik und städtische Wirtschaftspolitik bisher nur unzureichend rezipiert. Aber es ist zumindest in Berlin wenig umstritten, dass im Zuge der ‚Eroberung‘ der Ostberliner Stadtteile Beginn der 1990er Jahre durch junge ‚alternative‘ Erwachsene eine große Zahl an gastronomischen

Zielgruppen bürgerschaftlicher Einrichtungen in Köln

100 % = alle für Köln erfassten bürgerschaftlichen Einrichtungen

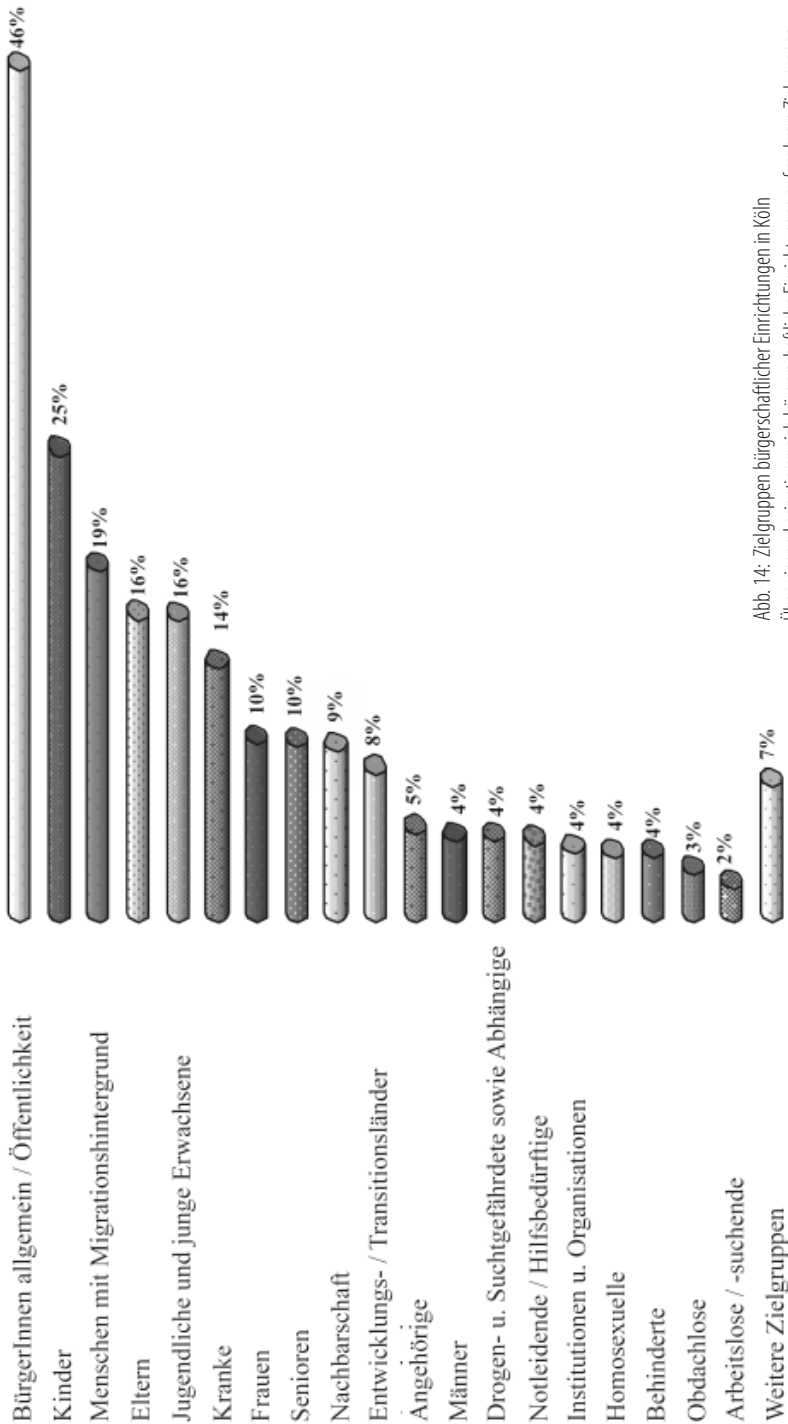


Abb. 14: Zielgruppen bürgerschaftlicher Einrichtungen in Köln
Überwiegend orientieren sich bürgerschaftliche Einrichtungen auf mehrere Zielgruppen zugleich, Mehrfachnennungen waren deshalb möglich.

N = 996

Marktunternehmen nachzogen, und heute an der Grenze zwischen Friedrichshain und Kreuzberg sich ‚Mediaspree‘ entwickelt, MTV und Universal-Musics, sowie eine rasant steigende Zahl von Dienstleistern im Bereich Film, Musik und Kultur, Design investiert und den Standort auch marktwirtschaftlich anreichert. Ohne die bürgerschaftlichen Pioniere – die Freaks und Punks, die jungen Kreativen, die Bohémiens und Entrepreneurs – wären diese städtischen Standorte nicht in so kurzer Zeit erschlossen worden. Und dass heute diese Stadtteile als besonders kinderfreundlich gelten, ist primär eine Leistung der hohen Zahl von Kindertagesstätten und Jugend- und Kindereinrichtungen aus bürgerschaftlichem Engagement.

Über den Umfang bürgerschaftlicher Subsistenz werden städtische Standorte, Stadtquartiere und die unmittelbare Nachbarschaft der Menschen aufgewertet. Die Lebensqualität und Angebotsvielfalt wird in städtischen Räumen deutlich erhöht und es werden städtische Lagen für Menschen, für demokratische zivilgesellschaftliche Austauschprozesse und Beziehungsnetze, und in der Folge für marktliche Unternehmen attraktiv und zukunftsfähiger.

Bürgerschaftliche Einrichtungen schaffen eine eigene urbane Infrastruktur, die mit den marktlichen und kommunalen Institutionen zusammen wirkt. Mittels ihrer dichten Beteiligungsstrukturen und flachen Hierarchien, dem selbstorganisierten, solidarischen und bedarfsorientierten Charakter des bürgerschaftlichen Engagements stellen bürgerschaftliche Einrichtungen quasi die ‚Unternehmen der Bürgergesellschaft‘ dar. So werden in der Bürgergesellschaft wesentlich die Grundlagen von Demokratie und Kooperationsfähigkeit, von soziokultureller Anpassungsfähigkeit, Integration, Partizipation, Kooperation und kultureller wie sozialer Innovation gebildet (vgl. Hall & Pfeiffer 2000, 24.). Diese Potentialität sozialer und kultureller Werte wird häufig mit dem Begriff des ‚Sozialen Kapitals‘ umschrieben (Coleman 1988; Putnam 1993). „Darüber hinaus stiftet soziales Kapital sozialen Frieden, weil Regeln, Normen und Werte eine Kultur der Konfliktregulierung und Kompromissfindung begründen sowie Verfahrensweisen der Teilhabe am öffentlichen Leben hervorbringen.“ (Enquete-Kommission 2002, 414).

Zwar muss die begriffliche „Kapitalisierung“ sozialer Beziehungen mit Vorsicht verwendet werden, damit sie nicht nahelegt, gleiche oder ähnliche Kausalzusammenhänge für Handlungen und Kooperationen wie bei denen des Marktes zu vermuten. Aber über die Begrifflichkeit wird deutlich, dass eine Wertschöpfung über soziokulturelle Beziehungsmuster entsteht, die durch-

aus dem monetären Kapital gegenüber steht, ja eigentlich von diesem nicht getrennt werden kann. Es ist wichtig, deutlich zu machen, dass es auch in den industrialisierten Ländern einen leistungsfähigen ökonomischen ‚Apparat‘ gibt, der eben nicht monetär- sondern motivations-, sinn- bzw. bedarfsgesteuert dynamisiert wird, und auf den nicht verzichtet werden kann. Und dies deshalb, weil er in komplementärer, wechselseitiger Ergänzung und Bereicherung zu den üblicherweise als produktiv anerkannten marktlichen und staatlichen Strukturen steht. Umgekehrt aktiviert und stärkt soziales Kapital wieder die Bürgergesellschaft, und reichert sich so, wenn ausreichend gefördert und nicht einseitig übernutzt, immer weiter an. „Wie auch konventionelles Kapital tendiert Sozialkapital dazu, sich immer mehr zu akkumulieren ... Die meisten Formen von Sozialkapital [sind] Ressourcen, deren Angebot im Laufe der Nutzung steigt statt zu sinken und das sich erschöpft, wenn es nicht genutzt wird. Je mehr zwei Menschen sich aufeinander verlassen, desto größer wird ihr gegenseitiges Vertrauen ... Auch andere Formen von Sozialkapital wie soziale Normen und Netzwerke nehmen mit der Nutzung zu und sie nehmen ab, wenn sie brach liegen.“ (Putnam 1993, 167-170, in: Hall & Pfeiffer 2000, 246).

Putnam hat 1995 anhand von Fallstudien eine Analyse vorgelegt, die immer noch eine zentrale Säule der Debatte um Zivilgesellschaft und soziales Kapital bildet. Ihr zufolge verschaffen horizontal strukturierte Netzwerke gleichberechtigt kooperierender Gesellschaften sozioökonomische Vorteile gegenüber hierarchisch strukturierten Systemen. „Der Begriff ‚Sozialkapital‘ umfasst Merkmale des gesellschaftlichen Lebens (wie Netzwerke, Normen, Vertrauen), die die Menschen befähigen, gemeinsam effektiver zu handeln und gemeinsame Ziele zu verfolgen. Ähnlich dem konventionellen Kapital für den konventionellen Kreditnehmer dient Sozialkapital als eine Art Sicherheit, steht aber auch jenen zur Verfügung, die keinen Zugang zu normalen Kreditmärkten haben. Da diese Menschen über keinerlei materielle Vermögenswerte verfügen, die als Sicherheiten dienen könnten, verpfänden sie im Grunde ihre sozialen Beziehungen. So kann Sozialkapital das Kreditwesen in den Gemeinschaften ausdehnen und die Effizienz, mit der die Märkte dort arbeiten, erhöhen“ (ebenda, 245 f.).

Es sollte aber anerkannt werden, dass es eine Vielzahl von Überschneidungen zwischen Gemeinschaftsorientierung und Individualinteressen gibt, man kann hier auch von mittelbaren Tauschverhältnissen sprechen. Denn wenn Arbeit in gemeinschaftliche Ressourcen wie soziales Kapital einfließt, wird dieses gestärkt und trägt umgekehrt auch wieder den sozialen Kontext des

Einzelnen, bettet ihn quasi in die Bürgergesellschaft ein („Bürgerschaftliches Engagement entwickelt sich pfadabhängig, d.h. einmal entwickelte Formen werden aufgegriffen und umgestaltet, neue kommen hinzu“ (Enquete-Kommission 2002, 399), und fördert die eigene soziale Sicherheit. Und obwohl „ein spezielles Merkmal von Sozialkapital ... darin [besteht], dass es meist ein öffentliches Gut darstellt, während konventionelles Kapital meist Privatgut ist“ (ebenda, 246), kann öffentliches Kapital natürlich dem privaten Nutzen dienen.

Das soziale Kapital der Bürgergesellschaft bildet soziale Netzwerke. Mit dem Begriff des sozialen Netzwerks werden kooperative soziale Beziehungen als Ressourcen zu entweder gemeinsamer oder individueller Zweckverfolgung begriffen: „Netzwerke sind das Ergebnis einer Vielzahl individueller Entscheidungen, die aber wieder teilweise von den Gelegenheitsstrukturen für bestimmte Kontakte im jeweiligen Kontext abhängen“ (Pappi 2001, 612, siehe auch Coleman 1995). Innerhalb dieser Netzwerke bilden bürgerschaftliche Einrichtungen als Plattformen gemeinschaftsorientierter Subsistenzarbeit zentrale Knotenpunkte und Katalysatoren. Sie schaffen und bilden auf diese Weise eine eigene Infrastruktur – die *Infrastruktur der urbanen Subsistenz*.

Infrastruktur wurde in der Literatur lange gleichgesetzt mit baulicher und technischer Infrastruktur. Heute wird der Infrastrukturbegriff weiter und komplexer verstanden. Nach Scheele ist unter Infrastruktur die Gesamtheit „der materiellen, institutionellen und personellen Anlagen, Einrichtungen und Gegebenheiten, die den Wirtschaftseinheiten im Rahmen einer arbeitsteiligen Wirtschaft zur Verfügung stehen“ (Scheele 1993, 28) zu verstehen. Wir fassen hier die rechtlichen, institutionellen und personellen Infrastrukturen erweitert unter dem Begriff der immateriellen Infrastruktur zusammen. Dieser deutet schon daraufhin, dass für die Sicherstellung einer dauerhaften und erfolgreichen sozioökonomischen Ordnung viel weitreichendere Voraussetzungen benötigt werden, als nur materielle Versorgungssicherheiten. Wie bereits zuvor eingeleitet wurde, bildet und entwickelt die öffentliche gemeinschaftsorientierte Subsistenz besonders immaterielle – institutionelle und personelle – Infrastrukturen und befördert hierüber vor allem immaterielle Güter – Dienstleistungen, Wohlbefinden, Sinnfindung, im weitesten Sinne Wohlstand.

Wir haben die infrastrukturellen Beiträge zur Stadt über die Netzwerkbeziehungen zwischen den bürgerschaftlichen Einrichtungen visualisiert. In Mental Maps wurden von 25 Einrichtungen in Berlin-Friedrichshain und von

10 weiteren in Stuttgart ihre bestehenden institutionellen Kooperationen eingezeichnet. Weiterhin wurden das Haupteinzugsgebiet ihrer NutzerInnen (unterschieden zwischen einem inneren und einem äußeren Einzugsgebiet), sowie besondere (öffentliche) Räume und Flächen, die im Quartier mitgenutzt – aktiviert – werden, dargestellt. In Ergänzung hierzu wurden noch Gebäude und Flächen im öffentlichen Raum markiert, die optional für zukünftige Nutzungen gewünscht würden – sofern dies kommunal, bezirklich oder über die Eigentümer ermöglicht würde.

5.4 Ein Beispiel: ‚Das Haus – Begegnungsstätte für Kindheit‘

Beispielhaft werden im folgenden die Angebote und infrastrukturellen Leistungen einer Friedrichshainer bürgerschaftlichen Einrichtung mit ihren räumlichen, baulichen und institutionellen Rahmenbedingungen dargestellt. ‚Das Haus‘ hebt sich schon durch seine bunte und phantasiereiche Bemalung von seiner Umgebung im Nordosten des Friedrichshainer Quartiers deutlich ab. Im Zentrum der Arbeit steht das Thema ‚Kindheit‘, die kreativen Angebote sind durch Spiel und Kunst bestimmt. Das Interview, während dem die Mental Map gezeichnet wurde, fand am 9.10.2002 statt; außer der Geschäftsführerin der Einrichtung, Frau Bosse, nahmen noch zwei weitere Mitglieder der Einrichtung an ihm teil.

Hervorgegangen aus einem anfangs kleinen pädagogischen Projekt bei einer Hausbesetzung an anderer Stelle im Quartier, besuchen zehn Jahre nach Vereinsgründung rund 10 000 Kinder und Jugendliche jährlich ‚Das Haus‘. So hat die Begegnungsstätte für Kinder und Jugendliche sich in der soziokulturellen Kinder- und Jugendarbeit zu einem Vorzeigeprojekt des Stadtteils entwickelt, und ist ein wichtiges, stark nachgefragtes Zentrum für Familien mit Kindern innerhalb des Stadtteils.

Für die Standortwahl innerhalb des Quartiers waren sowohl infrastrukturelle wie auch sozialräumliche Gründe Ausschlag gebend. Der Weidenweg als wichtige verbindende Straße ist direkt erreichbar, dabei aber nicht zu stark befahren. Über die Anbindung an den ÖPNV (Karl-Marx-Allee, Petersburger Straße) ist eine gute Erreichbarkeit gewährleistet. Die im Nordwesten des Quartiers gelegene Einrichtung ist von Kindern gut zu Fuß erreichbar. Das quartiersnahe Einzugsgebiet umfasst die Gegend östlich des Bersarinplatz,

nördlich der Frankfurter Allee und südlich der Eldenaer Straße (siehe Abb. 15). Die zweiminütige Laufzeit zum Abenteuerspielplatz am Forckenbergplatz (aktivierte Fläche 1 in der Mental Map) sowie zu einem kleineren weiteren Spielplatz neben dem Seniorenheim an der Liebigstraße (aktivierte Fläche 2), die beide von der Einrichtung – zusätzlich zum eigenen kleinen Garten und Hof – bespielt werden, ist günstig. Im näheren und mittleren Umfeld liegen viele Kindertagesstätten und Schulen, mit denen ‚Das Haus‘ zusammenarbeitet.

Das kompakte fünfgeschossige gründerzeitliche Hinterhaus ist nach umfangreichen Sanierungs- und Umbauarbeiten in einem guten Zustand. Es beherbergt neben der Einrichtung ‚Das Haus‘ zehn weitere bürgerschaftliche und gewerbliche Institutionen, und hat besonders auch aufgrund der Raumangebote für andere Einrichtungen eine wichtige Schlüsselfunktion für die quartiersnahe städtische Selbstversorgung. Die baulichen Voraussetzungen spielen für ‚Das Haus‘ eine besondere Rolle, weil ein entscheidender Anteil der erbrachten Leistungen aus räumlichen Angeboten besteht und – auch gemäß des Selbstverständnisses – alle Aktivitäten der Einrichtung im Rahmen und unter genauer Berücksichtigung ihrer spezifischen räumlichen Situation entwickelt werden. (Für einen Eindruck der Räumlichkeiten siehe: <http://520088559228-0001.bei.t-online.de>.) Bevor der Verein seinen heutigen Standort hatte, litt er aufgrund wachsender Nachfrage bis 1992 unter zunehmenden räumlichen Einschränkungen. So gesehen hat die Einrichtung – vom ehemals selbst ausgebauten besetzten Haus zu einem Vorzeigeprojekt des Stadtteils – eine auch baulich überaus positive Entwicklung genommen. Dazu gehört etwa, dass heute die alten Risiken durch ungeklärte Eigentumsverhältnisse noch während der Umbauphase längst vorbei sind. Im Wesentlichen ist das Haus heute in einem Zustand, der entsprechend den eigenen Arbeitsanforderungen umgebaut worden ist. 680 Quadratmeter Raumfläche des Hauses entfällt auf die Eigennutzung; rund 300 Quadratmeter sind in Fremdnutzung durch die anderen, im selben Gebäude tätigen Institutionen.

Seine besonderen räumlichen Angebote bilden den Kern der Arbeit von ‚Das Haus‘. Die Einrichtung spricht von einem ‚betreuten Raumangebot‘, das sie für Kinder, Jugendliche, deren Eltern bzw. Erziehungsberechtigten sowie andere Interessierte und Institutionen anbietet. Regelmäßig finden im Rahmen des Konzeptes ‚Begegnungsstätte für Kindheit‘ Fremdveranstaltungen in Räumen von ‚Das Haus‘ statt. Mit Blick auf die inhaltliche Arbeit versteht ‚Das Haus‘ öffentlich zugängliche, variable ‚Kommunikationsräume‘ – so zum Bei-

MENTAL MAP

BERLIN - FRIEDRICHSHAIN : BOXHAGENER - / SAMARITER - QUARTIER

Das Haus - Begegnungsstätte für Kindheit e.V.

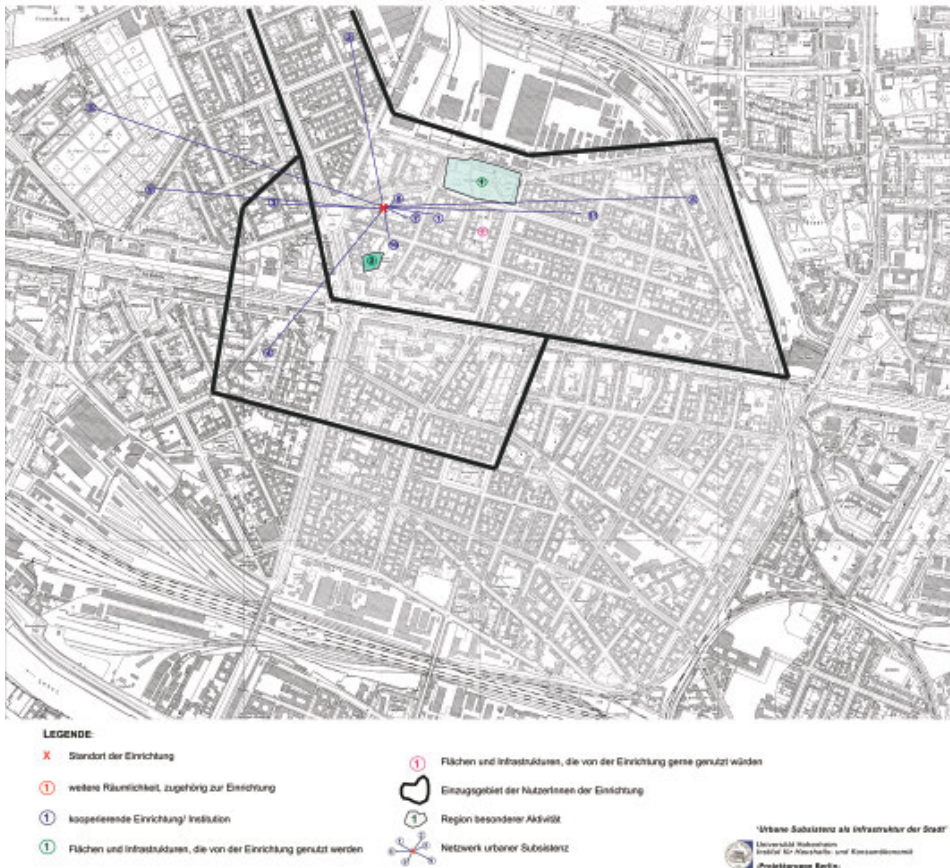


Abb. 15 Mental Map „Das Haus“, Berlin-Friedrichshain

Die Mental Maps wurden im Rahmen qualitativer Interviews mit RepräsentantInnen bürgerschaftlicher Einrichtungen angefertigt. Sie bilden die sozialräumliche Aktivität und Interaktion mit städtischen Flächen und Räumen bürgerschaftlicher Einrichtungen ab.

spiel das u.a. als Galerie und Treffpunkt dienende Café im Erdgeschoss – als die Arbeitsbereiche verbindende Elemente. Es will vor allem Raum für kreative Freizeitgestaltung geben. Hierzu zählt z.B. das freie Spielen, etwa von Kindern aus der Nachbarschaft, wofür ‚Das Haus‘ öffentlich zugängliche Räumlichkeiten bereit stellt.

Betrachtet man, neben den räumlich-baulichen Angeboten, das Dienstleistungsangebot, wird ein überaus breites Angebotsspektrum erkennbar. Dazu zählen Kurse für Interessierte in den Bereichen Theater, bildende Kunst, Musik und Tanz; offen nutzbare betreute Computer- und Keramikwerkstätten, offene, nicht kursgebundene Aktivitäten wie Basteln und schauspielerisches spielen. Das ‚Kinderbüro‘ gibt mit einer festen Redaktionsgruppe von Kindern regelmäßig die Stadtteilzeitung F-times heraus (www.dashaus-ftimes.de). Zudem bietet ‚Das Haus‘ Lesungen und Diskussionen zu Aspekten von Kindheit sowie zu unterschiedlichsten Themen an, als auch psychosoziale Beratungen für Eltern und Jugendliche.

Die Angebote werden überwiegend innerhalb der eigenen Räumlichkeiten geleistet, dabei primär für wechselnde BesucherInnen, aber auch für feste Gruppen. Einzelne Aktivitäten spielen sich draußen ab, auf zwei umliegenden Freiflächen und auf dem eigenen Hofgrundstück. Eine sinnvolle Ergänzung finden diese Angebote in den Dienstleistungen und Tätigkeiten der übrigen im Haus ansässigen Einrichtungen, von denen die meisten ebenfalls kreative Angebote für Kinder und Jugendliche organisieren. Eine weitere wichtige inhaltliche und politische Arbeit als auch Kooperation stellt die Beteiligung innerhalb der Sozialraum-AG 6 dar, deren Sprecherin die Geschäftsführerin von ‚Das Haus‘ ist. Nach § 78 KJHG arbeiten in ganz Berlin öffentliche und freie Träger im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit gegliedert nach einzelnen Sozialräumen zusammen, um ihre Arbeit zu koordinieren und auch etwa politische Positionen zur Optimierung ihrer Tätigkeiten zu erarbeiten. Die Sozialraum-AGs stellen wichtige Instanzen der sozialräumlichen Kooperation und Kommunikation in der Kinder- und Jugendarbeit Berlins dar. Der Teilbezirk Friedrichshain umfasst die Sozialraum-AGs 5 bis 7.

Einschränkungen für die Arbeit resultieren aus Problemen der finanziellen Unterhaltung. Dies meint neben quantitativen Fragen der finanziellen Förderung, ebenso die entsprechende Gesetzeslage und die daraus resultierenden Zuwendungsbeschränkungen und die Praxis der Mittelvergabe. Das „Bausteinprinzip“ unterschiedlicher kombinierter Förderquellen kann diese Abhängigkeiten nicht überwinden, und erhöht zudem den administrativen Aufwand. Die Einrichtung hängt größtenteils von öffentlichen Förderungen ab, die im übrigen wegen ihrer mangelnden Kontinuität und umständlichen Beantragung kritisiert werden.

Gleichzeitig wird eine mangelnde Kenntnis über die inhaltliche Arbeit der Einrichtungen auf Amtsebene bemängelt. Einsparungsentscheidungen auf Bezirksebene haben zur Folge, dass ‚Das Haus‘ in den Räumen seines Standortes nun ein fremdes Jugendprojekt aufnehmen muss, wodurch Raumengpässe befürchtet werden. Was die finanziellen Zuschüsse und die Anzahl hauptamtlicher MitarbeiterInnen betrifft, erwiesen sich die letzten Jahre als verhältnismäßig konstant. Auf diese Weise ist ‚Das Haus‘ am jetzigen Standort über die Jahre fest etabliert und hat eine Stabilisierung des Angebotes mit einer Steigerung der Dienstleistungskapazität erreicht.

‚Das Haus‘ verfügt über ein weiträumiges externes Netzwerk, welches vor allem Schulen und Kindergärten umfasst (Kennzahlen 1 bis 12 in der Mental Map, vergleiche hierzu die Legende des institutionellen Netzes von ‚Das Haus‘ im Anhang) und ein nähräumliches Netz, welches die Kooperationen auf dem eigenen Gelände einschließt. Dabei bildet verbindet das zentrale Themenmotiv ‚Kindheit und Jugend‘, um das sich die Kooperationen bilden; entweder thematisch-inhaltlich in der gemeinsamen Kooperation im Angebot oder über die Zielgruppen. Zusätzlich erfolgen temporäre Mitnutzungen durch Kindergartengruppen oder Schulklassen für spezielle Projekttag oder -wochen, die ‚Das Haus‘ in regelmäßigen Abständen besuchen.

Neben den externen Zielgruppen über die räumlichen Angebote ist der Kreis der den Bau mitnutzenden haus-internen Kooperationspartner zu nennen, für die ‚Das Haus‘ die gesamten baulich-technischen Infrastrukturen bereit stellt. Die – teils informellen – gemeinschaftlichen Ressourcennutzungen von ‚Das Haus‘ und seinen Kooperationspartnern, den im selben Gebäude als Untermieter ansässigen Nachbarinstitutionen, den Hausnachbarn oder Mitnutzern, von denen rund die Hälfte nicht-gewerbliche Arbeit leistet, sind von erheblicher Bedeutung für die Unterhaltung des Gebäudes. Die Mitnutzer sind in der Mental Map durch die Kennzahlen 12 bis 23 ersichtlich, die zugehörige Legende kann im Anhang (siehe oben) eingesehen werden. Zusätzliche werden auch Veranstaltungsräume und Technik (z.B. Video, Ton- & Lichttechnik) vermietet. Die als ‚kooperierend‘ eingezeichneten Einrichtungen wurden von den Probanden als die wichtigsten angesehen, einige Kooperationspartner außerhalb des Kartenblattes, besonders fernere Schulen, wurden jedoch nicht markiert.

Die Darstellung des Einzugsgebietes gibt die quartiersräumliche Präsenz für den ‚freien‘ spontanen Besuch der Institution aus der Nachbarschaft wieder. Die Präsenz der Einrichtung reicht jedoch über das Quartier hinaus auf den gesamten

Stadtteil und auch auf die angrenzenden Stadtteile. Das engere Einzugsgebiet umfaßt den Nordkiez; es wird nördlich des Standortes durch den S-Bahn-Ring begrenzt, reicht westlich einige hundert Meter über die Quartiergrenze hinaus, südlich stimmt es mit der Quartiergrenze überein und umfaßt nach Süden den Teilbereich bis in Höhe des zentralen Boxhagener Platzes. NutzerInnen kommen zumeist aus der oberen Hälfte des Einzugsgebiets, wobei ein engerer stadtteil-räumlicher Kreis den Kindern unter 16 Jahren entspricht; ein weiteres Einzugsgebiet entspricht den organisierten Besuchsgruppen, z.B. Schulklassen (siehe Mental Map, Abb. 15). Neben selbstständig ‚Das Haus‘ besuchenden Kindern und Jugendlichen aus der Nachbarschaft sind die Besucher vor allem Gruppen aus Kitas und Klassen von unterschiedlichen Schulen aus ganz Friedrichshain. Hier muss ein erweitertes Einzugsgebiet, welches nicht aus der Mental Map hervorgeht, differenziert werden. Das eingezeichnete Einzugsgebiet definiert lediglich die Nordhälfte des Quartiers, d.h. überwiegend fußläufige Erreichbarkeit von den umliegenden Wohnhäusern, Kitas und Schulen.

Die Einrichtung arbeitet, im Vergleich zu vielen anderen bürgerschaftlichen Einrichtungen, insgesamt unter günstigen Infrastrukturvoraussetzungen und kann durchaus als ein Vorzeigeprojekt behandelt werden. Sowohl was die stadträumlichen als auch die baulichen Gegebenheiten angeht, verfügt die Einrichtung über günstige Voraussetzungen für ihre Arbeit. Es besteht eigentlich kein Raummangel. Herausforderungen ergeben sich hier aus den vermehrt gemeinschaftlichen Raumnutzungen zusammen mit anderen Projekten unter dem Dach von ‚Das Haus‘. Dieser Prozess bedarf der Unterstützung. Die noch junge Institution hat ein bereits deutlich ausgeprägtes infrastrukturelles Gleichgewicht gefunden: Ihrem festen externen Kooperationsnetzwerk steht intern ein nicht minder komplexer Zusammenhang von institutionellen Mitnutzern gegenüber. Auf dieser Basis entfaltet ‚Das Haus‘ bei eher konstanter Alimentation eine außerordentlich hohe Produktivität an kultureller Bildung und Betreuung (10 000 NutzerInnen jährlich). Die subsistenzwirtschaftliche Verfassung dieser bürgerschaftlichen Einrichtung zeigt sich nicht zuletzt in ihrer Offenheit für das Eingehen von dezidiert zielgruppen- und angebotsorientierten Kooperationsformen mit fremden Projekten bei der Raumnutzung.

Schon über die Betrachtung der Leistungen von ‚Das Haus‘, der institutionellen Vernetzungen, der Angebotstypen und Zielgruppen, wird klar, dass hier wichtige Bereicherungen der Alltagsversorgung, wie auch der baulich-räumlichen Infrastruktur des Quartiers erzielt werden. Mit der über den

Stadtteil hinaus reichenden Ausstrahlungswirkung und den dichten institutionellen Kooperationen mit Schulen und Kindertagesstätten stellt ‚Das Haus‘ Angebote primär für Kinder und Jugendliche bereit, denen kein marktliches Pendant gegenüber steht. Über seine engen Kooperationen und Vernetzungen leistet es zudem wesentliche institutionelle Integrationen zwischen im Stadtteil verstreut liegenden Einrichtungen mit gleicher oder ähnlicher Zielgruppenorientierung und bietet für diese eine Plattform für Aktivitäten an. Auch die Bereicherung der sozialen und institutionellen Infrastruktur des Quartiers und der umliegenden Stadtteile wird hierdurch unabweisbar.

5.5 Zur Vernetzung bürgerschaftlicher Einrichtungen

Die Infrastruktur der urbanen Subsistenz ist durch virtuelle Gemeinschaften in Form von Netzwerken und kooperativen Zusammenschlüssen geprägt. Die bürgerschaftliche Subsistenz stellt die institutionelle Infrastruktur der Bürgergesellschaft, die im städtischen Raum von bürgerschaftlichen Einrichtungen über öffentliche, gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit gebildet werden. „Die institutionelle Infrastruktur umfasst die Rechtsnormen, Einrichtungen und Verfahrensweisen einer Gesellschaft, die es dem einzelnen ermöglichen, bestimmte Ziele innerhalb der Wirtschaft zu erreichen, und die zu einem geregelten Ablauf des Gesamtprozesses führen.“ Im formellen Sektor sind dies die „gesetzgebenden Organe und die Gesetze, Gerichte und Polizei, Interessenverbände wie die Gewerkschaften und die Arbeitgebervertreter usw.“ (Scheele, 1993, 27). In der Bürgergesellschaft sind dies – neben den sie betreffenden rechtlichen Vorschriften – die Subsistenzeinrichtungen, ihre Netzwerke und Kooperationszusammenschlüsse. Die bürgerschaftlichen Einrichtungen bilden institutionelle Netzwerke mit anderen Einrichtungen der Bürgergesellschaft und mit Einrichtungen von Markt und Staat. Diese sind im kommunalen Raum am dichtesten, reichen aber auch weit über diesen hinaus, teilweise bis auf die internationale Ebene (vgl. Abb. 12).

Um also von urbaner Subsistenz als Infrastruktur der Stadt sprechen zu können, muss man das breite Spektrum bürgerschaftlicher Einrichtungen in seiner Gesamtheit sowie mit seinen institutionellen und zivilgesellschaftlichen Vernetzungen betrachten. Die im vorhergehenden Abschnitt beschriebene Einrichtung ‚Das Haus‘ stellt nur eine von 25 in Berlin-Friedrichshain vertieft

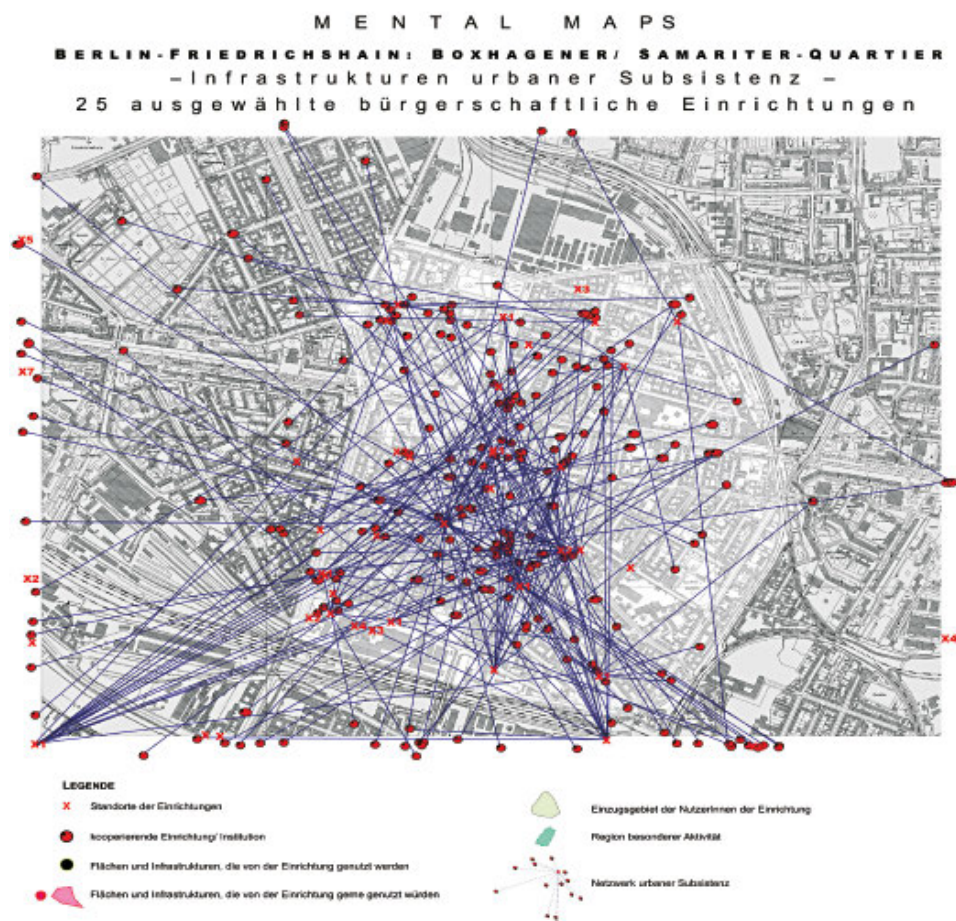


Abb. 16 Kooperationsnetz von 25 bürgerschaftlichen Einrichtungen Berlin-Friedrichshains
 Die Abbildung zeigt die Dichte der Netzwerke urbaner Subsistenz anhand der kumulierten Kooperationsbeziehungen aus Mental Maps von 25 bürgerschaftlichen Einrichtungen im Quartier Boxhagener Platz / Samariterstrasse. Im Beispielquartier sind gesamt weit über 300 bürgerschaftliche Einrichtungen verortet.

untersuchten bürgerschaftlichen Einrichtungen dar. In all diesen Einrichtungen wurden Mental Maps angefertigt. Legt man die institutionellen Kooperationsnetzwerke dieser Einrichtungen übereinander, kommt man zu einer komplexen Netzwerkdarstellung eines Ausschnittes der institutionellen Infrastruktur des Untersuchungsquartieres Berlin-Friedrichshain (siehe Abb. 16). Hier wird visuell sofort deutlich, welche hohe Dichte an Kooperationsbeziehungen zwischen den Institutionen urbaner Subsistenz im Quartier besteht.

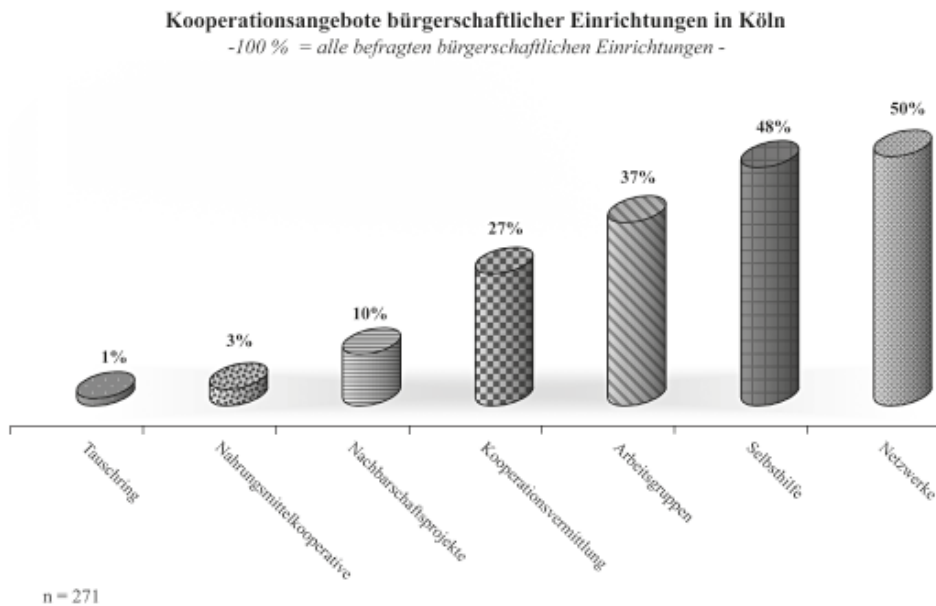


Abb. 17: Kooperationsangebote bürgerschaftlicher Einrichtungen

Vergleicht man hiermit die in den Interviewprotokollen enthaltenen Legende zu den jeweiligen Kooperationspartnern, so wird transparent, dass gerade zwischen kommunal getragenen Einrichtungen (oben z.B. die genannten Schulen) und bürgerschaftlich getragenen Einrichtungen häufig informelle Kooperationen bestehen, also die institutionelle Infrastruktur urbaner Subsistenz die kommunalen Institutionen informell integriert. Zieht man in Betracht, dass wir in Friedrichshain 295 bürgerschaftliche Einrichtungen mit hohem Informalitätsgrad identifizieren konnten, und dass das in Abb. 8 dargestellte Netzwerk nur die Kooperationspartner von gut 8 Prozent dieser Einrichtungen wiedergibt, kann man sich ungefähr vorstellen, wie dicht das vollständige institutionelle Kooperationsnetz öffentlicher urbaner Subsistenz im Friedrichshainer Quartier Boxhagener Platz/Samariterstraße ist.

Die hier dargestellten Befunde bestätigen sich durch die Interviews und Mental Maps aus den Stuttgarter Erhebungen. Nimmt man die stadtweite quantitative Erhebung von 1097 bürgerschaftlichen Einrichtungen in Köln hinzu, von denen wir aus dem Vergleich mit den Stuttgarter wie den Berliner Untersuchungen auf eine Repräsentativität schließen können, wird unabweis-

bar, dass die Netzerkennung durch urbane Subsistenzeinrichtungen von stadtwelter Bedeutung ist (vgl. Abb. 17) Nahezu sämtliche nutzungsgemischten städtischen Räume in Großstädten werden von äquivalenten institutionellen Netzen bürgerschaftlicher Einrichtungen durchzogen und gestaltet. Auch die NutzerInnen vernetzen sich oftmals über die Einrichtungen untereinander, indem diese die zentralen Knotenpunkte im Netzwerk ihrer sozialen Beziehungen darstellen. Die bürgerschaftlichen Einrichtungen dienen als Anlauf- und Kooperationsstellen, die NutzerInnen als Multiplikatoren für weitere neue InteressentInnen, für weitere Netzwerkpartner. Diese personenbezogenen Netzwerke erstrecken sich über den gesamten Stadtraum und darüber hinaus, sind eng miteinander verwoben – doch bisher nahezu unbekannt.

5.6 Einzugsgebiete und Wirkungsebenen

Die quartiers- und stadträumliche Bedeutung wird über die Darstellung der Einzugsgebiete und die Erhebungen der Wirkungsebenen der Einrichtungen weiter differenziert und unterstrichen. Bürgerschaftliche Einrichtungen, anbietende Gruppen sowie Orte des Angebotes werden mit nachfragenden Gruppen und ihren Lebensorten vernetzt. Dieser Bezug zum nachbarschaftlichen Umfeld, zum städtischen Quartier wird visuell – neben den Kooperationsnetzen – auch über die Einzugsgebiete der bürgerschaftlichen Einrichtungen deutlich. In Abb. 18 sind die Einzugsgebiete der untersuchten 25 Einrichtungen in Friedrichshain übereinander gelegt. Hieraus ergibt sich eine Dichtedarstellung der Verfügbarkeit bürgerschaftlicher Subsistenzleistungen im Quartier. Abb. 18 zeigt ergänzend zu den Einzugsgebieten die Standorte der Einrichtungen (rote Kreuze), zusätzlich genutzte bauliche Infrastrukturen (Räume und Gebäude, kenntlich durch dunkelgrün-gelbe Punkte) sowie Flächen besonderer Aktivität (türkisfarbene Zonen). Flächen besonderer Aktivität bezeichnen bestimmte Räume im Quartier, die durch städtische Subsistenzeinrichtungen ‚bespielt‘ werden und wo die Institutionen öffentlich besonders in Erscheinung treten. Weiterhin sind Flächen (violett) markiert, welche von den Einrichtungen als ‚gewünscht‘ für zukünftige weitere Nutzungen genannt wurden. Dies sind Flächen und Räume, die für die öffentliche bürgerschaftliche Nutzung bisher nicht geöffnet oder verfügbar sind, oder deren Nutzung im Bezirk oder der Kommune zur Disposition steht.



Abb. 18: Einzugsgebiete, Aktivitätszentren und Nutzungswünsche von 25 bürgerschaftlichen Einrichtungen Berlin-Friedrichshain

Wie Abbildung 16 eine kumulierte Darstellung der Einzugsgebiete, sowie der Regionen besonderer Aktivität urbaner Subsistenz aus 25 Mental Maps bürgerschaftlicher Einrichtungen im Quartier Boxhagener Platz / Samariterstraße. Weiterhin sind (Wunsch-) Flächen und Infrastrukturen dargestellt, die gerne genutzt würden. Je satter die Farben, desto dichter die infrastrukturelle Erschließung des Quartiers durch Angebote aus urbaner öffentlicher Subsistenz.

Bei der Betrachtung der kumulierten Einzugsgebiete ebenso wie der besonders aktivierten Flächen fällt auf, dass die höchste Dichte an Einzugsgebieten, wie auch der Aktionsflächen sich in den besonders starkutzungsgemischten Gebieten im Quartier findet. Besonders um den Boxhagener Platz und im Bereich zwischen Forckenbergplatz und Rigaer Straße/Samariterstraße finden sich die höchsten Dichten und meisten Aktivitäten der bürgerschaftlichen

Einrichtungen. Nicht ersichtlich wird aus der Darstellung, dass viele der Einrichtungen ihr raumnahes Einzugsgebiet eingezeichnet haben, während in den Interviews deutlich wurde, dass sie auch deutlich über Quartiers- und Stadtteilgrenze hinaus reichende NutzerInnengruppen haben.

Dies betrifft in besonderem Maße Einrichtungen, die sich an sehr spezifische Zielgruppen richten, so etwa ‚Lambda e.V.‘, die sich besonders homosexuellen Jugendlichen und jungen Erwachsene widmen, und hier stadtweite Bedeutung haben. Als Spezifikum des Boxhagener Platz/Samariterstraße-Quartiers ist der ‚R.A.W.-Tempel e.V.‘ hervor zu heben, dessen Fläche am südlichen Quartiersrand von vielen Einrichtungen als Wunschnutzung angegeben wurde. Die Fläche des ehemaligen Reichsbahn-Ausbesserungs-Werkes (R.A.W.) erstreckt sich entlang der Bahngleise über eine recht große Fläche, durchsetzt mit alten Werkstatthallen und gründerzeitlichen gewerblichen Gebäudekomplexen. Da die Flächenutzung über den Untersuchungszeitraum in ihrem Bestehen sehr gefährdet war, und die räumlichen und baulichen Voraussetzungen auf dem Gelände für bürgerschaftliche Einrichtungen ein hohes Nutzungspotential aufweisen, stehen sie im besonderen Interesse der bürgerschaftlichen Aktivitäten im Quartier (vgl. hierzu das Kurzbeispiel ‚R.A.W.-Tempel e.V.‘ in Kapitel 2.2.4.2).

Die kumulierten Einzugsgebiete in Abb. 18, aus denen die NutzerInnen der Leistungen aus urbaner Subsistenz kommen, wurden in den Kölner Erhebungen über eine gewichtete Einordnung der Einzugsgebiete der bürgerschaftlichen Einrichtungen erfragt. Diese sind in Abb. 19 dargestellt. Hier wird bemerkenswert deutlich, dass für 67 Prozent der Einrichtungen die Gesamtstadt und sogar das Umland das wichtigste Einzugsgebiet darstellen, die gesamtstädtische Bedeutung sich also anhand der stadtweiten Verteilung der Zielgruppen erschließt, die teilweise durchaus weitere Wege bereit sind zurückzulegen, um die Einrichtungen aufzusuchen. Noch von 40 Prozent der Einrichtungen wird das städtische Umland als Einzugsgebiet zumindest als am zweitwichtigsten eingestuft. Nur 30 Prozent sehen ihr wichtigstes Einzugsgebiet auf Nachbarschaft und Stadtteil beschränkt. Zur Erläuterung muss hier natürlich angemerkt werden, dass die Einstufung der ganzen Stadt als Haupteinzugsgebiet den Stadtteil und die direkte Nachbarschaft ausdrücklich einschließt, wie aus den Befragungen hervorging. Aber die Nachfrage nach den Leistungen der öffentlichen Subsistenzeinrichtungen ist wesentlich großräumiger als wir bei Untersuchungsbeginn optimistisch eingeschätzt hätten. Gleichmaßen hebt

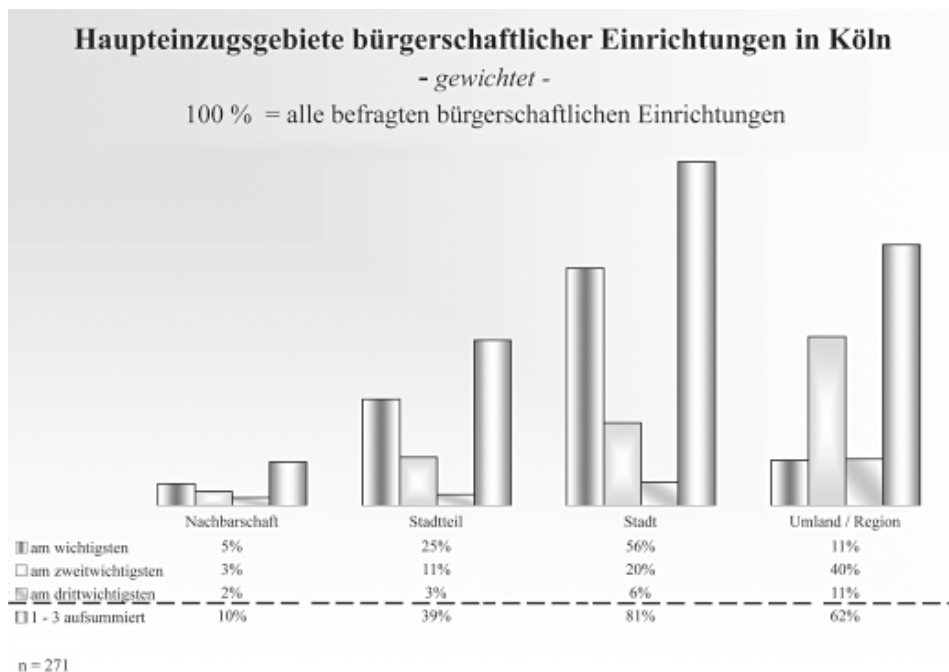


Abb. 19: Haupteinzugsgebiete bürgerschaftlicher Einrichtungen in Köln

Gewichtung der Einzugsgebiete nach ihrer Bedeutung für die Arbeit der Einrichtung. Die Summierung verdeutlicht, wie wichtig ein Raumbezug durch die Häufigkeit der Nennungen insgesamt wahrgenommen wird. Der stadt- und regionalweiten Erschließung wird deutlich mehr Relevanz zugeordnet als den lokalen, raumnahen Einzugsgebieten.

dies aber auch das häufige Alleinstellungsmerkmal der bürgerschaftlichen Einrichtungen hervor. Offensichtlich stehen für ein breites Spektrum an Angeboten in vielen Stadtteilen und vor allem auch Außenbezirken keine adäquaten Alternativen bereit, so dass zu einem Großteil die NutzerInnen der Einrichtungen aus dem städtischen Großraum anreisen müssen. Diese Befunde haben sich auch, mit lokalen Varianzen, über die Stuttgarter Untersuchungsergebnisse bestätigt. Bei der Frage nach dem Einzugsgebiet, also dem räumlichen Umfeld, aus dem die Mitarbeiter und die Nutzer der Einrichtungen kommen, nennen im Stuttgarter Westen 31 Prozent die Nachbarschaft, 67 Prozent daneben den Stadtteil, 82 Prozent auch die Gesamtstadt, und 54 Prozent selbst die Region. Mit anderen Worten: die wenigsten sind auf Probleme der engeren Nachbarschaft konzentriert, die meisten arbeiten für ein größeres Umfeld, nicht wenige für ein sehr großes. Ihre sozialräumliche Wirkung entfalten die Einrichtungen

Hauptwirkungsebenen bürgerschaftlicher Einrichtungen in Köln

100 % = alle befragten bürgerschaftlichen Einrichtungen

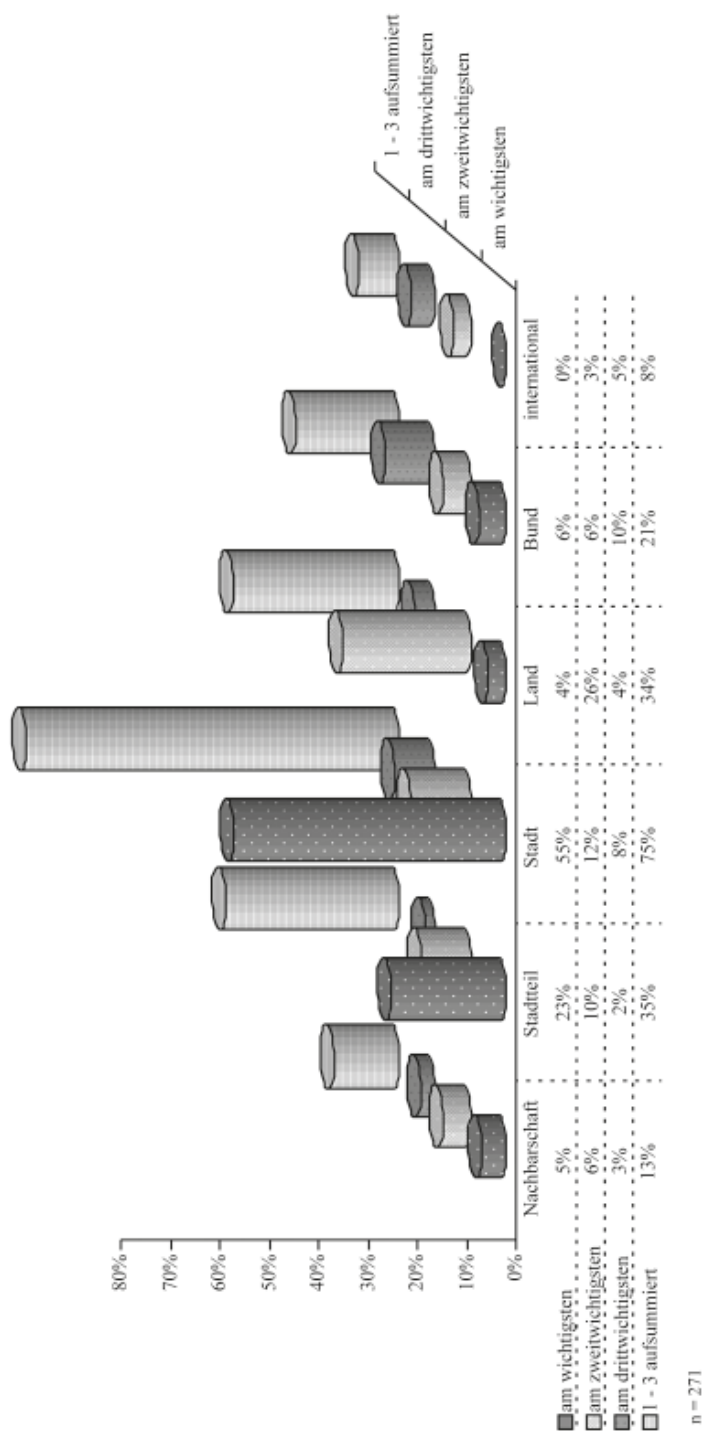


Abb. 20: Hauptwirkungsebenen bürgerschaftlicher Einrichtungen
Gewichtung der räumlichen Ebenen, auf denen bürgerschaftliche Einrichtungen die stärkste Wirkung entfalten. So ist z.B. die Stadt und der Stadtteil für die meisten Einrichtungen mit Abstand am wichtigsten. Nahezu genauso viele Einrichtungen entfalten ihre Wirkung auf Landesebene wie auf Stadtebene (kumulierte, grüne Säulen). So wird verständlich, dass der direkte nachbarschaftliche Bezug vielen Einrichtungen nicht so wichtig ist, wie gemeinhin oft angenommen wird.

hingegen im Schwerpunkt innerhalb des städtischen Raumes und im Stadtteil, wie aus Abb. 20 hervor geht.

Die Aktivitäten der Einrichtungen finden in der Regel innerhalb des städtischen Raumes statt, sie nutzen urbane Infrastrukturen und kooperieren eng mit anderen Institutionen im Stadtgebiet. So sind sie Stadtgestalter, setzen die Stadt sozial und kulturell immer wieder neu in Wert, entsprechend sich wandelnder Bedarfslagen und Anforderungen.

5.7 Die Infrastruktur der urbanen Subsistenz: unverzichtbar

Mit der zunehmenden Schwächung von Städten angesichts des hohen globalisierten Wettbewerbsdrucks und der weiter steigenden Erwerbsarbeitslosigkeit wird die Steuerungs- und Reaktionsfähigkeit auf soziale und ökonomische Krisenerscheinungen immer stärker eingeschränkt. Darunter leidet die Kommune als ganzes ebenso wie Institutionen des Marktes, denen die Standortqualität, schlimmstenfalls die Standortstabilität, abhanden kommt und marktlichem Handeln wenig Attraktivität bietet. Adam Smith betont in seiner Schrift „The Wealth of Nations“ die Bedeutung von Gemeinschaftseinrichtungen als notwendige Bedingung des freien Markts sowie der Bürgerrechte, indem er warnt: „To be blunt, when the public infrastructure of a city fails, the entire city as well as our individual daily existence can be dramatically changed“ (Perry 1995, 2).

Da (kommunale) Politik immer erst dann auf neue Anforderungen reagiert, wenn sie bereits deutliche Konfliktpotenziale entwickelt haben, sind diese dann häufig kaum noch – und nur noch unter hohen Kosten – zu bewältigen. Die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten, die bürgerschaftlichen Einrichtungen als ihre Plattformen und Knotenpunkte, begleiten sozialkulturelle Veränderungen anstatt ihnen nachzufolgen. Bürgerschaftliches Engagement äußert sich auf der Grundlage der Freiwilligkeit immer entlang sich wandelnden Bedürfnislagen und findet seinen unmittelbaren Ausdruck in den Angebotstypen und der Zielgruppenorientierung. So geht die urbane Subsistenz proaktiv dem Staat und dem Markt vorweg, welche vor allem reaktiv und deshalb zu spät handlungsfähig sind. Angebot und Nachfrage werden in bürgerschaftlichen Einrichtungen teils von den gleichen Personengruppen gestellt, teils kommt die Nachfrage von Menschen außerhalb der Einrich-

tungen. Gemeinsames Interesse ist die nachhaltige Lebensqualität im Alltagsleben. Die alltägliche Versorgung mit Dienstleistungen aus gemeinschaftsorientierter Subsistenzarbeit ist elementarer und unersetzbarer Bestandteil der städtischen Versorgungsvielfalt.

Der Anspruch auf langfristige Versorgungsleistung und Versorgungssicherheit darf deshalb nicht auf Erwerbsarbeit begrenzt, sondern muss auch die Funktionsfähigkeit der gemeinschaftsorientierten Subsistenzarbeit einbeziehen. Und diese betrifft im speziellen die Gewährleistung der unternehmerischen Sicherheiten und Rahmenbedingungen urbaner Subsistenzeinrichtungen. Diese Notwendigkeit gilt heute im immer stärker steigenden Maße, solange die Leistungsfähigkeiten der formellen Strukturen kontinuierlich abnimmt. Und die Nutzung der bürgerschaftlich erbrachten Wohlfahrtsleistungen stellt für viele Menschen eine alltägliche Normalität dar, die in der formellen Wirtschaft kein Äquivalent findet.

Die infrastrukturellen Leistungen der Subsistenzwirtschaft liegen besonders auch in der Fähigkeit, auf lokal begrenzte Problemstellungen zu reagieren. Bürgerschaftliche Einrichtungen sind in der Lage, auch dort adäquate Lösungen unter Mitwirkung der Betroffenen zu erarbeiten, wo die fehlende Marktrelevanz marktwirtschaftliche Akteure vom Handeln abhält. Oft genug sind die Leistungen informeller Unternehmen in Form bürgerschaftlicher Einrichtungen echte Pionierarbeiten, bilden sie die urbane Basisfunktionen der ‚bürgerlichen‘ Infrastruktur, und folgt ihnen die Entstehung tragfähiger komplementärer formeller Strukturen: „Public infrastructure stimulates and is at the foundation of the complete city – socially, spatially, as well as economic. A preoccupation with economic development at any cost threatens the health and safety of some citizens at worst and deprives others (rural and urban neighborhoods) of a level of indispensable infrastructure service that is the right of american citizens“ (Felbinger 1995, 126).

Heute muss eine neue Verantwortungsteilung zwischen Markt, Staat und Subsistenz etabliert werden, um lebenswerte und anpassungsfähige städtische Strukturen zukunftsfähig eröffnen und gewährleisten zu können. Die Gewährleistung der Versorgungssicherheit mit Produkten aus informeller Arbeit verlangt zum einen die Verfügbarkeit und Qualität informeller Arbeitsleistungen. Diese ist bereits heute gegeben, und wir haben ihre dienstleisterische und stadträumliche Quantität und Qualität bereits beschrieben. Andererseits verlangt die Verfügbarkeit subsistenzwirtschaftlicher Leistungen

auch die Sicherheit und Kontinuität einer verfügbaren und adäquaten Subsistenzinfrastruktur. Diese aber ist durch die stadtentwicklungspolitischen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen derzeit nicht gewährleistet, sie wird permanent weiter unterminiert und verschlechtert, indem zunehmend soziale Folgekosten der marktökonomischen Fixierung in die Zivilgesellschaft ausgelagert werden.

Hinzu kommt, dass angesichts der desolaten Haushaltslagen der Städte immer weiter Gemeinschaftsgüter und -flächen in Privatgüter überführt werden, um damit Finanzlöcher zu stopfen. Denn „fragt man nach der Vielfalt der Aktivitäten, zu denen die öffentlichen Räume einer Stadt einladen, die Strassen und Plätze, so ist die Antwort meist deprimierend. Unter den im Stadtbild angebotenen Freizeitbeschäftigungen herrscht mehr und mehr das Kaufen vor, und selbst die Kaufangebote verengen sich zusehends auf Massenware, wie jeder bemerkt, der im Lauf der letzten Jahre die Veränderung der Läden in einer Einkaufsstrasse beobachtet hat“ (Scherhorn 2001, 11).

Gleichzeitig verbindet sich mit der Technisierung und soziokulturellen Entbettung der Ver- und Entsorgung ein Verlust an Alltagsöffentlichkeit. Dieser stellt sich als Enteignung der Gemeinschaft dar, indem die Gemeinschaftsgüter im städtischen Umfeld hinter den Privatgütern verschwinden. Durch die Reduktion der Städte auf liquidierbares ‚Baukapital‘ wird die Leistungsfähigkeit eigenmotivierter ziviler Subsistenzeinrichtungen geschwächt, indem ihr die baulich-räumlichen Voraussetzungen für ihre infrastrukturelle Entfaltung entzogen werden. So bieten die gegenwärtigen Voraussetzungen meistens wenig Raum und Gelegenheit für Eigeninitiative und die Motivation zur Selbstorganisation und Versorgung. Und so wird die Standortqualität und -attraktivität dauerhaft weiter herab gesetzt. Das auf die formellen Strukturen fixierte kommunalpolitische Denken führt zu einer ansteigenden Destabilisierung, einer soziokulturellen Degradation vieler städtischer Lebensräume.

Staatlich-öffentliche Institutionen und administrative Systeme, auch auf kommunaler Ebene, scheuen massiv davor zurück, Verantwortungsfähigkeit und -verpflichtung auf die bürgerliche Ebene zu verlagern. Im staatlich-öffentlichen Gebaren scheint die Überzeugung, eine unmündige Bevölkerungsmasse domptieren zu müssen, durch alle Ritzen der juristisch-administrativ legitimierten Maske der Politik. „Noch ... ist der administrative Politikstil so verbreitet, dass es selbst in den Kommunen zu wenig Raum für verantwortliches, selbstständiges Mitdenken und Mitarbeiten von Bürgern gibt. Dahinter steht

die Angst der Regierenden, der Gemeinderäte, der Behörden vor Machtverlust. Kommunalpolitiker scheuen davor zurück, private Gruppen eine kooperative Aktion selbstbestimmt konzipieren zu lassen und sich mit der Autorität ihres Amtes vor die Aktion zu stellen, auch wenn sie die Planung der Aktion nicht voll in der Hand haben. Die Lokale Agenda 21 bietet reiches Anschauungsmaterial dafür, wie schwer es verantwortlichen Politikern und Ressortleitern einstweilen noch fällt, kooperative Aktionen ohne egoinvolvement zu fördern. Sie müssten dazu nicht auf Koordination verzichten, zu der die Beteiligten im allgemeinen gern bereit sind, wohl aber müssten sie es den Teilnehmern ermöglichen, sich als Akteure zu fühlen, deren eigene, kompetente und selbstbestimmte Entscheidung wichtig und erwünscht ist und unterstützt wird“ (Scherhorn 2001, 39).

Weder Staat noch Markt sind allein in der Lage, die Vollversorgung mit Wohlfahrt zu gewährleisten und waren es auch nie, nur wurde dies bisher wenig bemerkt. Kurzzeitig versetzt mit dem erwerbswirtschaftlichen Erodieren der bürgerschaftlichen Selbstversorgung in der Wachstumseuphorie der 1950–1990er Jahre, hat das Versorgt-Sein durch formelle Strukturen schleichend abgenommen.

Fatalerweise geriet aber parallel zu diesem Prozess weitgehend in Vergessenheit, welche Chancen und Potenziale in kooperativer, gemeinschaftsorientierter Selbstversorgung liegen. Hierin lag für uns ausreichender Anlass zu zeigen, welche hohen dienstleisterischen, gemeinschaftsbezogenen Leistungen gegenwärtig in öffentlicher bürgerschaftlicher Selbstversorgung für die Menschen miteinander und zueinander solidarisch und partizipativ erbracht werden. Und welche hohen Zukunftspotenziale in der schöpferischen produktiven Entfaltung der intrinsischen Motivation, im tätigen Wirksamwerden für andere, für die eigene Gemeinschaft und für sich selbst liegen.

Diese zivilgesellschaftliche Kraft erwächst nicht primär aus der Not, sondern vor allem aus dem Bedürfnis nach neuen Formen des Wohlstandes, nach zukunftsfähigen, kreativ-kooperativen Lebensstilen. „Unter dem Gesichtspunkt des Wertewandels geht es vor allem um eine Tendenz zu wachsender Selbstbestimmung in der Bevölkerung und einen daraus abgeleiteten Bedarf an neuen Einrichtungsformen im Bereich der sozialen Infrastruktur“ (Göschel, Kunert-Schroth und Mittag 1992, 11).

In weiten Teilen bildet die Subsistenz ihre Infrastruktur eigenständig, aber dennoch nicht unabhängig. Über ihre infrastrukturellen Vernetzungen

erhöht sie, indem sie die Bürgergesellschaft stärkt, wieder ihre Leistungskraft und zeigt so positive Rückkopplungen aus den und auf die ihr zugeführten Unterstützungen. Aber sie braucht auch erleichterte Zugänge zur Infrastruktur des formellen Sektors, und vor allem braucht sie die an die spezifischen Bedürfnisse bürgerschaftlicher Einrichtungen angepasste Förderung der eigenen Infrastruktur. „Stadtplanung und Wohnungspolitik muss damit beginnen, eine materielle und personelle Infrastruktur in Wohngebieten, die nicht nur Erholung und Konsum, sondern auch produktive Tätigkeiten fördern, bereitzustellen. Notwendig sind in den Gebäuden wie im näheren Wohnumfeld Werkstätten, in denen die Produktionsvoraussetzungen informeller Arbeit bereitgehalten werden: Das sind zuallererst Flächen und Räume, die durch Schallschutz, technische Ausstattung, Lage und Zugänglichkeit für verschiedene Arbeiten geeignet sind ... Die Aneignungsmöglichkeiten müssen erweitert werden, auch im Sinne der rechtlich abgesicherten Verfügung der Bewohner über ihre Wohnbedingungen“ (Häußermann und Sieble 1997, 193).

Die Infrastruktur der Subsistenz – der soziokulturelle Leim der Stadt – interagiert fast heimlich und weitgehend unbemerkt mit den marktökonomischen, staatlich-administrativen und baulich-planerisch vorgegebenen Infrastrukturen und passt diese nach ihren Bedürfnissen an, bildlich gesprochen, indem sie ‚virtuell‘ ihre immaterielle Infrastruktur über die formellen materiellen oder institutionell-administrativen Infrastrukturen legt, sich ihre ökologische Nische im Beziehungssystem Kultur sucht. „The quality of infrastructure rests not only on the quality of the design and construction of systems, but also on the quality of the human infrastructure that supports and manage it. Infrastructure, then, consists of the indispensable public physical and human systems that provide the nation with services“ (Felbinger 1995, 107). So ist die städtische Subsistenz häufig in der Lage, widrige Infrastrukturen an ihre Bedürfnisse anzupassen. Auf diese Weise kann bei Stadt- und Raumplanern der Eindruck entstehen, dass die von ihnen entwickelten und umgesetzten Strukturen anpassungsfähig seien, indem unangepasste, destruktive und starre Bau-, Politik- und Wirtschaftsmodelle durch menschliche Kreativität, Innovations- und Anpassungsfähigkeit umgeformt und funktional transformiert werden, weit über die ursprüngliche Zweckbestimmung hinaus.

Radikaler formuliert es Helmut Willke, der dem Staat einen nahezu totalen Kontrollverlust diagnostiziert und die zwingende Notwendigkeit zu frei-

willigem Machtverzicht und Dezentralisierung erkennt: „Alle traditionellen Infrastrukturen entgleiten dem Staat zugunsten privater, korporativer oder konsortialer Lösungen, die neuen Infrastrukturen der zweiten Generation sind von vornherein transnational oder gar global angelegt, so dass dem Staat selbst bestenfalls die Aufgabe der Koordination und Mediation bleibt“ (Willke 1997, 32).

So ist auch die städtische Anpassungsfähigkeit zunächst über die Infrastruktur der Subsistenz und dort durch Menschen und menschliche Dynamik gekennzeichnet, erst in zweiter Linie durch staatlich gesteuerte, baulich-planerische Manifestationen. Doch wenn zukunftsfähig geplant werden soll, müssen die komplementären Verhältnisse zwischen Markt, Staat und Subsistenz und deren sozial- und wirtschaftsräumlichen Anforderungen verstanden und fortschreitend optimiert werden. Während die Globalisierung eine Entgrenzung der Standorte und eine Abnahme der Standortbindung mit sich bringt, wirkt die Subsistenz unter günstigen Bedingungen in die entgegengesetzte Richtung. Sie kann die individuellen und gemeinschaftlichen Standortbindungen erhöhen und die Attraktivität von Standorten für unterschiedlichste kulturelle und ökonomische Aktivitäten heben. Durch die Vitalisierung der kommunalen Bürgerschaft kann sie dazu beitragen, die kulturelle Einmaligkeit und Besonderheit einer Stadt positiv imagebildend zu entfalten.

„Der Wettbewerb kann auch komplementär zur Subsistenzwirtschaft existieren und muss schon gar nicht daran scheitern, dass immaterielle Güter (genauer: marktfreie Güter) sich neben den materiellen (marktgebundenen) behaupten“ (Scherhorn 2000b, 11). Im Gegenteil ergänzen sich beide Bereiche und erhöhen Wohlstand und Konsummöglichkeiten eher, als dass diese verengt würden. Die Angehörigen der Wissens- und Wirtschaftseliten stellen im erweiterten Sinne Nomaden der Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft dar. Sie vagabundieren zwischen den Metropolen, Wirtschafts- und Kulturzentren dieser Welt und entscheiden sich je nachdem, wo sie das beste Tätigkeitsangebot, das attraktivste Arbeitsumfeld und – fast immer auch – das attraktivste Lebensumfeld vorfinden, ob und wie lange sie bleiben werden. Die lokale und regionale Standortqualität hängt wesentlich und zunehmend mehr davon ab, wie vital und vielfältig die urbanen Räume in ihren sozialen und kulturellen Angeboten sind, wie integrativ und kommunikativ sie funktionieren, und inwieweit sie Entfaltung von schöpferischen, kreativen und innovativen Potenzialen ermöglichen können und dies auch fordern und fördern.

So hängt die Imagebildung und Attraktivität von Städten ganz wesentlich von den bürgerschaftlichen Aktivitäten ab, von der Vitalität der gemeinschaftsorientierten Subsistenz und beeinflusst so massiv ihren Wert als Marktstandort. Um positive Rückkopplungen für den Lebensraum Stadt als ‚multikulturelle‘ Integrationsgemeinschaft pluraler Lebensstile und Wohlstandsansprüche zu erreichen, braucht es im umfassendsten Sinne die Initiierung, Schaffung, Ausbildung und Weiterentwicklung sowie Erhaltung und Förderung von sozialen und kulturellen Netzen und Kooperationen (vgl. Enquete-Kommission 2002, 415 ff.) Diese bilden quasi die ‚Adern‘ der Infrastruktur urbaner Subsistenz. Kommunale stadtentwicklungspolitische und wirtschaftspolitische Maßnahmen spielen eine zentrale aktivierende und unterstützende Rolle, wenn die städtische Bürgergesellschaft und ihre Domäne, die urbane Subsistenz, sich optimal entfalten soll. Und dies ist notwendig, wenn den drängenden Konflikten der Städte konstruktiv begegnet, wenn soziale Stabilisierung, Integration und funktionelle Vielfalt erreicht und ein ‚Mehr‘ aus der Heterogenität städtischer Lebensstile gewonnen werden soll.

Dritter Teil:
Das Besondere der
informellen Arbeit

Kapitel 6: Qualitätsorientierte Produktivität

6.1 Umdenken beim Produktivitätsbegriff

Produktivitätssteigerung nicht auf Kosten der Qualität

Zur Würdigung der Subsistenzarbeit ist ein Umdenken beim Begriff der Arbeitsproduktivität notwendig. Die übliche Formel der Arbeitsproduktivität (= Output an Sachgütern bzw. Diensten pro Arbeitsstunde) wird den bürger-schaftlichen Leistungen nicht gerecht, übrigens auch nicht den Leistungen der privaten Subsistenzarbeit. Denn nach dieser Formel steigt die Produktivität z.B. auch,

- wenn das Produktionsverfahren zwar effizienter, aber umweltschädlicher wird
- oder wenn die Produktionsmenge auf Kosten der Qualität gesteigert wird.

Die erste Form der Produktivitätssteigerung dürfte bei Subsistenzarbeit, angesichts des geschärften Umweltbewusstseins, äußerst selten vorkommen, die zweite gar nicht. Denn die Arbeit wird freiwillig und aus Interesse an der Sache geleistet, und da es sich in der Regel um Dienstleistungen handelt, braucht man ein Mindestmaß an Zeit, wenn sie gut werden soll. Also sinkt – bei gegebener Qualifikation – die Befriedigung, wenn die Qualität der Leistung verschlechtert werden muss, um Zeit zu sparen.

Bei Dienstleistungen fällt die Qualität des Produkts weitgehend mit der Qualität des Produktionsverfahrens zusammen. Bei informellen Diensten kann man also nur dann davon sprechen, dass ihre Produktivität steigt, wenn die Qualität der Leistung zumindest nicht schlechter wird als bisher. Anders formuliert kann eine informelle Dienstleistung dann produktiver genannt werden, wenn sie entweder bei gleichem Aufwand den Bedarf besser erfüllt oder mit geringerem Aufwand den Bedarf ebenso gut erfüllt. Nur so wird verhindert, dass Produktivitätssteigerungen zu Qualitätsverschlechterungen führen.

Auch in der Erwerbsarbeit diskreditiert es den Produktivitätsbegriff, wenn man zulässt, dass die Produktivität von personenbezogenen Diensten sich durch Verminderung des Zeitaufwands pro Leistungseinheit erhöht, obwohl

dann die Bedürfnisse der Personen, für die der Dienst bestimmt ist, schlechter erfüllt werden. Qualitätsverschlechterung wird nur verhindert, wenn die Quantität des Output (der Anzahl von Leistungseinheiten pro Arbeitsstunde) mit der Qualität der Leistung gewichtet wird, die sich nach einem festgelegten Vergleichsmaßstab (*benchmark*) des Arbeitsergebnisses bemisst. In den Maßstab muss neben der quantitativ messbaren Verrichtung (z.B. Essenausgabe) auch die bedürfnisgerechte Qualität der Begleitumstände (z.B. der gesunden Zutaten oder der menschlichen Zuwendung) mit ihrem Zeitbedarf eingehen.

Es geht bei dieser Qualitätsvorstellung also um die Verbindung der *Produktqualität* mit der Qualität des *Produktionsprozesses*, die von ökologischen („Zutaten“) und sozialen („Zuwendung“) Rücksichten bestimmt wird, also um eine verbindliche Vorstellung von der *Gesamtqualität* der Leistung (Scherhorn 2001c). Danach wird eine Verringerung der pro Leistung eingesetzten Arbeitszeit die Produktivität nicht erhöhen, wenn zugleich die Gesamtqualität der Leistung schlechter wird.

Qualitätsmanagement ist keine Garantie

Nun ist auch der industrielle Produktivitätsbegriff im Prinzip nicht so einseitig effizienzorientiert wie es häufig den Anschein hat. Er kommt ohne einen Koeffizienten für die Qualität der Produkte deshalb aus, weil man davon ausgeht, dass die Qualität mit dem Preis korreliert. Dies aber wird keineswegs, wie gern angenommen wird, durch den Wettbewerb garantiert. Der Wettbewerb ist dafür notwendig, aber nicht ausreichend. Er wird von einem System technischer Vorgaben – vor allem den *Industrienormen* – ergänzt, die nicht nur die Beschaffenheit der eingesetzten Werkstoffe, der Arbeitsmittel, Vorleistungen, Produktionsverfahren und Produkte regeln, sondern zugleich auch die Qualität der eingesetzten Arbeit steuern sollen.

Dieses System wird mittlerweile in Richtung auf ein „totales“ Qualitätsmanagement auch für Dienstleistungen weiterentwickelt. Allerdings ist es bisher noch zu stark „am traditionellen Maschinen- und Anlagenbau orientiert“, der mit der Erfassung der zu erfüllenden Bedarfe wenig Probleme hat, weil „der Kunde seine Qualitätsanforderungen weitgehend in den Vertrag diktiert oder in Form eines Lastenheftes detailliert darlegt“ (Haas 1998, 219). Eine Anpassung an die zu erfüllenden Bedarfe, wenn die Nutzer sie nicht artikulieren können, ist dagegen nicht vorgesehen.

Bei qualifizierten personenbezogenen Diensten jedoch – hier ist in erster Linie an Dienste zu denken, die ein besonderes Maß an Professionalität und Einfühlung erfordern wie Gesundheitsdienste oder Beratungen – verbieten es die allgegenwärtigen Informationsasymmetrien, sich darauf zu verlassen, dass die Qualität der Dienstleistung im Preis schon hinreichend berücksichtigt sei. Das gilt erst recht für die Gesamtqualität. Denn wo die Nachfrager die Qualität nicht beurteilen können, da hat nach Akerlof (1970) der Wettbewerb die Tendenz, den Preis zu senken und die teurere Qualität zu eliminieren, zumal wenn die institutionellen Regeln es zulassen, die Produktivität einfach dadurch zu steigern, dass der Zweck der Leistung schlechter erfüllt wird. Auch professionelle, qualifizierte und gutbezahlte personenbezogene Dienste können gegen die Tendenz zur Qualitätsverschlechterung nur unter dem Regime eines qualitätsorientierten Produktivitätsbegriffs geschützt werden.

Hohe Qualität ist schon auf Produktmärkten mit symmetrischer Rollenverteilung zwischen Anbietern und Nachfragern nur dann gegen Qualitätsverschlechterung zu sichern, wenn die Nachfrager über adäquate Markttransparenz verfügen. Bei Dienstleistungsmärkten kommt aber oft noch hinzu, dass nicht nur die Information asymmetrisch ist, sondern auch die *Verteilung der Marktrolle*, z.B. wenn die Nachfragerrolle auf mehrere Funktionsträger – z.B. Besteller, Zahler, Nutzer – verteilt ist (Beispiele: Gesundheitswesen, Bürohäuser, Bauträger). Einen ähnlichen Effekt kann es haben, wenn die Nachfrager ihre Kaufentscheidungen von den Empfehlungen der Hersteller, Händler, Architekten, Handwerker usw. abhängig machen, die zum einen ihre eigenen Interessen verfolgen und zum anderen über neuere Entwicklungen, z.B. im Bereich des ökologischen Bauens, nicht optimal informiert sind. Die Nachfrage kann dann nicht genug Druck auf die Anbieter ausüben, dass sie die Qualität der Dienstleistung verbessern oder aufrechtzuerhalten. In solchen Fällen geht vom quantitativen Produktivitätsbegriff ein Anreiz zur Qualitätsverschlechterung aus.

Produktivität in der Subsistenzarbeit

Die *Subsistenzarbeit* ist von diesem Anreiz frei, solange sie nicht unter Druck gesetzt wird und die Kenntnisse der Ausführenden für den Bedarf der Nutzer ausreichen. Diese Bedingungen sind gegeben, wenn die Ausführenden intrinsisch motiviert arbeiten können, von administrativen Aufgaben zumin-

dest teilweise entlastet werden und Möglichkeiten selbstbestimmter Weiterbildung – auch „on the job“ – haben. Die Produktivität der informellen Arbeit folgt dann *von sich aus* der oben skizzierten qualitätsorientierten Auffassung, weil intrinsisch motivierte Dienstleistungen prinzipiell am Bedarf der Nutzer orientiert sind. Das verlangt von denen, die informelle Arbeit einsetzen oder fördern, ein beträchtliches Verständnis für die Bedingungen des intrinsisch motivierten Arbeitens.

Diese Bedingungen sind zwar in der Psychologie gut erforscht (vgl. Deci 1995), aber in der politischen und betrieblichen Praxis zu wenig bekannt, obwohl sie auch in der formellen Arbeit mit Erfolg angewandt werden können. Die Schwierigkeit liegt darin, dass sie *ein anderes Management* – nämlich ein empathisches, autonomieförderndes – erfordern. Dieser Managementstil hat zwar seine großen Vorteile. So ergab eine Studie in der Xerox Corporation, dass die Mitarbeiter von autonomiefördernden Managern ein größeres Vertrauen zur Firma und ein höheres Niveau an Arbeitszufriedenheit und Mitverantwortlichkeit aufwiesen und weniger auf Vergütungen und Bonuszahlungen fixiert waren als die Untergebenen kontrollierender Manager (Deci, Connell & Ryan 1989).

Doch sind die bisherigen Managementstile eher kontrollorientiert und dadurch resistent gegen den Gedanken der Autonomieförderung. Das Festhalten am rein effizienzorientierten Produktivitätsbegriff dürfte in dieser Schwierigkeit begründet sein. Andererseits aber wird die Ausdehnung des Dienstleistungsanteils auch in den formellen Wirtschaftssektoren die Notwendigkeit verstärken, Dienstleistungen vor Qualitätsverschlechterung zu schützen.

In beiden Sektoren, dem formellen wie dem informellen, wird dadurch die Erkenntnis gestärkt, dass die Qualität von Dienstleistungen an den Zeitaufwand gebunden ist. Aber für die informellen Tätigkeiten gilt dies in besonderer Weise. Mit *benchmarks* kann man einen Standard der Gesamtqualität festlegen und ihm einen Mindestaufwand an Zeit zuordnen. Doch ist der Zeitbedarf nicht nur für die Qualität der Leistung von Bedeutung, sondern auch für die intrinsische Motivation derer, die die Tätigkeit ausüben.

Deshalb wäre es kontraproduktiv, diese auf den Mindestaufwand festzulegen. Sie müssen die Freiheit haben, der Tätigkeit, die sie schließlich aus freien Stücken und ohne Bezahlung ausüben, so viel Zeit zu widmen wie es ihrer Wahrnehmung der zu befriedigenden Bedürfnisse entspricht. Die Kenntnis des Standards für die Gesamtqualität kann ihnen helfen, sich dabei noch dezidierter an den

jeweils relevanten ökologischen und sozialen Rücksichten zu orientieren, als es der Tätigkeit ohnehin gemäß ist. Aber die Zeitsouveränität, auf die intrinsische Motivation angewiesen ist, darf nicht prinzipiell aufgehoben werden.

Dazu gehört übrigens auch, dass die Qualität unterschiedlicher Tätigkeiten nicht mit bewertendem Effekt verglichen wird. Intrinsische Motivation verlangt, dass jede Tätigkeit, wie einfach oder kompliziert sie auch sein mag, für sich wichtig genommen wird, damit sie Selbstzweckcharakter bekommen und „ihren Lohn in sich tragen“ kann. Deshalb bleibt es sinnvoll, informelle Tätigkeiten in Arbeitsstunden zu messen, denn jede Stunde hat den gleichen Wert, und das wird durch die Orientierung an einer Mindest- oder Standardqualität für die Leistung nicht etwa in Frage gestellt, sondern eher noch unterstrichen. Denn diese Orientierung hilft dabei, die Tätigkeit so gut und sorgfältig auszuüben, wie es ihr gemäß ist, und das bedeutet nichts anderes, als sie ebenso wichtig zu nehmen wie jede andere.

6.2 Zur Finanzierung der informellen Arbeit

Was finanziert werden muss

Einstufungen im Sinn von ‚besser‘ oder ‚höher‘ kommen ja erst hinzu, wenn die Leistung in Geld bewertet wird, um verkauft zu werden. Dass diese Bewertung vermieden wird, darin darf man keine Schwäche der informellen Arbeit sehen; im Gegenteil liegt darin ihre Stärke. Die Leistungen der informellen Arbeit, gleich ob in Eigen- oder in Bürgerarbeit erbracht, sind am Gebrauchs- und nicht am Tauschwert orientiert. Sicher müssen sie finanziert werden, aber nicht durch Verkauf. Denn die Orientierung am Preis würde die intrinsische Motivation unterminieren (Kap. 7), ohne die informelle Arbeit meist gar nicht zustandekommt.

Fragen wir also zunächst, was finanziert werden muss. Dabei können wir uns wieder an den in Köln erhobenen Zahlen orientieren. Von den in Köln ermittelten 996 Einrichtungen des bürgerschaftlichen Engagements haben wir 320 eingehend befragen können. In diesen arbeiten im Durchschnitt 18,75 Personen ehrenamtlich und 3,75 Personen hauptamtlich. Hochgerechnet auf alle rd. 1 000 Einrichtungen sind das in einer Stadt wie Köln rd. 18 700 ehrenamtliche und rd. 3 700 hauptamtliche Mitarbeiter. Finanziert werden müssen

natürlich die Fahrt- und Sachkosten, die bei der ehrenamtlichen Mitarbeit entstehen, aber auch die hauptamtlichen Mitarbeiter – jedenfalls diejenigen, die notwendig sind, um die ehrenamtliche Arbeit zu organisieren.

Sie sind notwendig, weil die Ehrenamtlichen im Durchschnitt nur 5 bis 6 Stunden pro Woche mitarbeiten; das macht ein Maß an Koordination erforderlich, das nur in sehr kleinen Einrichtungen spontan zustandekommen kann, in größeren Einheiten aber von länger anwesenden Personen organisiert werden muss. Halb- oder ganztägige Mitarbeit ist von ehrenamtlich Tätigen nur zu erwarten, wenn jemand, der/die dazu bereit und fähig ist, von Kapitaleinkünften, Renten oder vom Erwerbseinkommen des Ehepartners leben kann. Diese Bedingung ist nur in Ausnahmefällen gegeben. Im allgemeinen müssen wir davon ausgehen, dass die ehrenamtliche Mitarbeit aus dem eigenen Erwerbseinkommen oder der eigenen Rente finanziert wird. Sie muss sich also gegen alle anderen Ansprüche an die verfügbare Arbeitszeit behaupten können. Das kann bei 5 oder 8 Wochenstunden häufiger vorkommen, bei 35 Wochenstunden aber begreiflicherweise nur sehr selten.

Die Finanzierungsquellen

Von 271 Kölner Einrichtungen, die die Frage nach den Finanzierungsquellen beantworteten, haben 243 Eigenmittel aus Beiträgen und Spenden als Finanzierungsquellen genannt, nur 14 werden von Kirchen bzw. Wohlfahrtsverbänden bezuschusst, 78 von Stiftungen bzw. Unternehmen, aber alle waren überdies auf öffentliche Förderungen angewiesen.

Die öffentlichen Zuschüsse sind in Abb. 21 nach ihrer anteiligen Bedeutung aufgegliedert; man sieht, dass der Löwenanteil von der Kommune und vom Bundesland beigesteuert wird.

Die unentgeltlichen Leistungen der ehrenamtlichen Mitarbeiter sind in der Aufstellung noch nicht enthalten. In den bürgerschaftlichen Einrichtungen Kölns werden im Jahr rd. 2,5 Mio. Arbeitsstunden (hochgerechnet von 320 befragten Einrichtungen) ohne Bezahlung geleistet, in Stuttgart gut 1 Million Arbeitsstunden (hochgerechnet von 39 Einrichtungen). Insgesamt werden von den 996 Kölner Einrichtungen rd. 7 Mio. Arbeitsstunden erbracht, von den 665 Stuttgarter Einrichtungen 2,7 Millionen Arbeitsstunden pro Jahr. Die hauptamtlichen Kräfte tragen in Köln gut 4,5 Mio., in Stuttgart gut 1,6 Millionen Arbeitsstunden bei. Die im Verhältnis zur Zahl der Einrichtungen deutlich

FINANZIERUNGSQUELLEN FÜR BÜRGERSCHAFTLICHE EINRICHTUNGEN – *anteilige Bedeutung*

100 % = alle befragten bürgerschaftlichen Einrichtungen

N = 271

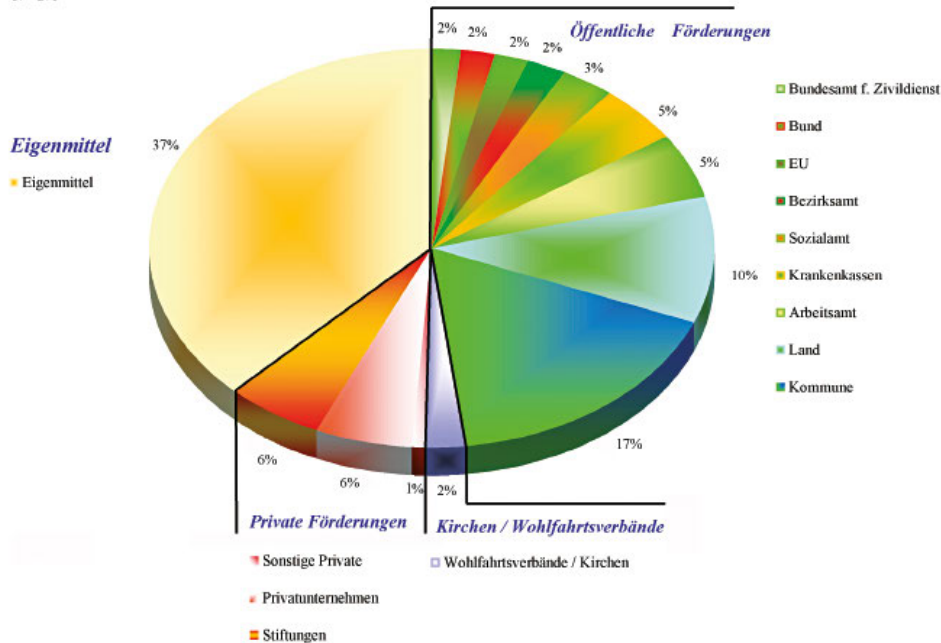


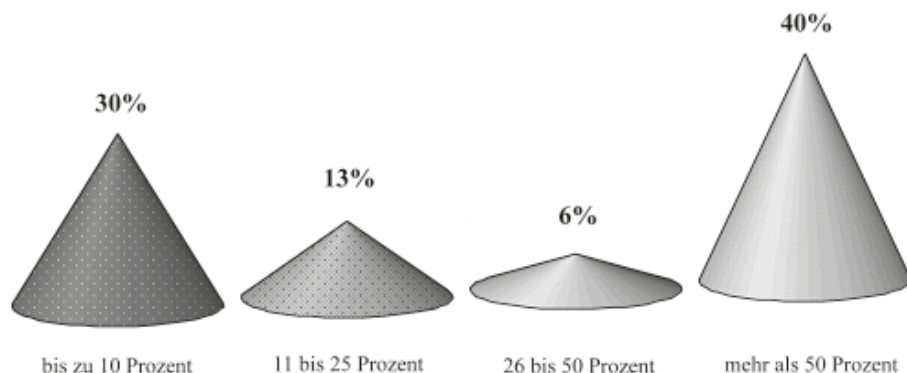
Abb. 21: Finanzierungsquellen für bürgerschaftliche Einrichtungen

Die hohe Bedeutung von Eigenmitteln und privaten Förderungen steht in augenfälligem Gegensatz zur Auffassung, bürgerschaftliche Einrichtungen seien überwiegend drittmittelabhängig.

höheren Werte für Köln können hier als die empirisch belastbareren betrachtet werden, für Stuttgart kann dagegen eher von Mindestwerten gesprochen werden, bei einer umfassenderen Befragung wäre auch hier ein deutlich höheres Gesamtarbeitsvolumen zu erwarten.

Die Einrichtungen in Köln müssen also rund 4,5 Mio. hauptamtliche Arbeitsstunden finanzieren, die in Stuttgart 1,6 Mio. Davon werden in Köln etwa 1,5 Mio. und in Stuttgart etwa 0,6 Mio. Stunden aus Eigenmitteln beigesteuert. Auch diese kommen durch bürgerschaftliches Engagement zustande, denn sie bestehen aus Zuschüssen und Spenden Privater. So brauchen von der Gesamtleistung von 2,7 Millionen in Stuttgart nur rd. 1 Million Stunden und von 7 Mio. Gesamtarbeitsstunden in Köln nur rund 3 Mio. durch öffentliche Zuschüsse finanziert zu werden. Im Abschnitt 6.3 greifen wir diese Beobachtung wieder auf.

Finanzierungsanteil privater Quellen in bürgerschaftlichen Einrichtungen in Köln
 - relative Häufigkeit der Nennungen -



n = 271

Abb. 22: Finanzierungsanteile von privaten Quellen in bürgerschaftlichen Einrichtungen
 Verdeutlicht die Bedeutung des Finanzierungsanteiles aus privaten Quellen, vgl. Abbildung 21. 40 Prozent der Einrichtungen geben an, über 50 Prozent ihrer Finanzmittel aus privaten Quellen zu beziehen.

Der Finanzierungsanteil privater Quellen ist im übrigen sehr unterschiedlich. In Köln beispielsweise beträgt er bei einem knappen Drittel der Einrichtungen bis zu 10 Prozent, bei einem Fünftel der Einrichtungen liegt er zwischen 10 und 50 Prozent, und immerhin zwei Fünftel der Einrichtungen finanzieren sich zu mehr als 50 Prozent aus Eigenmitteln. Die restlichen Einrichtungen haben keine Angaben dazu gemacht (Abb. 22).

6.3 Zur Rentabilität der öffentlichen Zuschüsse

Eine Modellrechnung

Öffentliche Zuschüsse sind nötig, denn wie erwähnt ist das bürgerschaftliche Engagement in den meisten Einrichtungen auf ein Minimum an Koordination und Unterstützung durch bezahlte ständige Mitarbeiter angewiesen. Was aber weniger bekannt ist: Die Zuschüsse sind höchst rentabel, denn erstens wird die direkt finanzierte Arbeitsleistung durch die ehrenamtliche ergänzt,

Der Wohlfahrtsmultiplikator

I. Einrichtungen, in denen mehr als 10 Prozent aller Arbeitsstunden ehrenamtlich geleistet werden (= 78 Prozent aller bürgerschaftlichen Einrichtungen)

	Hauptamtliche Mitarbeit	Ehrenamtliche Mitarbeit
(1) Zahlenmäßiges Verhältnis der Mitarbeiter	1	9
(2) Durchschnittliche Arbeitsstunden pro Woche	28,1	5,4
(3) Verhältnis der insgesamt geleisteten Arbeitsstunden	100	107
(4) Von 100 <i>hauptamtlichen</i> Stunden werden finanziert	66 + 34	107
66 aus öffentlichen Zuschüssen		
34 aus Eigenmitteln, Spenden		
(5) Ein öffentlicher Zuschuss für 66 hauptamtliche Arbeitsstunden ermöglicht insgesamt 207 Arbeitsstunden		207
Das ist das 3-fache der Arbeitsstunden, die mit dem öffentlichen Zuschuss direkt bezahlt werden !	207 = 314 Prozent von 66	

II. Einrichtungen, in denen mehr als 50 Prozent aller Arbeitsstunden ehrenamtlich geleistet werden (= 57 Prozent aller bürgerschaftlichen Einrichtungen)

	Hauptamtliche Mitarbeit	Ehrenamtliche Mitarbeit
(1) Zahlenmäßiges Verhältnis der Mitarbeiter	1	21
(2) Durchschnittliche Arbeitsstunden pro Woche	24	6
(3) Verhältnis der insgesamt geleisteten Arbeitsstunden	100	430
(4) Von 100 bezahlten Stunden werden finanziert	66 + 34	430
66 aus öffentlichen Zuschüssen		
34 aus Eigenmitteln, Spenden		
(5) Ein öffentlicher Zuschuss für 66 hauptamtliche Arbeitsstunden ermöglicht insgesamt 530 Arbeitsstunden		530
Das ist das 8-fache der Arbeitsstunden, die mit dem öffentlichen Zuschuss direkt bezahlt werden !	530 = 803 Prozent von 66	

und zweitens werden die hauptamtlichen Mitarbeiter, wie eben dargelegt, im Durchschnitt nur zu zwei Dritteln durch öffentliche Zuschüsse finanziert, das letzte Drittel wird aus Eigenmitteln und privaten Spenden aufgebracht. Aus beiden Gründen wirkt sich ein öffentlicher Zuschuss für eine bezahlte Arbeitsstunde *multiplikativ* auf die dadurch geförderte Arbeitsleistung aus. Wie die Beispielrechnung auf der folgenden Seite zeigt, ermöglicht ein Zuschuss zur Finanzierung einer hauptamtlichen Arbeitsstunde im Durchschnitt

- insgesamt *drei* Arbeitsstunden, wenn er für diejenigen Einrichtungen bestimmt ist, in denen die Ehrenamtlichen *mindestens 10 Prozent* aller Arbeitsstunden bestreiten; das sind gut drei Viertel der Einrichtungen. Er ermöglicht sogar
- insgesamt *acht* Arbeitsstunden, wenn er den Einrichtungen gewährt wird, in denen die Ehrenamtlichen *mehr als 50 Prozent* aller Arbeitsstunden bestreiten; dies gilt immerhin für fast 60 Prozent der bürgerschaftlichen Einrichtungen.

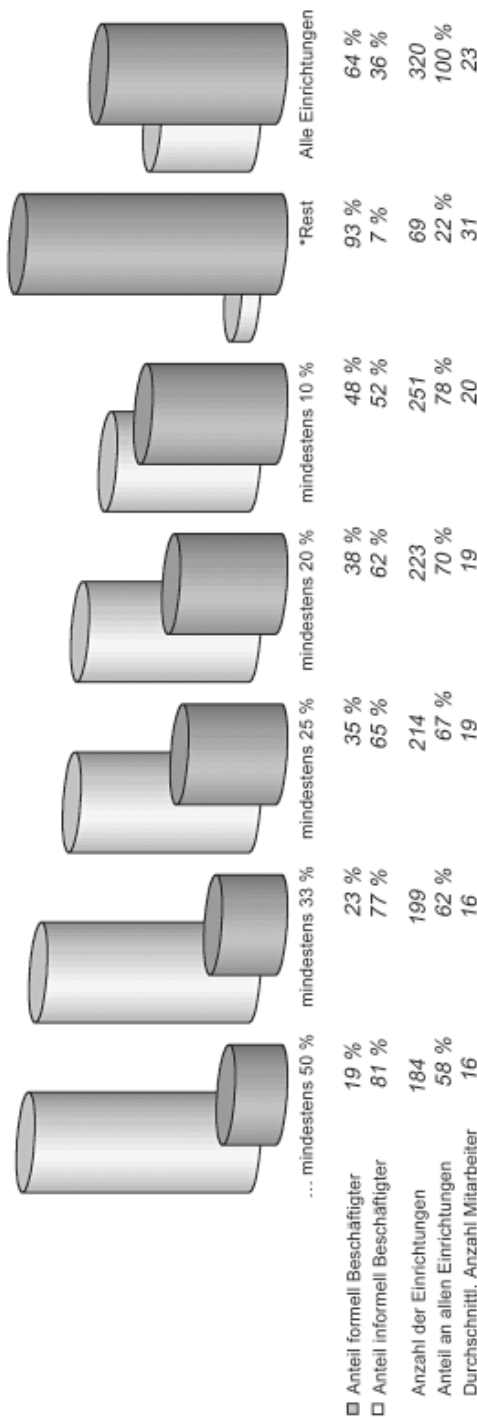
Diese Aussagen beruhen auf zwei Modellrechnungen mit Durchschnittswerten aus der Kölner Befragung. Zugrunde liegen die Werte von 320 bürgerschaftlichen Einrichtungen, die im Detail Auskunft gegeben haben.

Vervielfachung durch Engagement

Die beiden Beispiele mögen zeigen, wie der Wohlfahrtseffekt öffentlicher Zuschüsse durch die Bürgerarbeit vervielfacht wird. An ihnen wird auch deutlich, dass dieser Effekt sehr stark vom Verhältnis zwischen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern abhängt. In der Kölner Stichprobe, auf die sich die Beispiele stützen, sind einige Einrichtungen enthalten, die nur einen so kleinen Anteil ehrenamtlicher Mitarbeiter beschäftigen, dass die Hauptamtlichen die Mehrheit nicht nur der Arbeitsstunden, sondern auch der Personen stellen. Man muss die Frage stellen, bis zu welchem Anteil ehrenamtlicher Mitarbeiter bzw. Arbeitsstunden noch von *Einrichtungen für bürgerschaftliches Engagement* gesprochen werden kann (siehe auch Abb. 23). Je mehr sie in der Minderheit sind, desto weniger dürfte die Einrichtung von den Prinzipien des bürgerschaftlichen Engagements bestimmt sein, und desto weniger können die Argumente für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements für sie gelten.

Anteil der formell / informell erbrachten Arbeitsstunden an den Gesamtarbeitsstunden

Der Anteil der informell erbrachten Arbeitsstunden an der Gesamtheit aller in der Einrichtung erbrachten Arbeitsstunden beträgt ...



* Alle Einrichtungen in denen weniger als 10 % der insgesamt erbrachten Arbeitsstunden informell erbracht werden, mehr formell Tätige beschäftigt sind, als informell Tätige oder unvollständige Angaben zur Anzahl der Mitarbeiter oder zu deren Arbeitsaufkommen gemacht wurden

Abb. 23: Anteil von formell und informell erbrachten Arbeitsstunden in bürgerschaftlichen Einrichtungen
Die helleren Säulen zeigen das Volumen an unbezahlter Arbeit, die dunkleren Säulen das bezahlte Arbeitsvolumen. Von links nach rechts bilden die ersten fünf Säulenpaare jene Einrichtungen ab, in denen mehr Personen ehrenamtliche als hauptamtliche Arbeit leisten. Die als „Rest“ gekennzeichnete Gruppe kann strenggenommen nicht zu den Einrichtungen für bürgerschaftliches Engagement gezählt werden.

Der Wohlstandsmultiplikator, der in den beiden Beispielen die Werte 3 und 8 hat, erscheint als ein brauchbares Instrument, die *Rentabilität* öffentlicher Zuschüsse für Einrichtungen des bürgerschaftlichen Engagements zu ermitteln. Er kann von den Einrichtungen genutzt werden, um ihre Förderungswürdigkeit zu belegen, und von den kommunalen oder staatlichen Zuschussgebern, um die Wirtschaftlichkeit der Zuschüsse nachzuweisen. Es ist zwar keine Rente, was die öffentliche Hand zurückbekommt, sondern je nach der Interpretation eine Ausgabenersparnis oder eine zusätzliche Leistung, aber beides kommt in der Wirkung einem Entgelt für überlassenes Kapital sehr nahe, und was die Höhe dieses Entgelts betrifft, so dürfte schon der ermittelte Mindestsatz von 300 Prozent die üblichen Kapitalrenditen weit in den Schatten stellen.

Abschließend sei noch einmal betont, warum wir diesen Effekt unter der Kapitelüberschrift „Qualitätsorientierte Produktivität“ behandelt haben. Unmittelbar ergibt er sich ja aus dem Anteil der ehrenamtlichen Arbeit, also aus dem Verzicht auf Entlohnung. Mittelbar aber hängt er davon ab, dass die Arbeit so geleistet werden kann, wie es ihrem Sinn entspricht. Der Sinn der in der öffentlichen Subsistenz erbrachten Dienstleistungen leitet sich im Bewusstsein der Arbeitenden aus den Bedürfnissen derer ab, für die sie arbeiten, aus ihrem Bedarf nach Zuwendung, Dienstleistung und Bildung, nach Interessensvertretung, nach Hilfe und Unterstützung in ihren Mangelempfindungen. Als befriedigend wird die Dienstleistung nur empfunden, wenn die Arbeitenden das Gefühl haben, diesen Bedürfnissen gerecht geworden zu sein. Dieses Gefühl kann sich nicht einstellen, wenn sie unter einem Produktivitätsdruck arbeiten müssen, der die Gesamtqualität ihrer Arbeit verringert. Nur für eine qualitätsorientierte Produktion werden sie ihren Einsatz und ihre Zeit unentgeltlich zur Verfügung stellen. Das hat, wie in Kap. 7.2 dargelegt wird, viel mit intrinsischer Motivation zu tun.

Kapitel 7: Intrinsische Motivation

7.1 Erwerbsarbeit wird extern stimuliert

Unterminierung der Autonomie

Worin die Qualität der selbstbestimmten Arbeit besteht und wie sie im formellen Sektor verhindert wird, darüber haben die Experimente zur intrinsischen Motivation Auskunft gegeben, die Edward Deci 1969 begonnen hat; sie wurden seither hundertfach wiederholt und vielfach abgewandelt (ein Überblick bei Deci 1995, eine Meta-Analyse bei Deci, Koestner & Ryan 1999). Stets ergab sich das gleiche Resultat: Wer daran gewöhnt wurde, etwas *für* Geld oder *für* einen Preis oder eine gute Note zu tun, tut es danach nicht mehr ohne die Aussicht auf eine Belohnung (oder auf das Vermeiden einer Strafe). Alfie Kohn hat viele der Untersuchungen zu diesem Thema in einem Buch zusammengefasst, dem er den Titel „*Punished by Rewards*“ gab (Kohn 1993).

Durch Belohnung und Bestrafung zurückgewiesen wird offenbar das natürliche Gefühl von Autonomie, das selbst ganz kleine Kinder in Sätzen wie „Ich kann das schon allein“ zur Sprache bringen. In diesem Gefühl drückt sich das Bedürfnis aus, selbst der Grund des eigenen Handelns zu sein, im eigenen Selbst den „Ort der Verursachung“ (locus of causality, vgl. De Charms 1968) zu sehen. Das Bedürfnis wird frustriert, wenn die Person realisiert, dass ihr Handeln durch Belohnung/Bestrafung von außen kontrolliert, d.h. beherrscht wird. Es wird frustriert, weil die Kontrolle als stärker empfunden wird als die intrinsische Motivation – wie könnte sie sich sonst an deren Platz setzen!

Bei systematischer Betrachtung kann man die externen Stimuli, deren kontrollierende Wirkung das vitale, spontane, echte, neugierige Interesse an einer Sache lähmt, in drei Gruppen gliedern. Sie bestehen *erstens* in Belohnung mit Geld, Lob, Geltung sowie in Bestrafung mit Arbeit, Buße oder dem Entzug von Zuwendung. Die gleiche Wirkung haben *zweitens* Drohungen, Termine, vorgeschriebene Ziele, Überwachung, Bewertung, und *drittens* auch Wettbewerbshandlungen, wenn die Menschen nicht um der Sache, sondern um des Gewinnens willen miteinander konkurrieren (Deci 1995, 31 f.). Die Stimuli unterminieren die intrinsische Motivation, wenn sie der betroffenen Person

die Erfahrung vermitteln, dass sie nicht aus eigenem, innerem Antrieb handelt, aus Freude an der Sache oder aus dem Gefühl der Verpflichtung heraus, sondern um des externen Stimulus willen.

Diese Erfahrung muss sich nicht einstellen, wenn die Stimuli sachbezogen und ohne Herrschaftsabsicht verwendet werden. Richard Ryan hat das nachgewiesen. Er erdachte ein Experiment, in dem identische Stimuli einigen Teilnehmern in kontrollierender Absicht gegeben wurden, nämlich um das gewünschte Verhalten zu erzwingen, anderen aber *ohne* kontrollierende Absicht, nämlich als feedback, als sachbezogene Information über die Leistung, als Anerkennung. Wenn die kontrollierende Absicht fehlte, blieb die unterminierende Wirkung aus (Ryan 1982). Selbst der Wettbewerb kann ja ohne den Druck ablaufen, der entsteht, wenn das Bewusstsein von dem Wunsch erfüllt ist, den ersten Preis zu gewinnen: Wenn es den Teilnehmern um die Herausforderung, um das Dabeisein, um die Freude an der Leistung geht, beteiligen sie sich aus innerem Antrieb.

Allerdings kann die Gewöhnung daran, dass Leistung prämiert wird, doch wieder dazu führen, dass man sich wegen der Prämie anstrengt. Und das Streben nach der Prämie wird dann einen ebenso negativen Effekt haben wie das Streben nach anderen externen Belohnungen, auch für die Gewinner, denn es macht ihr Verhalten heteronom, außergeleitet: Die Unterminierung der intrinsischen Motivation durch externe Stimuli instrumentalisiert das Verhalten für den Erwerb der Belohnung bzw. für das Vermeiden der Bestrafung. Problematisch ist das, weil es die Menschen lehrt, die externen Stimuli mit möglichst wenig Anstrengung zu erreichen:

- Sie sind an der Sache weniger interessiert, sie lernen mechanischer und bemühen sich weniger um ein Verständnis für die zugrundeliegenden Konzepte und Zusammenhänge.
- Sie arbeiten weniger kreativ, sie setzen weniger von ihren Fähigkeiten ein und suchen den begehrten Stimulus auf einem möglichst direkten, abgekürzten Weg zu erreichen.
- Ja sie täuschen womöglich die Leistung nur vor, wenn es ihnen wirklich nur um die Belohnung geht, oder darum, der Strafe zu entgehen.

Gewiss ist dies letztere der Extremfall; oft wird man sich eben doch ein gewisses Maß an Interesse an der Sache bewahren. Doch je mehr man etwas deshalb tut, weil man an der externen Stimulierung interessiert ist, desto weniger fühlt

man Verantwortung für das Produkt seines Handelns – oder gar für die davon betroffene soziale und natürliche Mitwelt (Deci 1995, 44–52).

Der fordistische Gesellschaftsvertrag

Wie sehr die industrielle Erwerbswirtschaft von der Orientierung des Handelns an externen Stimuli geprägt ist, kommt in dem berühmten Satz des Henry Ford zum Ausdruck, des Erfinders der Fließbandarbeit: „Ich zahle meinen Arbeitern gute Löhne, damit sie meine Autos kaufen können.“ Der Satz bringt ein stillschweigendes Einverständnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf den Punkt, das die letzten hundertfünfzig Jahre lang gegolten hat. Dieses Einverständnis hat man als den „fordistischen Gesellschaftsvertrag“ bezeichnet. Zwei englische Autoren beschreiben ihn als *die ungeschriebene Übereinkunft, steigender Lebensstandard und dauernde Beschäftigung sei der Lohn für die Bereitschaft, entfremdende Arbeitsbedingungen ohne übermäßiges Widerstreben hinzunehmen* (Gabriel & Lang 1995, 18).

Diese Vorstellung ist im Bewusstsein der Menschen in den Industriegesellschaften noch tief verankert. Die Berufsarbeit wird von der Mehrheit der Arbeitnehmer nicht aus Freude an der Tätigkeit, nicht aus Interesse an der Sache geschätzt. In einer Umfrage des BAT-Freizeitforschungsinstituts sagten Ende der 1990er Jahre nur 28 Prozent der Erwerbstätigen, ihre Arbeit mache ihnen auch Freude. Gut die Hälfte – bei den Beamten sogar 63 Prozent, bei den leitenden Angestellten immerhin 48 Prozent – sagten, sie könnten ihre Ideen nur außerhalb des Berufs realisieren.

Das ist kein Wunder. Trotz mancher Fortschritte in den Arbeitsbedingungen (Kap. 8.2) ist die Berufsarbeit in weiten Bereichen auch heute noch so organisiert, dass eine Mehrheit der Arbeitenden den Ansporn zu ihrer Tätigkeit *nicht* in deren gesellschaftlicher Bedeutung, in den mit ihr verbundenen täglichen Herausforderungen oder im selbstbestimmten und verantwortlichen Mitarbeiten sehen kann. Stattdessen sieht man ihn in der Erzielung von Einkommen und in der Finanzierung eines immer komfortableren und ablenkenderen Konsum- und Freizeitlebens. Man begnügt sich mit entfremdeter Arbeit, aber dafür leistet man sich immer mehr Konsum: Der fordistische Gesellschaftsvertrag ist tief verinnerlicht.

Er war aber nur die erste Stufe in einem Prozess, der heute schon bei der nächsten Stufe angekommen ist. Dass sie ihrer selbst entfremdet wurden durch

Maschinentempo, Produktivitätszwang und bürokratische Regeln, haben die Fabrikarbeiter noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts als unerträglich empfunden. So hart ihre Lebensbedingungen vorher auch gewesen sein mochten, waren sie doch jedenfalls an ein selbstbestimmteres, flexibleres, geselligeres Arbeiten gewöhnt. Henry Ford musste 900 Arbeiter einstellen, wenn er 200 brauchte – 700 blieben wieder weg, weil sie so viel Unlebendigkeit, Isolierung und Zeitdruck nicht ertrugen (Cohen 1998, 99).

Seinem Entschluss, den Arbeitern für damalige Verhältnisse relativ hohe Löhne zu zahlen, lag deshalb eine doppelte Strategie zugrunde. Er wollte die hohe Fluktuation eindämmen und zugleich auf längere Sicht den Absatz erhöhen. Das ist so gut gelungen, dass die Strategie in den nach Ford benannten Gesellschaftsvertrag einmündete.

Veränderte Machtrelationen

Inzwischen haben sich die wirtschaftlichen Bedingungen so sehr geändert, dass es für Fords Strategie heute keinen Anlass mehr gibt:

- Zu Fords Zeit konnten die enttäuschten Arbeiter wegbleiben, weil es in den Anfängen der Industrialisierung noch relativ viel an Alternativen für einen Lebensunterhalt durch Subsistenz in Landwirtschaft und Eigenproduktion gab, und weil der Sog der Konsumleitbilder und folglich der Zwang zum Geldverdienen noch relativ schwach war. Heute sind in fast allen Teilen der Welt die Chancen für einen Lebensunterhalt außerhalb der Erwerbsarbeit geringer, aber die Konsumleitbilder fordernder und somit die Arbeiter und Angestellten vom Lohn abhängiger geworden.
- Der Unternehmer Ford konnte die Lohnaufwendungen erhöhen, weil er bei der Anlage seines Industriekapitals die Freiheit besaß, auf den kaufkrafterhöhenden Effekt zu warten, der über die Massenproduktion die Stückkosten wieder senken würde. Heute ist das treibende Moment der kapitalistischen Entwicklung vom Industriekapital auf das Finanzkapital übergegangen, und das wird kurzfristig angelegt und verlangt hohe Verzinsung. So ist aus der Bindung des Industriekapitals an die langfristige Entwicklung des Unternehmens ein Hang zur Ausbeutung des Unternehmens für die schnelle Expansion des Finanzkapitals geworden. Diese kurzfristige Orientierung erlaubt zwar eine großzügige Beteiligung des Managements und der Träger

von Kernkompetenzen am Unternehmenserfolg, fordert aber von der Masse der Beschäftigten eine fortgesetzte Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Zeitdruck, Lohnreduktion und Einsparung von Arbeitsplätzen, und das umso mehr, je schwieriger die Abwälzung von Kosten auf die natürliche Mitwelt wird.

Die Folge ist eine stillschweigende Aufkündigung des fordistischen Gesellschaftsvertrages. In der Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems (Wallerstein 1974, 1980, 1987) ist eine neue Stufe erreicht: Die Bereitschaft, entfremdende Arbeitsbedingungen ohne übermäßiges Widerstreben hinzunehmen, wird nicht mehr mit dem Versprechen von Lohnsteigerung und Beschäftigungssicherheit erkaufte, sondern mit dem Drohpotential erzwungen, das aus zwei neuen Entwicklungen erwachsen ist, aus der Steigerung der Kapitalintensität durch *Digitalisierung* und aus der Abwanderung der Produktion in Niedriglohnländer im Gefolge der *Globalisierung*.

Und auch die Zielsetzung hat sich geändert; dem Finanzkapital geht es nicht wie dem Industriekapital in erster Linie darum, das Sozialprodukt zu steigern, es sucht vor allem seinen Anteil am Volkseinkommen zu erhöhen, auch wenn das mit massiver Reduktion der Arbeitskosten, und damit der Einkommen und der Beschäftigung, erkaufte wird.

Veraltete Vorstellungen – neue Bedingungen

Dabei bleibt unerkannt, dass diese Strategie in mittlerer Frist auch die formelle Wirtschaft selbst gefährdet, weil sie den unteren und zum Teil auch den mittleren Bevölkerungsschichten zu wenig Kaufkraft lässt.

Man scheint sich immer noch an der alten Vorstellung zu orientieren, dass eine Volkswirtschaft über die Grenzen wohl Güter austauscht, aber die Arbeit und das Kapital im Lande behält. Solange das galt, verursachte eine Produktivitätssteigerung in einem Land allenfalls temporäre Arbeitslosigkeit, denn der Arbeit sparende technische Fortschritt verursachte zwar Entlassungen, verbilligte aber zugleich die bisherigen Produkte und schuf Anreize, die Gewinne in neu entwickelte Produkte zu investieren; die neuen Produkte konnten mit den entlassenen und anderswo neu eingestellten Arbeitskräften hergestellt werden und fanden Absatz, weil die inländische Kaufkraft durch zwei Faktoren gestärkt wurde, durch die Preissenkungen und durch die neuen Einkommen.

So konnte man darauf vertrauen, dass in Vollbeschäftigung in einem Land sich immer wieder herstellen würde, wenn nicht gerade eine Weltwirtschaftskrise dazwischenkam.

Eine solche Binnenmarktorientierung haben die Industriestaaten bis ins 20. Jahrhundert hinein praktiziert. Im Zeitalter der Globalisierung haben sie sie aufgegeben. Das Wirtschaftswachstum in den Industrieländern lässt keine gleichbleibenden Zuwachsraten mehr erwarten (Afheldt 2004), es ist inzwischen linear; in den Schwellenländern dagegen wächst das Sozialprodukt exponentiell. Unter dem Druck der Finanzmärkte verlagern die multinationalen Unternehmen die Produktion weltweit dorthin, wo die Kosten niedrig sind, und exportieren die Produkte in die Industrieländer. In diesen haben die entlassenen Arbeitskräfte jetzt weniger Geld; die Reduktion der Einkommen wird durch die billigeren Preise der importierten Produkte allein nicht ausgeglichen; wegen der relativ hohen Kosten im Inland fehlt aber vielfach der Anreiz, die Gewinne in inländische Produktion zu investieren und dafür Arbeitskräfte neu einzustellen; also ist die Produktion für die Binnennachfrage zu gering, die Produktion für den Export gleicht das nicht aus, und Vollbeschäftigung der gewohnten Art, bei Vollzeitarbeit, ist nicht mehr möglich.

Das wäre an sich ganz im Sinn der nachhaltigen Entwicklung, die eine weltweite Begrenzung der Marktgüterproduktion und Angleichung der Einkommen erfordert (Kap. 1.1). Die Menge der materiellen Marktgüter und ihr Anteil am Sozialprodukt ginge zurück, der Anteil der Dienstleistungen über den Markt nähme zu, wegen der geringeren Steuereinnahmen würden die öffentlichen Ausgaben reduziert, die öffentliche Subsistenz bekäme größere Bedeutung, und auch die private Subsistenz in regionalen Komplementärwährungen könnte sich ausdehnen.

Damit das gerecht zugehe, müsste die Reduktion so bemessen und so verteilt werden, dass alle damit einverstanden sein oder wenigstens das Gefühl haben könnten, einen gerechten Anteil an der Einbuße zu tragen. Die Reduktion der Einkommen müsste alle zumindest proportional zur Höhe des Einkommens treffen, die unterste Schicht sogar unterproportional, durch Mindestlöhne bzw. negative Einkommensteuer. Sie dürfte nicht durch Marginalisierung (Dauerarbeitslosigkeit) erreicht werden, sondern so weitgehend wie möglich durch freiwillige Verkürzung der Arbeitszeit, für die es genügend Bedarf gibt, wenn sie öffentlich gefördert und finanziell nicht diskriminiert wird. Und sie müsste flankiert werden durch eine Förderung der informellen Arbeit, sowohl

der Eigenarbeit als auch der Bürgerarbeit, die je auf ihre Weise einen Teil der Einkommenseinbuße ausgleichen und zugleich die Revision des Verhältnisses zwischen Marktgütern und marktfreien Gütern vorantreiben könnten.

Diese wenigen Andeutungen genügen schon, um in jedem Leser und jeder Leserin die Reaktion „Wie unrealistisch!“ hervorzurufen, weil ihnen spontan die Macht der veralteten Anschauungen und der investierten Interessen vor Augen tritt, die eine solche Lösung erbittert bekämpfen würden. Wir können dieser Reaktion nicht widersprechen, mögen es aber auch nicht mit ihr bewenden lassen. So schwierig die Umstellung sein mag, ist doch die Hoffnung begründbar, dass ein Ausbau der Subsistenzökonomie helfen könnte, die Priorität des materiellen Konsums zu relativieren.

7.2 Bürgerarbeit ist selbstbestimmt oder gar nicht

Zum Begriff der intrinsischen Motivation

Bei den Leistungen aus bürgerschaftlichem Engagement tritt besonders klar zutage, dass sich trotz Individualisierung und Globalisierung, trotz der Fixierung auf Wachstum und Wettbewerb innere Kräfte der Solidarität und des Gemeinschaftsgefühls erhalten haben, die dieses Engagement unterhalten. Sie schöpfen ihre Energie aus dem intrinsisch motivierten Bestreben, sinnvoll zu handeln und sich gesellschaftlich produktiv einzubringen.

„Intrinsische Motivation beruht auf den angeborenen Bedürfnissen nach Kompetenz und Selbstbestimmtheit ... Diese motivieren einen fortlaufenden Prozess, in dem optimale Herausforderungen gesucht und erprobt werden. Wenn Menschen nicht von triebhaften Bedürfnissen dominiert werden [wenn sie gesättigt und behaust sind, geliebt und beachtet werden und keine inneren Defizite kompensieren müssen, G.S.], suchen sie Situationen, die ihr Interesse ansprechen und ihre kreativen Fähigkeiten herausfordern. Sie suchen eine ‚optimale Inkongruenz‘ zwischen den internen Strukturen (Bewusstsein, körperliche Kondition) und der Außenwelt, um sie zu reduzieren und die gewonnene Erfahrung in die bestehenden Strukturen zu inkorporieren“ (Deci und Ryan 1985, 32 f., Übersetzung aus Scherhorn 2001b, S. 445).

Wir wollen in diesem Kapitel zeigen, dass die Subsistenzarbeit, sei sie familien- oder bürgerschaftsbezogen, ihren Lohn in sich selbst trägt. So erhöht

sie aus sich heraus die individuelle Lebensqualität. Und als bürgerschaftliche Tätigkeit steigert sie auch die Qualität des Gemeinschaftslebens, nämlich durch die Leistungen, die für die Bürgergesellschaft erbracht werden.

„Intrinsisch motiviertes Verhalten wird mit Emotionen der Freude und Erregung belohnt, die das Erleben von Kompetenz und Selbstbestimmtheit begleiten. Diese Belohnungen sind genau genommen keine Verstärker, weil sie weder ein organisches Ungleichgewicht reduzieren, noch von der Aktivität selbst operational zu trennen sind. Wenn Menschen intrinsisch motiviert sind, ... erfahren sie, dass die Ursache ihres Handelns in ihnen selbst liegt ... Das Gegenteil ... ist Druck und Spannung. Insoweit Menschen sich zu etwas zwingen, von Angst beherrscht sind oder unter Druck arbeiten, können wir sicher sein, dass extrinsische Motivation zumindest beteiligt ist – vielleicht weil ihr Selbstwertgefühl auf dem Spiel steht oder sie einen Termin einhalten müssen oder auf einen materiellen Vorteil bedacht sind“ (a.a.O.).

Mit dem Begriff der intrinsischen Motivation ist also das von innen kommende Engagement für eine Sache gemeint. Diese Eigenmotivation stellt die Triebkraft dafür dar, auch mühevollen Tätigkeiten zu verrichten, für die es keine äußeren Belohnungen gibt, mit denen kein Geld zu erwerben und kein Preis zu erringen ist. Und es gibt nun einmal Tätigkeitsfelder, für die sich die extrinsische Motivation – das Handeln gemäß äußeren Anreizen – weniger eignet, weil sie eine Qualität erfordern, die nur bei hohem und selbstbestimmtem Einsatz von Hinwendung und Zeit zustandekommt; eine Qualität, die aus der Identifikation mit der Aufgabe, aus dem Bedürfnis nach sinnvoller Tätigkeit gespeist wird, so dass das Ergebnis als notwendig und sinnvoll auch für das eigene Selbst erlebt werden kann.

Zur Motivation des bürgerschaftlichen Engagements

Dem entspricht die hohe Bedeutung, die Menschen der gemeinschaftsorientierten Tätigkeit in ihrem Leben zuordnen. Im Freiwilligensurvey von 1999 geben 77 Prozent an, das freiwillige Engagement sei in ihrem Leben ‚wichtig‘ bis ‚sehr wichtig.‘ „Gemeinwohlorientierung und das Interesse an Selbstentfaltung sind keine einander widersprechenden, konkurrierenden Werte, sondern werden von den Engagierten miteinander verbunden und bilden ein gemeinsames Motivbündel für Engagement“ (Enquete-Kommission 2002, 102 ff.).

Die Motivgrundlage der informellen Bürgerarbeit haben wir mit Intensiv-Interviews in zehn bürgerschaftlichen Einrichtungen in Köln untersucht (Dahm et al. 2002). Dabei haben wir sämtliche Leistungen einbezogen, die von einer Einrichtung erbracht werden, auch jene, die sich nicht ohne weiteres quantifizieren lassen.

- Quantifizierbar durch Angaben über Aufwand und Ergebnis sind die administrativen Tätigkeiten, die Beratungsdienste, die Öffentlichkeitsarbeit, die Betreuung und Pflege, die Beiträge zu Kommunikation und Vernetzung, die Schaffung und Vermittlung von Arbeitsplätzen.
- Doch den schwerer messbaren Effekten auf soziostruktureller Ebene gilt die Motivation der Mitarbeiter. Sie umfassen ein breites Spektrum der Stärkung soziokultureller Strukturen, namentlich der Kooperations-, Kommunikations-, Partizipations-, Solidaritäts- und Integrationsbeziehungen und -netze.
- Ferner wird die individuelle Motivation zu Selbsthilfe gestärkt sowie die Bereitschaft zu Arbeitszeitverkürzung und suffizientem Konsumverhalten erhöht.

Leistungen dieser Art zu erbringen, ist Anspruch aller untersuchten Einrichtungen und wird von ihnen als Grundlage für ihre erfolgreiche Arbeit verstanden. In der Tat ist die Erhöhung der Lebensqualität durch soziale Beziehungen geradezu eine Bedingung dafür, dass Menschen sich in unbezahlter Gemeinschaftsarbeit engagieren. Auch die quantitativen Ergebnisse der Befragung einer schriftlichen Befragung von über 50 bürgerschaftlichen Einrichtungen in Köln bestätigen diesen Befund (Dahm 2003, 354 ff.). Die Erhöhung der individuellen Lebensqualität und Selbstentfaltung, insbesondere durch sinnvolle Aufgaben, soziale Beziehungen, kooperatives und partizipatives Miteinander, ist offensichtlich die wichtigste Bedingung dafür, dass Menschen gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit leisten (vgl. auch BMFSJ 2005b (Freiwilligensurvey), 54 ff.). Besonders deutlich wird das, wenn man die unterschiedlichen Motive bündelt, die in den befragten Einrichtungen angegeben wurden.

- So sehen beispielsweise 28 Prozent wesentliche Motive für bürgerschaftliches Engagement in Partizipation, Gemeinschaftlichkeit und solidarischer Gegenseitigkeit,

- für 16 Prozent ist der Bereich Austausch und Kommunikation sowie Kontakt und Vernetzung von besonderer Bedeutung,
- für 10 Prozent sind die Freude an der Arbeit, die Sinnhaftigkeit und Ganzheitlichkeit der Tätigkeit zentrale Motive,
- und 12 Prozent heben die politische und gesellschaftliche Wirkung hervor.

Im Zentrum der gemeinschaftsorientierten Subsistenzarbeit steht die Identifikation mit der Arbeit, die Selbstbestimmung und Selbstorganisation, die Freude daran und besonders auch die Gemeinschaftlichkeit in der Arbeit und in der Aufgabe.

Der Impuls für informelle Arbeit geht also keineswegs nur von den den jeweiligen Leistungsempfängern aus, sondern auch von den informell Tätigen selbst. Sie identifizieren sich mit der Arbeit, sie arbeiten selbstbestimmt, und sie haben Freude daran – an den Ergebnissen, weil sie diese als notwendig und sinnvoll empfinden, ebenso aber auch an den Tätigkeiten selbst. Ihre Motive liegen zumeist in der Gemeinschaftlichkeit der Arbeit und der Aufgabe. Doch nennen 17 Prozent als Beweggründe auch die *eigene Betroffenheit*, und 12 Prozent das Sammeln von *Erfahrungen* und die dadurch erworbene *Qualifikation*, die zugleich für formelle Tätigkeiten fruchtbar sein kann.

Selbstbestimmtheit und Produktivität

Die Gesamtheit dieser intrinsisch motivierenden Momente bildet die Grundlage für die besondere Qualität des bürgerschaftlichen Engagements. Hinwendung und Einsatz sind von Menschen nur zu haben, wenn sie das Arbeitsziel bejahen und die Tätigkeit als sinnvoll und wichtig erleben. Das ist es, was Fromm *Produktivität* nennt: “die Fähigkeit des Menschen, seine Kräfte zu gebrauchen und die in ihm liegenden Möglichkeiten zu verwirklichen. Produktivität bedeutet, dass der Mensch sich selber als Verkörperung seiner Kräfte und als Handelnder erlebt; dass er sich mit seinen Kräften eins fühlt und dass sie nicht vor ihm verborgen und ihm entfremdet sind.” (Fromm 1985, 73). Nur dann hat er das Ergebnis seines Handelns – ein Produkt, eine Handlung, eine Entscheidung, einen abrufbaren Bewusstseinsinhalt, eine innere Verfassung – wirklich selbst hervorgebracht.

Und nur dann wird man durch das eigene Handeln *belebt*, etwa wenn man einer Entdeckung auf der Spur ist oder „wenn man mit jemandem, den man

liebt, zusammen ist, oder wenn man etwas ganz Interessantes, Aufregendes liest. Man wird dann nicht müde. Man spürt eine Energie aufkommen, die nicht erwartet wurde. Man spürt ein tiefes Gefühl von Freude. Bei achtzigjährigen Menschen, die ein Leben intensiver Bezogenheit, Liebe, Betroffenheit, Interessiertheit gelebt haben, kann man die tatsächlich überraschende und überwältigende Beobachtung machen, dass diese Menschen ganz frisch und voller Energie sind, ohne dass diese Frische und Energie etwas mit ihrer Körperchemie und den Quellen zu tun hätte, die ihnen ihr Körper zur Verfügung stellt.“ (Fromm 1991, 75, vgl. Funk o.J., 19).

In Fromms Produktivitätsbegriff sind die beiden Besonderheiten der informellen Arbeit zusammengefasst, ihre qualitativ orientierte Produktivität (oben 6.1) und ihre intrinsische Motivation. Auch wenn wir Fromms Begriffsauffassung hier nicht übernehmen, ist sie doch wie keine andere geeignet, den inneren Zusammenhang dieser beiden Charakteristika vor Augen zu führen. Im folgenden Abschnitt wird dargelegt, dass beide für die private Subsistenzarbeit nicht weniger gelten als für die öffentliche.

7.3 Intrinsische Motivation in der Eigenarbeit

Erhebungen zur privaten Subsistenz

Als private Subsistenz betrachten wir alles, was zur Eigenproduktion („Eigenarbeit“ und Selbstversorgung („Versorgungsarbeit“) mit Produkten und Diensten in Haushalt, Familie und Nachbarschaft gehört, sei es

- handwerklich (reparierend, werkend),
- künstlerisch (dekorativ, expressiv),
- gärtnerisch (Anbau von Obst, Gemüse etc.),
- züchterisch (Kleinvieh),
- pflegerisch (Alte, Kranke),
- haushälterisch (Kochen, Backen, Versorgung, Erhaltung),
- erzieherisch (Betreuung der Kinder).
- helfend (Nachbarschaftshilfe, Vereinsarbeit),
- lernend, informierend (Lesen, Vergleichen, Üben)
- oder tauschend (Ringtausch).

Zur Charakterisierung der Motivation und der Produktivität dieser Tätigkeiten ziehen wir vier eigene Erhebungen heran.

1. *Telefon-Umfrage*: In zwei Berliner Stadtteilen haben wir eine telefonische Erhebung zur privaten Subsistenz durchgeführt. In Friedrichshain wurden im Sommer 2002 insgesamt 150 Haushalte telefonisch befragt. Zu diesem Zweck mussten wir aus allen in den relevanten Postleitzahlenbereichen gemeldeten 13 795 Telefonanschlüssen die sowie die geschäftlich genutzten Anschlüsse herausfiltern. Aus den verbleibenden 12 787 wurden dann insgesamt 2 000 Telefonnummern per Zufallsgenerator ausgewählt. Diese Anschlüsse wurden zu unterschiedlichen Tageszeiten von Interviewerinnen angerufen, die wir dafür besonders geschult hatten. Befragt wurden nur Personen, die maßgeblich an der Haushaltsführung beteiligt waren. Die Ansprechpersonen waren meist erst nach vielen wiederholten Anrufen zu erreichen. So haben wir die Anzahl der Befragungen schließlich auf 150 begrenzt, um einen vertretbaren Kosten- und Zeitaufwand einzuhalten. In Pankow, wo die Untersuchung wiederholt wurde, kamen ebenfalls 150 Befragungen zustande.
2. *Befindlichkeitsstudie*: In einem von der Hans-Böckler-Stiftung finanzierten Projekt zur Eigenarbeit (vgl. Scherhorn 2000a) wurde eine qualitative Befragung von 31 Personen aus den Ruhrgebietsstädten Dortmund, Hattingen und Ahlen durchgeführt, die Eigenarbeit betrieben und bereit waren, über einen Zeitraum von 12 Monaten mehrfach kontaktiert und befragt zu werden und über ihre Tätigkeiten Protokollbögen (insgesamt 1000) auszufüllen.
Die Teilnehmer an der Befindlichkeitsstudie wurden von Patricia Dahm ausgewählt und befragt, weil sie regelmäßig mindestens eine der örtlichen Einrichtungen für Eigenarbeit benutzten. Das waren Offene Werkstätten für die Bearbeitung von Holz, Metallen, Textilien sowie für die Reparatur von Autos und Fahrrädern; Tauschringe, Car-Sharing-Vereine; Nachbarschaftshilfe, Quartiersservice, Möglichkeiten zum gemeinsamen Kochen. In den Protokollen ging es hauptsächlich darum, die subjektive Befindlichkeit bei bestimmten Tätigkeiten der Eigenarbeit und der Bürgerarbeit zu erheben; daher der Name der Studie. Der vollständige Bericht über die Studie ist als Archivexemplar zugänglich (Scherhorn & P. Dahm 1999).

Unbezahlte Tätigkeiten in der Befindlichkeitsstudie

Hausarbeit, Kinder:

Einkaufen, Mahlzeiten zubereiten, Aufräumen, Saubermachen, Waschen, Abwaschen. Kinder versorgen, beaufsichtigen, erziehen, transportieren.

Besonderes Kochen/Backen:

Kochen zu besonderen Gelegenheiten, auch gemeinsam (im Verein). Kuchen als Geschenk oder für den Verein backen. Brot/Pizza backen. Marmelade kochen. Obst einmachen. Pralinen/Quark/Essig/Getränke selbst herstellen.

Soziale Eigenarbeit:

Kindern, Erwachsenen die Haare schneiden. Hausaufgabenhilfe. Kinder von Verwandten/ Nachbarn betreuen. Bastelnachmittage, Ausflüge veranstalten. Nachbarschaftshilfe, Freunden, Kranken helfen: Einkaufen, Kochen, Behördengang, Umzugshilfe, Pflege. Behinderte betreuen: im Rollstuhl ausfahren, zum Einkaufen fahren, Briefe schreiben. Regelmäßige Besuche im Altenheim.

Informieren/Leihen/Tauschen/Teilen:

Preisvergleiche anstellen. Direkt vom Lager kaufen. Sonderangebote. Flohmarkt. Second-Hand-Läden. Kataloge vergleichen. Preisvorteile durch gemeinsames Einkaufen. Bohrmaschine/Iso-matte/Koffer ausleihen. Gegenstände, Dienste im Tauschring anbieten/nachfragen: Küchenhilfe, Gardinen nähen, Fotografieren, Vergrößern, Grabpflege, Flötenunterricht. Carsharing.

Werken:

Geschirr, Vasen, Figuren töpfern. Malen. Seidenmalerei. Fotografieren. Marionetten/Puppen/ Kinderspielzeug/Girlanden/Lampe basteln. Schmuck/ Grußkarten/ Geschenke/Gartenmöbel/ Nistkästen/ Uhrgehäuse selbst herstellen. Tischdecken einfärben. Datenbank programmieren. Gesellschaftsspiele erfinden.

Reparieren, Renovieren:

Neues Waschbecken einbauen. Decken einziehen. Teppichboden verlegen. Waschmaschine säubern. Rasenmäher/Säge/Zaun/Auto/ Motorrad/Fahrrad reparieren. Türschlösser gangbar machen. Anstreichen, Tapezieren. Möbel restaurieren.

Näh- und Handarbeiten:

Kleidungsstücke/Karnevalskostüme/Stofftiere/Kissen/Gardinen nähen. Häkeln. Stricken. Kinder-sachen ausbessern. Decken u.a. sticken. Schuhe besohlen.

Gartenarbeit und Kleintierzucht:

Pflanzen (Tomaten, Geranien) selbst ziehen. Obst/ Beeren/Gemüse/ Kräuter anbauen, ernten. Unkraut jäten. Bäume/Büsche/Hecke beschneiden. Winterfest machen. Hühner, Enten, Gänse, Kaninchen, Ziegen, Schafe, Schweine halten. Füttern, Ausmisten. Schlachten, Zubereiten.

Bürgerarbeit:

Vorstand im Gartenverein. Die Bibliothek des Tauschrings aufbauen/ betreuen. Büro und Telefon. Pressenotiz, Artikel schreiben. Vereinsplakat entwerfen. Dia-Vortrag halten, Ausstellung vorbereiten. Vereinszeitschrift, Vereinsfest, Podiumsdiskussion organisieren. Veranstaltungen/Informationsstände. In Schulen informieren. Werkstatt einrichten.

3. *Haushaltsbefragung*: Eine von zwei Befragungen in schwäbischen Mittelstädten hat sich auf Menschen konzentriert, die im Rahmen ihrer häuslichen Möglichkeiten regelmäßig verschiedene Formen der Eigenarbeit und der Versorgungsarbeit ausüben. In insgesamt 100 Haushalten in Bietigheim-Bissingen wurden sowohl mündliche als auch schriftliche Interviews durchgeführt. Die Ergebnisse wurden in einer Diplomarbeit ausgewertet (Fink-Betzner 1997).
4. *Arbeitslosenbefragung*: Die andere Erhebung bestand in einer schriftlichen Befragung von 32 Arbeitslosen im Raum Göppingen/Esslingen. Es ging darum, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Umfang Arbeitslose sich in der nichtentlohnenden Eigenarbeit und Bürgerarbeit betätigen. Auch hier liegen die Ergebnisse in Form einer Diplomarbeit vor (Herbst 1998).

Häufigkeit und Wertschätzung der Eigenarbeit

In der Telefonumfrage haben wir zunächst nach der Häufigkeit der privaten Subsistenz gefragt. Sie ist u.a. von der verfügbaren Infrastruktur abhängig. Für handwerkliches Arbeiten z.B. stehen nur einer Minderheit Werkstätten oder Kellerräume (33 Prozent), Innenhöfe oder Gemeinschaftswerkräume (20 Prozent), Schuppen oder Garagen (9 Prozent) zur Verfügung. Das sind meist Räume im Eigenbesitz.

- So üben auch nur 24 Prozent häufig und 20 Prozent gelegentlich Heimwerkertätigkeiten wie Töpfern, Malen, Fotografieren, Basteln aus,
- 18 Prozent und 30 Prozent reparieren und renovieren selbst. 10 Prozent und 19 Prozent machen Handarbeiten wie Nähen, Stricken, Kleidung oder Schuhe ausbessern.
- Verbreiteter ist das gemeinsame Nutzen von Gütern wie CDs, Videos, Büchern, Bohrmaschinen, Koffern usw., das Leihen und Tauschen; 29 Prozent tun dies häufig und 28 Prozent gelegentlich.
- Aber alle in Friedrichshain und Pankow Befragten verfügen über eine Küche, und bis auf wenige Ausnahmen nutzen sie sie auch alle, um Speisen selbst zuzubereiten – „meist“ oder „täglich“ machen gut 80 Prozent aller 300 Befragten das Frühstück und das Abendessen selbst, und immerhin rd. 50 Prozent das Mittagessen. Das bedeutet nicht, dass dann auch

alle Haushaltsmitglieder gemeinsam essen. An Werktagen nehmen von den Mehrpersonenhaushalten fast 30 Prozent das Mittagessen und 55 Prozent das Frühstück, aber 80 Prozent das Abendessen meist oder immer gemeinsam ein. Am Wochenende und zu besonderen Gelegenheiten wie Feierlichkeiten, Einladungen etc. erhöht sich die Anwesenheit aller beim Frühstück und Abendessen auf fast 90 Prozent und beim Mittagessen auf fast 80 Prozent.

- Ehrenamtlich in einem Verein sind in beiden Stadtteilen je 10 Prozent tätig, in einer sozialen Gruppe oder Initiative je 17 Prozent. Nach den Zeitbudgeterhebungen des Statistischen Bundesamtes liegt der Anteil der „ehrenamtlich“ geleisteten Tätigkeiten in der Nähe von 15 Prozent (Ehling 1999).

Auf die Frage, als wie befriedigend sie die informellen Tätigkeiten empfinden, stuften sich in den beiden Stadtteilen die allermeisten auf der von 6 = *sehr befriedigend* bis 1 = *sehr belastend* reichenden Befriedigungsskala bei 6, 5 und 4 ein; der Mittelwert beträgt in Friedrichshain und Pankow gleichermaßen 4,8.

Ein ähnlich hohes Ergebnis erbrachte die Frage „Wie wichtig sind diese Tätigkeiten für Ihre sozialen Beziehungen?“ mit einem Mittelwert von 4,7 auf der von 6 = *sehr wichtig* bis 1 = *ganz unwichtig* reichenden Wichtigkeitsskala; doch hier stuften sich die Friedrichshainer im Mittel bei 5,0 ein, die Pankower nur bei 4,4. Das hängt mit dem Alter zusammen: Die Befragten in Pankow waren im Durchschnitt 51, die in Friedrichshain 37 Jahre alt.

Noch ein Unterschied zwischen den beiden Stadtteilen ist bemerkenswert: In Friedrichshain arbeiten 22 Prozent der Befragten mehrmals in der Woche im Garten, in Pankow aber 47 Prozent. Diese Personen bewerten die Gartenarbeit in Friedrichshain auf der Befriedigungsskala im Mittel mit 5,4, in Pankow aber nur mit 4,9 – wohl weil sie sie anstrengender finden. Doch wenn sie nach der Bedeutung der Gartenarbeit für ihre sozialen Beziehungen gefragt werden, geben die Pankower auf der Wichtigkeitsskala im Mittel die Note 5,7, die Friedrichshainer aber nur 4,2; hier wirkt sich wieder die unterschiedliche Altersstruktur der beiden Stadtteile aus.

Ebenfalls mit dem Altersunterschied hängt es zusammen, dass auch die nachbarschaftliche Selbsthilfe in den beiden Stadtteilen unterschiedlichen Zulauf hat, wie aus den Antworten auf folgende Frage hervorgeht: „Üben Sie eine unbezahlte Tätigkeit für andere aus? (Beispiele: Hausaufgabenhilfe;

Bewertung der Tätigkeiten

	<i>Persönlich befriedigend</i>		<i>Sozial wichtig</i>	
	Friedrichs- hain	Pankow	Friedrichs- hain	Pankow
Mahlzeiten zubereiten	4,7	4,7	4,4	4,7
Gemeinsam essen	5,6	5,9	5,2	5,5
Gartenarbeit	5,4	4,9	4,2	5,7
Andere Eigenarbeiten	4,8	4,8	5,0	4,4
Verein, Initiative	5,4	4,5	5,0	4,9

Kinderbetreuung; Nachbarschaftshilfe; Freunden, Kranken, Alten helfen; Umzugshilfe; Behinderte betreuen etc).“ Mindestens einige Stunden im Monat üben solche Tätigkeiten in Pankow 18 Prozent der Befragten aus, in Friedrichshain aber 43 Prozent.

Kein Unterschied zeigt sich dagegen bei den Fragen nach der ehrenamtlichen Tätigkeit in einem Verein (in beiden Stadtteilen je 10 Prozent) oder einer sozialen Gruppe oder Initiative (je 17 Prozent). Auch die Frage „Wie wichtig ist die soziale/ehrenamtliche Tätigkeit für Ihre persönlichen Beziehungen zu Freunden, Familie, Bekannten?“ wurde von denen, die diese Tätigkeiten ausübten, in beiden Stadtteilen übereinstimmend mit dem Wert 5 auf der Wichtigkeitsskala eingestuft. Auf der Befriedigungsskala bewerteten die Pankower die Tätigkeit im Mittel allerdings nur mit 4,5, während die Friedrichshainer sie mit dem hohen Mittelwert 5,4 einstufen:

In der Tabelle sind die Bewertungen noch einmal zusammengestellt. Bei allen Unterschieden bleibt als durchgängiger Befunde festzuhalten: Die sozialen und ehrenamtlichen Tätigkeiten werden als *ebenso befriedigend und sozial wichtig* empfunden wie die beliebtesten Formen der Familien- und Eigenarbeit.

Zum wirtschaftlichen Ertrag der Eigenarbeit

Im allgemeinen liegt der Anlass für informelle Arbeit weder im Ablenken oder Abschalten noch in der Gewohnheit, wie oft bei Freizeitbeschäftigungen. Selbst die befragten Arbeitslosen machen keine Ausnahme von dieser Regel (Herbst 1998, S. 46); zwar gaben 41 Prozent von ihnen an, dass sie die informelle Arbeit auch deshalb machen, weil sie dann überhaupt eine Tätigkeit haben, doch nannten sie mehrere andere Beweggründe mit größerer Häufigkeit: Die ausgeübten informellen Tätigkeiten haben ökonomischen *und* emotionalen Nutzen, sie sparen Geld *und* sie werden aus Freude an der Sache getan.

In der Tat wurde in der Arbeitslosenbefragung von mehr als 50 Prozent geäußert, dass sie auch deshalb informell tätig sind, um Geld zu sparen. Dass sie zugleich auch Freude an den Tätigkeiten haben, steht nicht im Widerspruch dazu; schließlich suchen sie sich diejenigen Tätigkeiten aus, für die sie sich begabt und geeignet fühlen und in denen sie etwas leisten können. Man kann zwar nicht erwarten, dass alle Menschen, die arbeitslos geworden sind, sich nun stärker der Eigentätigkeit zuwenden. Manche werden im Gegenteil entmutigt. In der Arbeitslosenbefragung hat aber nur bei 25 Prozent der Befragten die Häufigkeit der eigenen Aktivitäten gegenüber der Zeit vor der Arbeitslosigkeit abgenommen. Bei der Mehrheit, 75 Prozent, nahm sie zu.

Der gleiche Befund ergab sich in der Befindlichkeitsstudie. Auf die Frage, ob sie etwas getan hätten, wofür sie selbst oder andere sonst Geld bezahlen müssten, haben die Teilnehmer in über 85 Prozent der Protokolle mit „ja“ geantwortet. Das heißt, die große Mehrheit hat Realeinkommen erwirtschaftet. Nur etwa 12 Prozent der ausgefüllten Protokollbögen war zu entnehmen, dass dies nicht der Fall ist. Dieser Befund verteilt sich annähernd gleichmäßig auf die einzelnen Tätigkeitsbereiche der Eigenarbeit.

In der Befindlichkeitsstudie sind vornehmlich Personen zusammengekommen, die aufgrund geringen Einkommens und veränderter Berufssituation Eigenarbeit betreiben. Bei fast allen ist das Finanzbudget recht knapp bemessen, bei vielen ist das Einkommen durch Vorruhestandsregelungen, durch freiwillige Entscheidung für weniger Einkommen und mehr Freizeit oder auch aufgrund latenter Bedrohung durch Arbeitslosigkeit (Personen in ABM-Anstellung) reduziert. Die Bedingung, mehr Freizeit, aber weniger Geld zu haben, trifft auf zwei Drittel der Probanden zu; nur ein Drittel war zum Zeitpunkt der Untersuchung vollzeitbeschäftigt.

Dagegen wurden in der Haushaltsbefragung überwiegend Menschen in gesicherter wirtschaftlicher Lage erfasst. Doch nennen gerade sie besonders häufig – zu 84 bis 91 Prozent – finanzielle Gründe für die Eigenarbeit beim Bauen und beim Reparieren (Haus, Wohnung, technische Geräte, Kraftfahrzeuge) und immerhin noch zu 41 bis 49 Prozent bei der Eigenproduktion von Gegenständen und Nahrungsmitteln sowie bei der aktiven Informationssuche. Der Kauf oder die Reparatur eines eigenen Hauses oder auch größerer Gebrauchsgegenstände wäre ohne Eigenarbeit nicht finanzierbar gewesen.

Auch hier sind es Tätigkeiten, an denen man Freude hat; zugleich aber bessern sie das Einkommen auf. Zwei Aussagen aus der Haushaltsbefragung: „Der Automechaniker ist mir für Kleinigkeiten einfach zu teuer“, und „Der Garten ist für uns Bedürfnisbefriedigung. Wir wollen natürlich auch qualitativ hochwertiges Obst und Gemüse, und wenn wir das alles in dieser Qualität kaufen müssten, dann wäre es finanziell einfach nicht zu machen“.

Abermals haben wir es also mit einem durchgehenden Befund zu tun: *In der Eigenarbeit entsteht normalerweise Realeinkommen*. In der Befindlichkeitsstudie haben die Teilnehmer jeweils auch geschätzt, wieviel Geld sie durch die Eigenarbeit gespart haben. Dazu muss man wissen, dass in dieser Studie nur sechs Formen der Eigenarbeit untersucht wurden, das Heimwerken und Reparieren, das besondere Backen und Kochen, die Näh- und Handarbeit, das informierte Kaufen und die Gartenarbeit. Nur diese Tätigkeiten wurden von den Teilnehmern protokolliert, nur ihre Ergebnisse geschätzt. Wir haben die Schätzungen nachgeprüft und die Beträge addiert. Das Ergebnis war natürlich bei den einzelnen Probanden sehr unterschiedlich. Manche haben nur wenige Prozent, andere bis zu 25 Prozent ihres monatlichen Nettoeinkommens eingespart. Liegen viele Reparaturen an und sind die Personen sehr versiert auch in komplizierteren Arbeiten, so konnten in einem Monat bis zu 3 000 DM an Realeinkommen entstehen. Derart hohe Beträge sind zwar nur von Zeit zu Zeit zu erreichen. Im Durchschnitt aber haben die Teilnehmer an der Studie pro Monat eine Einsparung von etwa 10 Prozent erzielt.

Auch die Teilnehmer der Telefonbefragung haben geschätzt, was sie durch Eigenarbeit einsparen. Der mittlere Schätzwert für das Selbstzubereiten von Mahlzeiten liegt bei rd. 200 € im Monat, für die übrigen Eigenarbeiten bei rd. 720 € im Jahr. Rechnet man auch diesen Betrag auf den Monat um, addiert ihn zu der Einsparung durch das Selberkochen und setzt das Ergebnis zum Nettoeinkommen in Beziehung, so entspricht das, was durch Eigenarbeit an Geld-

ausgaben eingespart und folglich an Realeinkommen erworben werden kann, im Mittel einem Betrag in Höhe von über 15 Prozent des Geldeinkommens. Wollte man auch das Realeinkommen hinzurechnen, das dem Zeitaufwand für Kinder entspricht, so käme man auf einen wesentlich höheren Anteil.

Ausgleich für Einkommensrückgang?

Der skizzierte Befund soll allerdings nicht so verstanden werden, dass das Realeinkommen spontan als Ausgleich für *rückläufiges* Geldeinkommen eingesetzt werden kann. Denn meist wurde es ja bereits vorher erwirtschaftet. In Wolfsburg befragte VW-Mitarbeiter reagierten auf den Einkommensverlust, der mit der Arbeitszeitverkürzung einherging, mit verschärfter Ausgabenplanung und erhöhter Sparsamkeit, aber sie haben keine zusätzliche Eigenarbeit begonnen, um den Ausfall zu kompensieren. „Eigenarbeit wird fortgeführt und gegebenenfalls in der gewonnenen Zeit ausgebaut, sofern sie als relevante Aktivität des Alltagslebens bereits entwickelt gewesen ist. Das Motiv der Kompensation von Einkommensabsenkungen durch Eigenarbeit wurde durchgängig zurückgewiesen“ (Hielscher & Hildebrandt 1998, 105).

Das nimmt nicht wunder. Eigenarbeit als Ausgleich für einen Einkommensrückgang zu betreiben, würde eine Lebensumstellung bedeuten. Sie setzt Unternehmungsgeist, Druck und Gelegenheit voraus, selbst bei denen, die schon vorher Eigenarbeit kannten, und erst recht bei denen, für die sie neu wäre. Diese müssen ja erst einmal die nötigen Fertigkeiten erwerben oder vertiefen, sie müssen geeignete Strukturen aufsuchen oder aufbauen. Beides erfordert eine innere und äußere Umstellung. Ein Ausgleich für Einkommensrückgang wird sich daher nicht von heute auf morgen einstellen.

Bei den in Wolfsburg Befragten war ein gewisser Druck zwar vorhanden, wurde aber wohl für vorübergehend gehalten und konnte mit den gewohnten Mitteln aufgefangen werden, mit informiertem Einkauf und mit der Kürzung einzelner Ausgaben für Reisen, Anschaffungen, Extravaganzen (ebenda, S. 103). Zudem waren die Gelegenheiten zum Realeinkommenserwerb – jedenfalls im Vergleich mit der Befindlichkeitsstudie – ohnehin gering, da die Eigenarbeit bei den Wolfsburgern im wesentlichen auf das Reparieren, die Gartenarbeit und das günstige Einkaufen beschränkt war.

Zwar kann gerade das informierte Kaufen ein sehr wirksames Mittel zum Einsparen sein. Aber „von den Beschäftigten wird angegeben, dass die Sparsamkeit in Lebensführung und Konsum ‚schon immer so war‘ und nicht erst durch die Einkommensabsenkung relevant wurde“ (ebenda, S. 102). Man lebt eben noch ein bisschen sparsamer. Wenn das ausgereicht hat, um die durchschnittliche Verringerung des Jahreseinkommens um 16 Prozent (ebenda, S. 22) wettzumachen, bedurfte es keiner Lebensumstellung. Es hat offenbar ausgereicht, weil das hohe Lohnniveau es den VW-Beschäftigten ermöglichte, dass auch bei einer derart großen Einkommenseinbuße „noch ein monatliches Entgelt erzielt wird, das keine existentiellen Probleme nach sich zieht“ (Jürgens & Reinecke 1998, 218).

Bei Arbeitslosigkeit ist der Druck größer. In der Arbeitslosenumfrage wurde festgestellt, dass Arbeitslose mit höherer Schulbildung häufiger informelle Arbeit leisteten als solche mit geringerer, und dass die besser Ausgebildeten sich während der Arbeitslosigkeit häufiger weiterbildeten als die mit geringerer Schulbildung. Noch wichtiger als die Vorbildung aber ist die Übung. 75 Prozent der Arbeitslosen gaben an, dass sie die Fertigkeiten für ihre jeweilige informelle Tätigkeit durch „learning by doing“ erworben haben, 50 Prozent haben Freunde und Verwandte zu Rate gezogen.

Entscheidend ist offenbar, dass man sich für eine Tätigkeit aktiv interessiert. Wenn das vor der Arbeitslosigkeit bereits der Fall war, wird man die Tätigkeit auch während der Arbeitslosigkeit ausüben (Häußermann et al. 1990). In der Arbeitslosenbefragung ergab sich ein sehr enger Zusammenhang ($r=0,7$) zwischen den Aktivitäten vor und während der Arbeitslosigkeit: Je häufiger die Personen schon früher informelle Tätigkeiten ausgeübt haben, desto häufiger tun sie das auch als Arbeitslose, und desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie diese Tätigkeiten jetzt intensivieren. So konnte sich der Anteil derer, die hauswirtschaftliche Tätigkeiten, handwerkliche Arbeiten in Haus und Wohnung sowie Eigenproduktion von Möbeln, technischen Geräten, Kleidungsstücken, Spielzeug usw. häufig oder sehr häufig ausüben, gegenüber der Zeit vor ihrer Arbeitslosigkeit um je 16 Prozent erhöhen. Bei der häuslichen Pflege von Angehörigen und bei der Nachbarschaftshilfe betrug die Steigerung sogar 18 bis 19 Prozent.

7.4 Der Beitrag zur Lebensqualität

Nicht der materielle Nutzen ist das Befriedigende

Von den Teilnehmern der Befindlichkeitsstichprobe hatten sich 4 der 31 Personen bewusst und freiwillig für ein Mehr an Zeit und ein Weniger an Einkommen entschieden; 6 weitere waren aus äußeren Anlässen teilzeitbeschäftigt, 2 arbeitslos, 3 im Vorruhestand. Zusammen sind das rund 50 Prozent. Ihr Einkommen war, wie erwähnt, relativ gering. Sie alle gingen Formen von Eigenarbeit nach, in denen sie die einst erlernten Fähigkeiten anwenden konnten, soziale Kontakte hatten, Anerkennung erfuhren und das Gefühl hatten, sinnvoll und produktiv tätig zu sein. Nimmt man die 6 Rentner hinzu, so nutzten zwei Drittel dieser Stichprobe den Gewinn an Zeit dazu, den Entgang an Einkommen und Beschäftigung durch Eigenarbeit zu kompensieren.

Aber vielleicht haben sie die Eigenarbeit nur durchgeführt, weil und solange sie es nötig hatten? Hätten sie bei genug Geld lieber andere für die Arbeit bezahlt? Im Protokollbogen war eine Frage danach enthalten. Sie lautet: "Würden Sie es in jedem Fall wieder machen, egal ob Geld gespart werden soll oder nicht?" Die Auswertung hat gezeigt, dass die TeilnehmerInnen die jeweilige Tätigkeit in nahezu 90 Prozent der Fälle wieder tun würden. Nur in 10 Prozent der 999 Protokolle wurde die Frage verneint oder keine Angabe gemacht.

Wir haben überprüft, ob es sich für die einzelnen Tätigkeitsbereiche ebenso verhält. Für das Werken, besondere Kochen und Backen, das Nähen und die Gartenarbeit ergaben sich in jeweils weit über 90 Prozent der Fälle positive Antworten. Beim Reparieren, dem Informieren/Leihen/Tauschen/Teilen und dem bürgerschaftlichen Engagement lagen die bejahenden Antworten zwischen 80 und 90 Prozent. Nur bei der sozialen Eigenarbeit war der Anteil der positiven Antworten deutlich niedriger (70 Prozent ja, 7 Prozent nein). Auffällig groß (23 Prozent) ist hier auch der Anteil der Protokolle, in denen weder Ja noch Nein angekreuzt war. Auf diesen Unterschied kommen wir noch zurück.

Im Ganzen aber hat die informelle Arbeit ihren eigenen, recht hohen Wert. Das zeigt sich auch in der Haushaltsstichprobe. Von den 100 Befragten waren 54 berufstätig. Fast zwei Drittel davon zeigten sich mit ihrer Berufsarbeit zufrieden, etwas mehr als ein Drittel litten unter entfremdenden Arbeitsbedin-

gungen. Es ist klar, dass diese in der informellen Arbeit einen Ausgleich dafür suchten. Aber auch von den mit der Erwerbsarbeit zufriedenen Befragten empfindet die große Mehrheit (79 Prozent) die informelle Arbeit als befriedigender oder zumindest ebenso befriedigend. Als Vorteile nennen sie z.B. die freiere Zeiteinteilung, die Betätigung an frischer Luft im Gegensatz zum „Fabrikmief“, das Gefühl, „sein eigener Herr zu sein“ und „von keinem reingeredet zu bekommen“, das stressfreie Arbeiten für sich selbst, bei dem man sofort das Ergebnis zu Gesicht bekommt (Fink-Bezner 1997, 56). Mit einem Wort: In der informellen Arbeit genießen sie *Freiheit*, bei allem Druck der sachlichen Notwendigkeiten.

Und je mehr sie die Erwerbsarbeit als leidvolle *Notwendigkeit* erfahren, desto eher wünschen sie sich eine Arbeitszeitverkürzung: Von denen, die unter entfremdenden Arbeitsbedingungen litten, hatten 9 Prozent ihre Arbeitszeit bereits reduziert, 73 Prozent wünschten sich eine Reduktion, auch wenn das weniger Lohnneinkommen bedeutet, und nur 18 Prozent wollten die Arbeitszeit unverändert lassen. Von denen, die keine Entfremdung empfanden, hatten 28 Prozent ihre Arbeitszeit bereits reduziert (und waren auch deshalb zufriedener), 11 Prozent wünschten eine Reduktion auch ohne Lohnausgleich, 61 Prozent wollten ihre Vollzeitarbeit beibehalten.

Aber niemand dachte daran, die Erwerbsarbeit ganz aufzugeben, und das nicht etwa nur weil dann das Erwerbseinkommen fehlt. Dazu muss man daran erinnern, dass in dieser Stichprobe nur Menschen waren, die privat, also zu Hause, Eigenarbeit betrieben. „Wenn man nur zu Hause für sich arbeitet, dann ist das auch mit Problemen behaftet, es fehlt einem die soziale Anerkennung und vor allem der Kontakt zu anderen“. Deshalb wollten sie den Beruf nicht missen, auch „wenn in den letzten Jahren der Stress und der Termindruck immer unerträglicher werden“. Was sie sich wünschten, war ein besseres Gleichgewicht zwischen Befriedigungen beruflicher und außerberuflicher Art (Fink-Bezner 1997, 57 f.), eine Balance zwischen Notwendigkeit und Freiheit.

Zur Messung des Wohlbefindens

Dennoch ist es keine Kleinigkeit, mit einem geringeren Erwerbseinkommen zu leben. Die Verringerung des materiellen Aufwands muss durch das Bewusstsein einer immateriellen Erfüllung kompensiert werden, die die Qualität des

Lebens mindestens ebenso wirksam erhöht. Für Menschen, die sich darauf nicht schon von langer Hand eingerichtet haben, ist das eine tiefgreifende Lebensumstellung. „Für einen solchen Wandel der Bewertung von Freizeit und Geld ist eines zentral: Die Gewöhnung erfolgt nicht ‚über Nacht‘, sondern es ist ein langer Erfahrungszeitraum nötig, in dem sich das neue Modell als ‚lebbar‘ erweist. Die bei allen zunächst anzutreffende Skepsis gegenüber einer Abkehr von der bisherigen Norm wurde erst durch konkrete Erfahrungen abgebaut“ (Jürgens & Reinecke 1998, S. 217).

Den Beitrag der informellen Arbeit zur Lebensqualität ermittelt man daher am sichersten bei denen, die sie schon länger praktizieren. Das war der Hauptzweck der Befindlichkeitsstudie. An die Teilnehmer wurden in regelmäßigen Abständen Protokollbögen mit vorbereiteten Rückumschlägen verteilt. Die Aufgabe bestand darin, jeweils nach der Ausübung einer Tätigkeit ein Protokoll auszufüllen. Durch einfaches Ankreuzen war einzutragen, um welche Tätigkeit es sich handelte, für wen und wie lange sie ausgeübt wurde, welchen Anlass und Zweck sie hatte, wieviel Geld man ggf. dadurch gespart hat, und vor allem wie man sich bei ihr gefühlt hat, also die subjektive Befindlichkeit.

Für die Erhebung des Wohlbefindens ist die Methode der Befindlichkeitsprotokolle speziell entwickelt worden (Brandstätter 1977; 1994; Csikszentmihalyi, Larson & Prescott 1977; Csikszentmihalyi & Larson 1987). Sie besteht darin, dass die Probanden bei einer Reihe von Aussagen (wie: ich fühlte mich angeregt, es war eine Herausforderung für mich, ich musste mich anstrengen, ich war mit dem Ergebnis zufrieden) auf einer Skala (1 = gar nicht, 9 = vollständig) ankreuzen, wie sie sich bei der Tätigkeit befunden haben. Auswertbar waren 999 Protokollbögen. Die Befindlichkeitsaussagen wurden einer Faktoranalyse unterworfen. 21 Aussagen erwiesen sich als besonders geeignet, das Wohlbefinden zu messen. Sie konnten zu vier Variablen zusammengefasst werden:

- *Hinwendung*: fühlte mich angeregt, interessiert, war ganz bei der Sache, aufmerksam.
- *Einsatz*: empfand die Tätigkeit als produktiv, es war eine Herausforderung für mich, fühlte mich aktiv, musste mich anstrengen, war konzentriert.
- *Zufriedenheit*: habe mich danach befriedigt gefühlt, war mit dem Ergebnis zufrieden, hatte die Situation unter Kontrolle, meine Fähigkeiten reichten aus, bin meinen eigenen Vorstellungen gefolgt.

- *Wohlgefühl*: fühlte mich voll Behagen, glücklich, gut unterhalten, fröhlich, entspannt, erfüllt, habe mich gut gefühlt.

In der psychologischen Erforschung des „well being“ ist es gut belegt, dass die in und mit einer Handlung empfundene Befriedigung davon abhängt, wie interessiert man sich dem Gegenstand zuwendet und wie selbstbestimmt man die eigene psychische Energie einsetzt (Argyle 1987; Csikszentmihalyi 1992). Die Hinwendung (der Aufmerksamkeit) deutet auf die innere Stimulation, der Einsatz (der psychischen Energie) auf die Aktivierung der eigenen Fähigkeiten, die auch bei externer Stimulation zustandekommt. Zufriedenheit und Wohlgefühl zeigen die innere Befriedigung in der Tätigkeit an, haben aber auch externe Quellen – die Zufriedenheit hängt auch mit dem Produkt und der Leistung zusammen, das Wohlgefühl auch mit Komfort und Unterhaltung.

Aus den in der Befindlichkeitsstudie untersuchten Tätigkeiten greifen wir zwei heraus, die der privaten Eigenproduktion gewidmet sind, das Heimwerken und das Reparieren. Eine dritte – die soziale Eigenarbeit – dient dem im privaten Bereich ausgeübten Dienst an einzelnen anderen Menschen. Eine vierte ist die Bürgerarbeit, die ehrenamtliche Arbeit für eine Gruppe, einen Verein. Die einbezogenen Vereine waren meist Aufgaben wie dem Ringtausch oder dem Car-Sharing gewidmet,.

Um die Zusammenhänge zwischen den Tätigkeiten und dem Wohlbefinden vergleichend darstellen zu können, haben wir für jede Variable des Wohlbefindens bei jeder Tätigkeit die Abweichungen vom Durchschnitt aller von der Person protokollierten Tätigkeiten berechnet, d.h. die Werte der vier Variablen *z-transformiert*. Zu diesem Zweck wird der Mittelwert für alle Tätigkeiten einer Person bei jeder Variablen auf Null gesetzt. Die berechneten *z*-Werte geben dann an, wie weit bei der einzelnen Tätigkeit das Wohlbefinden der Person über oder unter ihrem durchschnittlichen Befinden liegt oder unter den Durchschnitt absinkt. Der Durchschnitt ist 0, der höchste überdurchschnittliche Wert ist +1, der höchste unterdurchschnittliche Wert ist -1. In der folgenden Tabelle sind die *z*-Werte aller befragten Personen zusammengefasst; in Klammern ist jeweils die Anzahl der Personen und die Zahl der Protokolle angegeben, in denen über die betreffende Tätigkeit berichtet wurde.

Beim Heimwerken liegen alle Befindlichkeiten deutlich über dem Durchschnitt; man hat sich die Aufgabe selbst gewählt und hat Freude an der Tätigkeit. Das Reparieren ist nicht so selbstbestimmt: Rohre platzen zur Unzeit, die

z-Werte der Befindlichkeiten

	Hinwendung	Einsatz	Wohlgefühl	Zufriedenheit
Heimwerken (31/110)	+393	+493	+395	+147
Reparieren (31/241)	-195	+270	-315	+027
Bürgerarbeit (31/68)	+630	+430	+275	+055
Soziale Arbeit (31/96)	-388	-325	-599	-751

Betroffenen würden lieber etwas anderes tun; sie setzen sich ein, aber nicht immer mit Begeisterung; so sind die Hinwendung und das Wohlgefühl unter dem Durchschnitt. Mit anderen Worten: Heimwerken wird überwiegend aus persönlichem Interesse getan, Reparieren oft mehr aus Verantwortung. Auch die Bürgerarbeit ist befriedigend, sie wird mit hohem Einsatz und noch größerem Interesse durchgeführt und bewirkt ein relativ hohes Wohlgefühl.

Zur Bedeutung des selbstbestimmten Handelns

Man sieht: Die intrinsische Motivation variiert, sowohl bei Tätigkeiten im privaten Interesse als auch bei sozial bezogenen Tätigkeiten. Sie ist stark, wenn sowohl Hinwendung als auch Einsatz hoch ausgeprägt sind; dann ist auch das Wohlgefühl am größten. Die Kombination von intensiver Hinwendung und hohem Einsatz tritt nur auf, wenn die handelnden Menschen das Arbeitsziel bejahen und selbstbestimmt mitarbeiten, weil sie sich frei fühlen, „ihre Kräfte zu gebrauchen und die in ihnen liegenden Möglichkeiten zu verwirklichen“ (Fromm 1985, 73), so dass sie die Tätigkeit als sinnvoll erleben und sich aus eigenem Antrieb dafür einsetzen können.

Selbstbestimmt handeln bedeutet nicht, dass man nur das tut, was einem Spaß macht. Auch eine lästige Arbeit kann selbstbestimmt sein, wenn man sie innerlich akzeptiert und sie in diesem Sinne aus eigenem Antrieb tut – aus Einsicht in eine Notwendigkeit, aus Verantwortung für eine Aufgabe oder für einen Menschen. Deci und Ryan (1985, 157) sprechen in solchen Fällen von „choiceful accommodation“: Man macht das Beste aus einer nicht selbstgewählten Aufgabe, macht sich eine zwingende Verpflichtung zu eigen. So

z-Werte in Abhängigkeit von den drei Einflussfaktoren

	Alle proto- kollierten Fälle	Nur Fälle mit hoher Selbst- bestimmtheit	Nur Fälle mit hoher Selbst- bestimmtheit und guten Arbeits- bedingungen	Nur Fälle mit hoher Selbst- bestimmtheit, guten Arbeits- bedingungen und genug Zeit
<i>Befindlichkeiten beim Reparieren</i>	n=241	n=164	n=132	n=87
Hinwendung	-,195	-,003	+,033	+,118
Einsatz	+,270	+,459	+,540	+,590
Zufriedenheit	+,027	+,282	+,394	+,501
Wohlgefühl	-,315	-,138	-,130	-,058

geschieht es häufig bei beruflichen Tätigkeiten: Der Einsatz ist zwar hoch, aber die Hinwendung etwas geringer, das Wohlgefühl liegt unter dem Durchschnitt, und auch die Zufriedenheit hält sich in Grenzen. Beim Reparieren und bei der Sozialen Arbeit scheint es ähnlich zu sein: Man akzeptiert die Notwendigkeit, auch wenn man die Tätigkeit selbst nicht so recht genießen kann.

Die Befragten haben auf den Protokollbögen u.a. angekreuzt, in welchem Maße sie sich bei den Tätigkeiten jeweils „selbstbestimmt“ gefühlt haben. Deshalb konnten wir innerhalb der einzelnen Tätigkeitsgruppen diejenigen Protokolle auswählen, in denen angegeben ist, dass die Tätigkeit mit hoher Selbstbestimmtheit ausgeführt wurde. Und da selbstbestimmtes Handeln Zeit braucht, lag es nahe, auch einmal diejenigen Protokolle gesondert zu betrachten, in denen angegeben war, dass man für die Tätigkeit „genug Zeit“ hatte.

So haben wir geprüft, ob die Tätigkeiten dann mit höheren Befindlichkeiten verbunden waren, wenn sie selbstbestimmter bzw. mit mehr Zeit ausgeführt werden konnten. Dabei haben wir auch gleich mitberechnet, ob das gleiche gilt, wenn die Tätigkeiten mit besseren materiellen Arbeitsbedingungen (Räume, Werkzeuge usw.) ausgestattet waren. Das Ergebnis ist – am Beispiel des Reparierens – aus der folgenden Tabelle abzulesen.

Veränderung der z-Werte unter fördernden Bedingungen* (z-Werte)				
	Hinwendung	Einsatz	Wohlgefühl	Zufriedenheit
Alle 110 Protokolle über <i>Heimwerken</i>	+ ,393	+ ,493	+ ,395	+ ,147
59 Protokolle (54Prozent) mit hoher Ausprägung der drei Bedingungen	Δ + ,370	Δ + ,283	Δ + ,292	Δ + ,284
Alle 241 Protokolle über <i>Reparieren</i>	- ,195	+ ,270	- ,315	+ ,027
87 Protokolle (36Prozent) mit hoher Ausprägung der drei Bedingungen	Δ + ,393	Δ + ,320	Δ + ,252	Δ + ,474
Alle 68 Protokolle über <i>Bürgerarbeit</i>	+ ,630	+ ,430	+ ,275	+ ,055
28 Protokolle (41Prozent) mit hoher Ausprägung der drei Bedingungen	Δ + ,448	Δ + ,549	Δ + ,331	Δ + ,530
Alle 96 Protokolle über <i>soziale Eigenarbeit</i>	- ,388	- ,285	- ,599	- ,751
30 Protokolle (31Prozent) mit hoher Ausprägung der drei Bedingungen	Δ + ,502	Δ + ,606	Δ - ,026	Δ + ,410

Alle drei Faktoren erhöhen die Befindlichkeit, aber die Möglichkeit selbstbestimmten Arbeitens hat die stärkste Wirkung. Auch eine Korrelationsanalyse zur Berechnung des Zusammenhangs zwischen den drei Faktoren Selbstbestimmtheit, Arbeitsbedingungen, Zeit und den z-Werten der vier Befindlichkeitsvariablen erbrachte deutlich höhere Korrelationen für die Selbstbestimmtheit ($r = 0,4$ bis $0,5$) als für Zeit und Arbeitsbedingungen ($r = 0,2$ bis $0,3$).

Doch variiert die Wirkung der drei Faktoren auch mit der Tätigkeit selbst, wie die folgende Tabelle zeigt. In ihr sind für vier Tätigkeiten in der jeweils ersten Zeile alle Protokolle und in der jeweils zweiten Zeile nur diejenigen

Protokolle ausgewertet, in denen bei den Aussagen „habe mich selbstbestimmt gefühlt“, „hatte genug Zeit“ und „hatte die notwendigen Möglichkeiten (Material, Räumlichkeiten...)“ ein Wert am oberen Ende der Skala (>6) angekreuzt worden ist. Der Delta-Wert in den zweiten Zeilen gibt an, um wieviele Punkte die z-Werte sich unter der Wirkung der drei Faktoren erhöht haben.

Wie man beim Vergleich der vier ersten Zeilen sieht, ist bei den Tätigkeiten schon das Ausgangsniveau der Befindlichkeiten unterschiedlich; die Hinwendung ist bei der Bürgerarbeit mit +,630 am höchsten über dem Durchschnitt, beim Heimwerken mit +,395 nicht ganz so hoch, beim Reparieren (-,195) dagegen schon deutlich und bei der sozialen Eigenarbeit (-,388) noch weiter unter dem Durchschnitt. Dagegen ist der Einsatz beim Heimwerken am höchsten, und ebenso das Wohlgefühl und die Zufriedenheit.

Im Vergleich der jeweils zweiten Zeile erkennt man, dass die intrinsische Motivation, wie sie sich in Hinwendung und Einsatz ausdrückt, bei der sozialen Eigenarbeit am stärksten und bei der Bürgerarbeit nur am zweitstärksten ansteigt, wenn die Tätigkeiten selbstbestimmt, mit genug Zeit und unter guten materiellen Voraussetzungen ausgeführt werden können. Dagegen steigt die empfundene Befriedigung, ausgedrückt in Wohlgefühl und Zufriedenheit, am stärksten bei der Bürgerarbeit und am zweitstärksten beim Reparieren an.

Viel hängt also einerseits davon ab, ob die tätigkeitsspezifischen Bedingungen schon im Normalfall ein selbstbestimmtes Handeln erlauben und den Personen das Gefühl vermitteln, genug Zeit und ausreichende materielle Voraussetzungen zu haben. Doch andererseits hängt ebenfalls viel davon ab, ob die Bedingungen weiter verbessert werden.

Nun ist in der Befindlichkeitsstudie, aus der diese Befunde stammen, die motivierende Kraft des Einkommens gar nicht erhoben worden und kann folglich auch nicht mit der Wirkung der drei Faktoren verglichen werden. Es gilt aber in der Glücksforschung längst als gesichertes Erkenntnis, dass der materielle Wohlstand oberhalb eines auskömmlichen Niveaus nur noch einen geringen Einfluss auf das subjektive Wohlbefinden hat (eine neuere Übersicht: Schwartz 2004). Deshalb halten wir die Folgerung für begründet, dass Menschen dazu neigen, wenn die äußeren Bedingungen für die drei Faktoren Selbstbestimmtheit, Arbeitsbedingungen und Zeit in hinreichendem Maße gegeben sind, *aus Interesse und eigenem Antrieb zu handeln*, auch wenn sie davon keinen zusätzlichen geldwerten Vorteil haben. Denn das Handeln trägt dann seinen Lohn in sich. Damit ist nicht gesagt, dass es nicht materiell entgolten oder alimentiert

zu werden braucht – das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Aber das Entgelt oder die Alimentation sind dann kein Anreiz dafür, dass die Tätigkeit getan wird. Sie haben eher die Funktion, der Enttäuschung darüber vorzubeugen, dass sie nicht gewürdigt wird.

Das Unbefriedigende an sozialer Eigenarbeit

Auffällig ist, dass die soziale Eigenarbeit im allgemeinen nur wenig intrinsisch motiviert erscheint und auch die Befriedigung weit unter dem Durchschnitt liegt. Wie die folgende Tabelle noch einmal vor Augen führt, ist es demgegenüber besonders bemerkenswert, dass die private Betreuung von Alten und Kindern, Kranken und Behinderten an intrinsischer Motivation so stark gewinnt, wenn sie in Selbstbestimmtheit, mit genügend Muße und unter guten Arbeitsbedingungen stattfinden kann. Offenbar unterscheidet sich die soziale Eigenarbeit darin von den befriedigenderen Tätigkeiten, dass bei ihr diese drei Faktoren seltener gegeben sind. Nach den Gesprächen, die Patricia Dahm mit den Teilnehmern an der Befindlichkeitsstudie führte, liegt das teils an den Aufgaben, die zu erledigen sind, teils an den hilfsbedürftigen Personen, teils auch an den eigenen Fähigkeiten der Helfenden.

Soziale Eigenarbeit besteht oft aus lästigen Aufgaben wie dem Einkaufen, dem Blumengießen, dem Behördengang, der Umzugshilfe, und in der mühsamen und nicht selten frustrierenden Betreuung von Kranken, Alten, Behinderten. Häufig führt weniger die Tätigkeit selbst zu unterdurchschnittlicher Befindlichkeit als ihre zeitliche Dichte. Wenn sehr viel Zeit mit der Sozialen Arbeit verbracht werden muss, wirkt sich das auf das Befinden aus. Die Arbeit wird zu einer Routinetätigkeit. Die Zeit vergeht nur noch langsam, und es entsteht ein Stress, ähnlich einem Berufsstress. Die eigene Zeit wird als zu knapp empfunden, man stellt die eigenen Bedürfnisse zurück und leidet darunter.

Vielfach liegt das auch daran, dass diejenigen, die die Tätigkeit ausführen, nicht gelernt haben, wie man durch „choiceful accommodation“ mit den Problemen und dem Verhalten der Betreuten selbstbestimmt umgeht, ohne in *ego involvement* zu verfallen.

Dann können Gespräche mit schwierigen oder auch mit alten Personen sehr anstrengend werden. Man muss sich sehr auf die Gesprächspartner konzentrieren. Die Gespräche mit der Nachbarin von früher, die nun im Altersheim lebt, werden z.B. deshalb als anstrengend empfunden, weil der Gesprächsstoff

Befindlichkeiten bei sozialer Eigenarbeit (z-Werte)

	Hinwendung	Einsatz	Wohlgefühl	Zufriedenheit
94 Protokolle über soziale Eigenarbeit	-,388	-,325	-,751	-,599
54 Protokolle unter weniger günstigen Bedingungen* (13 Personen)	-,738	-,722	-1,061	-,645
40 Protokolle unter günstigeren Bedingungen** (13 Personen)	+,114	+,321	-,321	-,573

* Protokolle, in denen bei „habe mich selbstbestimmt gefühlt“, „hatte genug Zeit“ und „hatte die notwendigen Möglichkeiten (Material, Räumlichkeiten ...)“ mindestens einmal ein Wert am unteren Ende der Skala (1 bis 6) angekreuzt worden ist.

** Protokolle, in denen bei allen drei Aussagen ein Wert am oberen Ende der Skala (7 bis 9) angekreuzt worden ist.

Erläuterung: 6 Personen sind sowohl in der 2. als auch in der 3. Zeile vertreten, haben also in manchen Fällen günstige und in anderen ungünstige Bedingungen protokolliert. Das dürfte darauf hindeuten, dass das unterschiedliche Befinden nicht so sehr an ihnen lag als vielmehr an der Situation.

immer derselbe ist. Man kann nicht über Neuigkeiten plaudern, weil es im Heim nicht viel Neues gibt und die Nachbarin sehr in der Vergangenheit lebt. Eine Teilnehmerin fand das Säubern der Wohnung einer Nachbarin als unbefriedigend, weil sie sich von ihrer Arbeit abgehalten fühlte. Die Nachbarin wollte sich unterhalten. Um nicht unhöflich zu wirken, hat die Probandin ihre Tätigkeit immer wieder unterbrochen. Das empfand sie als Verschwendung ihrer knappen Zeit. Auch die Betreuung von Kindern wird eher als lästig empfunden, wenn man selbst nicht darin geübt ist und die Kinder deshalb anstrengend findet. Ein Gefühl der mangelnden Selbstbestimmtheit wird auch dann gefördert, wenn man keine Anerkennung für seine Arbeit und Hilfe erfährt; dadurch entsteht ein Gefühl des Unbehagens, das sich als ein Ausgenutzt fühlen und Fremdbestimmtheit manifestieren kann.

Ohne die drei günstigen Bedingungen nehmen nur solche Menschen soziale Arbeit auf sich, die nicht anders können, und sie tun es dann so ungern und

Befindlichkeiten bei Bürgerarbeit (z-Werte)

	Hinwendung	Einsatz	Wohlgefühl	Zufriedenheit
alle 68 Protokolle über Bürgerarbeit	+ ,630	+ ,430	+ ,055	+ ,275
33 Protokolle unter weniger günstigen Bedingungen* (11 Personen)	+ ,239	- ,036	- ,410	- ,005
35 Protokolle unter günstigen Bedingungen** (10 Personen)	+1,078	+ ,979	+ ,585	+ ,606

* Protokolle, in denen bei „habe mich selbstbestimmt gefühlt“, „hatte genug Zeit“ und „hatte die notwendigen Möglichkeiten (Material, Räumlichkeiten ...)“ mindestens einmal ein Wert am unteren Ende der Skala (1 bis 6) angekreuzt worden ist.

** Protokolle, in denen bei allen drei Aussagen ein Wert am oberen Ende der Skala (7 bis 9) angekreuzt worden ist.

Erläuterung: Auch bei dieser Auszählung sind 6 Personen sowohl in der 2. als auch in der 3. Zeile vertreten, haben also in manchen Fällen günstige und in anderen ungünstige Bedingungen protokolliert. Das unterschiedliche Befinden lag offenbar nicht so sehr an ihnen als vielmehr an der Situation.

mit so wenig Engagement, dass man sicher sein kann: Wenn sie es sich leisten könnten, würden sie diese Arbeit abwählen.

Gesellschaftlich ist es aber wichtig, dass sie getan wird. Die Betreuung von Kranken, Alten und Behinderten wäre nicht finanzierbar, wenn sie zu hundert Prozent erwerbswirtschaftlich, in Krankenhäusern oder Sozialstationen, durchgeführt werden müsste. Also muss man herausfinden, wie die soziale Eigenarbeit so gestaltet werden kann, dass sie als selbstbestimmt empfunden wird, dass genügend Zeit dafür ist und dass die äußeren Umstände sachangemessen sind.

Mag sein, dass das in manchen Fällen gar nicht möglich ist, auch wegen der Eigenarten der ausübenden Personen; allerdings haben wir in der Befindlichkeitsstudie festgestellt, dass relativ häufig ein und dieselbe Person im einen Fall günstige und im anderen Fall ungünstige Bedingungen protokolliert hat. Das deutet darauf hin, dass es oft nicht so sehr an ihr lag als vielmehr an der Situation.

Doch nicht selten wird das Problem darin liegen, dass die beteiligten Personen mit der Situation nicht adäquat umgehen können und eine geeignete Anleitung, Schulung oder Unterstützung brauchen. Oder es liegt darin, dass sie mit der zeitlichen Dichte der Tätigkeiten nicht fertigwerden, weil sie ihnen zu wenig Erholungspausen und Abwechslung lässt. In solchen Fällen kann es günstiger sein, dass die soziale Arbeit in den Formen und Einrichtungen der Bürgerarbeit durchgeführt wird; denn diese erlauben sowohl professionelle Anleitung der Personen als auch zeitliche Streuung der Aufgaben.

Bürgerarbeit ist im Durchschnitt wesentlich befriedigender als die soziale Arbeit. Aber auch hier sind nur dann die Befindlichkeiten extrem hoch ausgeprägt, wenn die Arbeit selbstbestimmt und mit genug Zeit ausgeführt werden kann. Der Vergleich der drei Zeilen in der obigen Tabelle zeigt das in aller Deutlichkeit. Bei weniger günstigen Bedingungen ist auch die Bürgerarbeit nicht besonders befriedigend.

Ganz lässt es sich wohl nicht vermeiden, dass Bürgerarbeit auch unter ungünstigen Bedingungen stattfindet. Aber das kann minimiert werden, wenn man mehr darüber weiß, wie die Bedingungen der Gruppenarbeit so gestaltet werden können, dass die Tätigkeiten selbstbestimmt ausgeübt werden, und wenn die Mitarbeiter in den Methoden der *choiceful accommodation* professionell geschult werden.

Warum sollte die Erwerbsarbeit nicht selbstbestimmt sein?

Die folgenden Befunde beruhen auf einer Erhebung, die sieben StudentInnen der Universität Hohenheim 1994/95 im Rahmen eines Forschungskolloquiums am Lehrstuhl für Konsumtheorie und Verbraucherpolitik durchgeführt haben. Die Arbeiten sind im Anschluss an das Literaturverzeichnis aufgeführt; sie galten der Ökonomie des Guten Lebens. Doch bei der Erhebung der Befindlichkeitsprotokolle wurde die gleiche Methode angewandt wie in der Befindlichkeitsstudie. Die von ihnen zusammengetragenen Daten wurden von Michael Neuner zusammenfassend ausgewertet.

Die Stichprobe ist im Hinblick auf alle demographischen Merkmale normal zusammengesetzt, doch ist die Gruppe der Arbeiter unterrepräsentiert, und die höheren Bildungsschichten sind überrepräsentiert; das hängt damit zusammen, dass die Studenten sich aus dem begrenzten Kreis derer, zu denen sie Zugang hatten, kooperationswillige Befragungspartner suchen mussten.

Befindlichkeiten in Beruf und Freizeit (z-Werte)

	Hinwendung	Einsatz	Wohlgefühl	Zufriedenheit
397 Protokolle von 69 Personen über berufliche Aktivitäten	+210	+615	-411	+046
198 Protokolle über berufliche Aktivitäten unter weniger günstigen Bedingungen* (55 Personen)	-070	+492	-694	-325
159 Protokolle unter günstigeren Bedingungen** (42 Personen)	+562	+769	-057	+510
358 Protokolle von 57 Personen über Freizeitbeschäftigungen	-411	+258	+360	+280
199 Protokolle über Freizeit- beschäftigungen unter weniger günstigen Bedingungen* (57 Personen)	+064	+071	+012	-105
196 Protokolle unter günstigeren Bedingungen** (57 Personen)	+548	+444	+709	+674

* Protokolle, in denen bei mindestens einer der beiden Aussagen „habe mich selbstbestimmt gefühlt“ und „hatte genug Zeit“ ein Wert am unteren Ende der Skala (1 bis 6) angekreuzt worden ist (eine Aussage über die Arbeitsbedingungen wurde in dieser Stichprobe nicht erhoben).

** Protokolle, in denen bei beiden Aussagen ein Wert am oberen Ende der Skala (7 bis 9) angekreuzt worden ist.

Erläuterung: Die meisten (bei Freizeit alle) Auskunftspersonen haben sowohl Tätigkeiten unter günstigen als auch unter ungünstigen Bedingungen protokolliert.

Trotz dieses Unterschieds zur Befindlichkeitsstichprobe ergeben sich vergleichbare Ergebnisse. Auch hier hängen die Befindlichkeiten nicht so sehr von den Personen ab, die ja alle von der gleichen Kultur geprägt sind, als vielmehr von den Umständen.

Bei beruflichen Tätigkeiten ist der Einsatz schon normalerweise sehr groß, auch die Hinwendung ist über dem Durchschnitt, die Zufriedenheit aber nur durchschnittlich und das Wohlfühl sehr niedrig. Bei Fremdbestimmung und Zeitdruck sinken Hinwendung, Zufriedenheit und Wohlfühl, nur der Einsatz bleibt hoch. Bei Selbstbestimmung und genug Zeit steigt der Einsatz, noch mehr die Hinwendung und die Zufriedenheit, aber das Wohlfühl bleibt beim Durchschnitt.

Augenscheinlich liegt der Wert dann in der Arbeit selbst, in der Freude am Tun, in der Herausforderung durch die Aufgabe, an der man wächst, in der Genugtuung über das Gelingen, im Handlungsnutzen. Man erlebt die nicht-entfremdete Arbeit, die Bedarfsbeziehung zum Gegenstand, das Gefühl der Autorschaft, die eigene Kreativität, die Selbstbestimmtheit des Handelns als tief befriedigend, allerdings mehr im Sinne von Zufriedenheit als von Wohlfühl.

Diese Befriedigung ist eine ganz andere als die, die man bei Komfort und Unterhaltung empfindet. Manche Eigenarbeiten sind nun einmal nicht entspannend und vermitteln wenig Erfüllung; es ist einfach notwendig, dass sie getan werden, und das erfordert intensive Hinwendung und/oder hohen Einsatz. Beides kommt zustande, wenn die Tätigkeit selbstbestimmt und mit genug Zeit getan werden kann. Wenn dann auch noch die Zufriedenheit über das Erreichte hoch ist, dann bedeutet es keinen Abstrich am Wohlbefinden, dass das Wohlfühl unter dem Durchschnitt bleibt.

Im Zentrum des Wohlbefindens steht in solchen Fällen die *Produktivität*, das Einbringen der eigenen Kräfte, der Einsatz, die aktive, angeregte Hinwendung zum Gegenstand. Das war schon beim Reparieren zu beobachten, und es ist auch im Beruf so. Zeitwohlstand im Beruf wirkt sich vor allem in intensiverer Hinwendung aus, denn der Einsatz ist auch sonst relativ hoch, und in größerer Zufriedenheit, das Wohlfühl aber bleibt durchschnittlich. Was sich am meisten verstärkt, wenn man selbstbestimmt und mit genug Zeit tätig sein kann, ist also das Interesse an der Tätigkeit oder Aufgabe: Man ist aufmerksam, angeregt, ganz bei der Sache, *deshalb* fühlt man sich in der Tätigkeit wohl, und nicht weil sie bequem, leicht, unanstrengend ist.

Befindlichkeiten beim Fernsehen

	Hinwendung	Einsatz	Wohlgefühl	Zufriedenheit
417 Protokolle von 65 Personen über <i>Fernsehen</i>	–,328	–,945	–,116	–,441
258 Protokolle über Fernsehen unter weniger günstigen Bedingungen* (61 Personen)	–,591	–1,121	–,317	–,867
159 Protokolle unter günstigeren Bedingungen** (45 Personen)	+,101	–,657	+,208	+,260

* Protokolle, in denen zumindest bei einer der beiden Aussagen „habe mich selbstbestimmt gefühlt“ und „hatte genug Zeit“ ein Wert am unteren Ende der Skala (1 bis 6) angekreuzt worden ist.

** Protokolle, in denen bei beiden Aussagen ein Wert am oberen Ende der Skala (>6) angekreuzt worden ist.

Auch in den meisten Freizeitbeschäftigungen entsteht ein höheres Wohlbefinden, wenn man bei der Sache ist und sich einsetzt. Darauf kommt es an. Und so angenehm der Komfort des Anstrengungslosen, Passiven, Mundgerechten auch erscheinen mag: Für das Wohlbefinden ist er nicht notwendig, ja er kann ihm sogar abträglich sein. Beim Fernsehen ist das geradezu paradigmatisch: Die Befriedigung ist normalerweise sehr gering, aber die Kosten, Hinwendung und Einsatz, sind noch viel niedriger; das erklärt, warum sich viele mit dem passiven Berieseltwerden zufriedengeben. Wendet der Zuschauer sich aber dem Programm aktiv zu, so mag sein psychischer Einsatz immer noch gering sein, aber die Hinwendung bewirkt eine messbar höhere Befriedigung (vgl. Czikscentmihaly 1995, 183 f., 266).

Vergleicht man nun den Beruf, also die formelle Arbeit, mit den dargestellten Beispielen für informelle Arbeit, so zeigt sich eine deutliche Parallele: Beide erfordern Einsatz und gewinnen mit aktiver Hinwendung, d.h. sie sind befriedigender, wenn sie intrinsisch motiviert betrieben werden. Bei fremd-

bestimmten beruflichen Tätigkeiten ist der empfundene Einsatz höher als die empfundene Hinwendung. Doch wo die berufliche Arbeit als selbstbestimmt empfunden wird, da gleicht sich die Hinwendung dem Einsatz an, und die Befriedigung steigt. Wenn das eines Tages für alle beruflichen Tätigkeiten gelten sollte, wäre der Übergang zur Tätigkeitsgesellschaft vollzogen.

Vierter Teil:
Ein Modell
für Nachhaltigkeit

Kapitel 8: Subsistenz in den Zeiten nachhaltiger Entwicklung

Kommen wir zum Schluss noch einmal auf den Anfang dieses Buches zurück. Im 1. Kapitel haben wir die Überzeugung skizziert, dass Subsistenzorientierung notwendig sein wird, um die Abhängigkeit von Substanzverzehr und Überkonsum zu überwinden, die das Nichtnachhaltige der Industriegesellschaft ausmachen. Im folgenden soll etwas eingehender dargestellt werden, worin der Zusammenhang zwischen Nachhaltigkeit und Subsistenz besteht. Sicher nicht darin, dass nachhaltige Entwicklung durch Subsistenzarbeit hergestellt werden könnte. Den Substanzverzehr hat die Erwerbswirtschaft zu verantworten, sie muss ihn auch beseitigen. Aber dazu muss sie sich der Subsistenzwirtschaft insoweit annähern, als sie sich das Prinzip der Subsistenzorientierung zu eigen macht. In 8.1 wird in großen Zügen dargelegt, was das bedeutet; in 8.2 wie es erreicht werden kann, in 8.3 was auch in Zeiten nachhaltiger Entwicklung an Subsistenzarbeit nötig sein wird, und in 8.4 dass diese selbst dann auf Unterstützung angewiesen bleibt.

8.1 Nachhaltigkeit braucht Subsistenz

Von der defensiven zur kultivierenden Subsistenzarbeit

Im 2. bis 5. Kapitel wurde herausgearbeitet, dass die bürgerschaftliche, zivilgesellschaftliche Subsistenzarbeit eine für die Funktions- und Anpassungsfähigkeit der urbanen Gesellschaft unverzichtbare Infrastruktur bereitstellt. Dabei wurde zwischen den Zeilen erkennbar, was nun explizit hervorgehoben werden soll: Die derzeitige Subsistenzarbeit dient zu großen Teilen der „defensiven“ Kompensation des Substanzverzehrs, den die Erwerbswirtschaft anrichtet. Bei nachhaltiger Entwicklung dagegen werden die Anlässe zu kompensatorischer Tätigkeit mehr und mehr entfallen, so dass die Subsistenzarbeit für eine „offensive“ Kultivierung des Natur- und Sozialkapitals frei wird.

Nachhaltiges Wirtschaften wäre Wirtschaften ohne Substanzverzehr. Der Satz steht im Konjunktiv, weil nachhaltige Entwicklung zwar ein angestrebtes

Ziel, aber noch keine reale Richtschnur der Wirtschaftspolitik ist. Wie sehr wir heute von der Substanz leben, ist uns im Alltag meist nicht bewusst. Selbst für ihr Privateigentum sorgen Menschen nur so weit, wie ihr momentanes Verwertungsinteresse reicht. Sogar private Ressourcen werden häufig *nicht* auf eigene Kosten vollständig wiederhergestellt oder substituiert; erst recht hält man es dort, wo man auf allgemein zugängliche Ressourcen – auf Gemeingüter (commons) – frei zugreifen kann, für ein selbstverständliches Recht, verbrauchtes Wasser ungereinigt in den Boden, die Meere oder den Abwasserkanal zu leiten oder Schadstoffe in die Luft zu emittieren oder Produkte mit gesundheits-schädlichen Bestandteilen auf den Markt zu bringen.

Mit anderen Worten: Man *externalisiert* Kosten, indem man z.B. CO₂ in die Atmosphäre emittiert. Dadurch verbraucht man ein Gemeingut, die Stabilität lebensfreundlicher Ausgleichsprozesse des Klimasystems, unterlässt aber deren Regeneration, also die privaten und öffentlichen Aufwendungen oder Einschränkungen, die für die Kompensation des Verbrauchten oder die künftige Vermeidung des Verbrauchs nötig wären. Diese Kosten wälzt man von sich ab, also trägt man zur Übernutzung des Gemeinguts, d.h. zum Verzehr der Substanz bei. Die *Kosten* haben auf der einen Seite die Gestalt von Aufwendungen, die man unterlässt, auf der anderen Seite wirken sie als Belastungen, die man anderen zufügt. Was auf ein Gemeingut abgewälzt wird, wird dann zur Belastung, wenn es von diesem nicht (mehr) schadlos absorbiert werden kann; die Absorptionsfähigkeit der Gemeingüter ist aber schon oft überschätzt worden, auch als die Welt noch weniger bevölkert war (Diamond 2006); heute gibt es kaum Gemeingüter mehr, deren Belastungsgrenzen noch nicht erreicht oder noch nicht in Reichweite sind.

Ethisch sind wir zwar schon länger gehalten, verursachte Kosten selbst zu tragen, z.B. durch Grundsätze wie „Eigentum verpflichtet“ oder „Halte deine Stadt sauber“ oder „Was du nicht willst, dass man dir tu, das füg auch keinem andern zu.“ Doch noch immer geraten solche Grundsätze aus dem Blick, wenn die Externalisierung unbemerkt möglich ist, weil ihr Objekt Gemeingutcharakter hat und keinen vergleichbaren Schutz genießt wie das Privateigentum. Der Eigentümer ist vor den Übergriffen anderer in seinem Verwertungsrecht geschützt, doch wird ihm kaum Verantwortung für die Auswirkungen seiner Entscheidungen auf all das auferlegt, was z.B. am privaten Grundstück und in dessen Umfeld – unter ihm, über ihm und um es herum – als Gemeingut existiert.

Weil aber von der Nutzung der Gemeingüter niemand ausgeschlossen werden kann, sind diese Güter auch nicht vor der Übernutzung durch unterlassene Erneuerung des Verzehrten oder Vermeidung des Verzehrs geschützt. Namentlich die *natürliche Mitwelt* – ökonomisch gesprochen das *Naturkapital* – ist im Alltagshandeln der Menschen beliebig verfügbar geblieben, für Nutzung ebenso wie für Übernutzung, sieht man von einigen geschützten Arten und Revieren ab. Dass zunehmend eine neue mediale Aufmerksamkeit auf die Gefährdungen des klimaökologischen Komplexes Erde gerichtet wird, hat an diesem Befund bisher nichts geändert.

Doch mag auch der Zugang zur natürlichen Mitwelt noch offen sein, so ist sie doch nicht mehr unerschöpflich. Wir können heute nicht mehr, wie in der gesamten Menschheitsgeschichte bis etwa zum 10. Jahrhundert (vgl. etwa Montanari 1999, 39), nach Belieben auf sie zugreifen, sondern müssen ihre Nutzung regeln und überwachen. Da wir das bisher nicht tun, müssen die Schäden entweder durch Defensivausgaben (Aufwendungen zur Wiederherstellung eines früheren Zustands, vgl. Leipert 1989) oder durch defensive Subsistenzarbeit kompensiert oder als Belastungen ertragen werden. Ein Beispiel für öffentliche Defensivausgaben bietet die kommunale Müllabfuhr, für defensive Subsistenzarbeit die häusliche Abfalltrennung. Doch reichen solche Mittel nicht einmal zur Wiederherstellung aus. Um künftige katastrophale Folgen abzuwenden, ist ein Vermeiden der Externalisierung unerlässlich, so dass die Schäden gar nicht erst entstehen.

Die Aufheizung des Klimas durch Emission von Treibhausgasen kann das illustrieren (vgl. Müller, Fuentes & Kohl 2007). Angesichts der für 2050 erwarteten Weltbevölkerung sind höchstens 2 Tonnen CO₂-Äquivalente pro Person und Jahr klimaneutral, jede darüber hinausgehende Emission übernutzt das Klimasystem, trägt zur Aufheizung der Atmosphäre mit ihren katastrophalen Folgen bei und muss abgebaut werden, wenn die Temperatursteigerung bis 2050 bei +2°C stabilisiert werden soll. Für Deutschland bedeutet das, dass wir die derzeitigen Emissionen mindestens auf ein Fünftel reduzieren müssen. Die defensiven staatlichen und erwerbswirtschaftlichen Aufwendungen dafür werden konservativ auf mindestens 1% des jährlichen Weltsozialprodukts ab 2007 geschätzt (Stern 2007).

Was darüber hinaus im Klima- und Umweltschutz an Subsistenzarbeit geleistet werden muss, ist in der Schätzung nicht enthalten: Die ehrenamtliche Mitarbeit in Agenda-, Klimabündnis- und Umweltgruppen, die häusliche

Energieeinsparung u.v.a. sind schon jetzt beträchtlich und werden an Umfang noch zunehmen.

Schon in diesen Aufgaben, wenn sie denn ernstgenommen werden, deutet sich eine Hinwendung zur Subsistenzorientierung an, ein Sicheinrichten auf die begrenzten Ressourcen, die die Menschen dieser Erde und ihre natürliche Mitwelt auf Dauer, d.h. ohne Substanzverzehr, unterhalten können. Das bedeutet einerseits die erwerbswirtschaftliche Produktion auf den Substanzerhalt zu verpflichten und sich andererseits von ihr so wenig wie möglich abhängig zu machen, wie noch zu zeigen ist.

Unter dem Nachhaltigkeitsaspekt ist die bisherige defensive Subsistenzarbeit zwar besser als gar keine, aber sie kann nicht mehr bewirken als die (teilweise) Kompensation eines Substanzverzehrs, der durch sie nicht gestoppt wird und deshalb immer neue Schäden hervorbringt, die erneut repariert werden müssen. So hätte rechtzeitige, konsequente Klimapolitik zumindest einen Teil der Erwärmung verhindert und Kapazität für offensiven Klimaschutz freigemacht. *Defensiv* nennen wir z.B. den immer noch nötigen Widerstand gegen den Bau neuer Kohlekraftwerke, der viel bürgerschaftliches Engagement bindet; *offensiv* wäre z.B. der Einsatz für den Bau von Solar- und geothermischen Kraftwerken, den Aufbau autofreier Städte oder das Unterhalten von Netzwerken zur Unterstützung klimaschonender Mobilität. Offensiv kann man auch die Umstellung auf einen energiesparenden Lebensstil nennen, wenn sie nicht der Not gehorcht, sondern subsistenzorientiert und auf Dauer angelegt ist. Offensiver Einsatz treibt die nachhaltige Entwicklung voran und trägt zur Kultivierung der Gemeingüter bei, während der defensive damit beschäftigt ist, Rückschläge zu kompensieren oder zu verhindern. Sicher hat die derzeitige Subsistenzarbeit zu einem Teil auch offensiven Charakter, aber zu einem viel zu großen Teil ist sie defensiv.

Von der ökologischen zur gesellschaftlichen Subsistenzarbeit

Noch mehr als für die naturgegebenen gilt das für die *gesellschaftlichen* Gemeingüter; auch sie müssen vor Übernutzung geschützt werden, und auch hier sind zu viele Kräfte in defensiven Tätigkeiten gebunden und zu wenige für offensive frei. So wie die Abwälzung privater Kosten auf die natürliche Mitwelt dem Naturkapital die Wiederherstellung seines Potentials vorenthält, so verzehrt die Abwälzung privater Kosten auf die soziale Mitwelt das *Sozialkapital* (vgl.

Nollert 2007; Dahm 2005), d.h. das gesellschaftliche Potential zu Netzwerkbildung und gesellschaftlicher Integration, zu Koordination und Kooperation, Wissen und Fähigkeiten, Flexibilität und Leistungsfähigkeit.

Auch diese Abwälzung hat viele Formen, ist den meisten Menschen aber womöglich noch weniger bewusst als die Übernutzung des Naturkapitals. Selbst die Schädigung der *Gesundheit* durch Externalisierung privater Kosten ist kaum im allgemeinen Bewusstsein: Unfallträchtige, monotone, fremdbestimmende Arbeitsbedingungen schädigen die Gesundheit von Arbeitnehmern, toxische Bestandteile in Inhaltsstoffen von Nahrungsmitteln die Gesundheit von Konsumenten, belastende Emissionen in der Atemluft die Gesundheit von Mensch und Tier. Sie alle gehen auf unterlassene Aufwendungen für die Verbesserung der Produktionsverfahren zurück, sind also Fälle von Externalisierung. Die eingesparten Kosten belasten nicht nur die Betroffenen sowie die Beitragszahler der Kranken- und Rentenversicherung, sondern auch Angehörige und soziales Umfeld. Für die Beitragszahler und die Angehörigen entstehen Aufwendungen mit defensivem Charakter, denn sie tragen nicht zur Verbesserung der gesundheitlichen Bedingungen bei, sondern allein zur Kompensation des Schadens. Dagegen kann man es schon offensiv nennen, wenn eine Verbraucherschutzorganisation öffentlichen Druck erzeugt, um zu erreichen, dass ein Konzern die Beimengung eines leberschädigenden Aromastoffs ins Weihnachtsgebäck reduziert (www.foodwatch.de/kampagnen_themen). Zur offensiven Subsistenzarbeit im Nahrungsbereich gehört der Einsatz für gesundheitsfördernde Nahrungsmittel *und* Ernährungsgewohnheiten.

Auch auf die *Zeit der Arbeitnehmer* und ihrer Partner werden Kosten abgewälzt. Ein männlicher Arbeitnehmer z.B. wird nur für seine eigene Zeit und Arbeitskraft entlohnt, oft ohne Rücksicht darauf, ob eine häusliche Partnerin für ihn Arbeiten übernimmt, die der Reproduktion seiner Arbeitskraft dienen und von ihm sonst in seiner Arbeitszeit selbst verrichtet werden müssten, wie Hausarbeit, Kinderbetreuung, Behördengänge. In einer Gesellschaft mit neoliberalen Wirtschaftsgrundsätzen, für die das Individuum im Mittelpunkt steht, müsste diese Zeit zusätzlich entgolten werden, nicht nur mit einem eigenen Lohnbestandteil für die reproduktive Tätigkeit, sondern auch mit eigenen Versorgungsansprüchen der häuslichen Partner für Krankheit und Alter. Geschieht das nicht, so werden Kosten der Erwerbsarbeit auf sie abgewälzt, so dass die Eigenarbeit der Partner bei hoher Entlohnung des Arbeitnehmers eher diesen und bei geringem Lohn eher die Firma subventioniert. Den Unterneh-

men bringt die Externalisierung beträchtliche Ersparnisse, den (meist noch) Frauen erhebliche Belastungen, zumal sie sich auch mit sozialer Diskriminierung verbindet. Frauen wehren sich gegen die Externalisierung, indem sie eigene Berufstätigkeit anstreben, müssen aber in der Regel auch dann noch den größeren Teil der häuslichen Lasten tragen. Offensiv wäre in diesem Bereich, die häusliche Subsistenzarbeit der Partnerin/des Partners zu bejahen, wenn sie den persönlichen Präferenzen entspricht, aber mit einem angemessenen Lohnanteil und Versorgungsanspruch zu verbinden und zugleich das Lohngefälle zwischen den Geschlechtern einzuebnen. Dann kann man darauf vertrauen, dass diese Form der Externalisierung verschwinden wird.

Analog dazu wälzen Unternehmen Kosten von sich ab, wenn eine anstrengende 40-Stunden-Woche, noch dazu regelmäßig mit Überstunden verbunden, wie es in Zeiten prekärer Beschäftigung zur heimlichen Normalität geworden ist, nicht genug Zeit für *bürgerschaftliches Engagement* übriglässt. Denn dafür muss in einem wohlfunktionierenden Gemeinwesen genug Zeit vorhanden sein, für diese Zeit muss neben der Erwerbszeit Raum sein, und sie muss aus dem Erwerbseinkommen bestritten werden können. Ein Übermaß an Erwerbszeit ebenso wie ein nicht ausreichendes Einkommen schränkt die Bürgerarbeit ein, belastet dadurch das Gemeinwesen bzw. die wenigen Erwerbstätigen, die ihre knappe Zeit trotzdem opfern, und macht das bürgerschaftliche Engagement bisweilen allzusehr zur Sache derer, die über viel freie Zeit verfügen.

Dagegen lässt sich auch nicht aufrechnen, dass das Unternehmen sich über die eigentliche Geschäftstätigkeit hinaus als ‚guter Bürger‘ aktiv für die lokale Zivilgesellschaft oder z.B. für ökologische oder kulturelle Belange engagiert (vgl. www.nachhaltigkeit.info/artikel/corporate_citizenship), also Mitarbeiter und Sachmittel dafür bereitstellen und auch die Arbeitszeit selbst so bemessen, dass jedem neben der Reproduktion auch Zeit für selbstbestimmtes bürgerschaftliches Engagement bleibt. Wer bezweifelt, dass man in einem solchen Fall von Externalisierung sprechen könnte, der möge untersuchen, ob die Produktivität im Unternehmen wirklich so gering ist, dass es sich kürzere Arbeitszeiten und entsprechend mehr Beschäftigte nicht leisten könnte.

Das bringt uns auf einen weiteren Fall des Substanzverzehr von Sozialkapital, das *Entlassen* von Arbeitnehmern bei gutem Geschäftsgang. Es muss als Externalisierung betrachtet werden, wenn es erfolgt, weil der technische Fortschritt die Arbeitsproduktivität systematisch schneller steigert als die Nachfrage nach den hergestellten Produkten, so dass die Wiederbeschäftigung

und damit die erwerbswirtschaftliche Integration der Entlassenen dauerhaft gefährdet ist. Denn dann werden durch die Entlassung die Kosten abgewälzt, die den Unternehmen entstehen würden, wenn sie einen Teil des Produktivitätsgewinns z.B. dafür verwendeten, die Arbeitszeit aller Mitarbeiter zu verkürzen, die an Teilzeitarbeit, Sabbatjahren, Elternzeit usw. interessiert sind, und die freiwerdenden Personalmittel für die Weiterbeschäftigung oder auch Neueinstellung von Arbeitskräften zu investieren. Das würde einerseits die Beschäftigung sichern und andererseits den Beschäftigten in der erwerbsfreien Zeit die informellen Tätigkeiten ermöglichen, die ihren Präferenzen entsprechen. Wenn Unternehmen das nicht tun, sparen sie Kosten ein, die zu einem Teil von den ausgegrenzten Arbeitswilligen und ihren Angehörigen getragen, zum anderen Teil durch öffentliche Defensivausgaben und sowie durch in Subsistenzarbeit geleistete Beratung und Hilfe kompensiert werden müssen. Auch hier hat Subsistenzarbeit wieder defensiven Charakter; offensiv wäre dagegen ein Engagement für kürzere Erwerbsarbeit und komplementäre Subsistenzarbeitszeit.

Ähnlich kommt das Unterlassen von Maßnahmen, die eine *Desintegration* z.B. von Kindern und Jugendlichen, Kranken oder Migranten verhindern würden, einer Abwälzung von Aufwendungen auf die soziale Mitwelt gleich, zu denen neben der Gemeinde, den Bildungssystemen, dem Staat eigentlich auch das Unternehmen ethisch verpflichtet wäre; diese Aufwendungen unterbleiben oder werden von der Subsistenzarbeit übernommen; in beiden Fällen wirken sie belastend.

Analog dazu ist die Verantwortung für die natürliche und soziale Mitwelt in anderen Ländern zu sehen, die unter den Folgen von Entscheidungen im eigenen Land zu leiden hat. Ausbeutung beim Import von Billiggütern und Subventionierung von exportierten Nahrungsmitteln (die Folgen reichen bis hin zur erzwungenen umweltschädlichen Armutssubsistenz in vielen der am wenigsten entwickelten Staaten) lassen sich nicht rechtfertigen, nicht nur weil die Benachteiligung in Gestalt von Armutswanderungen usw. auf die Verursacherländer zurückschlägt, sondern weil es für die Industrieländer keine Ausrede mehr dafür gibt, den eigenen Wohlstand auf Kosten von Menschen und Natur in anderen Ländern zu steigern.

So kommt man wohl nicht an der Schlussfolgerung vorbei, dass nachhaltige Entwicklung den Beitrag der Subsistenzarbeit braucht, den offensiven dringender als den defensiven. Je näher die Gesellschaft dem Ziel der Nach-

haltigkeit kommt, also je weniger private Kosten externalisiert werden, desto geringer werden die Anlässe für den defensiven Einsatz der Subsistenzarbeit zur Erhaltung des Natur- und Sozialkapitals, und desto mehr Kapazität wird für den offensiven Einsatz frei, d.h. für eine Kultivierung der natürlichen und sozialen Mitwelt mit dem Effekt, sie durch die oder wenigstens nach der wirtschaftlichen Nutzung reicher, gesünder, schöner, lebendiger werden zu lassen.

Diesen Einsatz muss aber überall dort, wo es sich auch für eine nachhaltige Erwerbswirtschaft nicht rechnet und wo es auch bei nachhaltiger Entwicklung aus öffentlichen Mitteln nicht bezahlt werden kann, die Subsistenzarbeit übernehmen. Und schon das Klimabeispiel weist ja darauf hin, dass das Sicheinrichten in engeren Grenzen uns mehr als bisher engere Spielräume bescheren wird, sowohl für die Erwerbswirtschaft als auch für die Staatswirtschaft.

Vom Überkonsum zum nachhaltigen Konsum

Vorerst aber hat die nachhaltige Entwicklung noch gar nicht richtig begonnen. Im Gegenteil, die Liberalisierung der Finanzmärkte hat sie noch einmal zurückgeworfen (8.2). Sie ist deshalb nicht weniger dringlich geworden; die Katastrophenmeldungen halten sie auf der Agenda: Die Aufheizung der Atmosphäre, die Dynamisierung klimatischer Ausgleichsbewegungen mit extremen Wetterereignissen, die Überfischung und Übersäuerung der Weltmeere, die Ausbreitung großflächiger Landschaftszerstörungen (Desertifikation), den Trinkwassermangel, die Armutswanderungen halten sie auf der Agenda. Diskutiert wird allerdings fast nur der Klimaschutz, und auch nur sehr einseitig unter dem Aspekt der technischen Innovationen. Von Verkehrsvermeidung z.B. ist keine Rede, umso mehr von weit überzogenen Hoffnungen auf Biokraftstoffe, Hybridfahrzeuge, Ablasszahlungen für Flüge usw. – als käme es nicht in erster Linie darauf an, den Energieverbrauch und folglich auch das Verkehrsaufkommen und die Flottenverbräuche soweit zu reduzieren, dass die mobilisierbaren regenerativen Energien dafür ausreichen können.

Wir haben in wenigen Jahrzehnten die fossilen Energievorräte weitgehend aufgezehrt, die sich in Jahrmillionen angesammelt haben, ohne die Vorräte planvoll über einige Jahrhunderte zu verteilen, ohne uns an dem zu orientieren, was nach ihrem Verzehr aus der Sonneneinstrahlung an Energie technisch zu gewinnen ist, und ohne rechtzeitig die Verfahren weiterzuentwickeln und die Kapazitäten aufzubauen, mit denen diese gewonnen werden kann. Der Raub-

bau an den fossilen Energievorräten und den anderen Gemeingütern der Natur hat in den Industrieländern zu einer allgemeinen, aber kurzfristigen *Bereicherung* geführt, denn die Externalisierung privater Kosten hat die Waren billiger und die Umsätze höher gemacht als sie bei nachhaltiger Entwicklung wären (eine genauere Ableitung bei Scherhorn 2007b, 3.1).

Die Kehrseite dieser Bereicherung ist *Überkonsum*: Die Verbilligung der Marktgüter erhöht die Nachfrage nach ihnen, die Produzenten können mehr absetzen und die Konsumenten mehr kaufen als wenn sie für die vollen Kosten aufkommen müssten. Das Ergebnis kann man natürlich auch Überproduktion nennen, aber nicht im Sinn einer Produktion überschüssiger Güter wie der berühmten Milchseen und Butterberge der EU-Agrarpolitik, sondern einer Produktion von Gütern, die von der Nachfrage nur deshalb abgenommen werden, weil sie unter den wahren Kosten produziert werden und deshalb zu billig zu haben sind. Der anschaulichere Begriff dafür ist Überkonsum: Er deutet an, dass wir von der Substanz, also über unsere Verhältnisse leben.

Überkonsum, so verstanden, ist keine normative Kategorie, sondern das Korrelat der Externalisierung. Überkonsum meint nicht, mehr Gebrauchsgüter zu kaufen als notwendig, denn wer will bestimmen, was notwendig ist? Überkonsum bedeutet nicht eine zu große Vielfalt von Produkten auf dem Markt, nicht dass zu viele Luxusgüter produziert und gekauft werden. Überkonsum bezeichnet die Menge an Gütern, die wir nicht kaufen würden bzw. könnten, wenn sie *nicht* durch Externalisierung verbilligt wären.

Die Reduktion des Überkonsums führt zu *nachhaltigem Konsum*, und es ist Augenwischerei, sich vorzumachen, sie wäre nicht mit dem Verzicht auf angenehme Gewohnheiten und Ansprüche verbunden. Man kann sich das leicht am Beispiel des Klimaschutzes klarmachen. Wie oben schon erwähnt, werden in Deutschland pro Person und Jahr 10 Tonnen CO₂-Äquivalente emittiert, klimaneutral wären aber höchstens 2 Tonnen, d.h. im Gegenwert von 8 Tonnen pro Person werden Jahr für Jahr Kosten der Vermeidung von Emissionen eingespарт, also Gewinne überhöht bzw. Güter des Überkonsums produziert, gekauft und genutzt. Das gibt eine Vorstellung davon, wie ungeheuer profitabel die Übernutzung der Atmosphäre für die gesamte Volkswirtschaft war und einstweilen immer noch ist.

Die Übernutzung zu unterlassen, verursacht Aufwendungen (Wärmedämmung, Abgasfilter, Umstellung auf Solarenergie) und Verzicht auf Annehmlichkeiten (Energieeinsparung, langsamer oder weniger Autofahren). Dies betrifft

natürlich nicht allein den Konsum, sondern gleichermaßen die Produktion, die z.B. die Solarenergie gewinnen und die sparsameren Autos produzieren muss. Zwischen beiden liegt die Subsistenzarbeit, denn nachhaltig konsumieren erfordert nicht nur vermehrte Eigenarbeit, vom Energiesparen bis hin zur eigenen, dezentralen Solar- oder Wind- oder Bioenergieproduktion, sondern auch eine Fülle von bürgerschaftlichen Tätigkeiten etwa bei der Förderung und Organisation lokalen Klimaschutzes durch Mitfahrgelegenheiten, ortsnahe Nahrungsmittelversorgung, Austausch von Erfahrungen und Informationen, Druck auf Behörden u.v.a.

Vom Zeitalter der Produktion zu dem der Verteilung

Die Umstellung auf nachhaltigen Konsum wird aber nur gelingen, wenn die Erkenntnis sich durchsetzt, dass das ökonomische Problem des 21. Jahrhunderts nicht mehr die Produktion ist, sondern die *Verteilung*. John Stuart Mill hat die Lösung dieses Problems schon vor 160 Jahren angemahnt (Mill 1848, 199ff); er sah in ihm die eigentliche Herausforderung für das ökonomische Denken, weil die Produktion technischen und ökonomischen Gesetzen folge, die Verteilung aber politisch gestaltbar sei (Heilbroner 1960, 140 f.). Mill hat die Vorstellung begründet, wenn die materiellen Güter einmal produziert seien, könnten sie beliebig verteilt werden – man könne sich nicht auf Naturgesetze berufen, um zu rechtfertigen, wie die Gesellschaft ihre Produkte verteilt; die Menschen könnten den materiellen Wohlstand so unter sich verteilen, wie es den jeweiligen kulturellen Gegebenheiten entspreche. Er war keineswegs dafür, die damalige Verteilung auf den Kopf zu stellen, sondern wollte darlegen, dass die gegebenen Strukturen vernünftig weiterentwickelt werden könnten.

110 Jahre später hat der Wachstumsökonom Sir Roy Harrod (1958) dem Committee for Economic Development der US-Regierung vor Augen geführt, dass die Verteilung der Erwerbsarbeit und der Einkommen sich vernünftigerweise eher in Richtung demokratischen als oligarchischen Wohlstands entwickeln sollte. Die Mehrheit der Bürger könne sich selbst bei andauernden hohen Wachstumsraten niemals so viel an persönlichen Diensten sowie an seltenen Gütern und Positionen (Hirsch 1980: *positional goods*) leisten wie die Minderheit der besonders Begüterten. Nur dem „oligarchischen“ Lebensstandard der Wenigen seien persönliche Dienste und seltene Luxusgüter unbegrenzt zugänglich, der „demokratische“ Wohlstand der Vielen sei nur durch

die Massenproduktion materieller Güter zu erhöhen, und was die Menschen von diesen wirklich brauchen, sei nun einmal begrenzt.

Zwar könne die Nachfrage nach materiellen Gütern auf dem Niveau der Unersättlichkeit gehalten werden, wenn sie sich durch das Streben nach Erhöhung der eigenen Position verführen lässt, aber das Problem der ungleichen Verteilung sei durch solches Wachstum nicht lösbar. Da der Vorsprung der höheren Positionen vor den niedrigeren dabei gleichbleibt oder noch weiter steigt, könne es allein dadurch überwunden werden, dass beide das Streben nach den materiellen und den positionalen Gütern hinter sich ließen, um sich den immateriellen Gütern zuzuwenden, die sie selbst produzieren – wir nennen sie *marktfreie Güter* und meinen damit selbstbestimmte und kreative Entfaltung und gesunde Lebensführung, menschliche Zuwendung und soziale Eingebundenheit, familienbezogenes Handeln und gemeinnützigen Einsatz für Angelegenheiten des Quartiers, der Schule, Kommune, Region oder Öffentlichkeit, insbesondere auch für die Chancen- und Verteilungsgerechtigkeit in der eigenen Gesellschaft und gegenüber anderen Gesellschaften. Dazu, so Harrod, sei mehr erwerbsfreie Zeit und mehr allgemeine Bildung erforderlich, und in diesen beiden sah er die eigentliche Herausforderung für die Zukunft.

Fünf Jahrzehnte später müssen wir feststellen, dass die Herausforderung nicht angenommen wurde. In den 1960er und 70er Jahren wurde mit sinkenden Zuwachsraten der Massenwohlstand weiter ausgebaut, der Anteil der Kapitaleinkünfte am Volkseinkommen und damit auch die Einkommensungleichheit ging etwas zurück, und zur gleichen Zeit trat der Substanzverzehr am Naturkapital – die Umweltkrise – ins öffentliche Bewusstsein. Damit erschien ein Beweggrund für Subsistenzorientierung am Horizont, der Harrods Argument noch hätte verstärken können, wenn es nicht bereits in Vergessenheit geraten wäre. Dennoch: Die Chancen, das Verteilungsproblem zu überwinden, waren niemals besser.

Aber mit der neoliberalen Wende in den 1980er Jahren wurden sie ausgeschlagen. Das Leitbild des oligarchischen Wohlstands war stärker – sicher nicht nur, weil die Oligarchie die Mittel hatte, ihr Verteilungsinteresse politisch durchzusetzen, sondern auch, weil das Denken der Mehrheit von diesem Leitbild bestimmt blieb, ja von Medien und Marketingstrategien immer stärker darauf fixiert wurde. Denn auch wenn oligarchischer Wohlstand nur einer Minderheit erreichbar ist, so können doch alle davon träumen, und da es einigen gelingt, in die Oligarchie aufzusteigen, treibt er alle an, weil deren positionaler

Aufwand direkt oder indirekt auch die Konsumwünsche der anderen anheizt (Frank 2007). Dieser Traum hat die Industriegesellschaft seit der industriellen Revolution geprägt, die mindestens ebenso sehr eine Konsumrevolution war (McKendrick, Brewer & Plumb 1982; Meyer-Abich 1992). Er hat Strukturen hervorgebracht und verfestigt, die das oligarchische Verteilungsmodell stärken. Dieses Modell aber hat sich als zerstörerisch erwiesen, weil die von ihm in Gang gehaltene Aufwandskonkurrenz die Tendenz zum Substanzverzehr verstärkt. Es kann nur durch Änderung der Rahmenbedingungen überwunden werden; damit es dazu kommt, wird noch viel zivilgesellschaftliches Engagement nötig sein. Werfen wir einen Blick auf die Strukturbedingungen, die sich ändern müssen.

8.2 Rahmenbedingungen für nachhaltige Entwicklung

Zähmung des Finanzkapitals

In den achtziger Jahren setzten Thatcher und Reagan die Liberalisierung der Finanzmärkte und des internationalen Kapitalverkehrs durch, um die Stellung des Kapitals gegenüber der Arbeit, sprich: den Gewerkschaften, zu stärken und das Wachstum der materiellen Güterproduktion anzukurbeln. Von da an wurde die Ungleichverteilung wieder verstärkt, weil man dem großen Kapital die Zügel schießen ließ. Ihm ist ohnehin das Privileg eingeräumt, nur für sich selbst verantwortlich zu sein (Scherhorn 2005a). Das gilt insbesondere für die börsennotierten Unternehmen. Ihnen ermöglicht die beschränkte Haftung ewiges Wachstum und damit einen uneinholbaren, immer größer werdenden Marktmachtvorsprung vor Arbeit und Natur, aber auch vor den kleinen und mittleren Personengesellschaften und Einzelfirmen. „1955 brachten die 500 größten US-Kapitalgesellschaften ein Drittel des amerikanischen Sozialprodukts auf, 2004 verfügten sie schon über zwei Drittel“ (Barnes 2006, 22).

Das Kapitalprivileg gilt nicht für natürliche Personen, denn dem zyklischen Stirb und Werde von Arbeit und Natur unterliegt auch das von Individuen angehäuften Kapital. Das Vermögen, das die einzelne Person im Lauf ihres Lebens ansammelt, wird nach ihrem Tod früher oder später wieder verteilt und verbraucht. Kapitalgesellschaften dagegen sind im Prinzip unsterblich, weil die beschränkte Haftung an keine zeitliche Begrenzung gebunden ist. Das

Privileg der unbegrenzten Akkumulation fördert die Entstehung des großen Kapitals, und im großen Kapital muss man den Inbegriff des Kapitalismus sehen (Braudel 1986).

In ihren Anfängen war die Gründung von Aktiengesellschaften zwar noch von staatlicher Einzelgenehmigung abhängig; in der Frühzeit der USA z.B. wurde jedem solchen Unternehmen eine Satzung (Charter of Incorporation) auferlegt; es wurde für „einen eng definierten Zweck“ zugelassen, durfte „sich nur für begrenzte Zeitdauer niederlassen und nur an bestimmten Standorten tätig werden“ und auch Unternehmenszusammenschlüsse und Übernahmen unterlagen der Kontrolle (Bakan 2005, 21). Aber bis zum Ende des 19. Jahrhunderts hatten die Kapitalgesellschaften durch intensive Lobbytätigkeit erreicht, dass diese Vorbehalte aufgegeben wurden.

Seit den 1980er Jahren ist der Vorrang des Kapitals unter dem Einfluss der neoliberalen Wirtschaftstheorie (vgl. Harvey 2007, 29–42) noch ein weiteres Mal gestärkt worden. Die bisherigen Mobilitätshemmnisse wurden aufgehoben, so dass das Finanzkapital sich nun international frei bewegen konnte. Überdies wurde es von Vorschriften befreit, die vorher das Risiko der Geldanleger begrenzt hatten wie z.B. die Trennung der Bankfunktionen (Kreditgeschäft, Börsengeschäft, Anlageberatung) oder die Qualitätskontrolle der Finanzmarktprodukte. Das hat dem Finanzkapital zwei Strategien erleichtert, erstens die reale Produktion zu kurzfristig höheren Gewinnen zu zwingen, wie sie nur durch Externalisierung zu erreichen sind, also durch Raubbau an Gemeingütern (8.1); und zweitens Erträge aus der Nutzung von Gemeingütern anzueignen, die kein Entgelt für eigene Leistung darstellen, sondern ökonomisch gesprochen eine Rente, weil sie auf der Leistungsfähigkeit des Gemeinguts beruhen und deshalb eigentlich allen gehören, die ein Nutzungsrecht an dem Gemeingut haben. Beispiele sind die Monopolisierung lebensnotwendiger Güter wie Trinkwasser oder die Privatisierung natürlicher Monopole wie Schienennetze oder Überlandleitungen, oder die Beherrschung von Märkten.

Denn *auch Märkte gehören zu den Gemeingütern*, auch Finanzmärkte (Scherhorn 2008a). Finanzmärkte sind Institutionen des Transfers von Werten und der Finanzierung von Investitionen, ihre Funktionsfähigkeit im Allgemeininteresse beruht darauf, dass sie die Anlage von Geld über Raum und Zeit hinweg zuverlässig vermitteln, Risikominderung ermöglichen, Kreditaufnahme und Eigenkapitalbeschaffung erleichtern, dass die Vertrauenswürdigkeit von Anlageprodukten gesichert, spekulative Geldanlagen kontrolliert,

Risiken transparent gemacht und kriminelle Bereicherungspraktiken nach Möglichkeit ausgeschaltet sind.

Die Liberalisierung des Kapitalverkehrs hat diese Funktionen geschwächt, indem sie Kontrollen beseitigte und Intransparenz ermöglichte. So wurde es dem Finanzkapital möglich, in größerem Umfang als vorher die Finanzmärkte für sich zu instrumentalisieren, weil es jetzt mit weniger Aufsicht und Transparenz agieren kann. Es kann nicht nur Kapitalgesellschaften zur Ausschüttung extrem hoher Erträge zwingen, wie sie nur durch Ausbeutung des Natur- und Sozialkapitals zu erzielen sind. Darüber hinaus kann es sich Erträge aneignen, die nicht seiner eigenen Leistung zuzurechnen sind, sondern dem Vertrauen in das knappe Gemeingut Finanzmarkt, zum Beispiel durch Ausnutzung der Deregulierung, die die Trennung der Bankgeschäfte aufhob, für monopolistische Praktiken im Investmentbanking (Augar 2006) oder durch die Hebelwirkung, die eine nahezu unbegrenzte Kreditfinanzierung der feindlichen Übernahme von Firmen verleiht, durch intransparente Kreditgeschäfte außerhalb der Bankbilanzen oder durch das unkontrollierte Einführen immer neuer spekulativer Anleiheprodukte. Finanzmärkte laufen aus dem Ruder, wenn sie sich selbst überlassen werden; Transparenz und Qualitätskontrolle sind unerlässlich, wenn ihre Funktionsfähigkeit wiederhergestellt werden soll (Scherhorn 2008b,c).

Nun ist die Monopolisierung der Knappheitsrenten von Gemeingütern nicht auf die Finanzmärkte beschränkt. Sie entspricht generell einer sich ausbreitenden Tendenz, Märkte so auszugestalten, dass Größe begünstigt wird – letztlich das große Kapital und die wenigen, die in seine Reihen aufrücken können. Frank und Cook (1995) haben dafür den Begriff „winner-take-all markets“ geprägt. Es sind Märkte, an deren Spitze kleine Unterschiede in der Leistung in große Unterschiede im Entgelt übersetzt werden und an der Basis umgekehrt – sei es weil die Informationstechnologie die bekannten Marken besonders verstärkt; sei es weil das Premium-Segment der Nachfrage von wenigen Top-Anbietern abgegriffen wird; sei es weil die internationalen Marktregeln es großen Unternehmen ermöglichen, alle Wettbewerbsvorteile auf sich zu vereinigen (vgl. Daly 1993); sei es weil die größeren Unternehmen überproportional von Externalisierungsvorteilen profitieren; sei es weil das Zinseszinsprinzip sie schneller wachsen lässt; sei es weil sie auf einem Markt beliebig wachsen und sich in andere Märkte ausbreiten dürfen; sei es weil sie die besten Möglichkeiten haben, die politische Willensbildung zu beeinflussen.

Zum Teil funktionieren inzwischen selbst Arbeitsmärkte nach dem ‚winner-take-all‘-Muster, auch deshalb die extrem hohen Bezüge der Vorstandsvorsitzenden. Dazu hat nicht nur die Kommunikationstechnologie beigetragen, auch die Gewährung von Aktienoptionen und die Veröffentlichung von Quartalsbilanzen, was die Kurzfristigkeit der Managerentscheidungen und damit den Anreiz zur Externalisierung erhöhte. Alle erwähnten Einflüsse zeigen, dass die Rahmenbedingungen von Märkten dafür anfällig sind, unbemerkt im Interesse einseitiger – oligarchischer – Verteilung ausgenutzt zu werden, solange kein wachsendes Bewusstsein dafür existiert, dass auch Märkte Gemeingüter sind und des Schutzes bedürfen.

So wird die Verteilung ungleicher, denn die höchsten Einkommen steigen schneller als das Sozialprodukt, die mittleren bleiben relativ gleich und die unteren fallen. Seit Jahren nimmt die „Spreizung“ zwischen den unteren und den oberen Einkommen zu (Freeman & Schettkat 2001). Zugleich aber steigen auf den oberen Rängen die Konsumansprüche, die Steigerung wird mit Abstrichen auf dem jeweils niedrigeren Rang übernommen, und der Wettlauf der Konsumansprüche bewirkt, dass es den breiten Mittelschichten immer schwerer fällt, ihr relatives Konsum- und Lebensniveau zu verteidigen und die „relative Deprivation“ zu vermeiden, die ihr droht. Denn die Kosten für Wohnung, Kleidung, Nahrung, Geselligkeit, Bildung, soziale Sicherheit nehmen zu, weil alle Ansprüche an das gestiegene Vergleichsniveau angepasst werden müssen; aber die Einkommen steigen nicht im gleichen Umfang, so dass man sich gezwungen sieht, länger zu arbeiten, um mithalten zu können (Frank 2007, 43–51, 78–86).

Die oligarchische Verteilung wird nicht von der Oligarchie in Frage gestellt werden, auch nicht von demokratischen Politikern, die sich an ihr orientieren. Sie muss von der Zivilgesellschaft aufgerollt werden, also weitgehend in öffentlicher Subsistenzarbeit. Deren Ziel muss sein, die Nutzung der Gemeingüter zu problematisieren und neue Lösungswege zu diskutieren. Dass Gemeingüter genutzt werden, auch wirtschaftlich, liegt in der Natur der Sache. Aber die Nutzung steht allen zu. Sie kann zwar auch auf Einzelne delegiert werden, sei es als Eigentums- oder als Nutzungsrecht (Konzession). Doch wenn die Eigentümer oder Konzessionäre sich verhalten, als stünde ihnen nicht nur der Ertrag ihrer eigenen Aufwendungen an Arbeit und Kapital zu, sondern auch die Ertragskraft des Gemeinguts selbst, dann monopolisieren sie diese, und ihre Einkünfte wachsen auf Kosten derer, denen sie ihren Anteil vorenthalten.

Das Unrecht daran fällt inzwischen gar nicht mehr auf. Das allgemeine Streben nach monopolistischen Rechten wie Patenten und geschützten Marken hat das Wettbewerbsdenken so sehr in die Ecke getrieben, dass Unternehmen nur noch von dem Bestreben geleitet scheinen, sich Monopole zu sichern, sei es an Pflanzen oder Genen, an Saatgut oder Pharmazeutika, an Musiktiteln oder Software. Die Wissenschaft ist daran nicht unschuldig. In der Ökonomie wurde die Erkenntnis, dass die Konkurrenz mehr und mehr monopolistischen Charakter angenommen hat, eher zur Verharmlosung des Monopolaspekts als zur Verstärkung des Konkurrenzaspekts genutzt. In den Natur-, Technik- und Wirtschaftswissenschaften verliert wissenschaftliches Wissen seinen Gemeingutcharakter, weil die Forschung sich immer mehr in den Dienst kommerzieller Fragestellungen stellt und folglich nichtöffentliche Ergebnisse hervorbringt. Und das Internet, einst eine vielversprechende Einrichtung geteilten Wissens, gerät zunehmend in den Griff von monopolistisch agierenden Großunternehmen. Dass Wissenspotentiale systematisch privatisiert und dem Prozess menschlicher, voneinander lernender Entwicklung entzogen werden, ist in dieser Dimension historisch einzigartig und in einer Zeit beschleunigten Wandels für eine kulturelle Ko-evolution bedrohlich (vgl. Gorz 2004).

Umso wichtiger wird es, das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass die Ertragsanteile, die einem benutzten Gemeingut zurechenbar sind, *allen* gehören. Sie müssen teils zur Erhaltung und Kultivierung des Gemeinguts verwendet und teils an die Nutzungsberechtigten verteilt werden. Also darf kein Gemeingut mehr ausschließlich als Privateigentum behandelt werden. Ein Mittel, dies wirksam durchzusetzen, ist die Zähmung des Finanzkapitals durch Herstellung von Transparenz und Qualitätskontrolle auf den Finanzmärkten, verbunden mit der Förderung ethischer Geldanlage, ein zweites die wachsame Beobachtung und Verhinderung von Winner-take-all-Märkten. Im folgenden sollen noch zwei weitere Mittel behandelt werden: Als drittes die Zuspitzung des Wettbewerbsrechts auf den Schutz des nachhaltigen Wettbewerbs und als viertes die Einrichtung von Commons Trusts für die Nutzung naturgegebener Gemeingüter. Alle vier sind unerlässliche Voraussetzungen für nachhaltige Entwicklung, alle vier sind auf eine kritische Begleitung durch bürgerchaftliches Engagement angewiesen.

Regeln für nachhaltigen Wettbewerb

Dass die Externalisierung die Gemeingüter aufzehrt, ist auch deshalb nicht im allgemeinen Bewusstsein, weil die Gemeingüter aus dem Denken der Wirtschaft und des Wirtschaftsrechts weitgehend ausgeblendet sind. Die Schutzwürdigkeit der Gemeingüter wird von ihm nicht erfasst, mehr noch: Die Respektierung der Gemeingüter wird vom aktuellen Wettbewerbsrecht *verhindert*. Denn dieses schützt unterschiedslos auch die externalisierende Konkurrenz, es ist blind dafür, dass die Abwälzung von Kosten auf Umwelt und Gesellschaft einer Erschleichung ungerechter Wettbewerbsvorteile gleichkommt, also erklärt es diese auch nicht für illegal. Im Gegenteil, wollte z.B. ein Gemeinderat sie erschweren, könnte das vor dem Recht als Gefährdung getätigter Investitionen bzw. Diskriminierung von Wettbewerbern betrachtet und durch Schadensersatzforderungen oder Klagen wegen Wettbewerbsbeschränkung verhindert werden.

Deshalb muss das Wettbewerbsrecht im Interesse nachhaltiger Entwicklung so geändert werden, dass es *solche Wettbewerbshandlungen nicht mehr schützt*, welche dem Unternehmen durch Externalisierung von Kosten Wettbewerbsvorteile gegenüber Mitbewerbern verschaffen, die im Interesse nachhaltiger Entwicklung auf Externalisierung verzichten. Ebenso dürfen kooperative Vereinbarungen zur Unterlassung von Externalisierungshandlungen nicht mehr als Wettbewerbsbeschränkungen angesehen werden (Scherhorn 2005b).

Auch das Gesellschaftsrecht leistet der Externalisierung Vorschub und verhindert verantwortliche Schonung von Natur- und Sozialkapital. So sind Manager von Kapitalgesellschaften rechtlich gehalten, sich allein den *shareholders* verantwortlich zu fühlen. „Nach unseren Gesetzen machen sich die Manager eines Unternehmens der ‚Untreue‘ schuldig, wenn sie das Unternehmen wissentlich so führen, dass die Gewinne zurückgehen“ (Diamond 2006, 296). Auf diese Weise ist es „in der Struktur des Unternehmens angelegt,“ dass die Manager den Vorteil des Unternehmens – und ihren eigenen – zu Lasten der Allgemeinheit verfolgen; das Unternehmen ist dann in der Tat „die perfekte Externalisierungsmaschine“ (Mitchell 2002, 81). Soziale und umweltpolitische Ziele dürfen freiwillig nur verfolgt werden, wenn und soweit sie die Interessen des Unternehmens, d.h. seiner Aktionäre fördern; „keine Führungsmannschaft in den börsennotierten Unternehmen ist bereit oder gesetzlich befugt, darüber hinaus soziale Verantwortung zu übernehmen“ (Bakan 2005, 61).

Deshalb muss das Gesellschaftsrecht im Interesse nachhaltiger Entwicklung die Verantwortung der Kapitalgesellschaften neu regeln. Die Aufgaben der Vorstände dürfen nicht länger auf die Erhöhung des Kapitalwerts beschränkt sein, sondern müssen die Bewahrung der natürlichen und der sozialen Mitwelt gleichberechtigt einschließen. Da das in einem Gesetzestext nur allgemein formuliert werden kann, müssen daneben die Pflichten konkret definiert werden, weil sie sich ins Bewusstsein aller Beteiligten eingraben muss. Dazu wird ein öffentlichkeitswirksames Instrument diskutiert, das die Tradition der „Charter of Incorporation“ wieder aufnimmt, in der früher einmal dem Haftungsprivileg der Kapitalgesellschaft ihre Pflichten gegenübergestellt wurden. In den USA wurde bis 1886 jeder *Corporation* eine Charta ihrer Rechte und Pflichten auferlegt, geriet dann aber, nach einer höchsttrichterlichen Entscheidung, in Vergessenheit. Aus der Aufarbeitung dieses historischen Vorgangs ist in den USA eine Bewegung entstanden, die eine zeitgemäße Form der Charter of Incorporation fordert (Grossman & Adams 1993; Goodrich 1997; Zinn 2001; Heinberg 2002).

Eine moderne Charta wäre so etwas wie eine verpflichtende Unternehmensphilosophie. Wenn die allgemeinen Pflichten des Vorstands im Gesellschaftsrecht definiert sind, kann die Charta daran anschließen und im einzelnen aufführen, wie sie für das jeweilige Unternehmen aussehen. Sie könnte in Diskussionen des Unternehmens mit NGOs entworfen und von einer behördlichen Instanz wie dem Registergericht formell geprüft werden.

Die Charta hätte als erstes die Funktion, die Privilegien sichtbar zu machen, die die Unternehmung genießt und denen ihre Verantwortung entsprechen muss. Das ist weit mehr als die beschränkte Haftung. Beispielsweise haben Kapitalgesellschaften wegen ihrer oft weltumspannenden Wirtschaftsmacht ein besonders großes Externalisierungspotential, weil die Distanz zwischen denen, die die Entscheidungen über die Extraktion von Rohstoffen und die Emission von Schadstoffen fällen, und denen, die darunter zu leiden haben, besonders groß ist (vgl. Princen 2002). Auch die Unternehmensgröße selbst ist ein Privileg, weil mit dem Potential der Marktmacht verbunden. Privilegiert ist auch die Nutzung aller natürlichen und sozialen Gemeingüter, von der das Unternehmen profitiert, wenn es Markenartikel verkauft, Werbung betreibt, Copyright in Anspruch nimmt, Kapital aufnimmt, CO₂ emittiert usw. Es ist das Bildungs- und Gesundheitssystem, es sind die kulturellen Leistungen, die zur Attraktivität seines Standorts beitragen, und vieles mehr.

Die Charta müsste als zweites ins Bewusstsein heben, dass diesen Privilegien umso mehr Pflichten gegenüberstehen, je größer das Unternehmen wird, denn bei steigender Produktion sinken die zusätzlichen internen (Grenz) Kosten, aber die externalisierten Grenzkosten nehmen eher zu, also muss mit dem Grenzprofit auch die Verpflichtung steigen, die externen Kosten zu senken und sich auf diese Weise an der Erhaltung und Kultivierung der natürlichen und sozialen Gemeingüter zu beteiligen, die zur Degression der internen Kosten beitragen. Mit anderen Worten: Die Pflichten des Unternehmens ergeben sich in erster Linie aus der Maxime, die genutzten Gemeingüter zu würdigen und vor Substanzverzehr zu schützen, sei es durch Vermeidung oder durch Reinvestition.

Und drittens müsste sie feststellen, dass im Fall wiederholter Pflichtverletzung die „license to operate“ entzogen werden kann. So würde das Unternehmensmanagement auf die Erhaltung und Kultivierung des Natur- und Sozialkapitals verpflichtet, und damit auf eine Strategie, die langfristig Gewinnerzielung, kurzfristig aber nicht Gewinnmaximierung, sondern Verlustvermeidung anstrebt.

Einen ersten Schritt in Richtung auf eine solche Institution kann man schon darin sehen, dass die Berichterstattung der Unternehmen auf nichtfinanzielle Bestände, Transaktionen und Risiken ausgedehnt wird, wie es die Änderungsrichtlinie der EU zum Jahresabschluss von Kapitalgesellschaften von 2003 angestoßen hat. Eine Untersuchung des Umweltbundesamtes (2007) zeigt, dass Firmen jetzt auch über ihre ökologische Produktverantwortung berichten, über ihre Berücksichtigung der Kundeninteressen, die Zufriedenheit der Kunden, die Verantwortung in der Zulieferkette, die Förderung von Mitarbeitern, den betrieblichen Umweltschutz, ihr Managementsystem, ihre Spenden und karitativen Aktivitäten und nicht zuletzt die Korruptionsbekämpfung. Sie tun das einstweilen selektiv und berichten nur über Maßnahmen, die sich auch im finanziellen Erfolg der Firma niederschlagen. Eine Weiterentwicklung im oben skizzierten Sinn wird die Öffentlichkeit anregen, sich kritischer, aber auch interessierter mit den Unternehmen und ihrem Verhältnis zu Gemeingütern auseinanderzusetzen.

Darüber hinaus muss sich die Sichtbarkeit zentraler Gemeingüter auch dadurch erhöhen, dass sie in das Marktsystem explizit einbezogen werden. Bisher sind sie nicht präsent, denn sie sind nicht rechtsfähig und es existieren keine Treuhänder, die für sie die Geschäfte führen könnten. Sie werden noch

immer so behandelt, als wären sie freie Güter und brauchten nicht bewirtschaftet zu werden. Barnes (2006) hat gezeigt, wie sie in den Marktprozess einbezogen werden können, nämlich durch Bevollmächtigung von „Commons Trusts“ zur Vertretung der durch Externalisierung geschädigten Gemeingüter.

Einem solchen Treuhänder würde das Eigentums- oder besser Nutzungsrecht an dem ihm anvertrauten regionalen, nationalen oder kontinentalen Gemeingut übertragen. Er könnte entschiedener auf die Erhaltung des Gemeinguts verpflichtet werden als die Politik, die immer auch abweichende Interessen berücksichtigen muss, wenn sie sich machtvoll äußern. Er könnte für die Nutzung Gebühren verlangen, aus den Einnahmen die Erhaltung des Gemeinguts (gleichsam die Ersatzinvestition) sicherstellen und die verbleibenden Erträge an alle Nutzungsberechtigten rückverteilen. So würde erstmals die Konsequenz daraus gezogen, dass die Nutzung der Gemeingüter zur Primärverteilung beiträgt; solange die Gemeingüter im Marktprozess nicht vertreten sind, fallen deren Erträge ja stillschweigend denen zu, die sie ausbeuten.

Und die Gebühren müssen nicht proportional mit der Größe der Nutzer steigen, sondern progressiv; denn wie erwähnt sinken bei steigendem Umsatz die zusätzlichen internen („Grenz“-)Stückkosten, aber die externen steigen, also steigt mit dem Grenzprofit auch die Verpflichtung, sich an der Erhaltung und Kultivierung der natürlichen und sozialen Gemeingüter zu beteiligen, die zur Degression der internen Kosten beitragen.

Noch ist die Errichtung von Commons Trusts nicht viel mehr als eine Idee, an der vieles geklärt werden muss. Wir haben sie hier erwähnt, weil sie zu den Bedingungen gezählt wird, die dafür sorgen können, dass die Erwerbswirtschaft auf den Pfad der nachhaltigen Entwicklung einschwenkt und sich das Prinzip der Substanzerhaltung oder Subsistenzorientierung zu eigen macht (8.1). Auch bei der Errichtung von Commons Trusts wird offensive Subsistenzarbeit, vor allem in Gestalt bürgerschaftlichen Engagements, notwendig sein; danach können die Trusts, je nach ihrer Zweckbestimmung, sicherlich zur Finanzierung mancher Subsistenzarbeit beitragen.

8.3 Das Miteinander von Erwerb und Subsistenz

Was bleibt von der Subsistenzarbeit?

Muss man sich die bürgerschaftlichen Tätigkeiten eigentlich noch nach dem Muster der Subsistenzarbeit vorstellen, wenn die skizzierten Bedingungen für nachhaltige Entwicklung einmal gegeben sind? Ist es nicht denkbar, dass dann Eigen- und Bürgerarbeit in die Erwerbsarbeit übernommen und formell entlohnt werden? Denkbar ist das sicherlich für einen Teil der *privaten* Subsistenzarbeit. Dass insbesondere die Berufstätigkeit von Frauen einen wachsenden Bedarf nach einfachen häuslichen Diensten schaffen werde, der die Beschäftigungslücke bei gering qualifizierten Arbeitskräften füllen könnte, ist die Hoffnung nicht weniger Ökonomen. Ein solcher Bedarf entwickelt sich in der Tat, aber kann er wirklich mehr als einen Teil der Arbeitslosigkeit beseitigen?

Die Industrialisierung hat nach und nach viele Dienste, die im Haushalt und in der Gesellschaft unentgeltlich geleistet wurden, durch Marktgüter ersetzt, durch technische Güter wie Waschmaschinen, durch professionelle Dienstleistungen wie die chemische Reinigung. Sie waren in einer anderen Zeit mit anderen Märkten Dienste der Subsistenzwirtschaft. In die Erwerbswirtschaft wurden sie übernommen, weil der technische Fortschritt es ermöglichte, weil die Tendenzen zur Kleinfamilie und zur beruflichen Arbeitsteilung es nötig machten – und weil die Märkte sich veränderten.

Diese Faktoren sind auch heute wirksam. Dienste, die vorher nicht erschwinglich waren oder die man lieber selbst verrichtet hat, wechseln den Ort und verändern ihren Charakter. Beispielsweise kann die Kinderbetreuung, solange sie in unentgeltlicher Familienarbeit geleistet wird, vom Produktivitätszwang des Gewinnstrebens verschont sein, so dass die Versorgung mit genug Zeit für Zuwendung einhergehen kann. Wird sie erwerbswirtschaftlich geleistet, so muss sie entlohnt werden und ist damit einem Rentabilitätsdruck ausgesetzt. Im Interesse der kindlichen Bedürfnisse darf dieser aber nicht so hoch werden, dass die unersetzbare Zuwendung im Zeitplan gestrichen wird und nur die versorgerische Funktion verbleibt.

Wenn die Rahmenbedingungen für nachhaltige Entwicklung verwirklicht sind, ist das möglich. Denn dann dient die Erwerbswirtschaft nicht allein der Kapitalexpansion, sondern hat zugleich die Aufgabe, die natürliche und soziale Mitwelt zu erhalten und zu fördern; also muss sie den Zeitdruck auf soziale

Dienste dämpfen. Es gibt keinen Grund, die Evolution der Erwerbswirtschaft für beendet zu erklären; im Gegenteil spricht vieles dafür, dass die ökologischen und sozialen Krisen ihr die Schubkraft geben, die *Dominanz* des Kapitals hinter sich zu lassen, d.h. die Erhaltung und Kultivierung des Naturkapitals, des Sozialkapitals und des realen Wirtschaftskapitals im Sinn von 8.2 als drei miteinander verbundene Ziele zu behandeln, unter denen die Erhaltung des Naturkapitals im Konfliktfall Vorrang hat und die alle drei vor der Expansion des Finanzkapitals Vorrang haben. Wenn die Rentabilität mit der Rücksicht auf die natürliche und soziale Mitwelt vereinbar wird, dann können alle jene Dienste aus der Subsistenzwirtschaft in die Erwerbswirtschaft wechseln, für die es eine kaufkräftige Nachfrage gibt.

Andererseits muss verhindert werden, dass das Abschmelzen der Externalisierung (das den Firmen verwehrt, Kosten auf geschützte Gemeingüter abzuwälzen) den Kostendruck erst recht auf die ungeschützte private Subsistenzarbeit lenkt, auf die auch heute schon kräftig externalisiert wird. Gemeint ist die Abwälzung von Personalkosten auf die Zeit der Kunden, die den Service selbst übernehmen, indem sie z.B., statt an Bank- oder Fahrkartenschaltern von Menschen bedient zu werden, vor Automaten verzweifeln oder in den Warteschleifen von Callcentern hängenbleiben. Man nennt es Selbstbedienung und betont ihre Vorteile, z.B. dass sie schneller ginge oder weniger koste als das personennahe Bedientwerden; aber häufig dauert sie länger und manchmal kostet sie nicht weniger als früher der von der Firma abgeschaffte Kundendienst.

Der Bereich des „self service,“ in dem Erwerbswirtschaft und Subsistenzwirtschaft am engsten miteinander verzahnt sind, wird bei nachhaltiger Entwicklung sicherlich weiter zunehmen. Dezentrale Energieproduktion in privaten Haushalten und Nachbarschaften wird ihn erweitern, auch die Zuarbeit der Konsumenten zur Wiedergewinnung gebrauchter Rohstoffe oder die Verlagerung des motorisierten Individualverkehrs auf Mitfahrdienst und Fahrrad. Man wird dann vielleicht nicht von Selbstbedienung sprechen, weil es sich ja um Eigenbeiträge zur Dematerialisierung handelt. Doch müssen die Bedingungen dafür *menschenfreundlich* gestaltet sein, um angenommen zu werden. Beispielsweise ist die Bereitschaft vieler Verkehrsteilnehmer, innerstädtische Wege flexibel mit dem Fahrrad zurückzulegen, an die Voraussetzung gebunden, dass sie an sehr dicht über die Stadt verteilten Standorten auf ein Mietfahrrad zugreifen und wieder zurückgeben können, wie es in Paris (mit dem Fahrradverleihsystem „Vélib' Paris“) und einigen anderen Großstädten schon verwirklicht ist.

Kurz, Erwerb und Subsistenz werden füreinander durchlässiger, bleiben aber aufeinander angewiesen – die Quellen des Wohlstands fließen ineinander. Das wird den Missbrauch unbezahlter Arbeit eindämmen, z.B. die stille Subventionierung des Erwerbsbetriebes durch Aneinanderreihung von Praktikumszeiten. Das sehen viele anders, die heute darauf setzen, dass die durch Digitalisierung ganzer Berufssparten freiwerdenden Arbeitskräfte in großer Zahl Dienste, die bisher in der Subsistenzwirtschaft unentgeltlich geleistet wurden, gegen Niedrigstlöhne übernehmen. Aber diese Hoffnung ist auf das Einkommensgefälle zwischen deutschen und ausländischen Arbeitskräften gegründet, das derzeit mehr Haushalten die mehr oder weniger legale Bezahlung häuslicher Dienste erlaubt. Damit ist auf längere Sicht nicht zu rechnen; die nationalen Einkommensniveaus werden sich angleichen. Und dann werden nach Harrods Logik häusliche und persönliche Dienste von der Mehrheit der Konsumenten aus ihren Erwerbseinkünften nur in sehr begrenztem Umfang bezahlt werden können.

Das wird sich auch nicht entscheidend ändern, wenn sich die Schere zwischen den höchsten und den niedrigsten Einkommen wieder schließt, weil die Unterbindung externalisierender und monopolisierender Praktiken die extrem hohen Einkommen reduziert und diese (sowie die Vermögen und Erbschaften) zudem stärker zur Finanzierung des Staatshaushalts einschließlich der Sozialausgaben herangezogen werden. Die oligarchischen Einkünfte werden in Relation zu den Masseneinkommen kleiner, die Arbeitslosigkeit verringert sich und die untersten Einkommen werden weniger „prekär,“ aber das Niveau der Masseneinkommen wird auch dann nicht so weit steigen, dass der durchschnittliche private Haushalt mehr Dienstleistungen kaufen kann als er selbst am Markt erbringt.

Deshalb halten wir es nicht für realistisch, durch Kommerzialisierung der privaten und womöglich auch der öffentlichen Subsistenzarbeit Vollbeschäftigung zu erreichen. Eine realistischere Hoffnung ruht darauf, dass die Erwerbswirtschaft den Weg der flexibleren und im Durchschnitt kürzeren Arbeitszeit geht, so dass alle Arbeit haben, aber mehr Zeit gewinnen, sich gestützt auf ihr Erwerbseinkommen auch in der Subsistenzwirtschaft zu betätigen. Die kürzere Lebensarbeitszeit bringt zwar insgesamt einen Einkommensrückgang mit sich und der Rückgang des Überkonsums wird manche Preise erhöhen, aber bei gleichmäßigerer Einkommensverteilung, steigender Wertschätzung marktfreier Güter und einer Einsparung von wenigstens 10 Prozent der bisherigen

Einkäufe durch Eigenversorgung wird auch die verringerte Erwerbsarbeit ausreichen, den verbleibenden Konsumbedarf zu finanzieren.

Und über den Effekt der Eigenarbeit hinaus wird durch die kürzere Erwerbsarbeit eine nennenswerte Minderung privater und öffentlicher Ausgaben dadurch möglich, dass Zeit für mehr bürgerschaftliche Tätigkeiten der sozialen Hilfe und Beratung, der Aus- und Weiterbildung, des künstlerischen und kulturellen Ausdrucks frei wird. Denn das Mehr an erwerbsfreier Zeit wird vor allem der *öffentlichen* Subsistenzarbeit zugutekommen, dem bürgerschaftlichen Engagement. Diese Tätigkeiten eignen sich am wenigsten zur Übernahme in die Erwerbswirtschaft, denn sie werfen keine Gewinne ab (Kap. 6.3); die schon jetzt sehr geringen Personalkosten können nicht weiter gesenkt werden. Ihre Leistungen können nicht vollständig von Staat oder Gemeinde finanziert werden, denn dort wird auch bei höheren öffentlichen Einnahmen nicht genug Geld dafür vorhanden sein. Zudem sind bürgerschaftliche Einrichtungen auf Selbstbestimmtheit angelegt und beziehen ihre Leistungskraft aus innerer Motivation; sie vertragen keine bürokratische Lenkung. Eher kommt eine Finanzierung durch Stiftungen oder gemeinnützige Vereine in Frage, wie sie schon jetzt oft praktiziert wird. Auch den in 8.2 skizzierten „Common Trusts“ kann hier eine wichtige Rolle zukommen. Die öffentliche Hand ist damit nicht aus der Verantwortung, aber ihr Beitrag ist angemessener, wenn er die Form von Zuschüssen und Sachunterstützung hat (8.4).

Grundeinkommen und Tätigkeitsgesellschaft

Bisher hält der Vorrang der Erwerbsarbeit das ökonomische und politische Denken in der Vorstellung gefangen, das Arbeitslosigkeitsproblem könnte allein durch Wirtschaftswachstum gelöst werden. Da aber die noch erreichbaren linearen Wachstumsraten (Afheldt 2003) nicht ausreichen, zu Vollbeschäftigung auf früherem Niveau zurückzukommen, behelfen sich die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft damit, die Marginalisierung der minderqualifizierten Arbeitskräfte als Ergebnis eines unvermeidlichen Anstiegs der „natürlichen Arbeitslosigkeit“ zu rechtfertigen.

Doch damit wird eine elementare Eigenschaft der Erwerbsarbeit geleugnet: „Arbeit gibt dem Menschen die Chance, seine Fähigkeiten auszuüben und zu entfalten. Sie vereinigt ihn mit anderen Menschen zu einer gemeinsamen Aufgabe. Sie verschafft ihm die Mittel für ein menschenwürdiges Dasein“

(Schumacher 1965). Wem die Chance vorenthalten wird, sich mit anderen zu einer gemeinsamen Aufgabe zu vereinigen, der ist ausgegrenzt (*marginalisiert*) aus dem Bereich, der in der modernen Gesellschaft die Grundlage der sozialen Identität bildet, dem Beruf (genauer: dem Berufseinkommen, weil heute nur wenige ein ausreichendes Einkommen außerhalb des Berufs haben; wer es hat, dem kann es durchaus Tätigkeiten ermöglichen, die in der sozialen Wertschätzung die Stelle des Berufs einnehmen können).

Vor der Marginalisierung aber schützt auch ein „Grundeinkommen“ in Höhe des absoluten Existenzminimums nicht, wenn alle übrigen Existenzbedingungen so bleiben wie sie sind. Denn dann reicht diese Zuwendung nur Asketen zu einem sozial respektierten Leben, die anderen Erwerbslosen zwingt sie zu einer entwürdigenden Suche nach Ergänzung durch erwerbswirtschaftliche Niedrigeinkünfte, die die Ausgrenzung stets erneut bestätigt.

Die Idee hinter dem Grundeinkommen ist, dass jeder und jede ein bedingungsloses Anrecht auf eine Geldzuwendung haben soll, die den Mindestunterhalt bestreitet und den bürokratischen Aufwand zur Ermittlung der Bedürftigkeit entbehrlich macht. Diese Idee erscheint realisierbar, wenn einige Konflikte gelöst werden:

- Das Grundeinkommen müsste zum Leben ausreichen, wenn es mehr sein soll als „eine Subvention zugunsten der Arbeitgeber“ (Gorz 2004, 98). Es sollte aber nicht das Gerechtigkeitsgefühl all derer verletzen, die ihren Lebensunterhalt in ungeliebten und schlecht bezahlten, aber nicht entbehrlichen Brotberufen verdienen.
- Das Grundeinkommen kann in Konkurrenz zur Geschlechtergerechtigkeit geraten, wenn der Anspruch der Frau auf ein eigenes Grundeinkommen es dem Mann leicht macht, den größeren Teil der Familienarbeit auf die Frau auch gegen deren Wunsch abzuwälzen und selbst weiter voll oder überwiegend erwerbstätig zu bleiben, zumal einstweilen auch die Betriebe gegen den Wunsch von Männern nach Elternzeit Widerstand leisten. In solchen Fällen stünde das Grundeinkommen gegen die Einbettung der Erwerbs- in die Lebensarbeit – ein Widerspruch, den man nicht hinnehmen darf.
- Das Grundeinkommen kann zur Spaltung der Gesellschaft beitragen, wenn es die kontroverse Auffassung, die Gesellschaft müsse Dauerarbeitslosigkeit hinnehmen, weil es nicht mehr genug Erwerbsarbeit für alle gebe, in einer Zeit unterstützt, in der der Erwerbsarbeitsplatz als Voraussetzung sozialer

Identität und sozialen Ansehens gilt. Damit die Gesellschaft Zeit gewinnt, eine sozial verträgliche Lösung zu finden, müssen auch die beiden alternativen Auffassungen eine Chance bekommen. Die eine besagt, es sei weniger gutentlohnte Erwerbsarbeit für alle da als früher, also müsse man sich mit Niedriglöhnen abfinden. Die andere, es gebe nicht mehr genug *Vollzeit*-Erwerbsarbeit für alle, also sollte die durchschnittliche Arbeitszeit durch Teilzeitarbeit, Elternzeit, Sabbatjahre usw. gesenkt werden. Die künftige Integrität der Gesellschaft kann davon abhängen, wie letztlich zwischen diesen Auffassungen entschieden wird.

Alle drei Konflikte lassen sich durch eine „Grundsicherung“ auflösen, bei der das Grundeinkommen in der Form einer negativen Einkommensteuer gezahlt wird, also als Zuschuss an alle, die im Beruf weniger als ein festgesetztes Minimum verdienen oder berufsunfähig bzw. arbeitslos sind. Denn dadurch wird die allgemeine Verpflichtung bestärkt, voreilige Festlegungen zu vermeiden und erst einmal darauf hinzuarbeiten, dass möglichst alle ihre Lebensarbeit aus einer Erwerbsarbeit finanzieren können, die ihnen angesichts der hohen Arbeitsproduktivität genug Zeit und Mittel für alle übrigen Tätigkeiten lässt.

Der Begriff Lebensarbeit stammt von Wilhelm Schmid. Seine Begründung passt so gut in den Zusammenhang dieses Buches, dass wir sie hier im vollen Wortlaut zitieren wollen. Schmid nennt *Arbeit* „all das, was ein Mensch in Bezug auf sich und sein Leben leistet, um ein schönes und bejahenswertes Leben führen zu können. Dann kommen ganz andere Arbeiten in den Blick: Zuallererst die *Arbeit an sich selbst*, um die inneren Verhältnisse zu klären und sich um eine Selbstbefreundung zu bemühen. Wer gut mit sich zurechtkommt, der kann auch andere Herausforderungen besser bewältigen. Ferner die *Arbeit an Freundschaft*, denn in moderner Zeit bedarf diese vertrauensvolle Beziehung einer bewussten Aufmerksamkeit und Pflege. Von ebensolcher Bedeutung ist die *Familienarbeit*: Das schwierige Zusammenleben zu organisieren, den familiären Alltag zu bewältigen, Kinder zu erziehen ... Und über das Private hinaus wird die *Bürgerarbeit* wichtig, die Arbeit an der Gesellschaft im Kleinen. Diejenigen, die diese Arbeit leisten, wissen, wieviel Sinn gerade hier zu erfahren ist. Des weiteren geht es um die *Muße als Arbeit*, denn nicht nur das Tun, auch das Lassen wird zur Aufgabe, wenn im permanenten Aktivismus keine Besinnung mehr möglich ist, um größere Zusammenhänge in den Blick zu bekommen und neue Perspektiven zu entdecken. Eine entscheidende Arbeit

ist schließlich die *Arbeit am Sinn*, an Zusammenhängen, die nicht mehr offen zutage liegen. Dies alles ist, um es mit einem Wort zu sagen, *Lebensarbeit*. Eingebettet in die verschiedenen Arbeiten spielt dann auch die Erwerbsarbeit eine Rolle“ (Schmid 2006, 32 f.).

In diesem allgemeinen Sinn ist Arbeit das Tätigsein um der Sache oder Aufgabe willen, für das Wohl des Anderen, der Familie, der Gruppe, der Allgemeinheit. Sie dient dem Leben, sie gibt dem Individuum einen über es selbst hinausreichenden Sinn, und sie ist in ähnlicher Weise ein Gemeingut wie der Boden, die Luft und das Wasser, denn in einer funktionierenden Gesellschaft haben alle aktiv an ihr teil und schöpfen aus ihr. Genug *Zeit* zu haben ist eine unerlässliche Bedingung für alle Bereiche der Lebensarbeit. Auch die nachhaltige Entwicklung ist daran gebunden, dass die Lebensarbeit nicht von der Erwerbsarbeit verdrängt wird. Denn wenn das geschähe, so würde der Sinn des Wohlstands auf den Erwerb reduziert, und es gäbe kein Halten mehr für die Ausbeutung der Gemeingüter. Nachhaltige Entwicklung setzt voraus, dass der Sinn der Erwerbsarbeit im gesamten Spektrum der Lebensarbeit gesehen wird; nur dann wird der Überkonsum so sinnvoll und wirksam abgebaut (8.2), dass der Anreiz für die Ausbeutung der Gemeingüter entfällt.

An Raum für Verringerung und Neuverteilung der Erwerbszeit mangelt es nicht. Das Arbeitsvolumen nimmt im langfristigen Trend ab, von rd. 2 500 Arbeitsstunden pro Beschäftigten im Jahr 1895 auf rd. 1 500 im Jahr 2002 (Schildt 2006, 134). Die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten würde eine Vielzahl von Möglichkeiten eröffnen, die Entwicklung des Arbeitsvolumens an die individuellen Bedürfnisse der Beschäftigten und der Unternehmen anzupassen, von der Verkürzung der Wochenarbeitszeit über die im Lebenszyklus alternierende Freistellung von Eltern und die Sabbatjahre bis zur Verlängerung der Erwerbsarbeit durch Altersteilzeit (Stahmer & Schaffer 2006). Doch all das wird dadurch blockiert, dass die Erwerbseinkommen am oberen Ende der Verteilungspyramide seit der neoliberalen Wende in den 1990er Jahren (Harvey 2007) so stark wachsen, dass am unteren Ende nicht mehr genug übrig bleibt.

So sind beide, die Aufwertung des Ganzen der Lebensarbeit und die nachhaltige Entwicklung, davon abhängig, dass die Ursachen der übermäßigen Einkommensungleichheit (8.2) beseitigt werden. Zusammengefasst liegen sie im Versagen der Wirtschaftswissenschaft und der Wirtschaftspolitik vor der Aufgabe, die Privilegien des Finanzkapitals dort zu begrenzen, wo sie sich

natur- und sozialschädlich auswirken, und sie an die Erfüllung ökologischer und sozialer Pflichten zu binden.

Gelingt das, so kann das Miteinander von Erwerbs- und Subsistenzwirtschaft einen strukturellen Wandel zur *Tätigkeitsgesellschaft* einleiten. Deshalb haben wir im 6. Kapitel den Übergang vom quantitäs- zum qualitätsorientierten Produktivitätsbegriff und im 7. Kapitel den Wandel vom Primat der extrinsischen Motivation zum Gleichrang – und vielleicht sogar Vorrang – der intrinsischen Motivation betont. Beide können auf die formelle Arbeit ausstrahlen und das Umfeld schaffen, in dem die Tätigkeitsgesellschaft gedeihen kann. Es ist eine Gesellschaft, die dem Ideal folgt, „alles heteronome Tun von Menschen in autonomes Tun zu verwandeln,“ also nicht mehr akzeptiert, dass Arbeit ein fremdbestimmtes Tun sei und bleibe, sondern keinem Lebensbereich „die Unfreiheit als unvermeidlich zugesteht“ (Dahrendorf 1982, 91).

In einem Umfeld qualitätsorientierter Produktivität und intrinsischer Motivation erscheint es konsequent, dass „ein Leben autonomer Tätigkeit als Modell gilt [und] der Versuch vieler Menschen, ihr eigenes Leben nach ihren eigenen Vorstellungen zu gestalten, Unterstützung verdient“ (ebda, 95). In solchem Umfeld ist Freizeit nicht Kompensation für heteronome Arbeit, sondern Raum für Lebensarbeit, und wird die Verkürzung der Arbeitszeit nicht wegen der Verringerung des Erwerbseinkommens abgelehnt, sondern als Eröffnung weiterer Tätigkeitsräume und Schaffung neuer Erwerbsarbeitsplätze begrüßt.

In einer Tätigkeitsgesellschaft hat die Grundsicherung ihre volle Berechtigung, wenn sie die dann geltende, in die Lebensarbeit eingebettete Konzeption der Erwerbsarbeit als Normalfall voraussetzt. Denn sie ermöglicht dann ein selbstbestimmtes, kooperatives und produktives Handeln in allen Bereichen der Lebensarbeit – zumal man sich gerade in einem solchen Umfeld wird darauf verlassen können, dass die Mitwelt unkooperatives Verhalten missbilligt (vgl. Fehr & Gächter 2002, Henrich et al. 2006).

In diesem Sinn kann die Kombination von Erwerbsarbeit und Subsistenzarbeit einen Wohlstandseffekt hervorbringen, der durch Erwerbsarbeit allein nicht zu erreichen ist. Aber selbst in einer Tätigkeitsgesellschaft wird die Subsistenzarbeit *Unterstützung* brauchen, die öffentliche sowohl wie die private, denn beide sind auf ihre Weise auf gemeinnützige Einrichtungen angewiesen, auf gemeinschaftliche Räume und Flächen, auf Materialien und technische wie bauliche Einrichtungen wie das Münchner Haus der Eigenarbeit, die ihre Kosten vielfach nicht voll aus den Gebühren decken können, die die Nutzer aufbringen.

8.4 Unterstützung für die Subsistenzökonomie

Wahrnehmung und Würdigung

Im Gegensatz zu den Sportvereinen, Wohlfahrtsverbänden und Kirchen, deren Bedeutung für das städtische Gemeinwesen schon lange unbestritten ist, werden die informellen Einrichtungen des bürgerschaftlichen Engagements erst in jüngerer Zeit entdeckt. Werden sie auch gewürdigt? Ein wichtiger Indikator dafür ist, ob man, ähnlich wie sich die gesellschaftliche Präsenz der Kirchen und der Sportvereine in Sammelbezeichnungen kundtut, auch für sie einen gemeinsamen *Namen* etabliert hat. Das ist bisher nicht der Fall. Es ist aber notwendig, weil damit das Gemeinsame der Einrichtungen wahrgenommen werden kann.

Man muss dabei berücksichtigen, dass *bürgerschaftliches Engagement* auch außerhalb der Einrichtungen stattfindet, die wir untersucht haben. Das Besondere dieser Einrichtungen liegt darin, dass in ihnen die ehrenamtliche, freiwillige, selbstbestimmte Bürgerarbeit nicht am Rande hinzutritt, um die hauptamtliche Arbeit zu unterstützen, sondern dass umgekehrt die hauptamtlichen Tätigkeiten zur Unterstützung der ehrenamtlichen dienen, so dass die gesamte Einrichtung vom Prinzip des bürgerschaftlichen Engagements geprägt ist. Von einem Pfarramt kann man das nicht sagen, auch nicht von der Caritas; beide tragen sicherlich zur Infrastruktur der urbanen Subsistenz bei und sollen in ihrer Bedeutung keinesfalls unterschätzt werden. Aber sie sind keine ehrenamtlich strukturierten bürgerschaftlichen Einrichtungen.

Es bleibt eine unerfüllte Aufgabe, die Landkarte der Infrastruktur der urbanen Subsistenz zu zeichnen und sie nach und nach mit Bezeichnungen zu versehen, in denen die besonderen Eigenschaften der informellen Tätigkeiten zum Ausdruck kommen, die Freiwilligkeit, die Selbstbestimmtheit, die Unentgeltlichkeit, die Verantwortlichkeit. Erst wenn dies geschieht, kann man sagen, dass die gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung wahrgenommen und gewürdigt wird.

Da muss es nachdenklich machen, wenn man erfährt, dass ein beträchtlicher Teil der befragten Einrichtungen die politisch-rechtlichen Voraussetzungen des selbstbestimmten bürgerschaftlichen Engagements als nicht ausreichend oder mangelhaft empfindet, wie es sich aus der folgenden Abbildung ergibt (Abb. 24).

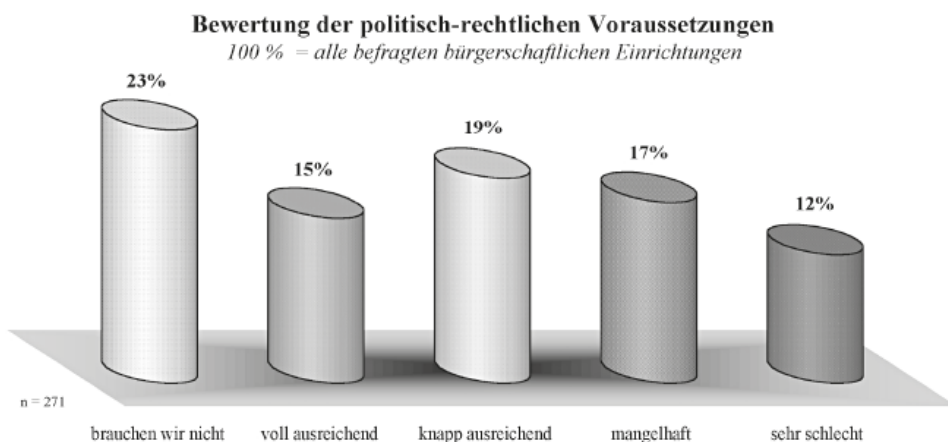


Abb. 24: Bewertung politisch-rechtlicher Voraussetzungen für öffentliche Subsistenzarbeit
Für 29 Prozent der bürgerschaftlichen Einrichtungen sind die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen mangelhaft bis sehr schlecht.

Wir wissen aus vielen Gesprächen, dass darin eine schlechte Note für die kommunalpolitischen Strukturen ihren Ausdruck findet. Diese sind auf hierarchische Entscheidungen und Vollzüge eingerichtet, auch auf deren Rückkopplung zu den Wählern. Auf die Unterstützung und Koordination basisdemokratischer Initiativen dagegen sind sie nicht optimal eingestellt, und das hängt mit Mängeln in der Wahrnehmung und Würdigung dieses Engagements zusammen. Dazu einige Äußerungen aus den befragten Einrichtungen in allen drei Großstädten:

- „Die Kommunalpolitik ist zu weit weg von den Bürgern, man muss schon sehr zäh sein, um durchzuhalten.“
- „Je größer die kommunale Einheit, desto schwieriger wird es, Kommunikation herzustellen.“
- „Die Zusammenarbeit mit offiziellen Stellen gelingt nur mit großer Ausdauer.“
- „Manchmal wäre es wichtig, einfach nur zu erklären, warum etwas nicht klappt.“
- „Da haben AlltagsexpertInnen jahrelang ein super Instrument entwickelt, aber es wird nicht angewandt.“

- „Die Verwaltung, auch die Bürgerstiftung, weiß zu wenig über die Einrichtungen.“
- „Warum wird uns nicht z.B. ein fester Platz im Amtsblatt eingeräumt?“
- „Die Verwaltung ist zu unkooperativ.“
- „Das ‚Ehrenamt im Alltag‘ sollte von den politischen Verantwortlichen mehr fokussiert werden: als potentielle Arbeitskraft, die, wenn die nötigen Rahmenbedingungen gegeben sind, auch professionell einsetzbar ist.“
- „Ohne eine professionelle Infrastruktur funktioniert auch keine ehrenamtliche Arbeit vernünftig!“
- „Nötig wäre eine Stärkung der sozialen Strukturen des Umfeldes, die durch den Umbau des Viertels weitgehend zerstört wurden.“
- „Wir wünschen uns, dass die Studie dazu beiträgt, dass bürgerschaftliche Einrichtungen mehr infrastrukturelle Unterstützung erhalten und dass wirklich mehr Interesse seitens der Politik und Wirtschaft für soziale Belange und Erfordernisse geweckt wird.“

In Äußerungen wie diesen kommt zum Ausdruck, dass die politischen Instanzen sich häufig vom bürgerschaftlichen Engagement nicht entlastet, sondern eher belastet – und bisweilen vielleicht auch belästigt – fühlen. Schon die Unterbesetzung der kommunalen administrativen Schnittstellen zu bürgerschaftlichen Einrichtungen (wie z.B. Quartiersmanagement) ist Ausdruck dafür, dass die Einrichtungen des bürgerschaftlichen Engagements und ihre Leistungen nur allzuoft nicht voll wahrgenommen werden, insbesondere bei den entscheidenden kommunalen Gremien und Personen. Die hohe Rentabilität der ihnen zugewandten Förderung – auch in Relation zu anderen Förderzwecken – wird meist völlig unterschätzt und ihre besondere Arbeitsweise nicht angemessen gewürdigt.

Das letztgenannte Hemmnis ist vermutlich am schwersten zu überwinden. Dem Denken in politischen und administrativen Hierarchien ist das intrinsisch motivierte Handeln fremd, in seiner Aufopferungsbereitschaft ebenso wie in seinem Freiheitsbedürfnis. Die Opferbereitschaft ist daran gebunden, dass man die Aufgabe wichtig findet und sich für sie verantwortlich fühlt. Muss man feststellen, dass sie nicht angemessen gewürdigt wird oder sich nicht entfalten kann, so erlahmt die Bereitschaft.

Wie in den vorangehenden Kapiteln und speziell in 7.2 dargelegt, hängt viel davon ab, ob die äußeren Bedingungen ein selbstbestimmtes Handeln erlauben und fördern, und ob sie den Teilnehmern das Gefühl vermitteln, genug Zeit zu

haben und unter ausreichenden Arbeitsbedingungen tätig zu sein. Sind diese drei Faktoren in hinreichendem Maße gegeben, so handeln Menschen aus Interesse und eigenem Antrieb, auch wenn sie davon keinen direkten privaten Vorteil haben. Denn sinnvolles Handeln trägt seinen Lohn in sich.

Aber es wird erwartet, dass die Aufgaben, denen sich die Engagierten im Interesse der Gemeinschaft verschrieben haben, auch von deren offiziellen Repräsentanten wichtig genommen werden. Solche Anerkennung zeigt sich auch darin, dass die Selbstverantwortlichkeit bürgerschaftlichen Handelns nicht ausgenutzt, sondern in ihren Eigenheiten geschätzt und geschützt wird. Dies bedeutet, die besonderen Voraussetzungen zu akzeptieren und herzustellen, die für ein freiwilliges und selbstbestimmtes Handeln gelten. Denn es geht weniger darum, es den Tätigen leichtzumachen; es geht um die Sache.

Grundfinanzierung und Einzelfallhilfen

Auf die Frage, woran es vor allem fehlt, wird der Bedarf an Finanzmitteln am häufigsten genannt, Geld für Sachmittel wie Computer, technisches Equipment, Bürogeräte, Präsentationsmedien, Kommunikationsmittel und Verbrauchsmaterialien, Geld für die Beschäftigung hauptamtlicher Mitarbeiter. Der Bedarf an Geld ist zudem sehr häufig Ausdruck des Bedarfes nach einem Minimum an Kontinuität in der Finanzierung, im Sinn „einer finanziellen Absicherung, so dass zumindest ein Jahr geplant werden kann – einer erkenn- und nachvollziehbaren Linie der Fördermittelvergabe.“

Dass bei kleinen Institutionen über die projektbezogenen Förderinstrumente hinaus insbesondere die institutionelle Förderung verstärkt werden müsste, wird am Beispiel des ‚Vereins zur Überwindung der Schwerkraft‘ deutlich, eines Projektpartners des RAW-Tempels in Berlin-Friedrichshain. Dieser verfolgt mit seiner Unterabteilung ‚Kinderzirkus ZAK‘ (Zirkuspädagogik ab 5 Jahre) ein ungemein erfolgreiches Projekt. Der Verein selber muss allerdings ohne eine längerfristige institutionelle Förderung auskommen, wie z.B. der Absicherung des Mietverhältnisses durch eine Finanzierung des Mietzinses. Und das, obwohl er durch eine solche Absicherung zeitlich und personell überhaupt erst in der Lage wäre, selbständig zusätzliche projektgebundene Fördermittel von Stiftungen, Quartiersmanagement und Bezirk, Kommune, Land, Bund, EU oder auch Unternehmen zu akquirieren. Eine bessere Grund-

absicherung würde die Chance eröffnen, das Veranstaltungsangebot zu erweitern und Projektaktivitäten durch eigenes, intensiviertes Fundraising, auch über die Erschließung und Nutzung neuer Quellen, zu stärken.

Viele Einrichtungen haben zu wenig Zugang zu institutionellen Fördermöglichkeiten – soweit diese überhaupt existieren. Manche empfinden den bürokratischen Aufwand als so hoch, dass er mit ihren begrenzten Kräften nicht zu bewältigen ist. Eine zentrale Ansprechstelle könnte ihnen solche Arbeit abnehmen und sie untereinander vernetzen und koordinieren. Sie könnte den Einrichtungen auch bei der Öffentlichkeitsarbeit und der medialen Wahrnehmung helfen. Denn diese finden meist keine Zeit, sich den Zugang zu Kommunikationsmedien zu verschaffen, geeignete Themen zu formulieren und gebündelte Informationen zusammenzustellen.

Es fehlt auch an Fördermöglichkeiten, die Qualifikation der Mitarbeiter zu verbessern. Sowohl für das Management der Einrichtungen als auch für die Leistungserbringung selbst sind spezifische Kenntnisse erforderlich, die sich die Beteiligten bisher auf eigene Faust aneignen müssen. Das könnte ihnen erleichtert werden, wenn die Übernahme bürgerschaftlicher Verantwortung mit dem Angebot geeigneter Kurse – z.B. über autonomiefördernde Führung, über wirksames *Fundraising*, über das Vermeiden von *Burnout* und natürlich über die Weiterentwicklung des Wissens in dem jeweils relevanten Fachgebiet – honoriert würde. Diese Weiterqualifizierungen würden, zusätzlich zu den selbst und gemeinsam angeeigneten Erfahrungen und themenfeldspezifischen Kompetenzen, sämtliche Tätigkeitsbereiche berühren und fördern, sei es im Erwerb, oder in der Subsistenz, ob öffentlich oder privat.

Und nicht zuletzt fehlt es an einer Gleichstellung der Bürgerarbeit mit der Erwerbsarbeit, die den Besonderheiten des bürgerschaftlichen Engagements Rechnung trägt. Das Engagement darf nicht mit einem beruflichen oder berufsähnlichen monetären Entgelt belohnt werden, das wurde oben (Kap. 3.2) dargelegt. Gerade deshalb wird es sinnvoll sein, bestimmte Bereiche des Engagements in die erwerbswirtschaftliche Entlohnung überführt werden können (vgl. Kap. 8.3), die schwer oder nur ungern ehrenamtlich erbracht werden. Auch heißt das nicht, dass jegliche Geldzahlung für ehrenamtliche Tätigkeiten tabu sein müsste. Kostenerstattung muss möglich sein, und dort wo es notwendig ist, kommen auch Unterhaltszuschüsse in Betracht. Bei diesen kann man an die sinnvolle Unterscheidung zwischen dem Entgelt und der Alimentation anknüpfen: Das Entgelt wirkt wie eine externe Belohnung,

der Unterhaltszuschuss wie eine Würdigung und Absicherung des selbstlosen Tätigseins. Einen kleinen Schritt dorthin hat der Bundestag im Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements getan, das ab 2007 für bestimmte ehrenamtliche Tätigkeiten entweder eine Abzugsfähigkeit von Sonderaufwendungen oder einen Steuerfreibetrag vorsieht (und übrigens auch die steuerliche Abzugsfähigkeit von Spenden an Einrichtungen des bürgerschaftlichen Engagements erleichtert).

Einer der nächsten Schritte zur Anerkennung der informellen ehrenamtlichen Arbeit sollte sein, dass sie ähnlich wie die Erwerbsarbeit mit der Anwartschaft auf Alterssicherung verbunden wird, so wie es ja auch für die Familienarbeit gefordert wird.

Räume und Mitarbeiter

Ein Verständnis in Städten und Stadtverwaltungen für die sozialkulturellen und räumlichen Bedingungen, unter denen bürgerschaftliches Engagement gedeiht, ist ein wichtiger Indikator für das Ausmaß und die Kraft mit denen sich soziales Kapital im urbanen Raum entfalten kann. Wir wollen hier nicht alle Bedingungen nennen, sondern vor allem zwei Bedingungen erwähnen, für die Stadtpolitik und Stadtplanung sorgen müssen:

Zum einen die *Mischung der Funktionen*. Die Einrichtungen der sozialen Bürgerarbeit treten dort gehäuft auf, wo die sogenannten Funktionen der Stadt – Wohnen, Arbeiten, Einkaufen – nicht voneinander getrennt sind. Die Trennung der Funktionen ist fast ein Jahrhundert lang die herrschende Lehre im Städtebau gewesen. Stadtplaner beteuern zwar schon seit einiger Zeit, von der Doktrin abgekommen zu sein, in ihrer Alltagspraxis aber hat sich das bisher kaum niedergeschlagen, was bei einem derart tief eingewurzelten Denkmuster nicht wunder nimmt; es wird noch vieler Anstöße bedürfen, ihr Verhalten dauerhaft zu revidieren.

Zum anderen die *Verfügbarkeit von und der Zugang zu geeigneten Flächen und Räumen*. Sie müssen so gelegen sein, dass sie von den Nutzern gut erreicht werden können, sie müssen sich für die soziale Bürgerarbeit eignen, und sie müssen für das knappe Budget der Einrichtungen erschwinglich sein. Vor allem aber müssen die Hemmnisse beseitigt werden, die die Nutzung und Beispielbarkeit von Räumen und Flächen behindern, seien sie rechtlicher, administrativer, stadtplanerischer oder finanzieller Art, oder seien sie das Resultat eines

unausgewogene Verhältnisses und Wettbewerbs zwischen marktlichen und bürgerchaftlichen Institutionen (vgl. 8.1-3).

Am Beispiel des Stuttgarter Westens kann man erkennen, dass die dort angesiedelten Einrichtungen sich zwar räumlich gut angebunden fühlen, schließlich gehört der Westen zu den am stärksten funktionsgemischten Stadtteilen. Aber er ist zugleich besonders dicht besiedelt, geeignete und erschwingliche Räume sind rar, ein Viertel der Einrichtungen fühlt sich schlecht untergebracht, Freiflächen fehlen und die soziale Anbindung ist vielfach unzureichend. Die Stadt könnte dieser Situation z.B. Rechnung tragen, indem sie in gemeindeeigenen Gebäuden und auf städtischen Flächen Räume zur dauernden oder zur gelegentlichen Nutzung gratis oder verbilligt zur Verfügung stellt. Derzeit beklagen sich manche Einrichtungen, dass von ihnen selbst für städtische Seminarräume hohe Mieten verlangt werden.

Da wundert es auch nicht, dass relativ viele der befragten Einrichtungen Schwierigkeiten haben, genügend ehrenamtliche Mitarbeiter zu finden (Abb. 25). Auch hier wieder einige Zitate aus den Befragungen:

- „Es fehlen feste Stellen, um eine effektive und kontinuierliche Arbeit, vor allem im Kinder- und Jugendbereich zu ermöglichen, größere finanzielle Unabhängigkeit von öffentlichen Förderungen.“
- „Engpässe bzgl. der Arbeitskraftkapazitäten, so dass viele wichtige Dinge nicht mehr getan werden können.“
- „Profilerstellung für Ehrenamtliche, so dass sie nicht nur funktional, sondern als ganze Person in die Einrichtung integriert werden können.“
- „Mehr unbefristete Mitarbeiter, ABM-Stellen sind wegen ihrer Befristung für manche Funktionen nicht zu gebrauchen.“
- „Mehr Beteiligung von Seiten Betroffener.“
- „Es fehlt an Nachwuchs; Leute, denen geholfen wurde machen nicht weiter mit.“
- „Bedauerlich die eher unregelmäßige Teilnahme der Mitglieder, die Selbstbedienungsmentalität, Müll ablassen und abziehen! Man kommt sich vor wie ein Mülleimer.“
- „Es fehlt das Miteinander: Wie überführt man die Kontakte in langfristige Strukturen? Es gibt eine Zweiteilung der Gruppe: Nutzer und Leute, die gleichsam Service-Leistungen erbringen. Wie kriegt man die Kerngruppe zufriedengestellt und vermittelt ihr das Gefühl, nicht ausgenutzt zu werden?“

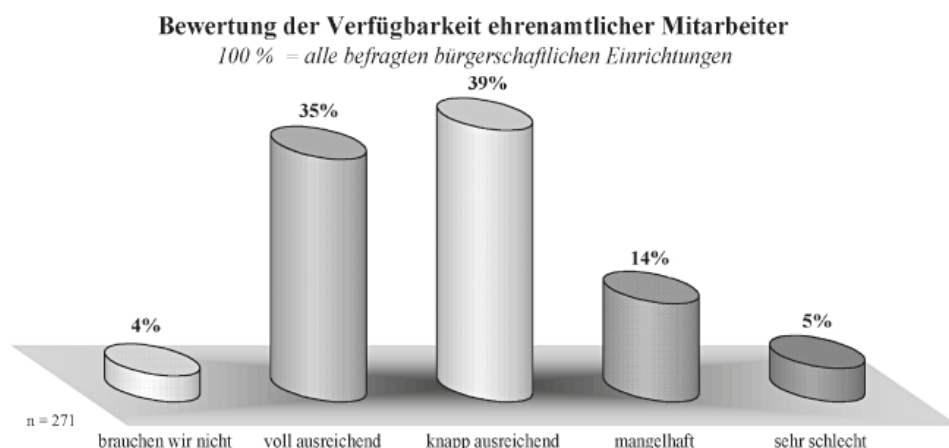


Abb. 25: Verfügbarkeit ehrenamtlicher Mitarbeiter

Nur für 35 Prozent bürgerschaftlicher Einrichtungen sind ehrenamtliche Mitarbeiter voll ausreichend verfügbar.

Gewiss kann man mangelnde Bereitschaft von Menschen, sich für Gemeinschaft und Gemeinwohl einzusetzen, nicht der Kommunalpolitik anlasten, sie ist ein kulturelles, nationales Problem; aber die Kommunalpolitik kann doch mehr tun, die Reste der obrigkeitsstaatlichen Traditionen zu überwinden, denn die Bereitschaft zum eigenmotivierten Einsatz für die Gemeinschaft und die Belange unserer Lebenswelt wächst zunehmend, besonders bei den Jüngeren (vgl. Freiwilligensurvey 2006). Die Politik kann das selbstbestimmte bürgerschaftliche Engagement und die geleistete Arbeit honorieren, indem sie sie beachtet, ihre Leistungen öffentlich und medial anerkennt, sich ihrer Arbeitsweise zuwendet, sie verstehen lernt und sich für ihre Probleme interessiert. Besonders aber kann sie die administrativen und rechtlichen Regelungssysteme und die Entscheidungshierarchien verflachen und öffnen, und offensiv zur zivilgesellschaftlichen Beteiligung an der gemeinsamen Zukunftsgestaltung unserer Lebenswelt einladen.

Wenn sich Menschen oft weniger engagieren, als sie bereit wären, liegt das häufig daran, dass sie den Eindruck haben, ja sowieso nichts bewirken zu können. Werden jedoch die Hemmnisse beseitigt und die unfairen Spielregeln revidiert, wird sich nachhaltige Entwicklung im kooperativen Zusammenwirken der Zivilgesellschaft mit ihrer Lebenswelt von selbst entfalten.

Literatur

- Afheldt, Horst (2003). *Wirtschaft die arm macht. Vom Sozialstaat zur gespaltenen Gesellschaft*. München: Kunstmann.
- Akerlof, George A. (1970). *The market for „lemons“: Qualitative uncertainty and the market mechanism*. Quarterly Journal of Economics, 89, 488–500.
- Arbeiterwohlfahrt Bundesverband [Hrsg.] (2001). *Sozialbericht 2001. Ehrenamt im Wandel*. Bonn.
- Argyle, Michael (1987). *The psychology of happiness*. London: Methuen (spätere Auflagen: Routledge).
- Augar, Philip (2005). *The greed merchants. How the investment banks played the free market game*. London: Penguin Books.
- Bache, Ian [Hrsg.] (2004). *Multi-level Governance*. Oxford University Press. Oxford.
- Baier, Andrea, Bennholdt-Thomsen, Veronika & Holzer, Brigitte (2005). *Ohne Menschen keine Wirtschaft. Oder: Wie gesellschaftlicher Reichtum entsteht*. München: oekom Verlag.
- Baier, Andrea, Müller, Christa & Werner, Karin (2007). *Wovon Menschen leben. Arbeit, Engagement und Muße jenseits des Marktes*. München: oekom Verlag.
- Bakan, Joel (2005). *Das Ende der Konzerne. Die selbstzerstörerische Kraft der Unternehmen*. Hamburg: Europa Verlag. Originalausgabe (2004). *The corporation. The pathological pursuit of profit and power*. New York: Free Press.
- Barnes, Peter (2006). *Capitalism 3.0. A guide to reclaiming the commons*. San Francisco: Berrett-Koehler.
- Bathelt, Harald & Glückler, Johannes (2003). *Wirtschaftsgeographie*. 2. Auflage. Ulmer, Stuttgart.
- Beck, Ulrich (1997). *Erwerbsarbeit durch Bürgerarbeit ergänzen*. In: Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, *Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen*, S. 146–168. München: Kommission für Zukunftsfragen.
- Beck, Ulrich (1998). *Das große Los – arbeitslos*. Süddeutsche Zeitung, 19. Juni 1998, S. 13. München.
- Beck, Ulrich (1999). *Schöne neue Arbeitswelt. Vision: Weltbürgerschaft*. Frankfurt a.M.
- Beck, Ulrich (2001). *Das Zeitalter des ‚eigenen‘ Lebens*. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung ‚Das Parlament‘, 2001, Nr. 29. Bonn.
- Bierter, Willy (1995). *Wege zum ökologischen Wohlstand*. Berlin.
- Biesecker, Adelheid (2000a). *Arbeitsgesellschaft – Tätigkeitsgesellschaft – Mitgestaltungsgesellschaft: Umriss eines zukunftsfähigen Arbeitskonzepts*. In: Berliner Debatte INITIAL, Nr. 11/ 4, 2000. Berlin.

- Biesecker, Adelheid (2000b). *Kooperative Vielfalt und ‚das Ganze der Arbeit‘. Überlegungen zu einem erweiterten Arbeitsbegriff*. In: WZB Papers. Querschnittsgruppe Arbeit und Ökologie. Berlin.
- Biesecker, Adelheid & Hofmeister, Sabine (2006). *Die Neuerfindung des Ökonomischen. Ein (re)produktionstheoretischer Beitrag zur sozial-ökologischen Forschung*. München: oekom Verlag.
- Blenck, Jürgen, Nipper, Josef, Nutz, Manfred, Wiktorin, Dorothea & Zehner, Klaus [Hrsg.] (2002). Köln. *Der historisch-topographische Atlas*. Köln.
- Blotevogel, Hans, Ossenbrügge, Jürgen, Wood, Gerald [Hrsg.] (2000). *Lokal verankert – weltweit vernetzt*. Stuttgart.
- BMFSJ [Hrsg.] (2005a). *Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement*. (= ‚Freiwilligensurvey‘ 2005). Berlin.
- BMFSJ [Hrsg.] (2005b). *Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Kurzfassung*. (= ‚Freiwilligensurvey‘ 2005). Berlin.
- Bosch, Gerhard & Wagner, Alexandra (2002). *Nachhaltige Dienstleistungspolitik*. In: Bosch, G. et al. (Hg.), *Die Zukunft von Dienstleistungen*, S. 482–512. Frankfurt/M.: Campus.
- Bosch, Gerhard, Hennicke, Peter, Hilbert, Josef, Kristof, Kora & Scherhorn, Gerhard [Hrsg.] (2002). *Die Zukunft von Dienstleistungen. Ihre Auswirkung auf Arbeit, Umwelt und Lebensqualität*. Frankfurt/M.: Campus.
- Boulding, Kenneth E. (1966). *The economics of the coming spaceship earth*. In: H. Jarrett [Ed.], *Environmental quality in a growing economy*, pp. 3–14. Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- Brand, Ulrich; Achim Brunnengräber; Lutz Schrader; Christian Stock; Peter Wahl (1999): *Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung?* Münster.
- Brandl, Sebastian & Hildebrandt, Eckart (2002): *Zukunft der Arbeit und soziale Nachhaltigkeit. Zur Transformation der Arbeitsgesellschaft vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeitsdebatte*. Opladen.
- Brandstätter, Helmut (1977). *Wohlbefinden und Unbehagen. Entwurf eines Verfahrens zur Messung situationsabhängiger Stimmungen*. In: W. H. Tack [Hrsg.], *Bericht über den 13. Kongress der DGP in Regensburg 1976*. Göttingen: Hogrefe.
- Brandstätter, Helmut (1994). *Well-being and motivational person-environment fit: A time-sampling study of emotions*. *European Journal of Personality*, 8, 75–93.
- Braudel, Fernand (1986). *Die Dynamik des Kapitalismus*. Stuttgart: Klett-Cotta
- Brödner, Peter (1997). *Der überlistete Odysseus. Über das zerrüttete Verhältnis von Menschen und Maschinen*. Berlin: Edition Sigma.
- BUND & MISEREOR [Hrsg.] (1996). *Zukunftsfähiges Deutschland*. Basel.
- Coase, Ronald (1960). *The problem of social costs*. *Journal of Law and Economics*, 3, 1–44.

- Cohen, Daniel (1998). *Fehldiagnose Globalisierung. Die Neuverteilung des Wohlstands nach der dritten industriellen Revolution*. Frankfurt/M: Campus Verlag.
- Coleman, James Samuel (1995). *Grundlagen der Sozialtheorie. Handlungen und Handlungssysteme*. München.
- Csikszentmihalyi, Mihaly (1992). *Flow. Das Erlebnis des Glücks*. Stuttgart: Klett-Cotta. Englische Originalausgabe: (1990). *Flow. The psychology of optimal experience*. New York: Harper & Row.
- Csikszentmihalyi, Mihaly & Larson, Reed (1987). *Validity and reliability of the experience-sampling method*. The Journal of Nervous and Mental Disease., 175, 526–536.
- Dahm, Daniel (1999). *Desertifikation in The Gambia. Wohlstandskriterien und Wirtschaftsstrategien im ökologischen Konflikt*. Köln.
- Dahm, Daniel (2000). *Westliche Werte in Afrika oder afrikanische Werte im Westen?* In: Jenseits des Wachstums, Politische Ökologie Nr. 66, 2000. München.
- Dahm, Daniel, Fretschner, Rainer, Hilbert, Josef & Scherhorn, Gerhard (2002). *Gemeinschaftsarbeit im Wohlfahrtsmix der Zukunft: unverzichtbar*. In: Bosch, G. et al. [Hrsg.] (2002). *Die Zukunft von Dienstleistungen*, S. 162–183. Frankfurt/M.: Campus.
- Dahm, Daniel (2003a). *Zukunftsfähige Lebensstile. Städtische Subsistenz für mehr Lebensqualität*. Köln: Universität zu Köln, Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät (Dissertation).
- Dahm, Daniel (2003b). *Gerechter Agrarhandel braucht einen gerechten und intelligenten Weltmarkt, braucht ökologische Ökonomie – oder: Ökonomische Gerechtigkeit setzt ökonomische Vielfalt voraus*. In: *Perspektiven für einen gerechten Agrarhandel – Konzepte, Konflikte, Kooperationen*. Loccumer Protokolle 27/02. Rehburg-Loccum.
- Dahm, Daniel, Liffers, Lutz, Scherhorn, Gerhard & Weber, Gabriele (2004a). *Zivilgesellschaft und Anpassungsfähigkeit*. In: Brandt, Heike; Holzapfel, Helmut; Hopmeier, Ilka [Hrsg.] (2004). *Eröffnung von Anpassungsfähigkeit für lebendige Orte. EVALO-Endbericht*. Kassel.
- Dahm, Daniel, Böge, Stefanie, Fuhr, Dagmar, Scherhorn, Gerhard & Siebentritt-Schüle, Anja (2004b). *Nahversorgung und Tätigkeitsgesellschaft*. In: Brandt, Heike; Holzapfel, Helmut; Hopmeier, Ilka [Hrsg.] (2004). *Eröffnung von Anpassungsfähigkeit für lebendige Orte. EVALO-Endbericht*. Kassel.
- Dahm, Daniel (2004c). *Ökonomie der Zivilgesellschaft. Zukünfte*, Nr. 47. Berlin.
- Dahm, Daniel (2004d). *Motivation & Engagement. Zukünfte*, Nr. 48. Berlin.
- Dahm, Daniel (2005). *Soziales Kapital ist Gemeinsamkeit. Zukünfte*, Nr. 49. Berlin.
- Dahm, Daniel (2007a). *Exploring Diversity of Life*. Unpublished. London: Natural History Museum. Department of Botany.
- Dahm, Daniel (2007b). *ActionKids! Identität, Integration, Bildung – Aktivierung von Allianzen zwischen Schule und Zivilgesellschaft*. Unveröffentlichtes Manuskript. Berlin: IRIS e.V. und Menschen in Not e.V.

- Dahm, Daniel; Dürr, Hans-Peter; zur Lippe, Rudolf (2005): *Potsdamer Denkschrift*. Oekom. München.
- Dahrendorf, Ralf (1983). *Die Tätigkeitsgesellschaft*. In: Ders., *Die Chancen der Krise*, S. 88–100. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.
- Daly, Herman E. (1993). *The perils of free trade. Economists routinely ignore its hidden costs to the environment and the community*. Scientific America, 11, 50–57. Deutsch: Daly, Herman E. (1994). *Die Gefahren des freien Handels*. Spektrum der Wissenschaft, 1, 40–46.
- De Charms, Richard (1968). *Personal Causation: The internal affective determinants of behavior*. New York: Academic Press.
- Deci, Edward L. (1995). *Why we do what we do. The dynamics of personal autonomy*. New York: Putnam's Sons.
- Deci, Edward L. & Ryan, Richard M. (1985). *Intrinsic motivation and self-determination in human behavior*. New York: Plenum Press.
- Deci, Edward L., Connell, John P. & Ryan, Richard M. (1989). *Self-determination in a work organization*. Journal of Applied Psychology, 74, 580–590.
- Deci, Edward L., Koestner, Richard & Ryan, Richard M. (1999). *A meta-analytical review of experiments examining the effects of extrinsic rewards on intrinsic motivation*. Psychological Bulletin, 125, 627–668.
- Dettling, Warnfried (2000). *Die aktive Bürgergesellschaft in der Stadt als Reformperspektive des Sozialstaates*. In: Klie, Thomas & Roß, Paul Stephan [Hrsg.] (2000). *Die Zukunft des Sozialen in der Stadt. Bürgerschaftliches Engagement als Herausforderung*. Freiburg.
- Diamond, Jared (2006). *Kollaps. Warum Gesellschaften überleben oder untergehen*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Dicken, Peter & Lloyd, Peter (1999). *Standort und Raum – Theoretische Perspektiven in der Wirtschaftsgeographie*. Stuttgart.
- Durning, Alan Thein (1992). *How much is enough? The consumer society and the future of the earth*. New York: Norton.
- Eberling, Matthias, Grabow, Bussow & Henckel, Dietrich; [Hrsg.] (1999). *Zukunft der Arbeit in der Stadt*. Berlin.
- Edeling, Thomas; Jann, Werner; Wagner, Dieter [Hrsg.] (2007). *Modern Governance. Koordination und Organisation zwischen Konkurrenz, Hierarchie und Solidarität*. Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.
- Ehling, Manfred & Schmidt, Bernd (1999). *Ehrenamtliches Engagement. Erfassung in der Zeitbudgeterhebung des Statistischen Bundesamtes und Möglichkeiten der Weiterentwicklung*. In: E. Kistler, H.H.Noll & E. Priller [Hrsg.] (1999). *Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Messkonzepte*, S. 411–434. Berlin: Edition Sigma.
- Eppler, Eppler (2000). *Was braucht der Mensch? Politik im Dienst der Grundbedürfnisse*. Band 11 der Buchreihe zu den Themen der Expo 2000. Frankfurt/M: Campus Verlag.

- Enquete Kommission ‚Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements‘ des Deutschen Bundestages (2002). (*Abschluss*)*Bericht: Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft*. Opladen.
- Ev. Akademie Bad Boll (1995). *Subsistenz-Ökonomie. Ein neues – altes – Konzept in der Entwicklungspolitik*. 19. bis 21. Juni 1995. Protokolldienst Nr. 37, 1995. Bad Boll: Evangelische Akademie.
- Evers, Adalbert & Olk, T. [Hrsg.] (1996). *Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft*. Opladen: Leske.
- Evers, Adalbert (1998). *Zivilgesellschaft und Sozialstaat. Chancen für einen Wohlfahrtspluralismus?* In: Evers, Adalbert [Hrsg.] (1998). *Sozialstaat*. Gießen.
- Fehr, Ernst & Gächter, Simon (2002). *Altruistic punishment in humans*. *Nature*, 415 (January), 137–140.
- Felbinger, Claire (1995). *Conditions of Confusion and Conflict: Rethinking the Infrastructure-Economic Development Linkage*. In: Perry, David [Hrsg.] (1995). *Building the Public City. The Politics, Governance, and Finance of Public Infrastructure*. London.
- Fink-Bezner, Claudia (1997). *Eigenarbeit in privaten Haushalten. Gelegenheiten, Zusammenhänge und Perspektiven. Eine Leitstudie für Bietigheim-Bissingen*. Stuttgart: Universität Hohenheim, Institut für Haushalts- und Konsumökonomik, Lehrstuhl für Konsumtheorie und Verbraucherpolitik (Diplomarbeit).
- Foroutan, Naika (2004). *Kulturdialoge zwischen dem Westen und der islamischen Welt Eine Strategie zur Regulierung von Zivilisationskonflikten*. Deutscher Universitätsverlag, Wiesbaden.
- Franck, Georg (1998). *Die Ökonomie der Aufmerksamkeit. Ein Entwurf*. München.
- Frank, Robert H. (2007). *Falling behind. How rising inequality harms the middle class*. Berkeley: University of California Press.
- Frank, Robert H. & Cook, Philip (1995). *The-winner-take-all society*. New York: Free Press.
- Freeman, Richard & Schettkat, Ronald (2001). *Skill Compression, Wage Differentials and Employment Germany vs. the US*. *Oxford Economic Papers*, 53(3), 582–603.
- Fromm, Erich (1985). *Psychoanalyse und Ethik*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Fromm, Erich (1986). *Über die Liebe zum Leben*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Fromm, Erich (1991). *Die Pathologie der Normalität. Zur Wissenschaft vom Menschen. Schriften aus dem Nachlass*, hrsg. v. R. Funk, Bd. 1. Weinheim: Beltz Verlag.
- Fukuyama, Francis (2004). *State Building. Governance and World Order in the Twenty-First Century*. Cornell University Press. Ithaca, N.Y.
- Funk, Rainer (o.J.). *Die produktive Charakterorientierung. Arbeitspapier im Erich Fromm Archiv*, als Ms. vervielf. Tübingen: Dr. Rainer Funk.
- Gabriel, Yiannis & Lang, Tim (1995). *The unmanageable consumer. Contemporary consumption and its fragmentations*. London: Sage Publications.

- General Conference of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (2005): *Preliminary draft convention on the protection and promotion of the diversity of cultural expressions*. 33rd session, Paris 2005. Paris.
- Giarini, Orio & Liedtke, Patrick M. (1997). *Wie wir arbeiten werden. Der neue Bericht an den Club of Rome*. Hamburg.
- Glaser, Hermann (1988). *Das Verschwinden der Arbeit. Die Chancen der neuen Tätigkeitsgesellschaft*. Düsseldorf: Econ.
- Göschel, A., Kunert-Schroth, H. & Mittag, K. (1992). *Revision der sozialen Infrastruktur. Ein Rückblick auf die 80er Jahre*. Berlin.
- Goodrich, Carter [Ed.] (1967). *The government and the economy, 1783-1861*. Indianapolis: Bobbs-Merrill.
- Gorz, André (2004). *Wissen, Wert und Kapital. Zur Kritik der Wissensökonomie*. Zürich: Rotpunktverlag.
- Government of Japan (1992). *A critical evaluation of the relationship between cash economies and subsistence activities*. In: http://luna.pos.to/whale/gen_abo_cash.html.
- Gretschmann, Klaus & Ulrich, Wolfgang (1980). *Wirtschaft im Untergrund*. Wirtschaftsdienst, 60, 444–449.
- Groh, Dieter (1992). *Strategien, Zeit und Ressourcen. Risikominimierung, Unterproduktivität und Mußepräferenz – die zentralen Kategorien von Subsistenzökonomien*. In: Ders., *Anthropologische Dimensionen der Geschichte*, S. 54–113. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Grossman, Richard L. & Adams, Frank T. (1993). *Taking care of business: Citizenship and the charter of incorporation*. Cambridge, MA 02140: Charter, Ink., PO Box 806.
- Haas, Hendrik (1998). *Dienstleistungsqualität aus Kundensicht. Eine empirische und theoretische Untersuchung über den Nutzen von Zertifikaten nach DIN EN ISO 9000 ff. für den Verbraucher*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Häußermann, Hartmut, Lüsebrink, Karin & Petrowsky, Werner (1990). *Die Bedeutung von informeller Ökonomie und Eigenarbeit bei Dauerarbeitslosigkeit*. In: Rolf G. Heinze & Carl Offe [Hrsg.] (1990). *Formen der Eigenarbeit: Theorie, Empirie, Vorschläge*. S. 87–104. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Häußermann, Hartmut & Siebel, W. (1997). *Dienstleistungsgesellschaften*. Frankfurt a.M.
- Hall, Peter & Pfeiffer, Ulrich [Hrsg.] (2000). *Urban 21. Der Expertenbericht zur Zukunft der Städte*. Stuttgart.
- Hamm, Bernd (1982). *Einführung in die Siedlungssoziologie*. München.
- Harvey, David (1973). *Social justice and the city*. Baltimore.
- Harvey, David (2007). *Kleine Geschichte des Neoliberalismus*. Zürich: Rotpunktverlag.
- Hasse, Michael & Michels, Irene [Hrsg.] (1998). *Vom Sozialstaat zur Wohlfahrts-gesellschaft? Akteure zwischen Pflicht und Engagement*. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 11, Heft 2, 1998. Wiesbaden.

- Heilbroner, Robert L. (1960). *Wirtschaft und Wissen. Zwei Jahrhunderte National-ökonomie*. Köln: Bund Verlag.
- Heinberg, Richard (2002). *A history of corporate rule and popular protest*. Nexus Magazine, 9, No. 6 (Oct-Nov.).
- Heineberg, Heinz (2001). *Grundriß Allgemeine Geographie: Stadtgeographie*. Paderborn.
- Heinze, Rolf G. & Offe, Claus [Hrsg.] (1990). *Formen der Eigenarbeit. Theorie, Empirie, Vorschläge*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Hennings, Werner (1995). *Welche Entwicklung für die Verlierer der Globalisierung? Ein Plädoyer für die Subsistenzperspektive*. In: Blotevogel, Hans, Ossenbrügge, Jürgen, Wood, Gerald [Hrsg.] (2000): *Lokal verankert – weltweit vernetzt*. Stuttgart.
- Hensch, Christian & Wismer, Uli [Hrsg.] (1997): *Zukunft der Arbeit*. Stuttgart.
- Henrich, Joseph et al. (2006). *Costly punishment across human societies*. Science, 312 (June), no. 5781, 1767–1770.
- Herbst, Michaela (1998). *Der Beitrag der informellen Arbeit zur Nachhaltigkeit. Empirische Untersuchung zu den Bedingungen der informellen Arbeit unter Arbeitslosen*. Stuttgart: Universität Hohenheim, Institut für Haushalts- und Sozialökonomik, Lehrstuhl für Konsumtheorie und Verbraucherpolitik (Diplomarbeit).
- Hielscher, Volker & Hildebrandt, Eckart (1998). *Weniger Arbeit - mehr Lebensqualität? Neue Arbeitszeitmuster bei der Volkswagen AG und ihre Auswirkungen auf die Lebensführung und Lebensqualität der Beschäftigten*. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (als Ms. vervielf.).
- Hielscher, Volker & Hildebrandt, Eckart (1999). *Zeit für Lebensqualität. Auswirkungen verkürzter und flexiblierter Arbeitszeiten auf die Lebensführung von Beschäftigten*. Berlin: Edition Sigma.
- Hildebrandt, Eckardt [Hg.] (2007). *Lebenslaufpolitik im Betrie. Optionen zur Gestaltung der Lebensarbeitszeit durch Langzeitkonten*. Berlin: Edition Sigma.
- Hirsch, Fred (1980). *Die sozialen Grenzen des Wachstums*. Reinbek: Rowohlt.
- Hirschman, Albert O. (1977). *The passions and the interests. Political arguments for capitalism before its triumph*. Princeton, N. J.: Princeton University Press. Deutsch: (1980). *Leidenschaften und Interessen. Politische Begründungen des Kapitalismus vor seinem Sieg*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hradil, Stefan (2001). *Sozialer Wandel. Gesellschaftliche Entwicklungstrends*. In: Schäfers, Bernhard; Zapf, Wolfgang [Hrsg.]. *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*. Berlin.
- Hubert, Eva-Maria (2004). *Tauschringe und Marktwirtschaft. Eine ökonomische Analyse lokaler Komplementärökonomien*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik – IfS (2004): *Die Soziale Stadt — Ergebnisse der Zwischenevaluierung – Bewertung des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ nach vier Jahren Programm-laufzeit*. Berlin.

- Internationale Politik (2002): *Good Governance: Erfolg und Versagen*. Themenheft von Internationale Politik. August 2002. Frankfurt, M.
- Jenner, Gero (1997). *Die arbeitslose Gesellschaft. Gefährdet Globalisierung den Wohlstand?* Frankfurt: Fischer.
- Jürgens, Kerstin & Reinecke, Karsten (1998). *Zwischen Volks- und Kinderwagen. Auswirkungen der 28,8-Stunden-Woche bei der VW AG auf die familiäre Lebensführung von Industriearbeitern*. Berlin: Edition Sigma.
- Kasser, Tim (2002). *The high price of materialism*. Cambridge 2002: The MIT Press.
- Kennedy, Margrit & Lietar, Bernard A. (2004). *Regionalwährungen. Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand*. München: Riemann.
- Kistler, Ernst, Noll, Heinz-Herbert & Priller, Eckart [Hg] (1999). *Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts*. Berlin: Edition Sigma.
- Klatetzki, T.; Wedel-Parlow, U. (2001). *Soziale Arbeit*. In: Schäfers, B.; Zapf, W. [Hrsg.] (2001). *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*. Berlin.
- Kohn, Alfie (1993). *Punished by rewards. The trouble with gold stars, incentive plans, A's, Praise, and other bribes*. Boston: Houghton Mifflin Comp.
- Knox, Paul & Marston, Sally (2001). *Humangeographie*. Heidelberg.
- Knox, Paul & Pinch, Steven (2000). *Urban Social Geography: An Introduction*. Essex.
- Krätke, Stefan (1995). *Stadt - Raum - Ökonomie: Einführung in aktuelle Problemfelder der Stadtökonomie und Wirtschaftsgeographie*. Basel.
- Kristof, Kora & Scherhorn, Gerhard (2002). *Informelle Arbeit in der Dienstleistungsgesellschaft*. In: Bosch, Gerhard et al. [Hrsg.] (2002). *Die Zukunft von Dienstleistungen*. S. 513–533. Frankfurt/M.: Campus.
- Krüger, Jana; Schmals, Klaus M. (2006): *Armut und Reichtum in globalisierten Metropolen – Die Beispiele Berlin und New York*. In: Konegen, Norbert [Hrsg.] (2006): *Die Neubestimmung des Lokalen*. Berlin.
- Küster, Hansjörg (2005). *Das ist Ökologie. Die biologischen Grundlagen unserer Existenz*. München: C. H. Beck.
- Kulke, Elmar (2004). *Wirtschaftsgeographie*. Schöningh, Paderborn.
- Läpple, Dieter (1996). *Ökonomische Perspektiven der Städte : zwischen Globalisierung und Lokalisierung*. S. 128–140. In: Borst, Otto [Hrsg.] (1996): *Die alte Stadt: Vierteljahreszeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege*. Stuttgart.
- Leipert, Christian (1989). *Die heimlichen Kosten des Fortschritts. Wie Umweltzerstörung das Wirtschaftswachstum fördert*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Lepper, M. R., Greene, D. & Nisbett, R.E. (1973). *Undermining children's intrinsic interest with extrinsic rewards: A test of the „over-justification“ hypothesis*. Journal of Psychology and Social Psychology, 28, 129–137.
- Lietar, Bernard A. (1999). *Das Geld der Zukunft*. Gütersloh: Riemann/Bertelsmann.
- Linz, Manfred & Luhmann, Hans Jochen (2006). *Wie der Fortschritt in Energieeffizienz regelmäßig „abprallt“*. E&M, 1.11.2006.

- Lloyd-Evans, Sally & Potter, Robert (1998). *The city in the developing world*. Harlow.
- McKendrick, Neil, Brewer, John & Plumb, John H. (1982). *The birth of a consumer society. The commercialization of eighteenth-century England*. London: Europa Publishers.
- Menge, Melanie (2003). *Der Beitrag des Bürgerschaftlichen Engagement zur lokalen Standortqualität – exemplarische Betrachtung eines Quartiers in Berlin-Friedrichshain*. Diplomarbeit. Berlin: Humboldt-Universität zu Berlin, Fachbereich Geographie.
- Messner, Dirk; Franz Nuscheler (1996): *Global Governance. Organisationselemente und Säulen einer Weltordnungspolitik*, S. 12–36 in: dies. (Hg.): *Weltkonferenzen und Weltberichte. Ein Wegweiser durch die internationale Diskussion*. Bonn.
- Meyer-Abich, Klaus Michael (1992). *Europas absolutistische Konsumwelt - Die zweite kopernikanische Wende*. Zeitschrift für Didaktik der Philosophie, 14 (1), 8–15.
- Mill, John St. (1848). *Principles of political economy*. London: John W. Parker. Reprinted 1947 by Augustus M. Kelley Publ., Fairfield/N.J.
- Mitchell, Lawrence E. (2002). *Der parasitäre Konzern. Shareholder value und der Abschied von gesellschaftlicher Verantwortung*. München: Riemann Verlag.
- Möller, A. (1995): *Subsistenzökonomie und Wirtschaftspolitik*. In: Ev. Akademie Bad Boll (1995): *Subsistenz-Ökonomie. Ein neues – altes – Konzept in der Entwicklungspolitik*. 19. bis 21. Juni 1995. Protokolldienst Nr. 37, 1995. Bad Boll: Evangelische Akademie.
- Montanari, Massimo (1999). *Der Hunger und der Überfluss. Kulturgeschichte der Ernährung in Europa*. München: Beck.
- Nollert, Michael: *Art. Sozialkapital*, in: Wörterbuch der Sozialpolitik, www.socialinfo.ch/cgi-bin/dicopossode/show.cfm?id=610, Zugriff 13.6.2007.
- Nullmeier, Frank (1998). *Die Wohlfahrtsgesellschaft des Sozialstaats*. Forschungsjournal NSB, 11, Heft 2, 1998. Wiesbaden.
- Nuscheler, Franz (2000): *Kritik der Kritik am Global Governance-Konzept*, S. 151–56, in: PROKLA Nr. 118, 30. Jg., Nr. 1/2000. Münster.
- Pappi, Franz (2001): *Soziale Netzwerke*. In: Schäfers, Bernhard, Zapf, Wolfgang [Hrsg.]: *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*. Berlin.
- Perry, David [Hrsg.] (1995): *Building the Public City. The Politics, Governance, and Finance of Public Infrastructure*. London.
- Pigou, Arthur C. (1912). *Wealth and welfare*, erweitert (1920) zu *The economics of welfare*. London.
- Polanyi, Karl (1941). *The Great Transformation*. New York: Farrar. Deutsch: (1978). *Die große Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Pott, Ludwig (2001). *Bürgerschaftliches Engagement*. In: Arbeiterwohlfahrt Bundesverband [Hrsg.]. *Sozialbericht 2001. Ehrenamt im Wandel*. Bonn.

- Pretty, Jules & Hine, Rachel (2001). *Reducing food poverty with sustainable agriculture: A summary of new evidence*. Colchester, UK: University of Essex, Centre for Environment and Society/The SAFE-World Report. Eine redigierte deutsche Fassung in: Brot für die Welt & Greenpeace [Hrsg.] (2001). *Ernährung sichern. Nachhaltige Landwirtschaft – eine Perspektive aus dem Süden*. Frankfurt/M.: Brandes & Apsel.
- Princen, Thomas (2002). *Distancing: Consumption and the severing of feedback*. In: Princen, Thomas, Maniates, Michael & Conca, Ken [Ed.] (2002), *Confronting consumption*, 116–132. Cambridge/Mass.: MIT Press.
- Putnam, R. (1993): *Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton
- Quiring, Olaf (2004). *Urbane Subsistenz als Chance für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung?* Diplomarbeit. Dortmund. Universität Dortmund, Fakultät Raumplanung.
- Rappaport, Julian (1985). *Ein Plädoyer für die Widersprüchlichkeit: Ein sozialpolitisches Konzept des >empowerments< anstelle präventiver Ansätze*. In: Verhaltenstherapie und psychosoziale Praxis. Jg. 17, Heft 2, S. 257–278. Tübingen.
- Reichart, Thomas (1999): *Bausteine der Wirtschaftsgeographie*. Stuttgart.
- Rifkin, Jeremy (1997). *Das Ende der Vollbeschäftigung*. In: Hensch, Christian & Wismer, Uli [Hrsg.] (1997). *Zukunft der Arbeit*. Stuttgart.
- Rödel, Ulrich (2001). *Zivilgesellschaft als öffentlicher Handlungszusammenhang*. In: Bukow, Wolf-Dietrich u.a. (Hrsg.) (2001): *Auf dem Weg zur Stadtgesellschaft*. Opladen. S. 175–181.
- Rosenau, James N., Czempiel, Ernst-Otto (1992): *Governance without government: order and change in world politics*. Darin: Rosenau, James N.: *Governance, order, and change in world politics*. Cambridge.
- Roth, Michèle; Senghaas, Dieter (2006): *Global Governance für Entwicklung und Frieden. Perspektiven nach einem Jahrzehnt*. Sonderband zum 20-jährigen Bestehen der Stiftung Entwicklung und Frieden. Dietz. Bonn
- Roth, Roland (1999). *Soziokultur – ein Ladenhüter? Freiwilligenarbeit, Selbsthilfe, „Neues Ehrenamt“ und andere neueste und allerneueste Aufbrüche in die „Bürgergesellschaft“*; Informationsdienst Soziokultur der Bundesvereinigung soziokultureller Zentren; Nr. 40/41; <http://www.soziokultur.de/texte/ladenhut.htm>
- Ryan, Richard M. (1982). *Control and information in the intrapersonal sphere: An extension of cognitive evaluation theory*. Journal of Personality and Social Psychology, 43, 450–461.
- Sahlins, Marshall D. (1972). *Stone age economics*. Chicago, Ill.: Aldine Atherton (2. Aufl. 1976: London).
- Sassen, Saskia (2000). *Die informelle Wirtschaft*. In: Dies., *Machtbeben*, S. 39–76. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Schäfers, Bernhard, Zapf, Wolfgang [Hrsg.] (2001). *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*. Berlin.

- Schätzl, Ludwig (2003). *Wirtschaftsgeographie. Bd. 1–3*. Schöningh.
- Scheele, Ulrich (1993). *Privatisierung von Infrastruktur. Möglichkeiten und Alternativen*. Köln.
- Schenk, M. (2000). *Die Stärke der Schwachen: Zivilgesellschaft ,ganz unten‘*. In: Schaurhofer, Martin, Brix, Emil et al. [Hrsg.] (2000). *Räume der Civil Society in Österreich*. Wien.
- Scherhorn, Gerhard (1978). *Eine andere Meinung. Minderheitsvotum in: Mehr Wachstum – mehr Beschäftigung*. Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung [Hrsg.] (1978) S. 186–193. Stuttgart: Kohlhammer.
- Scherhorn, Gerhard (1997). *Das Ganze der Güter*. In: K. M. Meyer-Abich [Hrsg.] (1997). *Vom Baum der Erkenntnis zum Baum des Lebens. Ganzheitliches Denken der Natur in Wissenschaft und Wirtschaft*, S. 162–251. München: Beck.
- Scherhorn, Gerhard (1999a): *Die Krise des fordistischen Gesellschaftsmodells und die Zukunft des Tätigkeitssektors jenseits von Markt und Staat*. In: Kommune, Ausgabe 17. Hannover.
- Scherhorn, Gerhard (2000a). *Die produktive Verwendung der freien Zeit*. In: E. Hildebrandt [Hrsg.] (2000). *Reflexive Lebensführung*, S. 344–377. Berlin: edition sigma.
- Scherhorn, Gerhard (2000b). *Arbeit – Teilung und Verteilung*. In: M. Held. & H. Nutzinger [Hrsg.] (2000): *Geteilte Arbeit und ganzer Mensch. Perspektiven der Arbeitsgesellschaft*. Frankfurt a.M.
- Scherhorn, Gerhard (2001a). *Wie kommen wir zu nachhaltigem Konsum; nachhaltigen Märkten; nachhaltiger Kultur?* Wuppertal Papers, Nr. 107, 2001. Wuppertal.
- Scherhorn, Gerhard (2001b). *Psychologie und Ökonomie*. In: Keupp, Heiner & Weber, Klaus [Hrsg.] (2001), *Psychologie – Ein Grundkurs*, S. 441–450. Reinbek: Rowohlt.
- Scherhorn, Gerhard (2001c). *Verbraucher und Lebensmittelpreise: Das mühsame Aufwachen aus der Qualitätsillusion*. In: Verbraucherzentrale Bundesverband [Hrsg.] (2001), *Muss Lebensmittel-Qualität mehr kosten? Herausforderungen an eine neue Verbraucherpolitik*, S. 47–53. Berlin.
- Scherhorn, Gerhard (2002). *Zur Messung des Wohlstands*. In: Hartard, Susanne & Stahmer, Carsten [Hrsg.] (2002), *Magische Dreiecke. Berichte für eine nachhaltige Gesellschaft*, S. 267–288. Sozio-ökonomische Berichtssysteme Band 3. Marburg: Metropolis Verlag.
- Scherhorn, Gerhard (2005a). *Gleiche Chancen für das Kapital*. In: Woltron, Klaus, Knoflacher, Hermann & Rosik-Kölbl, Agnieszka [Hrsg.] (2005). *Wege in den Postkapitalismus*, S. 79–94. Wien: Edition Selene
- Scherhorn, Gerhard (2005b). *Markt und Wettbewerb unter dem Nachhaltigkeitsziel*. Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht 28, 135–154.
- Scherhorn, Gerhard (2006). *Halbtagsgesellschaft für Nachhaltigkeit*. In: Stahmer, Carsten & Schaffer, Axel [Hrsg.], *Halbtagsgesellschaft. Konkrete Utopie für eine nachhaltige Gesellschaft*. Baden-Baden 2006: Nomos Verlag.

- Scherhorn, Gerhard (2007a). *Das Ganze der Arbeit. Für eine Revision der überkommenen Vorstellung von Arbeit*. In: Lang, Eva, Busch-Lüty, Christiane & Kopfmüller, Jürgen [Hrsg.] (2007). *Wiedervorlage dringend! Ansätze für eine Ökonomie der Nachhaltigkeit. Beiträge aus der Arbeit der VÖÖ, 1996–2006*. München: Oekom Verlag.
- Scherhorn, Gerhard (2007b). *Nachhaltige Lebensstile: Balance von Haben und Sein*. In: Ch. Beck & W. Fischer [Hrsg.] (2007). *Damit alle leben können. Festschrift für Johannes Hoffmann*. Erkelenz 2007: Altius Verlag.
- Scherhorn, Gerhard (2007c). *Wirtschaftliche Leitbilder und Einstellungen*. In: Moser, Klaus [Hrsg.] (2007). *Wirtschaftspsychologie*. Heidelberg: Springer.
- Scherhorn, Gerhard (2008a). *Nachhaltige Entwicklung: Die besondere Verantwortung des Finanzkapitals*. Erkelenz: Altius Verlag.
- Scherhorn, Gerhard (2008b). Das Finanzkapital zwischen Gier und Verantwortung. *Zeitschrift für Sozialwissenschaft*, 45, 156./157. Folge, S. 3-13.
- Scherhorn, Gerhard (2008c). *Welche Rolle geben wir dem Finanzkapital?* Wien: Picus Verlag.
- Scherhorn, Gerhard & Dahm, Patricia (1999). *Die andere Arbeit. Untersuchungen über Eigenarbeit und Subsistenz*. Wuppertal: Wuppertal Institut für Klima Umwelt Energie. Als Ms. vervielf.
- Schildt, Georg (2006). *Das Sinken des Arbeitsvolumens im Industriezeitalter*. Geschichte und Gesellschaft, 32, 119–148. Göttingen.
- Schmals, Klaus M. & Heinelt, Hubert [Hrsg.] (1997): *Zivile Gesellschaft. Entwicklung, Defizite, Potentiale*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Schmals, Klaus M. (1997): *Zivile Urbanität – Von der großen Erzählung zum Netzwerk kleiner Erzählungen*. In: Schmals, Klaus M, Heinelt, Hubert; (Hrsg.) (1997): *Zivile Gesellschaft, Entwicklung, Defizite, Potentiale*. Opladen.
- Schmid, Wilhelm (2006). *Die Fülle des Lebens*. Frankfurt/Main: Fischer.
- Schmidt-Kallert, Einhard & Kreibich, Volker (2004). *Informelle Stadt-Land-Beziehungen*. E+Z (Entwicklung und Zusammenarbeit), 45, 464–467. Frankfurt a.M.
- Schmidt, W. (2002). *Politische Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement*. In: Arbeiterwohlfahrt (2002): *Sozialbericht 2001: Ehrenamt im Wandel*. Bonn.
- Schmölders, Günter (1980). *Der Beitrag der Schattenwirtschaft*. In: Küng, Emil [Hrsg.] (1980). *Wandlungen in Wirtschaft und Gesellschaft: Die Wirtschafts- und die Sozialwissenschaften vor neuen Aufgaben*, S. 371–379. Tübingen: Mohr.
- Schneider, Friedrich (2000): *Zunahme der Schattenwirtschaft in den entwickelten Ländern: Können wir sie vernachlässigen oder besteht Handlungsbedarf für die Politik?* In: Bundesministerium für Bildung und Forschung [Hrsg.] (2000): *Informelle Ökonomie, Schattenwirtschaft und Zivilgesellschaft als Herausforderung für die Europäische Sozialforschung*, Bonn, S. 41–67.

- Schumacher, Ernst F. (1965). *Buddhist economics*. In: Wint, Guy [Hrsg.] (1965). *Asia. A Handbook*, S. 695-701. London: Blond. Deutsch: Ders. (1977). *Die Rückkehr zum menschlichen Maß*, S. 48-56. Reinbek: Rowohlt.
- Serries, C. (1995): *Handeln Arme irrational? Eine institutionenökonomische Analyse der Subsistenzwirtschaft*. In: Ev. Akademie Bad Boll [Hrsg.] (1995): *Subsistenz-Ökonomie. Ein neues – altes – Konzept in der Entwicklungspolitik*. 19.-21. Juni 1995. Protokolldienst Nr. 37, 1995. Bad Boll.
- Sieferle, Rolf Peter (1997). *Überschuss und Überleben. Subsistenz und Luxus in primitiven Gesellschaften*. In: Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (Hg.), *Die Kunst des Luxurierens – (K)ein ökologisches Paradox?* S. 21-26. Laufen: Laufener Seminarbeiträge 2/97. Eine erweiterte Fassung des Beitrags hat Sieferle zusammen mit Ulrich Müller-Herold in GAIA 5, 1996, 135-143 publiziert.
- Smith, Neil (1996): *The New Urban Frontier: Gentrification and the Revanchist City*. Routledge. London.
- Stadt Köln – Dezernat für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtplanung [Hrsg.] (2000). *Wirtschafts- und Arbeitsmarktbericht Köln 2000*. Köln.
- Stahmer, Carsten, Herrchen, Inge & Schaffer, Axel (2003). *Sozio-ökonomische Input-Output-Rechnung 1998*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt, Bd. 4 der Schriftenreihe „Sozio-ökonomisches Berichtssystem für eine nachhaltige Gesellschaft“.
- Stahmer, Carsten, Mecke, Ingo & Herrchen, Inge (2003). *Zeit für Kinder – Betreuung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen*. Bd. 3 der Reihe ‚Sozio-ökonomisches Berichtssystem für eine nachhaltige Gesellschaft‘. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Stahmer, Carsten & Schaffer, Axel [Hrsg.] (2006), *Halbtagsgesellschaft. Konkrete Utopie für eine nachhaltige Gesellschaft*. Baden-Baden 2006: Nomos Verlag.
- Stern, Sir Nicholas (2007). *The Stern review on the economics of climate change*. Cambridge/UK: Cambridge University Press.
- Teichert, Volker (2000): *Die informelle Ökonomie als notwendiger Bestandteil der formellen Erwerbswirtschaft: Zu den ökonomischen, sozialen und ökologischen Wirkungen informellen Arbeitens*. Berlin: WZB, Querschnittsgruppe Arbeit und Ökologie.
- Testart, Jacques (2005). *Der Glaube im Labor. Der Befreiung der Menschheit kann die Wissenschaft nur dienen, wenn sie sich auf ihre emanzipative Kraft besinnt*. *Le monde diplomatique*, 2/06, 12-13.
- Tudge, Colin (2004). *So shall we reap. What's wrong with the world's food – and how to fix it*. London: Penguin Books.
- Ulrich, Wolfgang (2006). *Haben wollen. Wie funktioniert die Konsumkultur?* Frankfurt/M.: Fischer.
- Umweltbundesamt (2007). *Lagebericht zur Lageberichterstattung börsennotierter Unternehmen*. www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-1/3236.pdf. Zugriff 30.8.2007.
- Vorholz, Fritz (2006). *Sind die Menschen noch zu retten?* *DIE ZEIT* Nr. 47, 16. 11. 2006, S. 23-24.

- Wallerstein, Immanuel (1974). *The modern world system*. New York: Academic Press. Deutsch: *Das moderne Weltsystem. Kapitalistische Landwirtschaft und die Entstehung der europäischen Weltwirtschaft im 16. Jahrhundert*. Frankfurt/M. 1986.
- Wallerstein, Immanuel (1998). *The modern world system II. Mercantilism and the consolidatio of the european world-economy*. New York: Academic Press. Deutsch: *Das moderne Weltsystem II – Der Merkantilismus. Europa zwischen 1600 und 1750*. Wien 1998.
- Wallerstein, Immanuel (1987). *The second era of great expansion of the capitalist world-economy, 1730–1840*. New York: Academic Press.
- Weber, Max (1994). *Soziologische Grundbegriffe*. (Sonderausgabe aus: Weber, Max (1921): *Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen). Tübingen: Mohr.
- von Weizsäcker, Carl Friedrich (1978). *Deutlichkeit. Beiträge zu politischen und religiösen Gegenwartsfragen*. München: Hanser.
- von Weizsäcker, Christine & von Weizsäcker, Ernst Ulrich (1979). *Recht auf Eigenarbeit statt Pflicht zum Wachstum*. *Scheidewege*, 9 (2), 221–234.
- Willke, Helmut (1997): *Supervision des Staates*. Frankfurt a.M.
- Wolfe, Robert (1986). *The economic efficiency of food production in a western alaska eskimo population*. In: Langdon, Steve [Ed.] (1986). *Contemporary alaskan native economies*. London.
- Zinn, Howard (2001). *A people's history of the United States: 1492 to Present*. New York: Harper Perennial.

Sachregister

Alimentation, Unterhaltszuschuss 44,
46, 48, 52 f., 119

Arbeit

berufliche, Berufsarbeit 209
bürgerschaftliche, Bürgerarbeit 23,
27, 47, 56 ff., 150, 168
ehrenamtliche 31 f., 47, 54 ff., 62 ff.,
99 ff., 141 ff., 214 ff.
formelle 31, 47, 55 f., 182, 213
freiwillige 47, 52 ff., 56
informelle 24, 31, 47, 54 ff., 139 f.,
157, 164, 167 ff., 182
kreative 149
soziale 47, 51 f., 176 ff.
unsichtbare 31, 33

Arbeitslosigkeit 25, 167, 208 f.

Arbeitsproduktivität 136, 152

Arbeitsvolumen 24 ff., 212

Arbeitszeitverkürzung 25, 41, 153, 169,
208, 212

Arbeitszufriedenheit 139

Autonomie 148

Bedarfwirtschaft 34 f.

Bedarfsorientierung 139

Bedürfnis 22 f., 148 f., 154

Befindlichkeitsprotokolle 170

Benchmark 139

Bürgergeld 53

Bürgergesellschaft 60, 79, 99 ff., 111 ff.,
132 ff.,

Bürgerschaftliche Einrichtungen 32 f.,
36 f., 62 ff., 78 ff., 111, 120 ff., 145

Bürgerschaftliches Engagement 28 f.,
31 f., 42, 53 f., 61, 80, 86, 101 ff., 111,
128, 140 ff., 154 ff., 178, 189 ff., 201,
209, 214 ff.

Charter of Incorporation 203 f.

Commons Trust 201, 205

Defensivausgaben 188

Dienstleistungen 18 ff., 24 f., 34 f., 40,
56, 68 ff., 79, 103, 111, 117, 129,
136 ff., 147, 158 ff., 195, 206 ff.

Ehrenamt siehe Arbeit, ehrenamtliche

Eigenarbeit 30 ff., 46, 47, 51, 54 f., 101,
104, 154, 158 ff., 172 ff., 190, 195,
209, 214
und Realeinkommen 164 ff.

Eigenproduktion 26, 55

Eigenmittel 141 ff.

Einkommen

Angleichung weltweit 18, 208
Verteilung 24, 195 ff., 212

Einkommensteuer, negative 153

Erwerbsarbeit 10, 24 ff., 31 ff., 38 ff.,
47 ff., 50 ff., 55 ff., 129, 148 ff., 169,
179 ff., 190 ff., 206 ff., 209 ff.

Externalisierung 22 f., 187 ff., 199, 207

Familienarbeit 23, 47, 206, 210 ff.

Finanzkapital 151 f., 197 ff.

Finanzmärkte 199

Fortschritt, technischer 17, 19, 22, 24,
152, 191, 209

Frauen 23 f., 41, 210

Frauenarbeit – Männerarbeit 24

Freizeit 26, 213

-beschäftigungen 47, 50

Gemeinwohlunternehmer 53

Gemeinschaftsarbeit 44, 47, 55 f., 156

- Gesamtqualität 137 f.
Globalisierung 41 ff., 49, 128, 133, 152, 153 ff.,
Grundeinkommen 210 f.
Güter
 Gemeingüter, Gemeinschaftsgüter 27, 42, 187, 199 ff.
 immaterielle 33, 42 ff., 133, 196
 marktfreie 22 ff., 27, 39 f., 50
 Marktgüter 22, 27, 153 f.

Hausarbeit 56, 160, 190
Heteronomie 149

Informeller Erwerb 49
Infrastruktur 31, 33, 109 ff., 123 ff.

Jäger- und Sammlergesellschaften 17, 21

Kapitalgesellschaft 197 ff.
Kapitalismus 198
Klimaschutz 188 ff., 194 ff.
Klimawandel 9
Komplementarität 33 ff., 44 ff., 90, 133
Komplementärwährung 35, 153
Komplementäre Wirtschaftstätigkeiten 33 ff., 51 ff., 55, 192
Komplementäre Infrastrukturen 33 ff., 36 ff.
Konkurrenz 98, 106 ff., 201 ff.,
Konsum
 materieller 19
 nachhaltiger 18, 129, 192 ff.
 und Freizeit 50
Konsumentenmentalität 21
Kontrollorientierung 139
Kooperation 75 ff., 98 ff., 103 ff., 108 ff., 117 ff., 134, 190
Kooperationsbeziehung 75, 121
Kooperationsnetze 76, 98, 119, 121
Kriminelle Ökonomie 49

Lebensarbeit 211
Lebensqualität 27, 34, 36, 38, 42, 60, 78, 97, 129, 155 ff., 168 ff.
Liberalisierung des Kapitalverkehrs 198 f.
Lohnarbeit, s.a. Erwerbsarbeit 47, 101 ff.
Luxus 16 f., 21

Managementstil 139
Marginalisierung 26, 153, 209 f.
Mental Map 62, 71, 75, 76 ff., 94, 113 ff., 121 ff.
Mitarbeiterqualifikation 218
Modernisierung der Subsistenz 39 ff.
Motivation
 der informellen Arbeit 156 ff., 168 ff., 179 ff.
 intrinsische 47, 50, 108, 131, 138 ff., 148 ff., 154 ff., 216
Muße 17, 211

Nachhaltige Entwicklung 26 f., 38 ff., 153, 186 ff., 192 ff., 197 ff., 205 f., 212
Natur 16 ff., 197 ff.
Naturkapital 186, 188 ff., 199, 202 ff.
naturalwirtschaftlich 34
Negative Einkommensteuer 211

Ökologie 9, 18, 21, 38 ff., 132, 137 ff., 188 ff., 204, 207

Privateigentum 187
Produktivität, Produktivitätsbegriff 136 ff., 147 ff., 151, 157, 211

- Qualitätsmanagement 137
 Qualitätsverschlechterung 137 f.
- Reboundeffekt 20
 Regionen 41 ff.
 Ressourcenproduktivität 20
- Schattenwirtschaft 49
 Schnittstellen 96, 216
 Selbstbestimmtheit 27, 42, 45, 148 ff.,
 154 ff., 157 ff., 172 ff., 176 ff., 214, 217
 Selbsthilfe 51, 64 ff., 81, 104 ff.
 Selbsthilfetätigkeiten 47
 Selbstorganisation 20, 130, 157
 Solidarität 28, 104, 154, 194 ff.
 Soziale Beziehungen 21 f., 26, 39 f., 44,
 111 ff., 123, 156, 162 f., 211
 Sozialkapital 23, 112 f., 169, 204, 207
 Sozialraum 36, 76 ff., 87 ff., 104, 114 ff.,
 123 ff.
 Sozialstruktur 93, 106
 Stadtentwicklung 13, 37 ff., 97, 109, 130,
 134
 Stadtraum, urbaner Raum 27, 33 ff.,
 36 ff., 66 ff., 84, 86 ff., 88 ff., 91 ff.,
 123 ff., 129 ff.
 Stimuli, externe 148 ff.
 Subsidiarität 24 f., 28 f.
 Subsistenzarbeit 47, 50 ff., 138 f.
 defensive 186
 gemeinschaftsorientierte 47, 78 ff.,
 83, 99, 113, 120, 129
 individualorientierte 47
 offensive 189
 ökologische 190
 gesellschaftliche 191
 private 47, 52, 153, 158, 207
 öffentliche 47, 48, 50 ff., 60, 92, 98,
 146, 155, 200, 215
 und Erwerbsarbeit 41, 44 ff., 47
- Subsistenzorientierung 17, 19, 21, 39,
 41 ff., 186
 Subsistenzwirtschaft, Subsistenz-
 ökonomie 47, 54 ff., 154, 214 ff.
 und Marktökonomie 16, 47, 55
 ursprüngliche 21
 ländliche 35
 urbane 36, 43, 69 f.
- Substanzverzehr 23
- Tätigkeitsgesellschaft 24 ff., 27, 183, 213
- Überfluss 18, 22
 Überflussgesellschaft, ursprüngliche 17
 Umweltbewusstsein 21
 Umweltschutz 188
 Unterschiedlichkeit, Vielfalt 9, 31, 37,
 42, 61, 78 ff., 82, 96 ff., 103 ff., 129 ff.
 funktionelle Vielfalt 60, 78 ff., 94 ff.
- Urbane Infrastruktur 12, 30 ff., 36 ff.,
 60 ff., 97, 109 ff., 113 ff., 120 ff.,
 128 ff., 133 ff., 186, 214
- Urbanisierung 38
- Versorgungsarbeit 48, 55, 158, 161
 Vielfalt siehe Unterschiedlichkeit
 Vollbeschäftigung 25, 153, 209
- Wertschöpfung 30 ff., 36, 111
 Wettbewerb
 nachhaltiger 18, 201, 202 ff.
 und intrinsische Motivation 149
- Wirtschaftswachstum 24 f., 153, 209
 Winner-take-all Markets 199
 Wissen 25
 Wohlbefinden 169 ff.
 Wohlfahrtsmultiplikator 144, 147
 Wohlfahrtspluralismus 101

Wohlstand

demokratischer 195

oligarchischer 196, 200

Zeit

-bedarf 137 ff.

-souveränität 26, 140

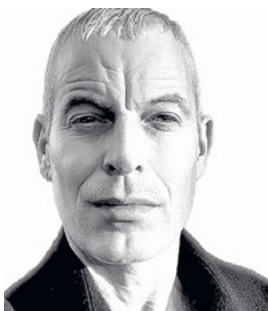
und Selbstbestimmtheit 173 ff., 212

Zivilgesellschaft 27 ff., 32, 37, 52, 66 f.,

78 f., 87, 94 ff., 111 ff., 128 ff., 191,

200, 221

Zuschüsse, öffentliche 142 ff., 217



Daniel Dahm, Dr. rer. nat.
(1969–) Geograph

Daniel Dahm studierte Geographie, Botanik und Ethnologie in Köln und schloss mit einer Feldforschung zu Wirtschaftsstrategien und Desertifikation in Westafrika ab. Im Jahr 2000 erhielt er den Schweisfurth Forschungspreis für Ökologische Ökonomie. 2004 promovierte er bei Bernd Wiese zu informeller Wirtschaft und Subsistenz. Die ökologischen Wechselwirkungen zwischen Biogeo- und Anthroposphäre, sowie die Regeneration und Stärkung der menschlichen Lebensgrundlagen stehen im Zentrum seiner Arbeit.

Daniel Dahm war 1997 bis 2005 Wissenschaftler, später Forschungsleiter am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, 2001 bis 2004 auch am Institut für Haushalts- und Konsumökonomik der Universität Hohenheim. Als Research Fellow „Science in Innovation“ der Darwin Initiative der Royal Society of Science for the Environment forschte er am Natural History Museum London zu Diversität und Lebendigkeit. Neben diversen Stationen als akademischer Lehrbeauftragter, war er von 2016 an Vize-Direktor und Forschungsleiter des ECS European Centre for Sustainability Research der Zeppelin Universität, sowie bis 2019 Senior Fellow am IASS Institute for Advanced Sustainability Studies. 2019 war er Chairman des “Expert Panel Circular Economy and Waste Management” für das United Nations Development Programme UNDP. Als Spokesperson Ecosystem Restoration engagiert er sich im World Future Council, zudem ist er u.a. Beirat der Scientists for Future und der Hamburg Klimawoche, sowie Mitglied der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler und des Club of Rome Germany.

Als Gründer und Co-Gründer initiierte Daniel Dahm diverse Unternehmen und zivilgesellschaftliche Organisationen, u.a. 2007 das Internetportal utopia.de, 2008 2009 die Desertec Foundation, 2011 mit der HMC Hamburg Messe u. Congress die weltweit erste Messe für nachhaltige Konsumgüter „goodgoods“, 2013 mit der Messe Frankfurt die international erste Messe für nachhaltiges Design „ecostyle“. Die 2010 von ihm gegründete United Sustainability Gruppe zielt auf die Etablierung einer regenerativen Ökonomie und Investitionen für den Aufbau infrastruktureller und natürlicher Lebensgrundlagen.



Gerhard Scherhorn, Prof. Dr. rer. pol.
(1930 – 2018) Volkswirt

Nach einer Buchhändlerlehre studierte Gerhard Scherhorn Volkswirtschaft an der Universität zu Köln, wo er 1959 promovierte und 1966 habilitierte. Bis 1975 lehrte er an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg und wurde auch deren Rektor. An der Universität Hohenheim übernahm Scherhorn 1975 die Professur für Konsumtheorie und Verbraucherpolitik und gründete dort das Institut für Haushalts- und Konsumökonomik, welches er bis 1998 leitete.

Gerhard Scherhorn war 1974 bis 1979 Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. 1972 bis 1982 war er Mitglied des Verbraucherbeirats beim Bundesminister für Wirtschaft, sowie bis 1991 im Verbraucherpolitischen Beirat beim Senator für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft Hamburg, bis 1984 im Vorstand der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg und ab 2004 im Beirat der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen. Weiterhin war er bis 1995 Mitherausgeber des von ihm mitbegründeten Journal of Consumer Policy. 1996 wurde Gerhard Scherhorn Gründungsmitglied der Vereinigung für Ökologische Ökonomie und blieb dort Mitglied des Vorstands bis zum Ende seines Arbeitslebens. 1997 veröffentlichte er gemeinsam mit der von ihm mitgegründeten Projektgruppe Ethisch-Ökologisches Rating der Goethe Universität den Frankfurt-Hohenheimer Leitfaden zur ethisch-ökologischen Bewertung von Unternehmen und Kapitalanlagen, welcher international als erste wissenschaftliche Kriteriologie zur wirtschaftlichen Nachhaltigkeitsbewertung gilt.

Nach seiner Emeritierung ging er ans Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie und übernahm 1998 zunächst die Leitung der Abteilung „Neue Wohlstandsmodelle“, später bis 2005 der Abteilung „Nachhaltiges Produzieren und Konsumieren“. Dem Wuppertal Institut blieb er bis zum Ende seines Arbeitslebens eng verbunden. Dem Thema Nachhaltigkeit im Wirtschaften blieb Scherhorn treu, er engagierte sich intensiv für eine gemeingütersensitive Wirtschaft und die Durchsetzung einer nachhaltigen Wettbewerbsordnung.

Weitere Lesetipps

W. Oels

Democracy For Future

Das demokratische Update zur Klimawende

Erscheinungstermin: 02.09.2021

112 Seiten, Broschur

Preis: 12 €, ISBN 978-3-96238-333-6

Durch die Überhitzung des Planeten droht die Unbewohnbarkeit ganzer Regionen. Neben dieser schlechten Nachricht gibt es eine gute: Die Klimawende ist noch möglich – mit den richtigen Technologien und einem gestärkten demokratischen System. Wolfgang Oels zeigt, wie wir demokratische Systeme stärken und dabei die Gewaltenteilung verbessern können.

D. Drabiniok

Es gibt kein Grundrecht auf unbegrenztes Eigentum

Anregung zur Einführung eines Existenzmaximums

Erscheinungstermin: 05.08.2021

63 Seiten, Broschur

Preis: 9 €, ISBN 978-3-96238-319-0

Klimawandel, Corona-Verschuldung und wachsende soziale Ungleichheit bedrohen schon jetzt den sozialen Frieden, die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – und darüber hinaus die Lebensgrundlagen künftiger Generationen. Eine wirksame politische Reaktion ist dringend nötig. Das Konzept einer Obergrenze für das Lebenseinkommen ist neu, innovativ, verfassungskonform und politisch umsetzbar.

Weitere Lesetipps

U. E. Kemmesies, G. Trabert (Hrsg.)

Solidarität in Zeiten von Corona und darüber hinaus

Ein Plädoyer für nachhaltige Armutsbekämpfung

Erscheinungstermin: 05.11.2020

320 Seiten, Broschur

Preis: 24 €, ISBN 978-3-96238-264-3

In den illustrierten Texten von Autor*innen wie Heidemarie Wieczorek-Zeul, Stephan Hebel, Christoph Butterwegge und vielen anderen scheinen die vielfältigen Auswirkungen (nicht nur) der Corona-Krise kaleidoskopartig auf – informierend und bewegend: ein Plädoyer für nachhaltige Armutsbekämpfung mit dem Ziel einer solidarischen, gerechteren und besseren Welt für uns alle.

K. Hoffmann, G. Walchner, L. Dudek (Hrsg.)

24 wahre Geschichten vom Tun und vom Lassen

Gemeinwohl-Ökonomie in der Praxis

Erscheinungstermin: 04.02.2021

256 Seiten, Broschur

Preis: 26 €, ISBN 978-3-96238-290-2

Was passiert, wenn nicht finanzieller Erfolg, sondern der Beitrag zum Gemeinwohl zur Orientierung wirtschaftlichen Handelns wird? Eine andere Wirtschaft ist möglich. 24 Beispiele zeigen, wie die Werte der Gemeinwohl-Ökonomie in der Praxis gelebt werden und finanziell zum Erfolgsfaktor werden können.

Weitere Lesetipps

M. Kopatz

Wirtschaft ist mehr!

Wachstumsstrategien für nachhaltige Geschäftsmodelle in der Region. Das Buch zur »Wirtschaftsförderung 4.0«

Erscheinungstermin: 01.07.2021

330 Seiten, Klappenbroschur

Preis: 22 €, ISBN 978-3-96238-317-6

Etablierte Wirtschaftsförderung beschränkt sich meist auf klassische gewerbliche Unternehmen und strebt nach Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum. Wirtschaftsförderung 4.0 ist mehr! Sie zielt darauf ab, lokale und regionale Wirtschaftsstrukturen zu stärken, und betrachtet die gesamte Wirtschaft einer Region oder Stadt. Außerdem macht sie Regionen widerstandsfähiger gegen globale Krisen. Michael Kopatz stellt diese innovative Wirtschaftsförderung vor.

E. Stützel

Der Gemeinschaftskompass

Eine Orientierungshilfe für kollektives Leben und Arbeiten

Erscheinungstermin: 01.04.2021

240 Seiten, Broschur

Preis: 24 €, ISBN 978-3-96238-298-8

Wer wissen will, worauf bei der Entwicklung von gemeinschaftlichen Projekten zu achten ist, liegt mit diesem »Gemeinschaftskompass« goldrichtig: Er gibt einen systematischen Überblick dazu, wie gemeinschaftliche Projekte realisierbar sind. Dabei stehen Individuen und Gemeinschaft im Mittelpunkt als Schlüssel zur gemeinschaftlichen Projektentwicklung. Der Gemeinschaftskompass stellt viele hilfreiche Methoden vor, mit denen Prozesse in Gruppen analysiert, bearbeitet und konstruktiv weiterentwickelt werden können.

Weitere Lesetipps

T. Eichner

Solutions

Nachhaltige Lösungen für eine lebenswerte Zukunft

Erscheinungstermin: 05.08.2021

224 Seiten, Hardcover

Preis: 24 €, ISBN 978-3-96238-313-8

Die Klimakrise hat schon jetzt Auswirkungen auf unsere Gesellschaft. Doch wir können etwas dagegen tun! Ob Kunst aus Müll, eine Solaranlage auf dem eigenen Balkon oder Protestaktionen: Die Dokumentarfotografin Tina Eichner stellt Projekte und Pionier*innen vor, die sich aktiv um unseren Planeten bemühen und die konkreten Lösungsansätze für mehr Nachhaltigkeit leben.

C. Hobohm

Natur und Kultur in Zeiten der ökologischen Krise

Ein Plädoyer für den Erhalt von Biodiversität und Ökosystemen

Erscheinungstermin: 02.09.2021

336 Seiten, Klappenbroschur

Preis: 26 €, ISBN 978-3-96238-325-1

Die Natur ist mit Abstand die wichtigste Grundlage von Inspiration und kulturellen Handlungen: Eine von der Natur unabhängige Kultur gibt es nicht. Daher darf die umweltpolitische Debatte nicht auf das Verhältnis Mensch/Klima/Energie beschränkt bleiben.

Wie gestalten wir Wohlstand zukunftsfähig – obwohl es immer weniger Erwerbsarbeit für alle gibt?

Wie müssen Wettbewerb und Kooperation zusammenwirken?

Wie verbessern wir die Balance zwischen den Marktgütern und den marktfreien Gütern, die heute so stark gefährdet erscheint?

Marktfreie Güter wie menschliche Zuwendung, selbstbestimmte Lebensführung, gesellschaftliche Integration und soziale Verantwortlichkeit sind nicht zu kaufen. Sie werden in Familie und Gruppe, in Nachbarschaft und bürgerschaftlichem Engagement hervorgebracht. Und sie sind nötiger denn je – zumal in den städtischen Räumen. Ausgehend von empirischen Untersuchungen, zeichnen die Autoren die Ansätze und Perspektiven einer Tätigkeitsgesellschaft, in der sich Erwerbs- und Subsistenzwirtschaft produktiv ergänzen.

Ein Grundlagenwerk mit visionärer Perspektive für bürgerschaftliche Akteur*innen und Politiker*innen, für Unternehmer*innen und Stadtplaner*innen.